

Nr. **1/2** '89

Jan. / Febr.

Postver-
triebsstück

G 7426 E

Erscheint
monatlich

19. Jahrgang

Jahresabo

33,- DM

Doppelheft

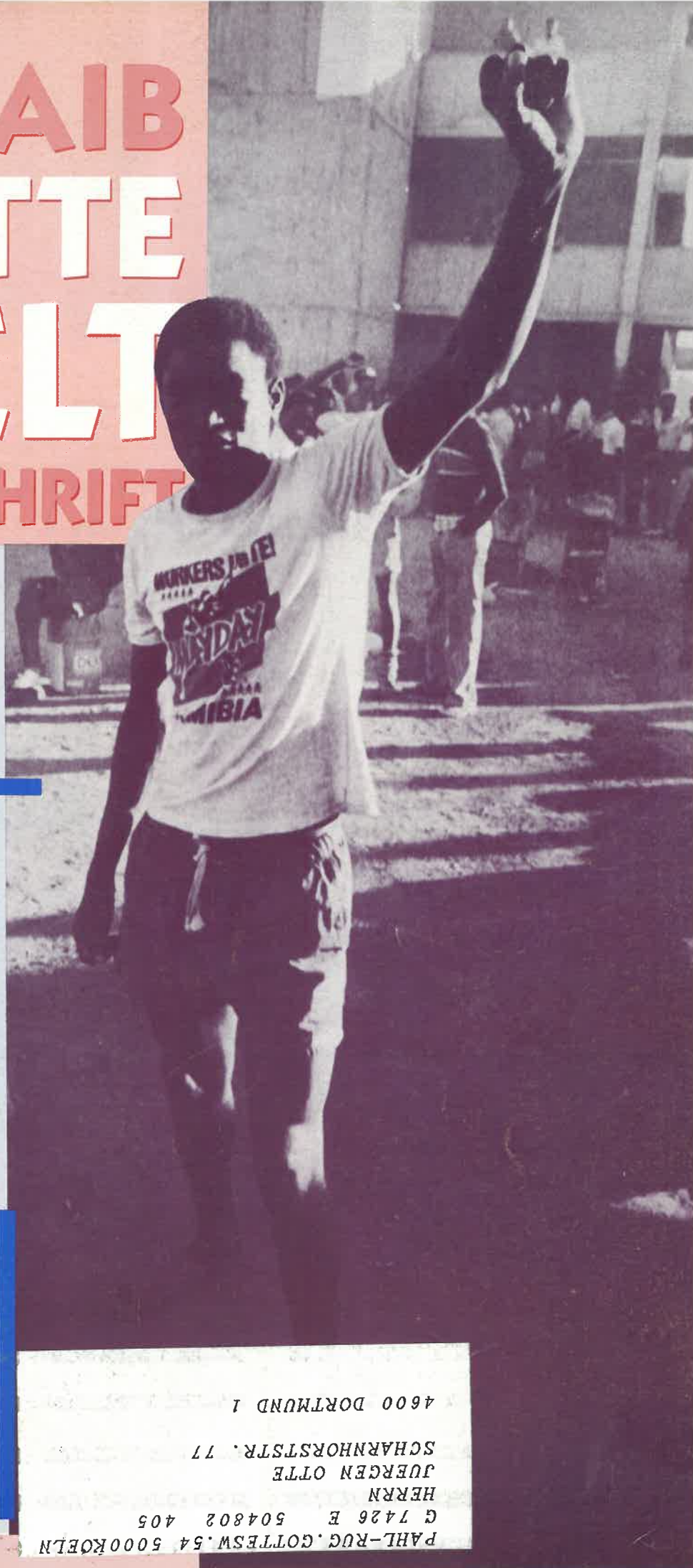
5,-DM

AIB
DRITTE
WELT
ZEITSCHRIFT

ABKOMMEN ANGOLA,
KUBA, SÜDAFRIKA
PERFEKT

Namibia vor der Befreiung

KURSWECHSEL
UNTER BUSH?
KUBA: 30 JAHRE
REVOLUTION
SONDERTEIL
PALÄSTINA



PAHL-RUG.GOTTESW.54 5000KOEIN
G 7426 E 504802 405
HERRN
JUERGEN OTTE
SCHARNHORSTR. 77
4600 DORTMUND 1

Inhalt

Kommentar	
Pretoria ist unter Druck	3
Südliches Afrika	
Wird Namibia bis 1990 frei?	5
T. O. Emvula (SWAPO): Wir bleiben verhalten optimistisch	7
Europäische Konferenz „Beendet Südafrikas Aggression gegen Mosambik und Angola“	8
Alltag in einer südafrikanischen Kolonie	9
USA	
Nach Bushs Wahlsieg – Die Kampagne für eine andere Außenpolitik dauert an	12
Außenpolitische Positionen der republikanischen Wahlplattform	15
Kommt mit George Bush eine neue Nicaragua-Politik?	16
Peru	
Gewinner sind die „12 Apostel“	18
Rückkehr in die Arme des IWF	20
Jahresregister 1988	21
Sonderteil PALÄSTINA	23–62
Kuba	
30 Jahre Revolution – das veränderte Lateinamerika	65
Abgrenzung von der „Perestroika“	67
Pakistan	
Pakistan setzt auf Benazir Bhutto	71
NATO-BRD	
Kongreß „Alternativen zur Politik der NATO“	73
Diskussionsforum Regionalkonflikte	
Beiträge von Lothar A. Heinrich, Jürgen Reusch und Konrad Lübbert	74
Kultur	
Nagib Mahfuz, Nobelpreisträger für Literatur	76
Rezension	
Ein realistisches Afrika-Bild	79
Kultur	
Nachruf auf Erich Fried	80
Infos zur Solidarität	
Demonstration gegen Rüstungsexporte; Buchtip: Angola, Simbabwe, Mosambik; Mexiko; Städte gegen Apartheid; Termine	81
Kurzinformationen	
Brasilien, Malediven, Iran, Türkei, Neukaledonien, Kamputschea, Venezuela	82
Erklärung des Arbeitsausschusses der IWF/Weltbank-Kampagne	83



Südliches Afrika

S. 4

Nachdem sich Angola, Kuba und Südafrika Mitte Dezember 1988 in Brazzaville auf ein Abkommen über die Unabhängigkeit Namibias und den kubanischen Truppenabzug aus Angola einigten, steht das von Südafrika okkupierte Namibia vor der Befreiung. Wir bilanzieren den Verlauf der Angola/Namibia-Verhandlungen und die Streitpunkte. Und wir beleuchten die Lage in Namibia vor der Unabhängigkeit.

USA

S. 12

Mit George Bushs Wahlsieg ist eine Fortsetzung der Linie der Reagan-Administration scheinbar beschlossene Sache. Darauf deuten jedenfalls die Aussagen zur Dritte-Welt-Politik in der republikanischen Wahlplattform hin. Die Einschätzung unserer New Yorker Korrespondentin E. DeNitto signalisiert jedoch, daß sich unter Bush eine weniger aggressive Politik abzeichnet. Wie W.I. Robinson von ANN feststellt, gilt dies auch für Nicaragua.



Palästina

S. 23

Mit der Proklamation des Staates Palästina und der Akzeptierung strittiger UN-Resolutionen hat der Palästinensische Nationalrat spektakuläre Zeichen gesetzt. Die PLO trug damit der durch die Intifada, den Aufstand in den besetzten Gebieten, veränderten Lage Rechnung. Wir bilanzieren den Nationalrat von Algier und ein Jahr Intifada. Wir untersuchen die Nahostpolitik von USA, EG und Bundesrepublik. Und wir beleuchten die Lösungsmöglichkeiten des Konflikts.



Impressum

DRITTE WELT-Zeitschrift. Gegr. 1970 als Antimperialistisches Informationsbulletin (AIB). Erscheint monatlich.

Anschrift der Redaktion: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff.

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg Diederichs, Ingrid el-Masy, Peter Imbusch, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp.

Ständige Mitarbeit: Joachim Becker, Frank Braßel, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ute Kampmann, Ivesa Lübben-Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Pauli, Rolf Radke, Ricardo Ribera, Günter Schucher, Peter Schütt, Petra Sittig, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

Weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Said H. Abdel-Rahim, Aleks F. Arndt, Martin Böttger, Janet Bruin, Emily DeNitto, Michael Fey, Horst-Eckart Gross, Kenneth Lewan, Monika Mauter, Erich Wulff, Jörg Zimmermann.

Redaktionschluß: 8. Dezember 1988

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel, Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion.

Titel: Gestaltung Udo Tremmel

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 0221/36002-0.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM. Doppelheft 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 Porto je Heft.

Kündigungen: spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes.

Sonderhefte sind als Nebenblätter beigelegt.

Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 0221/1600137.

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 37010050), Stadtsparkasse Köln 10652238 (BLZ 37050198).

Anzeigen: Pahl-Rugenstein Verlag, Middle East Report, ANC, AG SPAK, medico international, SP Verlag, ASW, Marxistische Blätter.

Fotonachweis: PRV, Archiv DRITTE WELT, Time, Newsweek, USN & WR, W. Brönnner, PLO, MERIP, Database Project, NACLA, Cuba Libre, Cikaden, Afrika Buletinen, M. Meyborg, Frontline

Pretoria ist unter Druck

Joachim Becker

Verantwortlicher
Redakteur der
Anti-Apartheid-
Nachrichten



nal wohl erneut aufleben.

Die Wirkung von Sanktionen wird jedoch nicht allein in den Angola/Namibia-Verhandlungen deutlich, sondern auch in einigen „Gnaden“akten des Apartheidstaates gegenüber politischen Gefangenen.

Am 23. November 1988 „begnadigte“ Südafrikas Staatspräsident Botha die „Sechs von Sharpeville“ zu langjährigen Haftstrafen. Sie waren ohne Nachweis ihrer Beteiligung an einem Lynchmord an einem schwarzen Kommunalpolitiker wegen „gemeinsamer Absicht zum Mord“ zum Tode verurteilt worden. Nach Solidaritätskampagnen zugunsten der „Sechs von Sharpeville“ stellten westliche Regierungen Pretoria im Fall ihrer Hinrichtung begrenzte Sanktionen in Aussicht. Botha beugte sich mit dem „Gnaden“akt diesem internationalen Druck.

Kurz danach wurden Zephania Mothopeng, der 75jährige Präsident des verbotenen Pan-Afrikanischen Kongresses (PAC), und der 68jährige Harry Gwala, ein früheres Führungsmitglied des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), aus „medizinischen und humanitären Gründen“ vorzeitig aus der Haft entlassen. Damit erhielten Spekulationen um eine Freilassung des ANC-Führers Nelson Mandela neuen Auftrieb. Mandela werde in Kürze „an einen pas-

senden, komfortablen und sicheren Ort verlegt, wo er Mitglieder seiner Familie freier und auf einer kontinuierlichen Basis empfangen kann“, kündigte Südafrikas Justizminister, Kobie Coetsee, am 24. November 1988 eine Haft erleichterung an. Manche sehen das als einen Schritt zur Freilassung Mandelas, die selbst von konservativen westlichen Regierungen gefordert wird.

„Die Freilassung Mandelas wird (nur) dann bedeutsam sein, wenn sie auch von einer Aufhebung des Verbots der Organisation (des ANC) begleitet ist“, so ordnet der ANC in einer Erklärung die Frage der Freilassung Mandelas in den Gesamtkontext ein. Um wirklich bedeutsam zu sein, „muß sie den Anfang eines Prozesses bedeuten, der zum vollständigen Ende der Apartheidherrschaft, zur vollständigen Beseitigung ihrer Strukturen und Apparate und der Schaffung einer legitimen, gerechten, demokratischen und nicht-rassistischen Regierung unseres Landes führt“.

Nichts ist von den Zielen des Apartheidregimes weiter entfernt. Es setzt unverändert auf die Zerschlagung der demokratischen Bewegung. Der jüngste Schuldspruch eines Provinzgerichtes gegen Führungsmitglieder der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) wegen „Hochverrats“ wird die UDF, vom Gericht als „revolutionäre Organisation“ ähnlich einem internen Flügel des verbotenen ANC gebrandmarkt, weiter in die Illegalität abdrängen.

Viele UDF-Mitglieder sind schon jetzt in Haft oder im Untergrund. Weitere Komponenten der Aufstandsbekämpfung sind die Sanierung von schwarzen Vorstadtghettos, die Brennpunkte des Widerstands sind, und die Kooptierung von Teilen der schwarzen Bevölkerung. All das kostet viel Geld.

Die Sanktionen erweisen sich schon jetzt als Fessel der Aufstandsbekämpfung – daher die begrenzten Konzessionen Pretorias. Der Sanktionsdruck darf jetzt nicht abnehmen, sondern muß zunehmen.



Damit die Wahrheit unüberhörbar wird:

Radio Mandela

Stimme des ANC

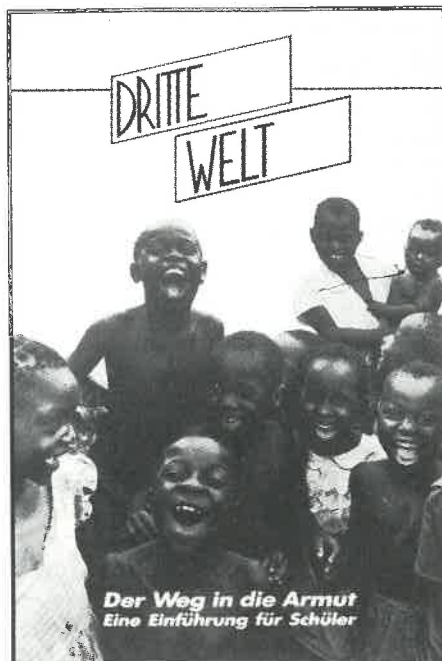


Die vor über einem Jahr gestartete Spendenaktion „Radio Mandela“ kann einen ansehnlichen Zwischenstand vorweisen: Ende 1988 war sie bei nahezu einer halben Mio DM angelangt. Und sie soll 1989 fortgeführt werden.

Dies jedenfalls war der Tenor von Don Ngubeni, Direktor des ANC-Radio-Netzwerks „Radio Freedom“, der im Oktober 1988 zur Auswertung der Kampagne in der Bundesrepublik weilte. Er bezeichnete das Projekt „Radio Mandela“ gerade in der sich aktuell „zuspitzenden und wandelnden Situation“ als äußerst wichtig, gelte es doch, mit Hilfe dieses Mediums Widerstand und Bevölkerung in Südafrika rasch zu informieren. Da Pretoria vermehrt dazu übergegangen sei, „Radio Freedom“ zu stören, brauche der ANC dringend eine bessere technische Ausrüstung.

Der Trägerkreis der Spendenaktion, der vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK), der Anti-Apartheid-Bewegung und dem BUKO bis hin zum Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt reicht, ruft zu verstärkten Anstrengungen für „Radio Mandela“ auf.

Damit die Wahrheit unüberhörbar wird!
Einzahlungen auf das Sonderkonto Prof. Wulff,
Postgiroamt Frankfurt/Main, Nr.: 527055-602,
Kennwort „Radio Mandela“



Aus dem Inhalt:
Kolonialismus, Frauen dieser Welt, Der Mythos von der Überbevölkerung, Hunger wird gemacht, Landwirtschaft u. Gentechnologie, Nach dem Profit kommt die Wüste, Die Handelsfalle, Zahlen bis zum Untergang, Rüstungsexporte, Was können wir hier tun?

Für Schüler der Sek. I/II.
48 Seiten DIN A 4, Einzelpreis 3 DM,
ab 10 Stück 10% Rabatt.

Bestellung nur bei:
Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, 7800 Freiburg

Kahlschlag:

z. B. in Indien. Jährlich schlägt die Holzindustrie 1 Million Hektar Wald – ohne Wiederaufforstung. Wenn es so weitergeht, wird es in Indien in 20 Jahren keinen zusammenhängenden Wald mehr geben. Die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt unterstützt Widerstand und Basisprojekte von Umweltbewegungen – in Indien, Lateinamerika und Westafrika. Diese Projekte brauchen auch Ihre Solidarität. Informieren Sie sich über den ASW-Umweltfonds. Helfen Sie mit einer Spende.

ASW
Hedemannstr. 14
1000 Berlin 61
Konto 555 BfG
BLZ 100 101 11



Südliches Afrika

Joachim Becker

Nach der Übereinkunft zwischen Angola, Kuba und Südafrika Wird Namibia bis 1990 frei?

Am 13. Dezember 1988 machten die Delegationen Angolas, Kubas und Südafrikas im kongolesischen Brazzaville ihre Vereinbarung über eine politische Verhandlungslösung zu Angola/Namibia perfekt. Pretoria gab nach einigem Zögern und Tauziehen mit Washington endlich seine Zustimmung. Eigentlich hatten sich beide Seiten, unter US-Vermittlung, bereits bei einer Verhandlungsrunde in Genf Mitte November 1988 auf einen Zeitplan für den Abzug der kubanischen Truppen aus Angola geeinigt. Damit hatten sie einen entscheidenden Konfliktpunkt bei den Verhandlungen über eine Dekolonisierung Namibias und eine Beendigung des Angola-Konflikts ausgeräumt. Obwohl die Regierungen der Übereinkunft zustimmten, kam es hernach beim Folgetreffen vom 1.-3. Dezember 1988 in Brazzaville dennoch nicht zur Unterzeichnung eines Abkommens. Aus Kreisen der US-Regierung verlautete, der Grund hierfür seien Differenzen im Regierungslager von Pretoria gewesen.

Offiziell wurde über die Vereinbarungen nichts genaueres bekannt. US-Quellen ließen verlauten, der kubanische Truppenabzug solle innerhalb von 27 Monaten erfolgen. Dabei sollten zwei Drittel der Einheiten innerhalb eines Jahres aus Angola abgezogen werden.¹

Wie die vorliegenden inoffiziellen Informationen besagen, soll gemäß dem Verhandlungstext die Entkolonisierung Namibias auf der Grundlage der Resolution 435 (von 1978) des UN-Sicherheitsrats, dem international allgemein akzeptierten Unabhängigkeitsplan für Namibia, im Frühjahr 1989 eingeleitet werden. Dann würde Namibia bis 1990 unabhängig.²

Für den UN-Sonderrepräsentanten für Namibia, Martti Ahtisari, ist die Unabhängigkeit Namibias nun näher als je zuvor, wie er nach der Einigung über den Zeitplan des kubanischen Truppenabzugs erklärte.³

Alle Verhandlungshindernisse waren zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht aus dem Weg geräumt. Luanda machte in den Verhandlungen einen Abzug der kubanischen Truppen aus Angola von einer Entkolonisierung Namibias, dem Sprungbrett für die Überfälle Südafrikas auf Angola, dem Rückzug der südafrikanischen Invasionstruppen aus Angola und einer Beendigung der ausländischen, namentlich der südafrikanischen und US-amerikanischen Unterstützung für die Contra-Banden der Nationalen Union für die totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA), abhängig.

Der letzte Punkt wurde in Genf noch nicht geklärt und sollte in der am 1. Dezember 1988 in Brazzaville begonnenen Verhandlungsrunde diskutiert werden. Hier waren noch Probleme zu erwarten. Erklärte doch Südafrikas Außenminister Roelof Botha am 22.11.1988 mit drohendem Unterton, es werde in der Region nur Frieden geben, wenn die angolansische Regierung einer „nationalen Versöhnung“ – will heißen einer Regierungs-beteiligung der UNITA – zustimme.⁴

Um über die Überwachungsmechanismen der Truppenrückzüge eine Einigung zu erzielen, sei, wie R. Botha am 22. Oktober 1988 erklärte, noch „eine Menge Arbeit zu erledigen“.⁵ Laut Botha soll es drei Überwachungsgruppen geben:

Die United Nations Transitional Assistance Group (UNTAG) werde, wie in Resolution 435/78 vorgesehen, den Übergangsprozeß in Namibia überwachen. Eine zweite Gruppe solle den kubanischen Truppenabzug aus Angola kontrollieren. Darüber hinaus solle es ein gemeinsames Komitee der USA, der Sowjetunion, Angolas, Kubas und Südafrikas geben, das sich mit Klagen wegen Vertragsverletzungen befasse.⁶

In der Verhandlungsrunde in Brazzaville vom 1.-3. Dezember 1988 kam es um den Überwachungsmodus zum Konflikt. Während Angola eine Überwachung durch die Vereinten Nationen für angemessen hielt, insistierte Südafrika auf einer eigenen Beteiligung, von der es sich eine internationale Aufwertung verspricht. Die erwartete Unterzeichnung eines Protokolls über den kubanischen Truppenabzug aus Angola mußte daher aufgeschoben werden. Es wurde weiter verhandelt.

Das letzte konkrete Verhandlungsergebnis vor den US-Präsidentschaftswahlen, die für den Verhandlungsrahmen von großer Bedeutung waren, waren der Beginn eines Waffenstillstands zwischen Angola und Südafrika am 10.8.1988 und der geordnete Truppenrückzug Südafrikas aus Angola bis zum 30.8.1988. Dies war für den Apartheidstaat der einzige Weg, in Angola eingeschlossene Truppenteile ohne extreme Verluste zurückzuholen.

Zur Überwachung des Waffenstillstands wurde eine gemeinsame Militärkommission aus Vertretern Südafrikas und Angolas sowie Kubas gebildet. Gemeinsame Posten kontrollieren nun

Nach dem Abzug aus Angola sollen die Südafrikaner bald auch Namibia verlassen



die namibisch-angolanische Grenze vom Atlantik bis Mucusso am Anfang des Caprivi-Streifens. Dies läßt Südafrika ein nicht-überwachtes Schlupfloch im hochmilitarisierten Caprivi-Streifen, von wo aus es seine angolanischen Contra-Schützlinge mit Nachschub versorgt.⁷

Dennoch kann Südafrika bereits jetzt nicht mehr der UNITA im gleichen Maß wie in der Vergangenheit unter die Arme greifen. Dies hat für die UNITA recht fatale Folgen. Seit Mitte August 1988 haben angolanische Truppen die UNITA-Banden aus einer Reihe von Kleinstädten in Zentralangola vertrieben. Darunter war auch Munhango, der an der Benguela-Linie gelegene Geburtsort von UNITA-Führer Jonas Savimbi. Die UNITA erlitt bei diesen Kämpfen äußerst schwere Verluste.⁸

Die UNITA, bereits jetzt die eindeutige Verliererin der Angola/Namibia-Verhandlungen, spielt jedoch anscheinend weiter eine Rolle in den Planungen Pretorias. Wie Augenzeugen berichteten, wurden im November 1988 bedeutende Kontingente der UNITA nach Namibia zurückgezogen. Diese Konzentration von UNITA-Kräften in Namibia wollte Südafrika offensichtlich abschließen, bevor die UNO die Kontrolle des Territoriums übernimmt.

Es ist nicht auszuschließen, daß die UNITA-Leute als Namibier ausgegeben werden sollen und dann vielleicht sogar wählen dürften. Es wird auch spekuliert, daß Flüchtlingslagern mit UNITA-Leuten von Südafrika die Rolle von Versorgungspunkten für UNITA-Verbände in Südafrika zugeordnet sei.⁹ Nach dem südafrikanischen Rückzug aus Angola, der im Interes-



Angolas Verteidigungsminister A. dos Santos Franca unterzeichnete am 13. 12. 1988 die Vereinbarung mit Südafrika

se aller drei Staaten lag, ließen weitere konkrete Ergebnisse angesichts der US-Präsidentenwahlen erst einmal auf sich warten.

Während sich die Verhandlungsparteien weiter mit der Kernfrage der zeitlichen Abstimmung des Rückzugs der Kubaner aus Angola und der Entkolonisierung Namibias auseinandersetzten, unternahmen die Vereinten Nationen konkrete Vorbereitungs-schritte für die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 435/78. Ende September 1988 reiste der UN-Generalsekretär, Javier Pérez de Cuellar, zu Gesprächen nach Südafrika und Angola.

In Südafrika traf er sich mit Staatspräsident P.W. Botha, Außenminister R. Botha, dem Vorsitzenden der in Namibia von Südafrika eingesetzten „Interimsregierung“, Dirk Mudge, und Vertretern der wichtigsten mit Pretoria kollaborierenden Parteien Namibias. Für Südafrika, das de Cuellar offiziell einlud, um mit ihm über das (Schein-)Problem der Unparteilichkeit der Vereinten Nationen zu diskutieren, war der Besuch des UN-Generalsekretärs, neben den Staatsbesuchen P.W. Bothas in Mosambik, Malawi und Zaire, ein weiterer diplomatischer Erfolg.

Kurz danach traf ein Expertenteam der Vereinten Nationen in Namibia ein, um Arrangements für den möglichen Einsatz der UNTAG zu treffen, welche den Übergangsprozeß und die Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung überwachen soll. Es war das dritte Mal in 10 Jahren, daß ein solcher Vorausrupp in Namibia eintraf. Von den nach so vielen vergeblichen Anläufen zur Umsetzung des UN-Unabhängigkeitsplans skeptischen Namibiern wurde die UN-Gruppe mit einem Gähnen begrüßt, wie der „Namibian“ die Stimmung im Land in seiner Schlagzeile zusammenfaßte.¹⁰

Wenn auch der 1. November 1988 ohne den geplanten Beginn der Umsetzung von Resolution 435 verstrich, war in der Frage der zeitlichen Abstimmung des kubanischen Truppenabzugs aus Angola und der Entkolonisierung Namibias eine Annäherung der anfangs sehr weit auseinanderliegenden Positionen zu verzeichnen. Wenige Tage vor den US-Präsidentenwahlen veröffentlichte Südafrika einen Kompromißvorschlag der als „Vermittlerin“ auftretenden USA. Nach diesem Vorschlag sollten alle kubanischen Truppen 24 Monate nach Beginn der Umsetzung von Resolution 435 aus Angola abgezogen sein. Bis zur Wahl der verfassungsgebenden Versammlung in Namibia, also innerhalb von 7 Monaten, sollte schon die Hälfte das Land verlassen haben. Südafrika stimmte diesem US-Vorschlag zu.¹¹ Zur Zeit der Veröffentlichung dieses US-Vorschlags war den Südafrikanern sehr wohl bekannt, daß für die MPLA-Regierung 24 Monate für den vollständigen Rückzug der Kubaner „ein nicht-praktikabler und unangemessener Zeitraum“ waren, wie es der angolanische UN-Botschafter, Manuel Pacavira, formulierte. Angola wünschte einen Zeitraum von 30 Monaten.¹² Mit diesem Manöver suchte Pretoria, Angola und Kuba als Hindernisse für eine Verhandlungslösung hinzustellen und von den nur allzu berechtigten Zweifeln an der Bereitschaft Pretorias zu einer Entkolonisierung Namibias abzulenken.

Als Hindernis für die Realisierung einer Verhandlungslösung konnte sich noch die Frage ausländischer Unterstützung für die Contra-Banden der UNITA erweisen. Sie blieb bei der Verhandlungsrunde in Genf vom 11.-15. November 1988, in der bei der zeitlichen Abstimmung des kubanischen Truppenabzugs aus Angola und der Entkolonisierung Namibias anscheinend der Durchbruch erzielt wurde, offen.

Angola fordert die Einstellung jeglicher ausländischer Unterstützung für die UNITA. Hingegen verlangten westliche Länder, namentlich die USA und Großbritannien, in Übereinstimmung mit dem Apartheidstaat von der angolanischen Regierung Verhandlungen und ein politisches Abkommen mit der Contra.

In einem Interview mit der französischen Zeitschrift „Jeune Afrique“ sagte US-Verhandlungsführer Chester Crocker, Unterstaatssekretär im Außenministerium: „Wir haben deutlich darauf hingewiesen, daß unsere Beziehung mit der UNITA nicht Teil der Verhandlungen ist, und daß wir nicht die Absicht haben, darauf zu verzichten, um zu einer Regelung zu kommen. Langfristig kann es nur Frieden in Angola geben, wenn sich die Regierung bereit zeigt, mit der UNITA in den Dialog zu treten, der zu einem authentischen nationalen Versöhnungsprozeß führen kann.“¹³

Wie „Southscan“ berichtete, drängte Lynda Chalker, Staatssekretärin im britischen Außenministerium, den sowjetischen Botschafter in London, die angolanische Regierung unter Druck zu setzen, sich mit der UNITA zu verständigen.¹⁴ Die angolanische Regierung lehnt derartige westliche Ansinnen nach wie vor ab.

„Wenn wir dieses Problem mit Südafrika lösen, wird der innere Friedensprozeß schnell in Gang kommen, und weder Verhandlungen noch irgendeine Art des Abkommens mit der UNITA werden notwendig sein“, formulierte der angolanische Regierungssprecher Paulino Into João Ende November 1988 die Sichtweise der MPLA-Regierung.¹⁵ Sie beabsichtigt, das UNITA-Problem durch eine Amnestiepolitik anzugehen. Dabei wird die Vergabe lukrativer Ämter an Ex-UNITA-Leute nicht

ausgeschlossen.¹⁶

Das südafrikanische Regime wünscht, im stillen Einverständnis mit westlichen Regierungen, die Schließung der Basen des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in Angola. Wie Thabo Mbeki, Informationssekretär des ANC, in Bonn Ende Oktober 1988 vor SolidaritätsgruppenvertreterInnen verdeutlichte, würde der ANC einer Schließung der ANC-Basen in Angola keinerlei Hindernisse in den Weg legen, sollte hiervon ein Abkommen über die Unabhängigkeit Namibias abhängen. Denn Siege in Angola und Namibia würden den Befreiungskampf in Südafrika stärken.

Auch bei der Umsetzung der UN-Sicherheitsresolution 435/78 gäbe es für Südafrika noch Ansatzpunkte, die Entkolonisierung Namibias zu hintertreiben. Nach dem Vertragsabschluß von Brazzaville hängt nun viel davon ab, daß Pretoria bei der Durchführung der Angola/Namibia-Verhandlungen auf eine wachsame Weltöffentlichkeit trifft.

Anmerkungen:

1) Vgl. El País, Madrid, 17.11.1988

- 2) Vgl. ebenda und International Herald Tribune (IHT), Paris, 23.11.1988
- 3) Guardian, London, 16.11.1988
- 4) IHT, 23.11.1988
- 5) Ebenda
- 6) Vgl. ebenda und Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 24.11.1988
- 7) Afrique International, Paris, Oktober 1988
- 8) Vgl. ANGOP News Bulletin, London, 22.9.; 17.10.; 25.10. und 5.11.1988
- 9) Vgl. Guardian, 2.12.1988
- 10) Namibian, Windhoek, 7.10.1988
- 11) Vgl. Southscan, London, 2.11.1988 und FAZ, 3.11.1988
- 12) Ethiopian Herald, Addis Abeba, 15.10.1988
- 13) Jeune Afrique, Paris, 7.12.1988
- 14) Southscan, 26.10.1988
- 15) Namibian, 25.11.1988. Das Interview zu diesen Fragen mit Präsident José Eduardo dos Santos der französischen Zeitung „Libération“ vom 5.10.1988, das in deutscher Übersetzung in DRITTE WELT 11/1988, S. 23f. abgedruckt ist, ist mit Vorsicht zu genießen. Die angolanische Regierung wirft der „Libération“ eine verfälschte Wiedergabe von dos Santos' Aussagen vor (Africa, Lissabon, 19.10.1988).
- 16) Vgl. ANGOP Document, London, Nr. 53, 24.10.1988

T. Obed Emvula (SWAPO)

Wir bleiben verhalten optimistisch

Auf der Bonner Konferenz „Beendet Südafrikas Aggression gegen Mosambik und Angola“ (siehe Kasten) erläuterte T. Obed Emvula, stellvertretender Sekretär für politische Mobilisierung und Orientierung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), wie sich die namibische Befreiungsbewegung auf die Angola/Namibia-Verhandlungen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA einstellt und worauf sie jetzt orientiert, da die Unabhängigkeit Namibias greifbar nahegerückt scheint.

Die Gespräche begannen in London und wurden in Brazzaville, New York und Genf fortgesetzt, wo zwischen dem 2. und 5. August 1988 ein Abkommen erzielt wurde... Danach trat am 10. August ein Waffenstillstand im südlichen Angola zwischen den angolanischen und kubanischen Kräften auf der einen Seite und den südafrikanischen Kräften auf der anderen in Kraft.

Der Weg war geebnet für einen Friedensprozeß im südwestlichen Afrika. Am selben Tag gab der Präsident der SWAPO eine Erklärung ab, in der er die Verpflichtung der SWAPO bekanntgab, die Vereinbarung zwischen Angola, Kuba und Südafrika zu respektieren. Die SWAPO-Kämpfer würden aufhören, auf die südafrikanischen Truppen auf angolanischem Gebiet zu schießen. Außerdem sicherte die SWAPO zu, daß sie am 1. September einseitig die Ausdehnung des Waffenstillstandes auf Namibia erklären würde.

Es wurde damals erwartet, daß Südafrika sich dem anschließen würde und einem formellen Waffenstillstandsabkommen zwischen den Kräften der SWAPO und ihren eigenen Besatzungstruppen zu irgendeinem Zeitpunkt zwischen dem 16. und 25. Oktober 1988 zustimmen würde. Dies hätte den Beginn des UN-Plan für Namibia am 1. November erleichtert. Der 1. November kam und ging vorbei ohne den versprochenen Beginn von Resolution 435 (der UNO von 1978; d. Red.). (...)

Seitdem unterbreitete Südafrika, trotz realistischer Zugeständnisse seitens Angolas und Kubas, weiterhin unmäßige Forderungen, die bewußt darauf abzielten, das Zustandekommen des notwendigen Abkommens zu behindern. Sieben Treffen haben seitdem stattgefunden (entweder in Brazzaville, New York oder Genf), aber bis jetzt wurde kein Abkommen er-

zielt. (...)

Als die SWAPO Namibias den PLAN-Kämpfern (bewaffneter Arm der SWAPO; d. Red.) den strikten Befehl gab..., aufzuhören auf den Besatzungsfeind zu schießen, war ... der Beweggrund der, daß Südafrika positiv antworten würde... Es wurde angenommen, Südafrika würde die mehr als zehnjährige Ausgangssperre (von der Abenddämmerung bis zum Morgengrauen) beenden. Aber das taten sie wirklich nicht. Im Gegenteil.

Pretoria entschloß sich, den guten Willen der SWAPO auszunutzen. (...) Unsere PLAN-Kämpfer werden verfolgt und gejagt. Pretoria hat mehr als eine Division Reserveeinheiten in den Norden Namibias verlegt. Umfangreiche Mengen neuer Rüstungsgüter, Panzer, Artillerie, Raketen und schwere Lenk Waffen wurden in die Grenzgebiete geschafft und stehen zum Kampf bereit. (...)

Grausamkeiten gegen unser Volk nahmen seit dem 1. September 1988 zu. (...) Außerdem führt das Regime in Radio und Fernsehen sowie durch erzwungene Versammlungen in länd-

T. O. Emvula trug den TeilnehmerInnen der ECASAAMA-Konferenz in Bonn die Position der SWAPO vor



lichen Gebieten eine Propagandakampagne, die besagt, daß die SWAPO militärisch geschlagen sei und daß, wenn es zu Wahlen komme, diejenigen, die die SWAPO wählten, verfolgt würden. Bei Versammlungen verteilen die Besatzungstruppen Geld, Nahrungsmittel und Kleidung an die Menschen, während sie Filme über Hunger und Armut in einigen Teilen Afrikas zeigen. Sie sagen den Leuten, daß dies die Situation wäre, die die SWAPO Namibia bringen würde.

Aber die namibischen Menschen wollen Unabhängigkeit. Und sie wissen auch, wie sie zu erreichen ist und was sie damit anfangen werden. Am 1. November strömten viele aus ganz Namibia zusammen, um die Vorausmannschaft der UNTAG (Kommission der UNO; d. Red.) am Strydom-Flughafen nahe Windhoek zu treffen. Sie wurden enttäuscht.

**Da Namibia
eine gemeinsame Kolonie
Pretorias und der Westmächte ist,
hängt der Unabhängigkeitsprozeß
maßgeblich vom Druck der west-
lichen Öffentlichkeit ab**

Natürlich kann die SWAPO nicht unendlich lange ihren einseitigen Waffenstillstand fortsetzen, wenn Südafrika nicht die notwendige Ernsthaftigkeit zeigt, das Vorankommen des Unabhängigkeitsprozesses zu gestatten. (...) Andererseits bleiben wir vorsichtig optimistisch, daß Südafrika den Sinn einer Beilegung des Problems, das heute alle in unserer Region berührt, erkennen wird.

Unser verhaltener Optimismus stützt sich auf einige Fakten und darauf, daß Pretoria nicht aus freien Stücken verhandelt. Die riesigen Verluste, die Südafrika in den einjährigen Kämpfen erlitten hat, die im August 1987 begannen und ihren Höhepunkt mit der Niederlage Pretorias in der historischen Schlacht

von Cuito-Cuanavale hatten, und die schwindende wirtschaftliche Stärke haben es dazu gezwungen, vernünftig zu reden. Wir glauben, daß die Elemente, die Pretoria zur Besinnung gebracht haben, noch immer da sind...

Unter den Elementen, die Pretoria an den Verhandlungstisch brachten, ist die Fähigkeit der PLAN, den Besatzungskräften schwerere Verluste zuzufügen. Die Kampffähigkeit der SWAPO ist heute sogar noch größer. Aber wir wollen den Krieg nicht. Deshalb haben wir uns bis heute an unseren begonnenen Waffenstillstand gehalten und uns nicht provozieren lassen. (...) Während wir momentan die Waffen ruhen lassen, mobilisieren wir voller Hoffnung unser Volk politisch, um es unabhängig von Hautfarbe, Rasse, Geschlecht oder Religion zusammenzuschließen ... die SWAPO hat schwarze und weiße Namibianer, traditionelle Häuptlinge, politische Gruppen, Selbständige, Geschäftsleute, Bauern und Angestellte (Leute, die nicht zur SWAPO gehören) zusammengebracht, um miteinander zu sprechen und sich auf den Aufbau einer guten und sicheren Zukunft für alle zu einigen.

Glücklicherweise stimmen alle mit uns überein. Einheit ist die stärkste Waffe, die wir gegen die fortgesetzte äußere Besatzung Namibias haben. Die SWAPO hat deshalb vor, alle namibischen Menschen für den Sieg im wahrsten Sinn des Wortes zu vereinen. Die SWAPO betrachtet ihre Einladung zu dieser Konferenz als Ausdruck Eures Willens, liebe Teilnehmer, alles in Eurer Macht zu tun, Namibia zu helfen, seine Unabhängigkeit zu erreichen und damit Südwestafrika Frieden zu bringen. Es ist deshalb angebracht, Sie aufzufordern, die Öffentlichkeit in Westeuropa umfassend zu informieren, damit sie das Ausmaß der Verwicklung ihrer Regierungen und Wirtschaften auf der Seite Südafrikas erfährt.

Namibia ist eine gemeinsame Kolonie Südafrikas und der größten Westmächte. Die Isolierung Südafrikas von seiner westlichen Unterstützung geht deshalb einher mit seiner Befreiung und der des gesamten Südlichen Afrika. (...)

Europäische Konferenz „Beendet Südafrikas Aggression gegen Angola und Mosambik“

Der Präsident der britischen Anti-Apartheid-Bewegung, Erzbischof Trevor Huddleston, eröffnete die Konferenz der Europäischen Kampagne „Beendet Südafrikas Aggression gegen Mosambik und Angola“ (ECASAAMA) mit einer beeindruckenden Rede. Nicht Worte forderte er, Taten seien notwendig, um das Apartheidregime in die Knie zu zwingen. Dies gab Trevor Huddleston der Konferenz der Kampagne, die vom 9.-10.12.1988 in Bonn-Bad Godesberg tagte — als Devise mit auf den Weg.

Die Schilderungen der VertreterInnen der Frontstaaten Angola und Mosambik über die Zerstörungen in ihren Ländern, über den Terror gegen die Bevölkerung machten deutlich, wie notwendig die Abschaffung der Apartheid für eine realistische Entwicklungsperspektive aller Völker des Südlichen Afrika ist, wie dringend die Frage steht, endlich dieses brutale Regime des Apartheidstaates zu entmachten. Denn Apartheid tötet, auch außerhalb der südafrikanischen Grenzen, in Namibia, in Angola, in Mosambik und den anderen Frontstaaten.

Der wichtigste Beitrag aus Europa zur Abschaffung der Apartheid ist die Isolierung des Apartheidstaates, diese Position wurde von den VertreterInnen Mosambiks und Angolas sowie der Befreiungsbewegungen Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) und Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) unterstrichen. Auch forderten sie mehr Entwicklungshilfe für die Frontstaaten.

Der strittige Punkt, über den sich die Solidaritätsbewegung unbedingt Klarheit verschaffen muß, war ihre Forderung nach Militärhilfe, was im Klartext Rüstungsexport in die Frontstaaten heißt. Leider gab es hierzu, obwohl diese Forderung in die Abschlusserklärung übernommen wurde, keine Debatte.

Die Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias nahmen Stellung zu den gegenwärtigen Entwicklungen in der Region. Sie betonten, daß Südafrika sich nicht freiwillig an den Verhandlungstisch gesetzt habe, um

über die Unabhängigkeit Namibias zu reden, sondern hierzu aufgrund der Krise im eigenen Land und der militärischen Niederlage in Angola gezwungen sei (siehe zu den Verhandlungen die nebenstehend dokumentierte Bonner Rede von O. Emvula, SWAPO).

Zu der Konferenz der ECASAAMA hatten Solidaritäts- und Kirchenorganisationen, Gewerkschaften, Parteien, Menschenrechts- und Hilfsorganisationen, StudentInnen- und Jugendverbände nach Bonn eingeladen. Mehr als 400 TeilnehmerInnen waren anwesend, um sich über die Situation im Südlichen Afrika auszutauschen und Informationen aus erster Hand zu erhalten.

Diesem Anspruch wurde die Konferenz gerecht. Doch leider wurde die große Chance verschenkt, über die von Trevor Huddleston in seiner Eröffnungsrede so dringlich eingeforderten Taten ausreichend zu debattieren und schließlich Einigkeit über entsprechende Aktionen zu erzielen.

Schon die Abschlusserklärung läßt vieles offen. Es wird versäumt, Namen und Adressen der Hauptverantwortlichen für die Kollaboration mit dem Apartheidstaat zu benennen. Auch fehlt in dieser Erklärung jeder Bezug auf bereits bestehende Kampagnen für Sanktionen, wie etwa die in den USA, in Großbritannien, der BRD und anderen Staaten laufenden Kampagnen gegen die Kollaboration der Großbanken mit Südafrika.

Ein Aktionsplan, der von der Konferenz verabschiedet werden sollte, wurde nicht mehr zur Abstimmung gestellt. Die Zeit reichte nicht aus — auch dies ein Zeichen für mangelnde Beachtung der Worte Trevor Huddlestons.

Über den Beginn einer Kampagne, die den Kampf gegen Apartheid mit der Solidarität mit den Frontstaaten verbindet, was angesichts der Lage im Südlichen Afrika ein sinnvolles Vorgehen wäre, ist diese Konferenz noch nicht hinausgekommen. Notwendige Impulse für Aktionen und Maßnahmen auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene wurden nicht ausreichend entwickelt.

Marianne Kolter



Proteste in Windhoek gegen Bothas Besuch im April 1988

Monique Mas

Alltag in einer südafrikanischen Kolonie

Bei den Verhandlungen zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA steht nicht nur eine Beilegung des Angola-Konflikts auf der Tagesordnung, sondern auch die Unabhängigkeit Namibias. Sollten die Gespräche Erfolg haben, könnte Namibia bereits im nächsten Jahr nach freien Wahlen von der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) regiert werden. Dann wird auch das Problem der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gleichberechtigung der schwarzen Mehrheit zu lösen sein. In der folgenden Reportage berichtet Monique Mas über die Lebensbedingungen und politische Unterdrückung der Schwarzen und über den Versuch der meisten Weißen, nach der Unabhängigkeit wenigstens Teile ihrer Privilegien zu wahren.

Die Stadt Windhoek trägt noch die Spuren der deutschen Kolonisten, die um 1890 in das zwischen zwei einheimischen Völkern, den Nama und den Herero, umstrittene Gebiet kamen. Etwa ein Drittel der 78.000 Weißen in Namibia sind deutscher Abstammung. In dem weitläufigen Gebiet von etwa 824.000 qkm leben nur 1,2 Mio Einwohner. Die Hauptstadt Windhoek wurde etwa in der Landesmitte in einem Talkessel erbaut. Über ihren Wohlstand wacht die lutherische Kathedrale gegenüber einer Reiterstatue des Hauptmanns Kurt von François, der den Grundstein der benachbarten Burg „Alte Feste“ legte. Winhoek hat 100.000 Einwohner. Doch die Schwarzen und die Mischlinge halten sich nur während der Zeit, in der sie ein paar Besorgungen machen, im Stadtzentrum auf, die wenigen Lohnabhängigen nur für die Länge eines Arbeitstages. Zur Dämmerung, während sich die weißen

Familien für das von schwarzen Hausangestellten servierte Abendessen zu rechtmachen, beginnt die Polizei mit ihren Kontrollgängen an den Zugängen zum ruhigen Herzen der Stadt. Zur gleichen Zeit atmet ein anderes, dichtbewohntes und betriebsames Windhoek, kaum einige Kilometer vom Zentrum entfernt, den Staub der Townships. Die geteerte Straße endet vor Khomasdal, dem Stadtviertel der Mischlinge, das kurz vor Katutura, der Stadt der Schwarzen, liegt.

An diesem Ort setzt sich der Staub in der Kehle fest und trübt das Sonnenlicht. Auf einem ärmlichen Markt drängen sich tausende Menschen. Es werden ein paar Zigaretten, ein selbstgestrickter Pullover oder einige Tomaten gehandelt. Die Entfernung, die zwischen den beiden Windhoeks liegt, ist unfassbar. Dort unten sind die Straßen mit den glitzernen Reklameschildern leer, und hier

drängen sich die Menschen in den kleinen Straßen der nach sprachlichen, d.h. nach ethnischen Kriterien reservierten Gebiete.

„Zur besseren Organisation der Schulausbildung Eurer Kinder“, versichern die Behörden. „Um uns besser auseinanderzudividieren zu können“ erwidern die Leute von Katutura, wohin weiterhin ganze Familien strömen, die aus dem Norden des Landes fliehen, wo ein Krieg ohne Ende herrscht.

Niemand weiß genau, wieviele Menschen heute in dem schwarzen Township leben. Die Erfassung der Bevölkerung funktioniert nicht sehr gut in Katutura — was in der Sprache der Herero „ohne festen Wohnsitz“ bedeutet. Warum sollte sich auch der Einzelne melden? Um zur Armee einberufen zu werden oder um staatliche Unterstützung zu erhalten?

Der alte Mann, der seine Familie zu ernähren hat, wird nicht ein zweites Mal in das Gemeindebüro gehen, um sich sagen zu lassen: „Sind Sie Kommunist oder warum wagen Sie es, mehr zu verlangen?“ Nachdem er sein Leben lang gearbeitet hat, erhält er monatlich eine Rente von 50 Rand (etwa 40 DM).

In Katutura hat das Wort Arbeitslosigkeit seine Bedeutung verloren, so selten ist bezahlte Arbeit. Die niedrigste Miete beträgt etwa 100 Rand (80 DM) monatlich. Krankwerden kann zur Tragödie

werden. Denn in dem für Schwarze bestimmten Krankenhaus sind die Warteschlangen endlos. Die Arbeiter zögern sich dort behandeln zu lassen, aus Angst, wegen zu langer Abwesenheit ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Erst seit einigen Jahren sind Gewerkschaften zugelassen, jedoch bleibt die Mitgliedschaft für manche Bevölkerungsgruppen, wie z.B. für die zahlreichen Hausangestellten, verboten. Ein ganztags arbeitender Hausangestellter verdient bei Privatleuten etwa 100 Rand pro Monat. „Davon“, sagt Batista, „müssen wir täglich 90 Cents für den Bus bezahlen, die Miete begleichen, die Kinder in die Schule schicken. Das ist unmöglich. Deswegen versuchen wir, eigene Erzeugnisse auf der Straße zu verkaufen und wir essen nur Brot und Maisbrei. Wir kaufen nie Fleisch, nur Knochen.“ Offiziell ist die Apartheid in Namibia seit 1978 gesetzlich abgeschafft. Und doch erfahren sie die Minenarbeiter weiterhin

der und sie könnten uns entlassen, wenn wir schwanger sind. Wir waschen ihre Wäsche und putzen ihre Häuser, aber nichts dürfen wir gemeinsam mit ihnen benutzen. Die Toiletten der Angestellten sind außerhalb des Hauses. Wir müssen auch draußen essen, von unserem eigenen Geschirr, das wir nicht in ihrer Küche spülen dürfen, sondern draußen am Wasserhahn.“ Die Weißen in Windhoek sind zwar nicht vollkommen blind, jedoch vergleichen sie gerne Katutura mit anderen armen schwarzen Siedlungen in Afrika. Die Behörden weisen auch immer mit Nachdruck auf die wenigen schönen Häuser hin, die von einer Handvoll relativ wohlhabender Schwarzer und Mischlinge bewohnt werden. Am schlimmsten ist es jedoch in Katutura, z.B. an jenem Ort, der „Hurry“ (Eile) genannt wird. Die ehemaligen Bewohner eines im letzten Jahr zerstörten Wohnheims für schwarze Arbeiter, wur-

wodurch der Schein der Demokratie gewahrt bleibt. Aber Pretoria macht von seinen juristischen und polizeilichen Möglichkeiten regen Gebrauch. Daher fallen die von der SWAPO organisierten Demonstrationen im allgemeinen unter die gesetzlichen Bestimmungen. So garantieren die Tränengasbomben und die Schüsse in den kleinen Straßen von Katutura eine gewisse Ruhe in Windhoek, in sicherem Abstand zumindest vom äußeren Norden, wo der konterrevolutionäre Krieg gegen die Guerilla der SWAPO und an der angolanischen Front geführt wird. Südafrika hat in seiner namibischen Kolonie einen 1.600 km langen Streifen zum Kampfgebiet erklärt, — vom zwischen Sambia und Botswana eingezwängten Caprivi-Zipfel im Osten bis zum Atlantischen Ozean im Westen. Dieser 150 km breite Streifen südlich von Angola entspricht einem Viertel des Gebietes, in dem mehr als 60% der Gesamtbevölkerung, d.h. etwa 700.000 Menschen, in der Mehrheit Ovambos — etwa die Hälfte der Namibier sind Ovambos — leben.

Die militärische Aktivität ist besonders intensiv in der Mitte des Gebietes, bei Oshakati, der größten Stadt in Ovamboland, die etwa 700 km von Windhoek entfernt ist. Mehr als 300.000 Menschen leben in diesem Gebiet, das trotz der seit fünf Jahren herrschenden Trockenheit ein wenig grüner ist als andere. Mehrere hundert Familienkral kündigen das Ende der menschenleeren Gebiete an. Jedoch ist die landwirtschaftliche Subsistenzwirtschaft der schwarzen Bauern mager und eine Industrie gibt es nicht. Daher wandern die Leute aus; 93.000 Arbeiter gingen zu den Kupfer-, Uran- und Diamantenminen, die im Süden des Landes von multinationalen Firmen ausgebeutet werden.

Südafrika bestätigt, im Kampfgebiet 30.000 Soldaten stationiert zu haben. Davon sind 20.000 Namibier, die zu den Südwestafrikanischen Streitkräften gehören, welche 1980 gebildet wurden, um den Krieg zu „namibianisieren“. Seitdem werden auch Schwarze und Mischlinge zur Wehrpflicht bei der Armee, die früher den Weißen vorbehalten war, gezwungen.

Viele von ihnen versuchen dem zu entgehen, indem sie über die Grenzen flüchten. Nichtsdestotrotz bestehen die in Namibia stationierten Truppen heute zu 90% aus Schwarzen und Mischlingen, wovon zwei Drittel Namibier sind. Die Befehlshaber selbst bleiben weiß und südafrikanisch. Sie koordinieren vom Hauptquartier in Oshakati aus die Aktionen gegen den bewaffneten Arm der SWAPO. Täglich werden 2 Mio Rand für die Löhne der Armeemitglieder und der

Polizei ausgegeben. Mehr als 10.000 Cuca-Shops, kleine Bars, sind um die Garnisonen herum entstanden. Das Leben in Oshakati ist teuer, und der Handel beherrscht alles. Einige schwarze Millionäre sind durch die militärische Situation reich geworden. In der Bar des Hotel International von Oshakati unterhalten sich junge blonde Soldaten mit weißen Geschäftsleuten zwischen zwei Runden Bier.

Erstere sind Südafrikaner im Dienste der „christlichen Zivilisation“. Oft erinnern ihre Namen an Holländer oder Franzosen, sogar an Portugiesen. In der Mehrzahl sind es Buren.

Letztere versichern, seit längerer oder kürzerer Zeit Namibier unterschiedlicher Abstammung zu sein. Sie kamen mit den Proviantwagen der südafrikanischen Armee, ihrer Beschützerin und manchmal auch ihrer Kundin. Allerdings finden sie auf der anderen Seite der Grenze — in weniger als 40 km Entfernung — ebenso ausgezeichnete Kunden: die Angolaner der UNITA, die ihnen Lebensmittel und kleine Erzeugnisse abkaufen.

Die Ausgangssperre dauert von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang. Wer eine dunkle Haut hat, sollte besser nicht auf die Straße gehen, und beten, daß kein nächtlicher Besucher auf der Suche nach Geld oder etwas EBbarem an die Türe klopft. Wenn es jemand von der SWAPO ist, muß der unglückliche Sympathisant befürchten, denunziert zu werden. Denn die Armee bezahlt diese Art von Auskünften sehr gut.

Aber genausogut können es Soldaten oder Polizisten sein, und die Repressalien sind hart. Andernorts wird ein Kral angezündet, eine Methode, die Bewohner zum sprechen zu bringen. Die Militärkonvois zögern nicht, quer über die Felder zu fahren und sie dabei zu verwüsten.

Die Armee führt weiterhin ihren Krieg in

Für die meisten Weißen ist die größte Befürchtung eine mögliche Aufteilung des Bodens und der Reichtümer in einem von der SWAPO regierten Namibia

Angola, verfolgt ihre „Pazifizierung“ Namibias und urteilt über die Unfähigkeit der Regierung, das Gebiet gut zu verwalten. Wegen ihres Scheiterns oder, weil es so beabsichtigt ist, sind die internen Strukturen, die von Pretoria aufgebaut wurden, um die SWAPO auszuschalten, nicht einmal mehr geeignet, Illusionen zu verbreiten.

Im April d.J. verwarf Pieter Botha die Verfassungspläne, die von den Mitgliedsparteien der Übergangsregierung ausge-



Die Besatzer sind allgegenwärtig

arbeitet worden waren. Vor allem hat er die Befugnisse des Generaladministrators Louis Pienaar gegen „die Bewegungen und Medien, die Subversion und Terrorismus verteidigen“, erweitert.

Dies ist eine Ohrfeige für die namibischen Minister, verbunden mit einer Drohung, die SWAPO zu verbieten. Ein Anfang wurde hierbei gemacht mit der Verhaftung des Journalisten Gwen Lister wegen seines Artikels in der Wochenzeitung „Namibian“, in dem er über den Plan zur Ausrufung des Ausnahmezustandes berichtet hatte.

Die Journalisten des „Namibian“, aber auch andere Weiße, wie z.B. der Rechtsanwalt Anton Lubowsky, haben in Pretoria einen sehr schlechten Ruf, wie auch hunderte andere weiße Namibier. Sie teilen die nationalistischen Hoffnungen der SWAPO und wünschen die Schaffung eines Staates, in dem alle Rassen zusammenleben.

Damit vertreten sie eine Position, die der von J.F. Pretorius, dem Führer der Nationalen Partei (NP), Minister für Wasser, Post und Telekommunikation, diametral entgegensteht. Er befürwortet eine ethnische Konföderation, in der, falls notwendig, das Ovamboland gut ein schwarzes und unabhängiges Namibia abgeben könnte, während der weiße afrikanische Südwesten sein Schicksal mit dem Südafrikas verbinden könnte.

Diese Meinung wird von einer großen Gruppe dieser Buren (60% der Weißen) vertreten, die an dem namibischen Hochland hängen, wo allein extensive Landwirtschaft und Viehzucht etwas Geld einbringen. Dafür ist jedoch viel Land die Voraussetzung.

Es ist der Lebensraum, den sie nicht mit den Schwarzen teilen wollen, ebenso wenig wie die Schulen oder die Krankenhäuser. Wenn die NP befürchtet, daß das Englische das Afrikaans zurückdrängen wird, so vor allem deshalb, weil sie die „liberalen“ Ideen der englisch-

sprachigen Minderheit propagiert.

Auch die Namibier deutscher Abstammung sind in der Mehrheit vom gemäßigten Flügel. Dazu gehört Finanzminister Dirk Mudge, ein Bure, der 1977 aus der NP austrat und die Demokratische Turnhallen-Allianz (DTA) gründete, eine auf ethnischer Grundlage aufgebaute Koalition von 11 Parteien. Mudge ist Anhänger eines „Zusammenschlusses auf ideologischer Grundlage, anstatt auf rassischer oder kultureller“.

Indessen ist es nach so vielen Jahren Apartheid schwierig, die Stücke wieder zusammenzufügen. Für alle diese „Gemäßigten“ bleibt die zentrale Frage die des Bodens und der möglichen Aufteilung der Reichtümer in einem von der SWAPO regierten Namibia.

Um darüber Gewißheit zu erhalten, sind etwa 10 von ihnen im Juni 1988 zu einem Treffen mit Sam Nujoma nach Stockholm gefahren. Dirk Mudge glaubt, daß er es ihnen gleichtun könnte unter der Bedingung, daß die SWAPO seinen Führungsstatus anerkennt.

Auch er befürchtet Enteignungen und Nationalisierungen. Und er kann nicht glauben, daß die SWAPO die Apartheid abschaffen und dabei das Know-how und in gewissem Maße auch die wirtschaftliche Grundlage der Weißen bewahren könnte. Dirk Mudge ist offen: Er möchte nicht Sam Nujoma an der Macht sehen.

Aber nach dem jüngsten Schlag gegen die Übergangsregierung ist die SWAPO mehr denn je ein gewichtiger schwarzer Gesprächspartner. Dies gilt, obgleich die Namibier aller Richtungen der Meinung sind, daß am 29. September d.J., dem 10. Jahrestag der Annahme der Resolution 435 durch den UN-Sicherheitsrat, die sich für die Unabhängigkeit Namibias ausspricht, noch keine Übereinkunft erreicht sein wird.

(Le Monde Diplomatique, Paris, August 1988)



Baracken für schwarze Arbeiter in Katutura

täglich in den Schlafräumen für unterqualifizierte Arbeiter, die Studenten leben weiterhin mit dem Bantu-Bildungssystem, das unter der neuen Fassade weiterexistiert, die Hausangestellten verwenden weiterhin das Wort Apartheid, um ihre Arbeitsbedingungen zu beschreiben!

„Wir haben überhaupt keine Beziehung zu unseren weißen Herren“, sagt Irene. „Sie wissen nicht, wo wir wohnen, ob es weit entfernt ist, wie unser Haus aussieht. Um 6 Uhr morgens sind wir bei ihnen. Sie liegen noch im Bett und sagen uns, es sei spät. Wir dürfen weder unsere Säuglinge mitbringen, noch erhalten wir Mutterschaftsurlaub. So müssen wir jemanden bezahlen oder die älteste Tochter muß mit der Schule aufhören, um auf sie aufzupassen.“

Sie aber meinen, wir hätten zu viele Kin-

den in Baracken umquartiert. Diese wurden eilends gebaut, ohne sich groß über den Standort Gedanken zu machen, so daß auch einige in einem Flußbett errichtet wurden, das bei den nächsten Regenfällen wieder Wasser führen wird. Dies alles erklärt, warum die Menschenmengen immer größer und zahlreicher werden, die zu den Treffen der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) kommen. Sie tun dies, obwohl das ein nicht geringes Risiko ist. Und dies trotz der Tatsache, daß die SWAPO außer ihrem bewaffneten Arm, der sich mit dem Führer der Bewegung, Sam Nujoma, nach Angola zurückgezogen hat, im Gegensatz zum südafrikanischen Nationalkongreß (ANC) nicht verboten ist.

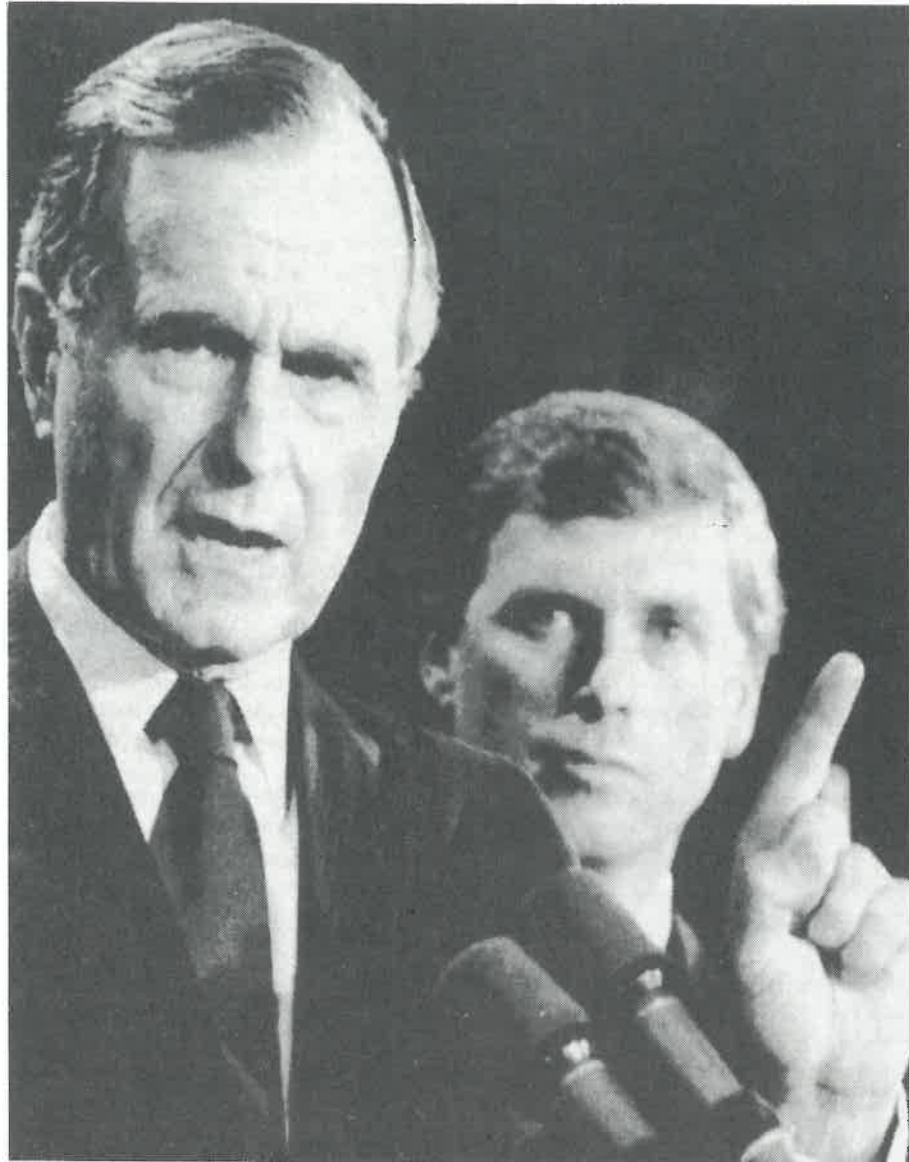
Seit 1985 sind die öffentlichen Versammlungen der SWAPO gestattet,

Emily DeNitto

Nach Bushs Wahlsieg Die Kampagne für eine andere Außenpolitik dauert an

Mitte Januar d.J. wird der Republikaner George Bush, ehemals CIA-Direktor und zuletzt Reagans Vizepräsident, in Washington sein Amt als 41. Präsident der USA antreten. Im November 1988 hatte er sich erwartungsgemäß gegen seinen demokratischen Widersacher Michael Dukakis durchgesetzt. Ein Blick in die Wahlplattform der Republikaner (siehe Kasten) verheißt wenig Neues für die Außen- und Dritte-Welt-Politik der Weltmacht Nr. 1 in den kommenden vier Jahren. Hingegen verweist die Einschätzung unserer New Yorker Korrespondentin Emily DeNitto auf Anzeichen dafür, daß unter dem Pragmatiker Bush eher eine weniger aggressive US-Weltpolitik zu erwarten steht. Und eben dies sagt für das Reagansche „Testgelände“ Nicaragua auch die Einschätzung von ANN-Korrespondent William I. Robinson voraus.

Bereits vor dem Amtsantritt George Bushs und seines Vize Dan Quayle zeichnen sich Kurskorrekturen in der Außenpolitik ab



Selbst ein flüchtiger Blick auf die außenpolitischen Standpunkte derjenigen, die sich 1988 für die Präsidentschaft bewarben, zeigt: Trotz der Tatsache, daß beide Parteien das Großkapital vertreten, bestanden zwischen den Kandidaten der Demokraten und der Republikaner wichtige Unterschiede.

Alle Demokraten, von Albert Gore bis Jesse Jackson, waren z.B. gegen Militärhilfe für die Contras in Nicaragua. Alle Republikaner waren dafür. Die Demokraten riefen zu Sanktionen gegen Südafrika auf; die Republikaner waren dagegen. Trotz eines sehr unterschiedlichen Herangehens an bestimmte Waffenarten forderten alle Demokraten Senkungen der Militärausgaben. Alle Republikaner waren gegen jegliche Kürzungen.

Die Unterschiede traten klarer zutage, nachdem beide Parteien ihre Kandidaten aus den Reihen der Anwärter ausgewählt hatten. Vizepräsident Bush stand für die Außenpolitik der Reagan-Administration, deren Teil er acht Jahre lang gewesen war. Nach seinem Denken über internationale Angelegenheiten befragt, antwortete der ehemalige CIA-Direktor: „Mein Standpunkt ist derselbe wie der von Ronald Reagan. Schreiben Sie das auf.“

Michael Dukakis, Gouverneur von Massachusetts, hatte auf der anderen Seite den Einheiten der Nationalgarde seines Staates befohlen, nicht an mittelamerikanischen Kriegsspielen teilzunehmen. Er hatte staatliche Rentenfonds aus Investitionen in Südafrika zurückgezogen und es Massachusetts verboten, an der Bundes-Zivilverteidigungsplanung für einen atomaren Schlagabtausch teilzunehmen. Dies mit dem Argument, daß „die einzig wirksame Verteidigung gegen die Schrecken von Kernwaffen in der Verhinderung eines Atomkrieges liegt“.

„Diejenigen, die den Standpunkt einnehmen, es gäbe keine Unterschiede zwischen den Demokraten und den Republikanern, machen einen schweren Fehler“, sagte der Politikwissenschaftler James Steele. „Es ist ein Fehler, der im November außerordentlich kostspielig war, und

der in Zukunft noch weit kostspieliger werden könnte.“

Bei der Beobachtung von Unterschieden in politischen Standpunkten verwies Steele vor allem darauf, welche Schichten des Volkes der USA welche Partei unterstützen: „Die wichtigsten Abteilungen der Volkskräfte, angefangen bei der Arbeiterbewegung und der Bewegung für die Gleichberechtigung der AfroamerikanerInnen, kämpfen im Rahmen der Demokratischen Partei“, sagte er, „obwohl viele Gruppen dieser Bewegungen von der Plattform der Demokratischen Partei politisch unabhängig sind.“ Das bedeutet, daß es von den beiden Parteien verschiedene Arten von Druck auf die Kandidaten gibt, und deshalb verschiedene Möglichkeiten, sie in Richtung von Standpunkten für Frieden und Gerechtigkeit zu beeinflussen.

„Sowohl Bush als auch Dukakis stellen für die Volksbewegungen Gebirge dar, die zu erklimmen sind“, meinte Charlene Mitchell, eine Friedens- und Bürgerrechtsaktivistin, die sich im November 1988 als unabhängige Kandidatin für den Senat von New York bewarb, „aber

Dukakis ist leichter zu ersteigen; Bush ist geradezu riesig.“

Viele Kommentatoren argumentieren, daß Dukakis die Wahl gegen Bush genau gerade deswegen verloren habe, weil er sich scheute, diese Unterschiede zu betonen. Unter Benutzung von antikommunistischen Taktiken wie zu Zeiten McCarthys griff Bush wiederholt Dukakis als einen „Linksliberalen“ an. Anstatt eine solche Titulierung zu verteidigen, blieb Dukakis bis in die letzten paar Tage seines Wahlkampfes hinein stumm, als die Unterstützung für ihn anwuchs, aber es war zu wenig und zu spät. Es „war eine ziemliche Ironie, daß Dukakis einen weithin enthusiastischen Widerhall fand, als er sich dazu bekannte: 'Jawohl, ich bin ein Liberaler', und viel gerader heraus sprach, anstatt zu wanken und zu schwanken“, sagte Mary Hatwood Futrell, Vorsitzende der 1,9 Mio starken Lehrergewerkschaft Nationaler Erzieherverband. „Es tut mir richtig leid, daß er das nicht sechs Wochen früher gemacht hat.“

Einige Kommentatoren deuten sogar an, daß Dukakis die Wahlen verlieren wollte. James Steele erwähnte auch Dukakis' Versäumnis, Wählerschichten hinter sich zu bringen, die klar für ihn gestimmt hätten, wenn er anders herangegangen wäre. „40.000 bis 50.000 Wahlstimmen mehr in 11 Staaten wären nötig gewesen, und Dukakis hätte gewinnen können“, meinte er. „Aber die Liste Dukakis-Bentsen hätte einen Wechsel der politischen Richtung für das Land bedeutet. Und das ist es, was die herrschende Klasse nicht hinnehmen konnte.“

Bush mag bald der nächste Präsident der Vereinigten Staaten sein, aber er wird kein Mandat für seine Politik haben. Die

Progressive Forderungen auf dem Parteitag der Demokraten: „Palästina-Staat jetzt!“



Wahlbeteiligung war die niedrigste seit 60 Jahren. Trotz seines Sieges hat nur ein Viertel der Wahlberechtigten für Bush gestimmt.

Selbst diejenigen, die bei der Präsidentschaftswahl republikanisch stimmten, machten Stimmensplitting beim Kongreß: Eine sogar noch größere demokratische Mehrheit kehrt dieses Jahr in das Repräsentantenhaus und in den Senat zurück. Bush gab in seiner Siegesrede zu, daß seine Decke kurz sei, indem er versprach, eine „kooperative“ Beziehung mit dem neuen Kongreß zu suchen.

Die Stimmabgabe verlief scharf entlang den Klassenlinien. Eine Umfrage von „CBS“ und „New York Times“ ergab, daß Dukakis die Wähler mit Einkommen unter 12.500 \$ im Verhältnis von annähernd 2:1 hinter sich hatte. Für Bush stimmten diejenigen mit über 100.000 \$ Einkommen im gleichen Verhältnis.

Mehr als 90% der afroamerikanischen und 75% der spanischsprechenden WählerInnen machten ihr Kreuz bei Dukakis.

Gewerkschaftshaushalte stimmten zu 66% für ihn, so wie 63% der jüdischen Wähler, 55% der katholischen Wähler und 51% der Frauen, die zur Wahl gingen. Bush errang eine Mehrheit unter den männlichen Weißen, die zu 58% den neuen Präsidenten bevorzugten. Offensichtlich gibt es unter denen, die zur Wahl gingen, eine starke Opposition gegen Bush und – weitaus deutlicher – gegen seine Politik. In Cambridge, Massachusetts, nahmen die WählerInnen einen Volksentscheid an, der einen unabhängigen palästinensischen Staat fordert.

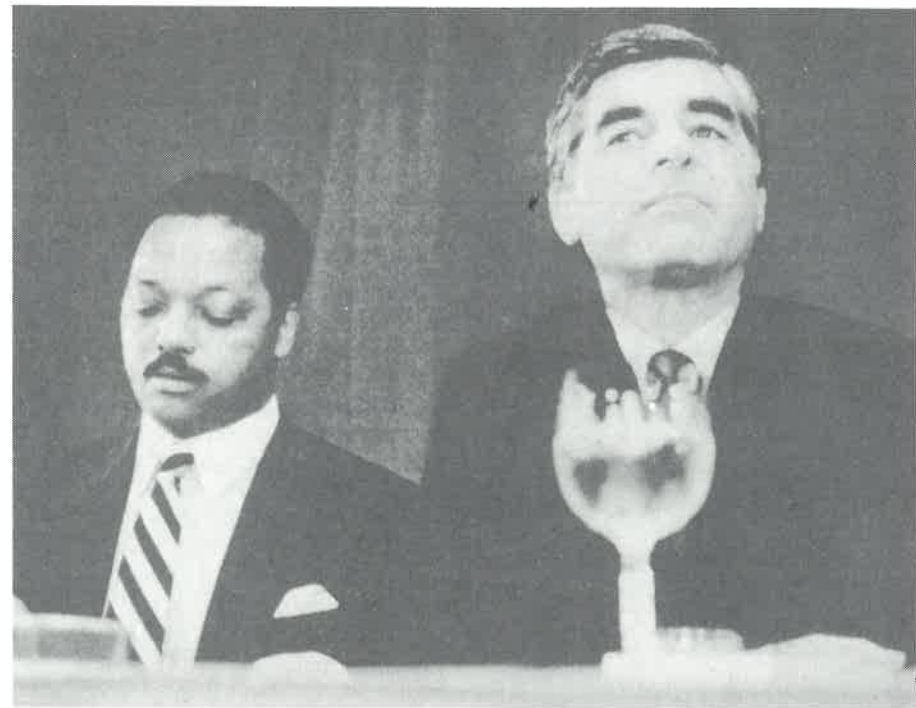
In Oakland, Kalifornien, stimmten über 55% der WählerInnen einer rechtlich verbindlichen Maßnahme zu, Atomwaffen und Tätigkeiten der Atomwaffenindustrie sofort zu ächten, den Transport von Nuklearmaterial zu verhindern, und der öffentlichen Hand zu untersagen, bei Firmen, die an der Herstellung von Atomwaffen beteiligt sind, Investitionen vorzunehmen, Käufe bei ihnen zu tätigen oder Verträge mit ihnen abzuschließen. Eine ähnliche Maßnahme wurde mit 62% im Kreis Wasco, Oregon, angenommen.

Auch wenn Friedens- und Solidaritätskräfte Sorge über Bushs CIA-Vergangenheit, seine ultrarechten Anhänger und Schritte zur Bildung eines Kabinetts aus alten Kameraden zum Ausdruck bringen, so sehen sie doch Grund zum Optimismus.

Wie Michael Myerson, geschäftsführender Direktor des US-Friedensrates sagte, „erfreut sich Bush in keiner Weise der unergründlichen persönlichen Popularität von Ronald Reagan... Es ist unsere Zeit, in die Offensive zu gehen. Diejenigen, die an der Fähigkeit der Friedensbewegung zweifeln, während einer Bush-

Administration Boden zu gewinnen, sollten sich an unseren Sieg erinnern, als wir sogar unter der rückwärts gewandten Präsidentschaft von Reagan das INF-Abkommen erreichten."

Bushs Wahlpose als Friedenskandidat wird auf ihn zurückfallen und ihn verfolgen. Eine Louis-Harris-Umfrage, die 10 Tage nach der Wahl durchgeführt wurde, brachte zutage, daß zwei Drittel des Volkes der USA einen neuen Abrüstungsvertrag mit tiefen Einschnitten bei strategischen Waffen von der Bush-Administration erwarten. Er sprach sich für den INF-Vertrag aus, und die Leute erwarten



Durch Dukakis' schwankende Positionen kam die Mobilisierungskampagne von Jesse Jackson (l.) nicht zum Tragen

von ihm, daß er sich dementsprechend verhält.

Dazu kommt, daß Bush sich einer Staatschuld von über 3 Bio \$ gegenüber sieht, die ihn dazu zwingen sollte, an die Militärausgaben anders heranzugehen als die Reagan-Administration.

„Bush erbt eine Wirtschaft, die ein Faß ohne Boden ist“, meinte Myerson. „Unter den Myriaden von Krisen, die er vom alten Schwindler geerbt hat, gibt es u.a. die der Beseitigung von Atomwaffen, der die Atomwaffenfabriken des Landes umgibt.“

Der Mindestaufwand, der dafür notwendig ist, liegt bei ungefähr 200 Mrd \$. Wo soll das Geld herkommen? Ein schnell zustandegebrachtes START-Abkommen mit der UdSSR wird sowohl das notwendige Geld einsparen, als auch Bush erlauben, das bislang undenkbar zu denken: diese Fabriken für immer dichtzumachen.“

Bush zeigte Verständnis für die objektiven Bedingungen, als er mit Jesse Jackson, dem Führer der fortschrittlichen Bewegung in der Demokratischen Partei,

zusammentraf. Nach dem Treffen sagte Jackson, Bush habe „eine Offenheit, eine Bereitschaft zum Zuhören, etwas, das ich bei Ronald Reagan nicht gefunden habe“, gezeigt.

Ferris Bouhafa, ein Sprecher des Arabisch-Amerikanischen Anti-Diskriminierungs-Komitees (AAADC), war durch Bushs Reaktion auf die jüngste Sitzung des Palästinensischen Nationalrats in Algier ermutigt. „Während jedermann in der Reagan-Administration sich damit auseinandersetzt, was der Nationalrat nicht gesagt und was er nicht getan hat, sagte er einfach, es sei 'ermutigend' ge-

tor der Nationalen Regenbogenkoalition, brachte die Gefühle von vielen zum Ausdruck, als er sagte: „Der Wahlkampf von Jesse Jackson hat dazu beigetragen, Amerika besser zu machen und dieser Feldzug hat nicht am 8. November aufgehört. Die Regenbogenkoalition wird fortfahren, dafür zu wirken, die Vision zu erfüllen, die von Reverend Jackson während der Vorwahlen so brillant dargestellt worden ist.“

Eine Koalition von Organisationen – darunter SANE/Freeze, Mobilmachung für das Überleben, der US-Friedensrat, die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit und andere – haben einen Forderungskatalog der Bürger herausgebracht. Das ist der erste Schritt einer größeren, innovativen landesweiten Kampagne für atomare Abrüstung und Sicherheit bis zum Jahr 2000. Sie fordert für die ersten 100 Tage des neuen Kongresses und der Administration:

- einen sofortigen umfassenden Atomwaffenteststoppvertrag;
- Einhaltung des ursprünglichen ABM-Vertrags und Ausgabestopp für den „Sternenkrieg“;
- Beschneidung des Militärhaushaltes zugunsten von Ausgaben für Arbeitsplätze und soziale Dienstleistungen;
- Stopp der weiteren Herstellung und Aufstellung von Atomwaffen;
- schnelle Schritte zur Fertigstellung des START-Abkommens, das die Abschaffung von 50% der strategischen Atomwaffen vorsieht;
- Verhandlungen zur Verringerung konventioneller Streitkräfte in Europa und anderswo;

• Streichung der Mittel für Intervention, Aufstandsbekämpfungskriege, Unterdrückung von Volksaufständen durch die Polizei.

Die Petitionskampagne wird begleitet werden von aufeinander abgestimmten Bemühungen, um jetzt auf den neuen Kongreß Einfluß zu nehmen, während sich die Mitglieder zu Hause befinden, bevor sie nach Washington gehen. Am oder um den Eröffnungstag herum wird es auch örtliche Aktionen geben, um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Möglichkeit von größeren Aktionen im späten April nach den üblichen „ersten 100 Tagen“ der neuen Administration wird ebenfalls diskutiert.

Unter den Gesetzesvorlagen, von denen erwartet wird, daß sie im neuen Kongreß eingebracht werden, befinden sich solche zu umfassenden Sanktionen gegen Südafrika (wozu das Mitglied des Repräsentantenhauses Ron Dellums und Senator Claiborne Pell aufrufen), zur Hilfe für die Contras in Nicaragua und eine Anzahl von Waffenkontrollgesetzen.

Wie es Jesse Jackson ausdrückte, „Unsere Kampagne beginnt jetzt.“

Wahlplattform der Republikaner Außenpolitische Positionen

Der Wahlplattform der republikanischen Partei zufolge bilden „Stärke, Realismus und Dialog“ drei „Eckpfeiler“, die einer republikanischen Administration als Leitlinie für ihre Außenpolitik dienen werden. Diese Eckpfeiler waren bereits unter der Reagan-Administration die Grundprinzipien der Außenpolitik. Wir dokumentieren Auszüge aus dem vom nationalen Parteikonvent der Republikaner Mitte August 1988 in New Orleans verabschiedeten außenpolitischen Teils der Wahlplattform.

Amerika und seine Führungsrolle in der Welt

(...) Die Außenpolitik der Republikaner basiert auf einem Frieden, der durch stetige Vorkehrungen für unsere nationale Sicherheit bewahrt wurde und hat den INF-Vertrag hervorgebracht, mit dem eine gesamte Kategorie von Nuklearwaffen abgeschafft wurde. Die Entschlossenheit und Willenskraft Amerikas brachten zusammen mit der zuverlässigen Unterstützung unserer europäischen Verbündeten die Sowjets zurück an den Verhandlungstisch und ermöglichten eine einschneidende Reduzierung der Nuklearwaffen. (...)

Der sowjetische Rückzug aus Afghanistan ist nicht das Ergebnis glücklicher Umstände oder der für den Krenl notwendigen Einsparung einiger Rubel. Er ist ein direktes Resultat republikanischer Außenpolitik, der sogenannten Reagan-Doktrin. (...)

Unterstützung für die Freiheitskämpfer und damit einhergehende Verhandlungsbereitschaft können als Modell für unseren Widerstand gegen die Verbreitung des Marxismus in der übrigen Welt dienen.

Die Welt erwartet, daß die Vereinigten Staaten die Führungsrolle übernehmen. (...) ... hat die Reagan-Bush-Administration bewiesen, daß Dialog und Engagement nur aus einer Position der Stärke heraus Erfolg zeitigen können. (...) Die Welt von 1988 beweist den Erfolg des Konzepts von Frieden durch Stärke und der Reagan-Doktrin zur Förderung der nationalen Interessen Amerikas. Unsere Beziehungen zur Sowjetunion gründen sich nunmehr auf diese entschlossene und realistische Politik. (...)

Mittel- und Lateinamerika

Mittelamerika war für die Vereinigten Staaten immer eine Region von strategischer Bedeutung. Dort ist jetzt Nicaragua – ebenso wie Kuba – zu einem sowjetischen Vasallenstaat geworden. Der Demokratisierungsprozeß in der Region ist nunmehr durch die sandinistische Militärmaschinerie und den aus Nicaragua, Kuba und der Sowjetunion exportierten bewaffneten Untergrundkampf direkt bedroht. (...)

Wir erklären den Menschen und der Regierung in El Salvador, einem Ziel der aus dem Ausland

Zu spät bekannte sich Dukakis zum republikanischen Vorwurf, ein Liberaler zu sein

gesteuerten Rebellionen, unsere einhellige Unterstützung. Unter republikanischer Führung sollten die Vereinigten Staaten auf die Bitte unserer Nachbarn in Mittelamerika um Militärhilfe eingehen, um die aufstrebenden Demokratien vor den Sowjets, Kuba oder von anderer Seite unterstützten Revolten zu schützen. (...)

Die Republikaner werden sich so lange jeder Normalisierung der Beziehungen mit der kubanischen Regierung widersetzen, wie Fidel Castro das kubanische Volk unterdrückt und internationalen Terrorismus und Drogenhandel unterstützt. Wir werden die Einführung einer direkt vom kubanischen Volk gewählten repräsentativen Regierungsform weiterhin vehement unterstützen. Wir bekräftigen unsere Hilfe für Radio Marti und fordern die Gründung von TV Marti, um das unterdrückte kubanische Volk besser erreichen zu können.

Panama stellt die in den vergangenen acht Jahren erzielten Fortschritte in der Region vor eine andere Herausforderung. Unsere Politik muß dem autoritären Militärregime und dem Drogen-Terrorismus ebenso entschieden entgegenreten wie der kommunistischen Tyrannei und der Subversion durch die Guerilla. (...) Die Republikaner betrachten den Panamakanal als entscheidende strategische Verbindung zwischen Atlantik und Pazifik. Wir vertreten die Auffassung, daß der freie und ungehinderte Zugang zum Panamakanal gewährleistet sein muß, wie er im Panamakanal-Vertrag als Grundprinzip niedergelegt ist. (...)

Die Sowjetunion: Neue Herausforderung und bleibende Realitäten

Die Republikaner sind stolz darauf, daß es ein republikanischer Präsident war, der die Botschaft der Freiheit in die Sowjetunion trug. Ein neuer republikanischer Präsident wird auf diesen Erfolgen am besten aufbauen können und aufgrund der langen Geschichte des sowjetischen Expansionismus und der falschen Versprechungen stets auf der Hut sein. Wir sind bereit, echte Reformen anzuerkennen, aber Amerika darf nicht unvorbereitet sein, sollte sich diese Reform als illusorisch erweisen.

Die sowjetischen Forderungen nach Frieden und Harmonie auf der Welt haben einen hohlen Klang, wenn man sie mit der anhaltenden sowjetischen Unterstützung kommunistischer Guerillas und Regierungen in der Dritten Welt vergleicht. (...)

Die sowjetische Militärmacht nimmt zu. (...) Gegenwärtig sind Verhandlungen mit der Sowjetunion über einen Abbau strategischer Nuklearwaffen um die Hälfte möglich, weil das amerikanische Volk Vertrauen in die Führungsrolle der Republikaner bekundet. Das amerikanische Volk weiß, daß für die Republikaner kein Abkommen besser ist als ein Vertrag, der die Sicherheit der freien Welt gefährdet. Die Durchführung von Rüstungskontrolle um ihrer selbst willen oder um jeden Preis ist naiv und gefährlich. (...)

Die Republikaner bekennen sich stolz zur Reagan-Doktrin: Amerikas Engagement zur Unterstützung der Freiheitskämpfer gegen kommunistische Unterdrückung, die Freiheit

und den menschlichen Geist zerstört. Wir begrüßen die Befreiung Grenadas. Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die heldenhaften Kämpfer des afghanischen Widerstandes und verpflichten uns, ihnen bis zum Ende ihres Kampfes beizustehen. Wir geloben den demokratischen Befreiungsbewegungen auf der ganzen Welt unsere politische und materielle Unterstützung. (...)

Europa und die Verteidigung des Westens

(...) Der vor kurzem unterzeichnete INF-Vertrag hat bewiesen, daß der NATO-Doppelbeschluß zum Ausbau der NATO-Nuklearstreikräfte in Europa und gleichzeitige Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungen mit der Sowjetunion der einzige Weg waren, um die sowjetische Führung zur Annahme bedeutender Reduzierungen bei den Nuklearwaffen zu bewegen. (...)

Ermutigt durch die starke Führungsposition der Vereinigten Staaten nahm Europa eine unerschütterliche Haltung gegenüber den sowjetischen Forderungen nach einem Atomstopp und einseitiger Abrüstung ein.

Amerikanische Hilfsleistungen und der Fleiß der Europäer haben Westeuropa erneut zu einer Position weltweiter Stärke verholfen. In diesem Zusammenhang ist die Republikanische Partei der Auffassung, daß alle Mitgliedsstaaten der NATO ihren Teil der Verteidigungslast tragen sollten. (...)

Der Nahe Osten

Die Grundlage unserer Politik im Nahen Osten war und ist die Förderung eines stabilen und andauernden Friedens in Anerkennung unserer moralischen und strategischen Beziehungen zu Israel. Mehr als jede vorherige Regierung hat die Reagan-Bush-Administration diese Partnerschaft gefestigt. (...)

Wir werden Israels qualitativen Vorteil gegenüber jedem Gegner oder jeder Gruppe von Gegnern weiterhin aufrechterhalten. (...)

Wir lehnen die Schaffung eines unabhängigen Palästinenserstaates ab; seine Gründung steht den Sicherheitsinteressen Israels, Jordaniens und der Vereinigten Staaten entgegen. (...)

Die Republikaner werden auf die Bestrebungen der Reagan-Bush-Administration aufbauen und anhand der folgenden Prinzipien auf Frieden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn hinarbeiten:

– Ein gerechter und andauernder Frieden ist unabdingbar und vordringlich und kann nur durch direkte Verhandlungen zwischen Israel und den arabischen Nationen verwirklicht werden.

– Friedensverträge müssen durch direkte Verhandlungen erarbeitet werden und dürfen niemals einem Partner aufgezwungen werden, der dazu nicht bereit ist.

– Die PLO sollte keine Rolle im Friedensprozeß spielen, es sei dann, sie erkennt Israels Existenzrecht an, akzeptiert Resolution 242 und 338 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, sagt sich vom Terrorismus los und entfernt die Sprachregelung aus ihrer Charta, mit der die Vernichtung Israels gefordert wird. (...) Unsere anhaltende Unterstützung Ägyptens und anderer pro-westlicher arabischer Staaten ist elementarer Bestandteil der Politik der Republikanischen Partei. (...)

Seit nahezu vier Jahrzehnten haben die strategischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen der Vereinigten Staaten in der Region ihren Niederschlag in der amerikanischen Politik am Persischen Golf gefunden. Die republikanische Politik verfolgt drei Hauptziele:

- Gewährleistung des freien Öltransports.
 - Die Ausdehnung des sowjetischen Einflusses zu verhindern.
 - Unterstützung der Unabhängigkeit und Stabilität der Staaten in der Region. (...)
- (Quelle: Amerika Dienst. Hintergrundmaterial, Bonn, Nr. 30, 24.8.1988, S. 1-18)



MARXISTISCHE BLÄTTER

Wir suchen die Diskussion um alle Fragen, die die sich verändernde Realität aufwirft. Wir bedauern auf unserer Überzeugung, daß Bewegung Bewegung braucht und Theorie Bewegung nutzen muß. Wir ringen um das Gemeinsame und legen Streitpunkte offen. Linke Politik und globales Denken gehören für uns ebenso zusammen wie Wissenschaft und sozialer Fortschritt, wie Arbeiterklasse und Intelligenz oder Demokratie und Sozialismus. Wir mischen uns ein. Es lohnt sich.

Lassen Sie sich von MARXISTISCHE BLÄTTER überzeugen. Fordern Sie ein kostenloses Probeexemplar an.



Fordern Sie ein kostenloses Probeexemplar an. Schicken Sie dieses Coupon an die VVG, Postfach 101555, 4040 Neuss 1.

Name:

Anschrift:

Telefon:

William I. Robinson

Kommt mit George Bush eine neue Nicaragua-Politik?

Während den vergangenen acht Jahren ist George Bush ein treuer Gefolgsmann Reagans gewesen und hat den Versuch, die sandinistische Revolution in die Knie zu zwingen, mitgetragen. In der gegenwärtigen Situation werden allerdings verschiedene Faktoren darauf hinwirken, daß die Politik des neuen Präsidenten gemäßiger sein wird, als die seines Vorgängers. Die politischen Kräfteverhältnisse innerhalb der USA sowie auch in Zentralamerika und im Weltmaßstab haben sich verändert. So lautet die Kernthese dieser von der „Agencia Nueva Nicaragua“ nach den US-Präsidentenwahlen verbreiteten Einschätzung W.I. Robinsons.

Die Sandinisten haben sich zäh gehalten, der revolutionäre Prozeß hat seine Lebensfähigkeit bewiesen, die Legislative und die öffentliche Meinung in den USA sind gegen eine Fortsetzung des Krieges, die außenpolitischen Interessen der USA haben sich verändert. Dies wird Bush dazu zwingen, angesichts der Niederlage, die die Reagan-Doktrin in Nicaragua erlitten hat, seine Politik den Realitäten anzupassen.

Man hält hier durchaus für möglich, daß Bush den Versuch machen wird, den konterrevolutionären Krieg in vollem Umfang wiederzubeleben. Aber sowohl politische Beobachter als auch Mitarbeiter von Bush haben darauf hingewiesen, daß eine aggressive Politik des „Containment“ (Eindämmung; d. Red.) wahrscheinlicher ist. Das bedeutet politische, wirtschaftliche und diplomatische Pressionen sowie neue Bündnisverträge mit Nicaraguas pro-nordamerikanischen Nachbarn, einige verdeckte Operationen und selbstverständlich auch die Weiterführung der antisandinistischen Propagandakampagne.

Bush ist genauso antisandinistisch wie sein Vorgänger, und es ist auch nicht so, daß die USA sich von der innigsten Hoffnung verabschiedet hätten, der Revolution den Garaus machen zu können.

Es geht lediglich darum, den Abnutzungskrieg, *low intensity warfare* (Kriegführung niedriger Intensität; d. Red.), gegen Nicaragua an die neuen Verhält-

nisse anzupassen, die durch das Scheitern von Reagans Politik entstanden sind. Diese Anpassung beruht darauf, daß ein wichtiger Teil der Machtelite in den USA, auch in der republikanischen Partei und dem Beratergremium von Bush, sich bewußt geworden ist, daß die Kampagne, die zum Sturz der Sandinisten hätte führen sollen, nicht nur gescheitert ist, sondern für die USA mehr Risiken als Nutzen gebracht hat: in erster Linie die Instabilität, die sie in ganz Zentralamerika geschaffen hat und die Tatsache, daß sie dem Ansehen der USA geschadet hat.

Diese Einsicht brachte die Demokraten unter der Führung von Jim Wright dazu, im Kongreß den Friedensplan von Esquipulas II zu unterstützen. Dies als eine andere Möglichkeit, die nicaraguanische Revolution „einzudämmen“ und die Region zu „stabilisieren“.

Am Vorabend der Wahl erklärte der Sicherheitsberater von Bush, General Brent Scowcroft, vor Journalisten, es könnten einige Veränderungen in der Politik gegenüber Nicaragua notwendig werden. Das Hauptinteresse des neuen Präsidenten liege darin, „zu vermeiden, daß Nicaragua seine Revolution in andere Länder exportiert“.

In der einzig konkreten Erklärung, die er während der Wahlkampfzeit in bezug auf die Contra-Hilfe abgab, sagte Bush Mitte Oktober in einem Interview der rechtsstehenden „Washington Times“, daß er „ganz sicher neue Militärhilfe bean-

Reagans Politik des Contra-Terrors gegen die Zivilbevölkerung brachte nicht die erhofften Ergebnisse

tragen“ werde, betonte jedoch, daß er das nur tun werde, wenn die Verhandlungsbemühungen scheiterten. Mit anderen Worten, er ließ die Möglichkeit einer Beendigung des Contra-Krieges offen, bei der die USA das Gesicht wahren könnten. Dieser Krieg, den er selbst mit vom Zaun gebrochen hat, bereitet ihm immer mehr Kopfschmerzen.

Prof. Philip Brenner, ein Außenpolitik-Experte von einer angesehenen Washingtoner Universität, sagte neulich auf einer Pressekonferenz, daß es einen wichtigen Widerspruch gebe zwischen Bushs Rhetorik zum Thema Nicaragua, die sich nicht von der Reagans unterscheidet und

Ein wichtiger Teil der Machtelite um Bush sieht, daß die Interventionspolitik zum Sturz der Sandinistas gescheitert ist und den USA geschadet hat

mit den altbekannten Vorwürfen gegen die Sandinisten gespickt ist, und der tatsächlichen Politik, die Bush als Präsident in die Tat umsetzen werde.

Die Berater von Bush wissen, daß die Contra-Truppen, die gegenwärtig in Honduras zusammengezogen sind, nicht für lange Zeit den Zusammenhalt wahren können, den eine schlagkräftige Truppe braucht. Das Söldnerheer steht bereits in Auflösung. Wenn die Contra als militärisches Instrument aufrechterhalten wer-

den soll, müßte Bush in den ersten Monaten seiner Amtszeit, die am 20. Januar beginnt, Militärhilfe für die Contras anfordern.

Ein solcher Antrag hätte im Kongreß sehr geringe Chancen. Hinzu kommt, daß die neue Regierung wenig Interesse daran haben wird, sich gleich zu Beginn mit einer Legislative anzulegen, in der die demokratische Mehrheit durch die jetzigen Wahlen noch gestärkt worden ist. Die „Washington Post“ hat kürzlich geschrieben, daß Bush Interesse daran haben muß, eine realisierbare Nicaragua-Politik zu formulieren, die die Unterstützung beider Parteien genießt.

Manche Kenner der Szene gehen davon aus, daß Bush versuchen wird, eine leichter manövrierbare Contra-Truppe zu schaffen, die nur aus ein paar hundert Mann besteht, aus ehemaligen Nationalgardisten mit militärischer Erfahrung, um den militärischen Druck als ein Element der „Eindämmung“ aufrechtzuerhalten zu können. Weiterhin wichtig bleiben ständige selektive Sabotageakte und Nadelstiche, die zwar keine strategische Bedrohung darstellen, aber Nicaragua dazu zwingen würden, seine kostspieligen Verteidigungsanstrengungen aufrechtzuerhalten.

Brenner äußerte außerdem die Ansicht, Bush habe eine Vorliebe für die Anwendung von Gewalt und für verdeckte Operationen als Instrumente seiner Außenpolitik. Der gegenwärtige Leiter der Lateinamerika-Abteilung im Außenministerium, Elliott Abrams, hat bereits erklärt, daß Bushs Politik gegenüber Nicaragua paramilitärische Aktionen einschließen werde. Er sagte aber nicht, in welchem Umfang und in welchen Bereichen solche Aktionen stattfinden sollten.

Im Gegensatz zu dem wirtschaftlichen „Zuckerbrot“, das die Demokraten als Mittel der Einflußnahme vorschlagen, wird Bush wohl die „Peitsche“ vorziehen



Laßt Bush die Contras fallen?

und während seiner gesamten Amtsperiode das Handelsembargo gegen Nicaragua aufrechterhalten, das Reagan 1985 verhängt hat. Es wird wohl weder direkte Verhandlungen über Sicherheitsfragen noch in absehbarer Zeit eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern geben.

Das Embargo wird allerdings nicht verhindern, daß im Rahmen der sog. Chilenisierungs-Strategie die rechte Opposition in Nicaragua mit Geld und Sachmitteln versorgt wird. Man darf nicht vergessen, daß Bush während der CIA-Kampagne gegen die Regierung Allende Generalsekretär der Republikanischen Partei und später CIA-Direktor war und bereits damals seine Hände schmutzig gemacht hat; diese Strategie ist also für ihn nichts Neues.

Manche politischen Beobachter sind der Ansicht, während Reagan die Inkarnation des äußersten rechten Flügels der Republikanischen Partei sei (der sog. „neuen Rechten“), sei Bush eher ein Repräsentant der „traditionellen Rechten“ vom Schlage Nixon/Kissinger; in einer Art Rollentausch repräsentiert nun der Vizepräsident Quayle die „neue Rechte“.

Bush vertritt zwar rückschrittliche und interventionistische Positionen, tendiert aber eher zum Pragmatismus. Er neigt dazu, realistischere Positionen einzunehmen, die eher den tatsächlichen Kräfteverhältnissen entsprechen. Für die Opfer US-amerikanischer Interventionen im Ausland hat dieser Unterschied aber nur geringfügige Relevanz.

Da in Nicaragua das Überleben und die Konsolidierung der sandinistischen Revolution das Kräfteverhältnis verändert hat, ist in den kommenden Monaten der Übergang zu einer aggressiven „Containment“-Politik recht wahrscheinlich.



Andres Luna Vargas

Gewinner sind die „12 Apostel“

Nachdem Peru vor drei Jahren unter seinem populistischen Präsidenten Alan Garcia mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank gebrochen hatte, kehrt das Land heute in den Schoß der internationalen Finanzinstitutionen zurück. Mit Sparprogrammen versucht die Regierung, der Wirtschaftskrise und der galoppierenden Inflation Herr zu werden. Der Senator der Vereinigten Linken (IU), Andres Luna Vargas, beschreibt im folgenden Beitrag, den er auf dem Gegenkongreß der IWF/Weltbank-Kampagne Ende September 1988 in West-Berlin vorgetragen hat, die Auswirkungen der Verschuldungskrise und der Politik der Regierung für sein Land.

Die Außenverschuldung Perus beläuft sich heute auf etwa 15 Mrd \$, ein geringer Betrag, der weniger als 4% der Gesamtverschuldung Lateinamerikas ausmacht. Er verwandelt sich aber in eine schwere Last, die unsere soziale und wirtschaftliche Entwicklung bremst, wenn bedacht wird, daß unser Land jährlich eine Produktion von 20 Mrd \$ erreicht, für eine Bevölkerung von 22 Mio Einwohnern. (...)

Infolge von etwa fünf Jahrhunderten äußerer Beherrschung und der Anwendung von „Anpassungsmaßnahmen“ zur Zahlung der Außenschuld ist Peru heute ein verarmtes Land. Es weist das gleiche Pro-Kopf-Produkt auf wie vor 15 Jahren, eine Arbeitslosen- und Unterbeschäftigtenrate, die fast 70% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung erreicht, und einen gesetzlichen Mindestlohn, der mit 40 \$ 50% unter dem von vor 15 Jahren liegt. Die Anwendung einer Politik in Peru, die sich von 1976-85 und von Ende 1987 bis heute an den Vorgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) und am Wirtschaftsliberalismus orientierte, bedeutet nicht nur einen Rückfall hinter

die Reformen, die das Militärregime unter Velasco Alvarado (1968-75) im Rahmen des Systems durchgeführt hatte, sondern hat die Einkommensverteilung noch weiter verschlechtert. Auch in den ärgsten Jahren der Rezession und Krise (1982-83) haben die Unternehmer ihren Anteil am Volkseinkommen weiter erhöht, während die Arbeiter auf dem Land, in der Stadt und auf dem Meer ebensoviel oder noch mehr verloren.

2% der Bevölkerung verfügen über 28% des Volkseinkommens (mit transnationalen Konzernen verbundene Kreise, Monopolgruppen im Bereich der Lebensmittelindustrie, die Großindustrie im Bergbau, der Fischerei und im Bauwesen, einige Finanzkreise und dort beschäftigtes Führungspersonal). Die folgenden 8% verfügen über 24% des Volkseinkommens (gehobener Mittelstand, mittlere Industrie, privilegierte Bürokratenkreise in öffentlichen Unternehmen und andere, die mit dem Drogenhandel verbunden sind), während die restlichen 90% der Bevölkerung sich mit nur 48% des Volkseinkommens „zufrieden geben müssen“.

Es gibt noch mehr sozialökonomische Gradmesser in Peru, die die Unmenschlichkeit und die explosive Situation aufzeigen, in der wir leben:

1. Von 1.000 lebend geborenen Kindern werden 127 vor Vollendung des ersten Lebensjahres sterben. In den hochgelegenen Provinzen der Südanden (Bauern und Quechua- und Aymara-Abstammung) liegt der Durchschnitt bei 230.

2. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt knapp 56 Jahre; in den Bergwerken 50 Jahre.

3. Es gibt einen Arzt für 1.350 Einwohner, obschon es in manchen Bezirken vorkommt, daß nur ein Arzt für 30.000 EinwohnerInnen zur Verfügung steht.

4. Der Analphabetismus beläuft sich noch immer auf 19,4% der Bevölkerung über 14 Jahre, wobei er in den verarmten ländlichen Zonen doppelt so hoch ist. (...)

Die Terms of Trade (Preisgefälle zwischen exportierten Rohstoffen und importierten Industriegütern; d. Red.) betragen heute für Peru nur noch die Hälfte des Niveaus von 1981:

a) Für ein Barrel Öl erhält es heute nur noch ein Fünftel dessen, was es in jenem Jahr kaufen konnte;

b) für eine Tonne Blei knapp 60%;

c) für einen Zentner Kaffee 65% und

d) für eine Tonne Silber oder Eisen 44% bzw. 52% dessen, was es vor sieben Jahren erwerben konnte.

Durch den Preisverfall hat Peru in der Zeit von 1982-87 bereits einen Wertverlust seiner Ausfuhren erlitten, der sich auf 8 Mrd \$ beläuft. (...)

Abgesehen von den negativen Terms of Trade, müssen andere Ausfuhren mit subventionierten Exporten konkurrieren und werden oft durch Handelschranken behindert. Etwa 45 Mrd \$ geben die USA, die EG und Japan jährlich aus, um ihre Agrarexporte zu subventionieren. Die negativen Folgen für die peruanische Landwirtschaft lassen nicht auf sich warten. Immer mehr Nahrungsmittel aus dem Ausland kommen auf den Tisch des Volkes, wodurch sich die Konsumgewohnheiten ändern und eine der modernsten und gemeinsten Abhängigkeiten entsteht; die in der Ernährung.

Gegenwärtig verwendet Peru etwa 500 Mio \$ für den Import von Nahrungsmitteln. Wenn aber 15% der 1,965 Mrd \$,

die jährlich in die Zahlung der Außenschuld gehen, in die Aussaat von 200.000 ha Ölpalmen und entsprechende Infrastruktur in unserem Amazonas-Gebiet investiert worden wären, dann wäre Peru ab dem nächsten Jahr bei Speiseölen und Fetten autark und könnte jährlich 40 Mio \$ für ihre Einfuhr einsparen.

Die Fortschritte, die durch Jahrhunderte des Kampfes und durch die Agrarreform von 1968-75 bei der Umverteilung des Landes erreicht wurden, sind dabei, rückgängig gemacht zu werden durch eine liberale Politik, die vom IWF oder von Regierungen diktiert wird, die sich unterwerfen oder sich mit der dem IWF verbundenen einheimischen Elite verschwören. Um die Zerstörung des genossenschaftlichen Landbaus zu erreichen, fordern sie beharrlich, daß Zinsen für Agrarkredite bezahlt werden, die über der Inflationsrate liegen.

Entsprechend den sog. „komparativen Vorteilen“ soll nicht das angebaut werden, was unsere Völker zur Ernährung brauchen, sondern das, was im Ausland gute Preise erzielt. Dabei werden die eingenommenen Devisen für teure Technologien verwendet, die unerschwinglich und unnütz für unsere Bauernschaft sind. Entsprechend wird der Landraub durch neue kapitalistische Unternehmer gefördert, die weder zur Ernährung des Volkes noch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen.

Wegen alledem erklären wir, die Werktätigen und das Volk von Peru, organisiert in der Allgemeinen Konföderation der Werktätigen Perus (CGTP), in der Bauernkonföderation Perus (CCP) und in fortschrittlichen und demokratischen politischen Organisationen, daß die peruanischen Schulden nicht zu Entwicklungszwecken aufgenommen wurden, auch wenn das Gegenteil behauptet wird.

Es gibt keinen Grund, warum die Verantwortung für diese Verschuldung weiter auf unseren Schultern lasten soll. Wir finden es an der Zeit, daß die Regierungen der entwickelten Länder, besonders die der USA und die internationalen Banken, sich zu ihrer Verantwortung bekennen, zumal sie bei ihrem hohen tech-

Schätzung des Wertverlustes der traditionellen Exporte durch den Preisverfall (in Mio \$)

Jahr	Wert der traditionellen Exporte	Kaufkraft der traditionellen Exporte	Wertverlust der Exporte in Preisen von 1981	Wertverlust
1981	2.548	100,0	2.548	—
1982	2.531	84,4	3.000	469
1983	2.460	81,7	3.011	551
1984	2.421	68,3	3.545	1.124
1985	2.264	63,3	3.577	1.313
1986	1.871	42,5	4.402	2.531
1987	1.923	49,4	3.893	1.970

(Quelle: Erarbeitet auf der Grundlage von Informationen, die von der Spezialzeitschrift „Actualidad Economica“ del Peru, Especial, Nr. 12 und den Wochenbulletins der Zentralen Reservebank Perus veröffentlicht wurden)

nologischen Entwicklungsstand gewußt haben, daß unsere Länder längst vor dem Ende des letzten Jahrzehnts ihre Verschuldungsmöglichkeiten überschritten hatten.

Vor diesem Panorama, das ich Ihnen beschrieb, und angesichts einer Arbeiter-, Bauern- und Volksbewegung, die sich immer mehr der Ungerechtigkeit bewußt ist, nicht genossene Kredite zu bezahlen, hat die jetzige Regierung von Peru unter Dr. García Pérez das 10%-Prinzip aufgestellt. Im August 1985 hat er gesagt, „daß der gesamte Schuldendienst, darunter an Finanzorganisationen, Staaten sowie Geschäftsbanken, nicht mehr als 10% der Gesamtheit unserer Exporte ausmachen wird“. Er beschloß, nicht mit dem IWF zu verhandeln und stellte von April 1987 an die Zahlungen an die Weltbank ein.

Wir erklären, daß das 10%-Prinzip nicht die Lösung ist. Denn auch wenn 10% gezahlt würden, nähme unter den heutigen Bedingungen die Tilgung der Schulden nie ein Ende.

Doch wie viele andere wurde dieses Versprechen nicht erfüllt, denn der genannte Prozentsatz wurde in den 35 Monaten der Regierung der Peruanischen APRA-Partei überschritten. Zudem scheint es, daß die Regierung stark damit beschäftigt ist, neue Mechanismen zu finden, um „die Schulden zu honorieren“.

Dazu gehört das System, mit Exportprodukten zu zahlen, wobei 100% des Nominalwerts der peruanischen Schuldverschreibungen anerkannt werden, die mit 10-15% dieses Werts notiert werden. Mehr noch, der Nettotransfer (Schuldendienst minus Kredite) von Januar 1986 bis Juni 1988 war mit 791 Mio \$ negativ. All das ist gewiß auch Teil eines Modells, dem es gelang, 1986 und 1987 das Bruttoinlandsprodukt um 9% bzw. 6,5% zu steigern. Aber durch die Beibehaltung der Machtstrukturen der herrschenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung in Peru war es möglich, daß die größten nationalen und ausländischen Wirtschaftsgruppen, die sog. „12 Apostel“,

in einem einzigen Jahr 4 Mrd \$ an Überschuß akkumulieren konnten, Gewinne, die nicht in Peru reinvestiert wurden.

Dies und die bei ihnen schon übliche Dollarflucht — schätzungsweise in der Größenordnung von 500 Mio \$ jährlich und nach offiziellen Angaben 2 Mrd \$ im Jahr 1987 — zeigen einmal mehr den moralischen Zustand dieser herrschenden Klasse, die durch die US-Politik geschützt wird, wenn sie entmachtet oder mit Einschränkungen belegt werden soll. Die Unternehmer haben, um diese fabelhaften Überschüsse zu erlangen, zusätz-



Alan Garcia (r.) und Alfonso Barrantes (IU), der momentan in den Wahlumfragen führt

lich eine Reihe steuerlich-finanzieller Anreize und Vergünstigungen erhalten. (...)

Besagte Wirtschaftspolitik ging mit einigen Varianten einher, wie dem Militarisierungsprozeß, der 1980 als Antwort auf die Terroraktionen des Leuchtenden Pfades begonnen wurde. Dies ist eine politische Organisation, die sich mit ihren Aktivitäten von der demokratischen Arbeiter-, Bauern- und Volksbewegung des Landes isoliert hat und in einigen



Nach zwei Monaten Streik konnten die Bergarbeiter im Dezember 1988 wichtige Forderungen durchsetzen

Kurzinformationen 7/50, 10/50

Mexiko

U. Kampmann, Machterhalt durch Wahlbetrug 8-9/42

Mosambik

J. Becker, Hearing der GRÜNEN 5/31
Interview mit Gertrudes Vitorino 6/54
J. Becker, Die Strategie des Terrors 7/25
Bericht über den RNM 7/26
Infos zur Solidarität 3/48, 11/53

Namibia

J. Becker, Eine Verhandlungslösung scheint nahe 7/17
N. Paech, Dresdner Bank und Urangeschäfte mit Namibia 7/36
J. Becker, Verhandlungen und Krieg 8-9/40
J. Becker, Rückzugsgefechte Pretorias 10/32
Interview mit A. Lubowski (SWAPO) 11/25
J. Becker, Symposium der GRÜNEN 11/26
Infos zur Solidarität 1-2/76, 7/49, 10/49
Kurzinformationen 4/58, 8-9/79, 12/55

Neukaledonien

Kurzinformationen 6/66, 7/51
8-9/79, 10/50

Nicaragua

N. Biver, Der Friedensprozeß schlägt Wurzeln 1-2/24
P. Imbusch, Mittelamerikas Wirtschaft 1-2/30
R. Meyer, Kein Frieden der Unterwerfung 1-2/33
Rede Daniel Ortegas 1-2/34
Erklärung der FSLN 1-2/38
R. Theune/R. Rischmüller, „Nicaragua muß überleben“ 1-2/56
N. Biver, Dämpfer für Reagan 3/35
U. Kampmann, Widerstand an der Wirtschaftsfront 4/47
N. Biver, Sisypus in Mittelamerika (K) 5/ 3
N. Biver, Vom Waffenstillstand zum Frieden? 5/ 5
Waffenstillstandsabkommen 5/ 6
S. Flaig, Die Contra in der Zerreißprobe 6/56
N. Biver, Contra läßt Verhandlungen platzen 7/24
Interview mit Daniel Ortega 8-9/31
N. Biver, Die innere Front 8-9/32
N. Biver, Washington in der Zwickmühle (K) 10/ 3
N. Biver, Hurrikan verwüstet Nicaragua 12/19
Interview mit Patricia Elvir 12/20
S. Flaig, Städtepartnerschaftstreffen 12/21
Infos zur Solidarität 10/49

Niger

Infos zur Solidarität 5/54
Kurzinformation 1-2/77

Nordkorea

D.J. Song/R. Werning, Geteiltes Land - Schwellenland? 4/19
A. Krajczek, Selbständigkeit und Wiedervereinigung 4/31
A. Krajczek, Dschutsche und Personenkult 4/33
Wiedervereinigungsvorschlag Nordkoreas 4/34
G. Diederichs, Die XXIV. Olympiade 4/39
Korea Olympia Kampagne '88 4/42
Kurzinformation 10/51

Pakistan

W. Helms, Durchbruch in der Afghanistanfrage 5/33
W. Brönnner, Die Auflösung des afghanischen Knotens (K) 6/ 3
U. Rupp, Zia putscht gegen das Parlament 8-9/66
Interview mit Jam Sagi (CPP) 8-9/68
J. Zimmermann, Ende einer Ära 10/22

Palästina

I. Lübben-Pistofidis, Arabischer Gipfel von Amman 1-2/19
Diskussionsforum Palästina/ Nahostkonflikt 1-2/20
I. Lübben-Pistofidis, Rebellion in den besetzten Gebieten 3/ 5
Ein Überblick über die Besatzerpolitik 3/ 7
Erklärungen der Nationalen Führung 3/ 8
I. Lübben-Pistofidis, Rolle der moslemischen Kräfte 3/12
H. Schiebeck, Komitees gegen den Landraub 3/12
Interview mit Yasser Abed Rabo (DFLP) 4/15
W. Brönnner, Die Shultz-Mission 4/16
F. Langer, Den Rassismus eingeimpft 4/45
I. El Masry, Der Palästinenser aufstand 6/14
A. Lewis, Siedlerjustiz prägt die Politik 6/16
E. Fried, Von Opfern zu Tätern 6/53
L. Burhani, Bericht aus Gaza 7/38
M. Helminen, Ansar-III-Häftling Mharram Barghouti 8-9/56
Bericht der Rechtsanwältin Naila Ateia über Ansar III 8-9/58
Interview mit Karem Kanafani 10/14
B.A. Sharif, Aussichten einer Friedenslösung 10/16
I. Lübben-Pistofidis, Wahlloses Töten mit CS-Gas 10/20
Infos zur Solidarität 6/65, 12/53
Kurzinformationen 8-9/79, 11/55, 12/55

Panama

N. Biver, Sisypus in Mittelamerika (K) 5/ 3
T. Angotti, Der Kanal soll US-amerikanisch bleiben 5/ 8
Kurzinformationen 4/57, 6/67

Paraguay

Kurzinformationen 4/59, 7/51

Philippinen

Interview mit José Maria Sison 1-2/66
J.V. Sarmiento, Bündnis fordert Schuldenfreiheit 8-9/21
Infos zur Solidarität 7/49

Sao Tomé und Príncipe

Kurzinformation 5/55

Senegal

Kurzinformation 4/58

Simbabwe

J. Becker, Vereinigung von ZANU und ZAPU 3/31
J. Becker, Schläge gegen Südafrikas Subversion 10/37

Somalia

Kurzinformation 8-9/78

Sri Lanka

Kurzinformationen 6/66, 7/51

Sudan

Kurzinformation 7/50

Surinam

Kurzinformation 1-2/78

Südafrika

Zur Angola/Namibia-Politik siehe: Angola, Namibia
J. Kühnert, Die Freilassung Govan Mbekis 1-2/12
P. Sittig, Der erwünschte Konflikt Inkatha-UDF 1-2/13
Interview mit Patrick Mafuna über Radio Mandela 1-2/14
R. Falk, Arusha-Konferenz 1-2/16
R. Falk, Perspektiven des Widerstands 3/18
Interview mit Oliver Tambo (ANC) 3/20
ANC zur Frage der Verhandlungen 3/22

K. Retzlaff, Ramaphosa zu den Streiks von 1987

Interview mit Jay Naidoo (COSATU) 3/24
J. Kühnert, Die Marionettenpolitik Pretorias 3/28
R. Brückner, Internationale Kirchenverbände gegen Apartheid 4/13
J. Berelsen, „Schrei nach Freiheit“ 4/54
J. Ostrowsky, Anti-Apartheid-Organisationen verboten 5/16
Erklärung des ANC 5/17
W. Beck/R. Schlömer, Gesundheitswesen gegen Apartheid 5/18
R. Brückner, Südafrikas Kirchen gegen Apartheid 5/19
Appell Desmond Tutus 5/20
J. Kühnert, Bonner Schwenk hin zu Sanktionen? 5/22
Aktionsprogramm von Arusha 5/24
Erklärung der westeuropäischen AABs zu Sanktionen 5/26
AAB: Freiheit für Nelson Mandela! 7/ 4
J. Becker, Die Strategie des Terrors gegen Mosambik 7/25
I. Galbraith, Stand und Wirkung von Sanktionen 7/29
M. Schuck, Südafrika-Kongreß der IG Metall 7/33
Appell südafrikanischer Kirchenführer 7/34
N. Völlmecke, Bankenaktionstag '88 7/35
Erklärung DGB-COSATU 8-9/50
G. Diederichs, Ruud Gullit: Mandela nicht vergessen! 8-9/72
I. Jannssen, Miriam Makebas Homeland Blues 8-9/73
Interview mit Harry Belafonte 8-9/74
J. Ostrowsky, Die Grenzen von Repression und Imagepflege 10/27
ANC: Verfassungsrichtlinien 10/30
J. Becker, Simbawes Schläge gegen die Subversion 10/37
M. Parks, Der Poet Mzwakhe Mbuli 10/45
J. Becker, Die Schwarzen blieben den Wahlurnen fern 12/ 5
J. Becker, Leverkusener ANC-Treffen 12/ 7
Interview mit Johnny Makathini (ANC) 12/ 8
R. Brückner, Die bundesdeutschen Kirchen meiden den Kampf 12/10
Infos zur Solidarität 1-2/75, 3/48, 4/56, 4/57
6/65, 7/48, 8-9/77, 10/49, 11/53, 11/53
Kurzinformationen 4/58, 4/59, 6/67, 11/55

Südkorea

SONDERHEFT 2/1988: Olympia-Land Korea 4/17
R. Werning, Seouls Rechnung geht auf 4/18
D.J. Song/R. Werning, Geteiltes Land - Schwellenland? 4/19
R. Werning, Ein Modell für wen? 4/25
D.J. Song/R. Werning, Zwischen Kwangju und Olympia 4/27
A. Krajczek, Selbständigkeit und Wiedervereinigung 4/31
A. Krajczek, Dschutsche und Personenkult 4/33
Wiedervereinigungsvorschlag Nordkoreas 4/34
M. Schuck, Dreierallianz im Nordwestpazifik 4/35
G. Diederichs, Die XXIV. Olympiade Korea Olympia Kampagne '88 4/39
Aktions- und Materialspiegel 4/43
R. Werning, Pax Olympia 8-9/51
R. Werning, Die Rückseiten gemalter Reiskuchen (K) 11/ 3
Interview mit dem Oppositionellen Baek Ki-Wan 11/40
G. Diederichs, Bilanz der XXIV. Olympiade 11/42
Kurzinformationen 3/49, 6/66, 10/51

Tschad

Infos zur Solidarität 5/54

Tunesien

Kurzinformation 1-2/78

2,50 DM

AIB DRITTE WELT ZEITSCHRIFT

VON DER INTIFADA

ZUM PALÄSTINA STAAT

Inhalt

Klaus D. Fischer Die Chancen nutzen!	II
Wolfram Bröner Proklamation des Staates Palästina im Zeichen des Ölzeigs Palästina-Daten Nahost-Resolutionen der UNO Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina Politische Erklärung des 19. National- rats	III V VI IX XI
Ivesa Lübben-Pistofidis Ein Jahr Intifada Menschenrechtsverletzungen der Besat- zer	XIII XVI
Janet Bruin Samstag in Ramallah	XVIII
Karim El-Gawhary Unabhängige Landwirtschaft im Wer- den Spendenaktion für ein Kühlhaus	XXIV XXV
Interview mit Jumanah Odeh Die medizinischen Hilfskomitees sind lebenswichtig	XXVI
Ingrid El-Masry Die US-Nahostpolitik und die Haltung der EG US-Lösungsvarianten zum Nahostkon- flikt EG-Position zum Nahostkonflikt	XXVIII XXX XXXI
Kenneth Lewan Die bundesdeutsche Nahostpolitik	XXXIII
Edward Cody Ibrahim Souss – Eine spitze Feder für die PLO Aktions- und Materialspiegel	XXXVI XXXVII

Impressum

DRITTE WELT-Zeitschrift, Gegr. 1970 als Antimperialistisches Informationsbulletin (AIB) Erscheint monatlich.

Anschrift der Redaktion: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21 / 2 46 72

Redaktion: Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg Diederichs, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp

Weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Aleks F. Arndt, Janet Bruin, Klaus D. Fischer, Kenneth Lewan, Ivesa Lübben-Pistofidis.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl **Vertrieb:** Telefon 0221/36002-0.

Druck: Plambeck & Co, Neuss

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 37010050), Stadtspar-kasse Köln 10652238 (BLZ 37050198).

Redaktionsschluss: 8. Dezember 1988

Anzeigen: Pahl-Rugenstein Verlag, Middle East Report

Titel: Gestaltung Udo Tremmel, Foto von Georg Stein.

Fotografische: USN & WR, Archiv DRITTE WELT, Time, W. Bröner, MERIP, Database Project, PRV, M. Meyborg, Front-line

Die Chancen nutzen!

**Klaus
D. Fischer**



Natürlich wird die Dynamik dieses Befreiungs- und Friedensprozesses in hohem Maße von der Erwartungshaltung einer internationalen Öffentlichkeit gefördert, die nach den ersten globalen und regionalen Friedensabkommen schnelle Fortschritte für friedliche Regelungen in allen Teilen der Welt – zumal in einem solch brisanten – sehen will. Bezeichnendes Symptom für diesen Vorgang ist die Tatsache, daß sich im Oktober 1988 drei der einflußreichsten Organisationen der US-amerikanischen Juden von der dortigen Israel-Lobby lösten und distanzierten und ein eigenes gemeinsames Büro in Washington eröffneten. Arthur Hertzberg, früher stellvertretender Vorsitzender des Jüdischen Weltkongresses äußerte gar im Vorfeld der Nationalratsstagung: „Eine Lösung des Nahostkonflikts kann nur darin bestehen, daß die Amerikaner und Sowjets sie den streitenden Parteien aufzwingen. Wenn das nicht geschieht, kann die Lage nur schlimmer werden.“ (Present Tense, Juli/August 1988)

Selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die sich erst unter dem Eindruck der Intifada gezwungen sah, die PLO „anzuerkennen“ (FAZ, 29.3.1988, siehe auch: AIB, Nr. 5/1988, S. 44f.), wünscht sich nun unter neuen Vorzeichen, „daß Amerika seine Verantwortung für den Nahen Osten neu entdeckt“ (FAZ, 6.12.1988). Eine „Pax Americana“ ist da vorläufig wohl vom Wunschzettel gestrichen.

Der Bundesvorstand der GRÜNEN, SPD-Präsidiumsmitglied Wiczeorek-Zeul, der Chef-Lobbyist des Arabien-Business, FDP-Bildungsminister Möllemann und andere mehr sprachen sich spontan für die Anerkennung des Staates Palästina durch Bonn und Brüssel aus. Und die Solidaritätsbewegung? Keine Frage, sie ist auch dafür. Doch trotz gewissen Wachstums in der letzten Zeit ist die Palästina-Solidarität nach wie vor

eine Randerscheinung. Ihre Möglichkeiten sind allerdings enorm gewachsen. Die Chancen jetzt auch wirklich zu ergreifen, kann m.E. nur bedeuten, sich auf die Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina zu stützen, die nationale Selbstbestimmung, friedliche Koexistenz, demokratische Gleichberechtigung und Achtung der Menschenwürde proklamiert und einfordert. Boykott-Aufrufe gegen Israel sind moralisch verständlich, schränken aber heute die Möglichkeit gravierend ein, aus der bisherigen Nischen-Existenz herauszukommen; sie sind kontraproduktiv bei der Einwirkung auf die israelische Gesellschaft und für die notwendige Unterstützung ihres fortschrittlichsten Teils (der noch legal wirken kann); sie sind ohne unmittelbare Verknüpfung mit klaren Aussagen gegen den real existierenden antisemitischen Bodensatz dieser Gesellschaft bedenklich.

Dies sollten uns spätestens die Reaktionen mancher Stammtische (und anderer) auf die Jenninger-Rede zur Reichspogromnacht und auf seinen Rücktritt demonstriert haben. Das gesellschaftliche Bewußtsein in diesem Lande wird nicht ausschließlich von der Friedens- und Solidaritätsbewegung geprägt. Antifaschismus und Antirassismus müssen ständig als integraler Bestandteil der Palästina-Solidarität erkennbar sein – und zwar primär als „Hausaufgabe“. Internationalistisch handeln heißt heute, auch und gerade in der Bundesrepublik, einen politischen Druck zu entfalten mit Zielrichtung Anerkennung des Staates Palästina durch die Bundesregierung, Einberufung einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz.

Ein ausgezeichnete Hebel dafür wäre es, Unterstützer-Unterschriften unter die gemeinsame Friedenserklärung palästinensischer und israelischer Künstler, Akademiker u.a. (Wortlaut siehe S. 61) et.al. zu sammeln und zu publizieren. Damit könnte weit hinein in „alte“ und „neue“ soziale Bewegungen gewirkt werden, in kirchliche Kreise, in die SPD und FDP hinein – und natürlich in unsere sonst doch engagiert die Menschenrechte verteidigende Kultur- und Wissenschaftler-Szene hinein.

Und selbstverständlich gehört zum „kleinen Einmaleins“ hier wie in der Nicaragua-, Südafrika- und anderen Solidarität die materielle Unterstützung der Unterdrückten und Kämpfenden. An Projekten ist kein Mangel.

Die Chancen sind enorm gewachsen – nutzen wir sie!



Historischer Augenblick in Algier: Am 15. 11. 1988 ruft der Palästinensische Nationalrat den Staat Palästina aus

Wolfram Bröner

Proklamation des Palästinastaates im Zeichen des Ölzeigs Die Antwort des 19. Nationalrats auf die Intifada

Mit der Proklamation eines unabhängigen Palästinastaats setzte der Palästinensische Nationalrat, der vom 12.-15. November 1988 in Algier zu seiner 19. Sitzung zusammenkam, einen spektakulären Schlußpunkt. Es war die gebührende Antwort auf eine veränderte Ausgangslage in und um Israel/Palästina. Diese wurde in erster Linie hervorgerufen durch die Intifada, die seit Dezember 1987 währende palästinensische Aufstandsbewegung in den von Israel seit 21 Jahren besetzten Gebieten, der Westbank und dem Gaza-Streifen.

Aus eben diesem Grund stand dieser 19. Nationalrat von Algier unter dem Motto „Sitzung der Intifada“. Und er übertrug die in ihn gehegten Erwartungen insofern, als er die Staatsproklamation mit der bislang weitestgehenden Friedensbotschaft verband. Schon zum Auftakt der 19. Tagung des Nationalrats, des Exilparlaments und obersten Organs der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), rückte

Yasser Arafat diesen Zusammenhang in den Vordergrund. „Mit dem Stein und dem Olivenzweig“, so rief der Vorsitzende der PLO aus, „werden wir einen wirklichen Frieden im Nahen Osten erreichen. Wir werden diesen Kampf ... (fortführen), bis die Fahne Palästinas über dem Boden des arabischen Palästina und den Kirchen und Moscheen von Jerusalem weht.“

Der Wiederaufschwung des palästinensischen Befreiungskampfes und die Chance auf staatliche Unabhängigkeit, so Arafat weiter, seien das Verdienst „unserer Generäle mit den Steinen“, der Intifada, die es fortzuführen gelte. Zugleich sei die PLO verhandlungsbereit gegenüber Israel und den USA.¹

Unter diesen Vorzeichen stand denn auch die Annahme der Unabhängigkeitserklärung, mit der der Palästinensische Nationalrat (PNC) am Morgen des 15. November 1988 „die Gründung des Staates Palästina auf unserem palästinensischen Boden mit der Hauptstadt Jerusalem (Al Quds al-sharif)“ verkündete. In dem Dokument akzeptierte die PLO erstmals ausdrücklich die Resolution



„Kinder der Steine“ im Lager Kalandia nahe Ramallah: sie sind die Hoffnungsträger des Staates Palästina (oben); Stein des Anstoßes für die zeitweise Spaltung der PLO: jordanisch-palästinensisches Konföderationsprojekt, vereinbart zwischen Y. Arafat und König Hussein (unten)



für alle ... zu erreichen sowie dem palästinensischen Staat die Möglichkeit zu geben, auf diesen Gebieten tatsächlich seine Macht auszuüben". Schließlich verneint die politische Erklärung das von Arafats Fatah zeitweilig favorisierte Konföderationsvorhaben

181 der UN-Vollversammlung vom November 1947², welche das britische Mandatsgebiet Palästina in einen arabischen und jüdischen Staat (Israel, Unabhängigkeitsproklamation am 14.5.1948) teilte. Sie machte sich damit zugleich erstmals das Prinzip einer Zwei-Staaten-Lösung zueigen.

Diese, also die Errichtung eines Palästina-Staates in der Westbank und Gaza neben Israel, gilt als die Mehrheitsauffassung von Bevölkerung und Nationaler Führung der Intifada.³ Letztere hatten ein entsprechendes Papier des Arafat-Beraters Bassam Abu Sharif vom Juni 1988 weitgehend positiv aufgenommen, worin dieser ein palästinensisch-israelisches Zwei-Staaten-Lösungsmodell samt Übergangsschritten entworfen hatte.⁴ Einen großen Schritt in diese Richtung vollzog der 19. Nationalrat in Algier, indem er sich in seiner politischen Erklärung erstmals zur Anerkennung der Resolutionen 242 (1967) und 338 (1973) des UN-Sicherheitsrats als Grundlagen für Nahost-Friedensverhandlungen durchrang. Er tat dies gekoppelt mit „der Garantie der legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes...“, an erster Stelle das Recht auf Selbstbestimmung“. Die umfassende Definition dieser nationalen Rechte der

PalästinenserInnen findet sich in den Resolutionen 3236 und 3375 der UN-Vollversammlung aus den Jahren 1974/75 (siehe Kasten). Verstärkend angefügt wird in dem PNC-Dokument eine Kernforderung von 242, die für die PLO wichtigste, nämlich die nach dem „Rückzug Israels aus allen palästinensischen und arabischen Gebieten, die es im Jahre 1967 besetzt hat, einschließlich des arabischen Jerusalem“. Die Resolution 338 vom Oktober 1973, die im Anschluß an den von Ägypten und Syrien gegen Israel eröffneten 4. Nahostkrieg zustandekam, bekräftigte die arabische Rückzugsforderung und die Notwendigkeit, in Friedensverhandlungen zur Durchführung von Resolution 242 einzutreten. Inbegriffen ist hier die Rückgängigmachung der Annexion Ost-Jerusalems (Juli 1980) und der syrischen Golanhöhen (Dezember 1981) durch die Regierung Begin.

Neu für die offizielle PLO-Position sind ferner die in der politischen Erklärung vorgeschlagenen Übergangsregelungen, jene besetzten Gebiete „für eine begrenzte Zeit unter UN-Kontrolle zu stellen, um unser Volk zu schützen...“, eine umfassende politische Lösung und die Verwirklichung von Sicherheit und Frieden

Territorium: Das historische Gebiet Palästinas, das der Völkerbund 1923 als „Mandatsgebiet“ an Großbritannien übergab, umfaßt 27.000 qkm. Davon entfallen auf den Staat Israel – gemäß dem Grenzverlauf vor dem Junikrieg 1967 – 20.073 qkm, auf die Westbank und den Gaza-Streifen 5.879 bzw. 378 qkm sowie auf Jerusalem 70 qkm.

Bevölkerung: Insgesamt gab es 1987 5,3 Mio PalästinenserInnen. Davon leben 1,7 Mio in den besetzten Gebieten (Westbank: 1.067.873; Gaza: 633.000), 645.000 in Israel. 1,25 Mio PalästinenserInnen sind in Jordanien ansässig. Weitere wichtige Exilländer sind der Libanon, Kuwait und Syrien. 2,2 Mio sind als Flüchtlinge registriert. Davon leben 800.000 in Lagern. In den besetzten Gebieten, der Westbank, dem Gaza-Streifen und Ost-Jerusalem, wurden 151.000 Israelis in 167 Siedlungen angesiedelt (Stand: September 1986).

Hauptstadt: Jerusalem (al Quds)

Sprache: Arabisch

Religion: Vor allem Moslems, aber auch ein bedeutender Anteil ChristInnen.

Wirtschaft: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf betrug 1986 in den besetzten Gebieten schätzungsweise 1.162 \$. Von den in der Westbank bzw. im Gaza-Streifen arbeitenden PalästinenserInnen waren 1984 28,5% bzw. 16,5% in der Landwirtschaft, 15,9% bzw. 17,1% in der Industrie, 11,3% bzw. 8,5% im Bauwesen und der Rest in anderen Bereichen, vor allem Dienstleistungen, beschäftigt. Etwa 40% der Beschäftigten arbeiten in Israel, vor allem im Bauwesen.

Der industrielle Sektor ist rückständig und traditionell. In 1.400 großteils handwerklichen Betrieben, die 17.000 Lohnabhängige beschäftigen, werden vor allem landwirtschaftliche Produkte verarbeitet und Handwerkerzeugnisse hergestellt. Der Anteil am BIP beträgt 8%, soviel wie zu Beginn der Besatzung. Die landwirtschaftliche Produktion wird durch den Landraub der Besatzer, die Wasserentnahme durch Israel und die SiedlerInnen und Produktionsvorgaben gehemmt. Der Anteil der Landwirtschaft am BIP ging von 42% vor der Okkupation auf 20% zurück. Die Zahl der Beschäftigten nahm von 58.000 auf 38.000 ab. 52% des Landes in der Westbank und 34% im Gaza-Streifen befindet sich inzwischen in israelischen Händen. Die landwirtschaftliche Anbaufläche nahm von 1966-80 um 22% ab.

1984 gingen 65% der Exporte der besetzten Gebiete in Höhe von 299,4 Mio \$ nach Israel und 33% nach Jordanien. Dem stehen Importe in Höhe von 686,2 Mio \$ gegenüber, die zu 90% aus Israel kamen. Von 1968-85 erzielte Israel einen Handelsüberschuß von 4,4 Mrd \$. Weiteren Profit aus den besetzten Gebieten erzielt Israel durch überhöhte Steuern und die Einbehaltung der Sozialabgaben der in Israel beschäftigten PalästinenserInnen.

Lebensbedingungen: Die Kindersterblichkeit beträgt 38,5 pro 1.000 Lebendgeborene im Gaza-Streifen und 27,1 in der Westbank. Die Lebenserwartung liegt bei 63 Jahren, die Analphabetenrate bei ca. 25% (1984).

Politische Organisation: Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) ist als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes im In- und Ausland anerkannt. Sie wurde 1964 unter maßgeblichem Einfluß der Arabischen Liga gegründet. Ihr Vorsitzender ist seit 1969 Yassir Arafat. Das höchste Organ der PLO ist der Palästinensische Nationalrat (PNC). Ihm

Palästina – Daten

gehören gegenwärtig 448 Mitglieder an, die nach dem Konsensprinzip bestimmt werden. Mitglieder sind Vertreter der verschiedenen politischen und militärischen Organisationen, von Gewerkschaften, Berufsverbänden, anderen Organisationen sowie Einzelpersonlichkeiten aus dem Exil und den besetzten Gebieten. An den in der Regel jährlich stattfindenden Tagungen nehmen jedoch meist nur etwa über 300 Mitglieder teil, da den Mitgliedern aus den besetzten Gebieten die Teilnahme verwehrt wird und einige politisch-militärische Organisationen die Sitzungen boykottieren.

Zwischen den Sitzungen des PNC tagt der 90köpfige Zentralrat. Ausführendes Organ ist das Exekutivkomitee mit 15 Mitgliedern. Die stärkste Organisation in der PLO ist die Fatah (Bewegung für die Befreiung Palästinas). Sie wurde 1959 von Yassir Arafat gegründet und steht auf nationalistischen Positionen. Sie nahm als erste Organisation bereits 1965 den bewaffneten Kampf gegen Israel auf. Sie verfügt über 3 Mitglieder im Exekutivkomitee, genießt aber die Unterstützung der Mehrzahl der sieben Unabhängigen.

Mit je einem Vertreter sind im Exekutivkomitee die drei nächst einflussreichsten Organisationen, die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) und Palästinensische Kommunistische Partei (PCP), die sich alle auf den Marxismus-Leninismus berufen, vertreten.

Die PFLP entstand 1967 aus der Bewegung Arabischer Nationalisten und wird von Georges Habash geführt. Durch ihre radikalen Positionen geriet sie wiederholt in Widerspruch zur Mehrheit der PLO und boykottierte sie zeitweise. 1984 schloß sie sich mit der DFLP, der PCP und der Palästinensischen Befreiungsfront (PLF; Fraktion von Talar Jacob) zur Demokratischen Alternative zusammen, um eine Demokratisierung der PLO auf antiimperialistischer Grundlage durchzusetzen.

Nach dem Arafat-Hussein-Abkommen (Februar 1985) war sie zeitweise Mitglied der prosyrischen Palästinensischen Nationalen Errettungsfront (PNSF). Dieser gehörten außerdem der Fatah-Revolutionärsrat Abu Musas, der 1984 aus einer Abspaltung der Fatah entstand, das PFLP-Generalkommando Ahmed Jibrils, das sich 1968 von der PFLP trennte, die 1968 von der syrischen Baath-Partei gegründete Saika und die 1967 entstandene Palästinensische Volkskampffront (PPSF) unter Samir

Ghoushe an. Beim 18. PNC 1987 kehrte die PFLP in das Exekutivkomitee zurück.

Die Demokratische Front (DFLP) entstand 1969 als eine Abspaltung der PFLP, deren Positionen sie als nationalistisch kritisierte. Sie spielte neben der PCP eine wichtige Rolle bei der Wiedervereinigung der PLO 1987.

Die PCP entstand 1982. In ihr vereinten sich die palästinensischen KommunistInnen, die nach der Gründung Israels zum Teil der Jordanischen KP angehört hatten. Sie verfügt vor allem über großen Einfluß in den besetzten Gebieten. 1987 wurde sie erstmals ins PLO-Exekutivkomitee aufgenommen.

Dem Exekutivkomitee gehören außerdem je ein Vertreter der 1969 von der irakischen Baath-Partei gegründeten Arabischen Befreiungsfront (ALF) und ein Vertreter der PLF an, die 1977 aus einer Abspaltung der PFLP-GC entstanden war. Die PPSF ist wieder ein Teil der PLO, ohne jedoch im Exekutivkomitee vertreten zu sein.

Gruppen außerhalb der PLO sind der Fatah-Revolutionärsrat, die PFLP-GC, die Saika und der terroristische „Revolutionärsrat der Fatah“ unter Abu Nidal, der 1973 gegründet wurde.

Geschichte:

- 634 Eroberung des Gebietes Palästinas durch die Araber
- 1516 Einnahme Jerusalems durch das Osmanische Reich
- 1882 Beginn der zionistisch motivierten Einwanderung in Palästina
- 1918 Eroberung durch die Briten nach der Niederlage des Osmanischen Reiches
- 1933 Beginn der massiven jüdischen Einwanderung
- 1936 Arabischer Generalstreik. Unruhen dauern bis 1939
- 1942 Biltmore-Programm der Zionisten, in dem erstmals offen die Gründung eines jüdischen Staates anvisiert wird
- 1947 UN-Teilungsresolution
- 1948 Ende des britischen Mandats, Ausrufung des Staates Israel. Erster arabisch-israelischer Krieg. Die Gründung eines Palästina-Staates wird von Israel und Jordanien verhindert
- 1956 Israelisch-britisch-französischer Krieg gegen Ägypten
- 1964 Gründung der PLO
- 1967 Junikrieg. Besetzung der Westbank, des Gaza-Streifens, der Sinai-Halbinsel und der Golan-Höhen durch Israel
- 1970 Vertreibung der PLO aus Jordanien
- 1973 August: Gründung der Palästinensischen Nationalfront (PNF) in den besetzten Gebieten
- 1973 Oktoberkrieg
- 1974 Die Arabische Liga erkennt die PLO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes an. Beobachterstatus bei der UNO. 12. PNC beschließt ein Etappenprogramm
- 1976 Sieg der PLO-Anhänger bei Kommunalwahlen in den besetzten Gebieten
- 1978 Separatabkommen von Camp David zwischen den USA, Israel und Ägypten
- 1982 Israelische Invasion im Libanon, u.a. um die PLO zu zerschlagen
- 1983 Spaltung der PLO
- 1985 Israelische Politik der „eisernen Faust“ in den besetzten Gebieten
- 1987 Wiedervereinigung der PLO. Beginn der Intifada im Dezember 1987
- 1988 Ausrufung des Staates Palästina auf dem 19. PNC am 15. November



mit Jordanien. Sie tut dies recht unauffällig, indem sie es als Eventualität hinter die Verwirklichung der eigenständigen palästinensischen Eigenstaatlichkeit, in eine ferne Zukunft verlegt.⁵

Bis zum vorausgegangenen 18. Nationalrat vom April 1987 in Algier hatte das Amman-Abkommen Arafats mit König Hussein (vom Februar 1985, jordanischer Lösungsweg) den eigentlichen Zankapfel abgegeben. Die einflußreichsten palästinensischen Linksgruppierungen, die Volksfront (PFLP), die Demokratische Front (DFLP) und die Palästinensische Kommunistische Partei (PCP), hatten damals von seiner Aufkündigung in erster Linie die Wiederherstellung ihres Bündnisses mit der Fatah, der Einheit der PLO abhängig gemacht.⁶ Diesmal kreiste die Debatte, bei der die Fatah, die DFLP und die PCP an einem Strang zogen, hauptsächlich um die Anerkennung der Resolution 242.

Die PLO hatte diese stets zurückgewiesen, weil sie die palästinensischen Rechte auf ein „Flüchtlingsproblem“ verkürzte. Nun sprach sich der Nationalrat mit großer Mehrheit (253 Für-, 46 Gegenstimmen, 10 Enthaltungen) für die Abschlußerklärung und die Akzeptierung der UN-Entscheidung 242, aus. Damit wurde implizit das Existenzrecht Israels anerkannt und ein unbedingter Friedenswille der PLO demonstriert.

Die von George Habash geführte Volksfront lehnte die Zustimmung zu 242 ungeachtet des Zusatzes des Selbstbestimmungsrechts ab, weil solches seitens Washingtons und Israels nur die Einforderung weiterer einseitiger PLO-Zugeständnisse in Richtung Anerkennung Israels nach sich zöge. Habash bekundete aber trotz dieses Gegenvotums, die Volksfront wolle die Mehrheitsentscheidung, anders als im Jahr 1974, respektieren. Damals hatte sie, aus Protest gegen eine programmatische Änderung durch den PNC ihre Mitarbeit in der PLO aufgekündigt und die sog. Ablehnungs-

Indem die PLO erstmals die UN-Resolutionen 181, 242 und 338 als Verhandlungsgrundlage akzeptierte, demonstrierte sie ihren unbedingten Friedenswillen

front gegen den neuen Kurs gebildet. „Ich werde dagegen stimmen“, so Habash jetzt in der Politischen Kommission von Algier, „aber ich werde in den Reihen der PLO bleiben. Ich werde die Organisation nicht verlassen, diesen Gefallen werde ich den Israelis nicht tun. Wir müssen unserem Leitspruch 'Revolution bis zum Sieg', jenen hinzufügen: 'Einheit bis zum Sieg'.“⁷ Damit zollte er

Resolution 181 der UN-Vollversammlung vom 29. November 1947: Teilungsplan

Teilung mit wirtschaftlicher Union
Teil I: Zukünftige Verfassung und Regierung von Palästina

A. Beendigung des Mandates – Teilung und Unabhängigkeit

1. Das Mandat für Palästina soll so bald wie möglich beendet werden, jedoch auf keinen Fall später als am 1. August 1948.

2. Die bewaffneten Kräfte der Mandatsmacht sollen allmählich von Palästina abgezogen und der Abzug so bald wie möglich abgeschlossen werden, jedoch auf keinen Fall später als am 1. August 1948.

Die Mandatsmacht soll der Kommission so früh wie möglich ihre Absicht, das Mandat zu beenden und alle Gebiete zu räumen, mitteilen.

Die Mandatsmacht soll die größten Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, daß ein Teilgebiet innerhalb des Territoriums des jüdischen Staates mit einem Seehafen und Hinterland, ausreichend, um günstige Bedingungen für eine größere Einwanderung zu schaffen, zum frühestmöglichen Zeitpunkt – keinesfalls jedoch später als bis zum 1. Februar 1948 – geräumt wird.

3. Die beiden unabhängigen arabischen und jüdischen Staaten sowie das internationale Sonderregime für den Stadtbezirk von Jerusalem – ausführlich erläutert in Teil III dieses Planes – sollen zwei Monate nach abgeschlossenem Abzug der Streitkräfte der Mandatsmacht, auf jeden Fall nicht später als am 1. Oktober 1948, zu bestehen anfangen. Die Grenzen des arabischen und des jüdischen Staates sowie des Stadtbezirks von Jerusalem werden verlaufen wie weiter unten in Teil II und Teil III erläutert. (...)

(Quelle: S. Hadawi, Beschlüsse der Vereinten Nationen über das Palästina-Problem 1947-1965, Bonn 1967, S. 18-39, hier S. 20-21)

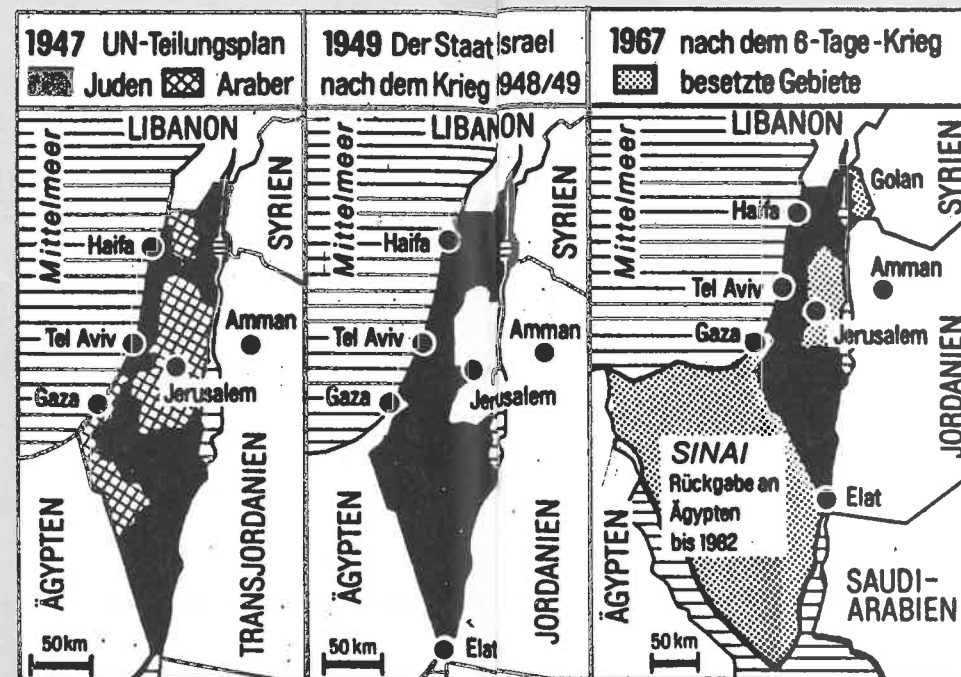
Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates vom 22. November 1967

Der Sicherheitsrat bekundet seine ständige Besorgnis über die ernste Lage im Nahen Osten; betont die Unzulässigkeit, Territorium durch Kriege zu erobern, und die Notwendigkeit, für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu wirken, der es jedem Staat der Region erlaubt, in Sicherheit zu leben; er unterstreicht ferner, daß alle Mitgliedstaaten durch die Annahme der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet sind, gemäß Artikel 2 der Charta zu handeln;

1. bekräftigt, daß die Einhaltung der Prinzipien der Charta die Errichtung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten erfordert, der die Anwendung der beiden folgenden Prinzipien umfaßt:

a) Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den während des jüngsten Konflikts besetzten Gebieten, b) Einstellung aller kriegserischen Erklärungen oder jeglichen kriegserischen Zustandes sowie die Respektierung und Anerkennung der Souveränität der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit jedes Staates der Region und dessen Rechtes, im Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen, frei

Nahost-Resolutionen der UNO



von Drohungen oder Gewaltakten, zu leben; 2. stellt ferner die Notwendigkeit fest,

a) die freie Schifffahrt auf den internationalen Wasserstraßen der Region zu garantieren, b) eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems zu verwirklichen, c) die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit jedes Staates der Region durch Maßnahmen zu garantieren, welche die Schaffung entmilitarisierter Zonen einschließen;

3. ersucht den Generalsekretär, einen Sonderbeauftragten zu ernennen, der sich nach dem Nahen Osten begibt, um dort Beziehungen mit den interessierten Staaten herzustellen und zu unterhalten mit der Aufgabe, ein Abkommen zu begünstigen und an den Bemühungen mitzuwirken, die auf eine friedliche, allgemein anerkannte Lösung gemäß den Bestimmungen und Prinzipien der vorliegenden Resolution abzielen; 4. ersucht den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat so schnell wie möglich einen Bericht über die Bemühungen des Sonderbeauftragten vorzulegen.

(Quelle: Völkerrecht. Dokumente, Teil 2, Berlin 1980, S. 604)

Resolution 338 des UN-Sicherheitsrates vom 22. Oktober 1973

Der Sicherheitsrat

1. fordert alle an den gegenwärtigen Kämpfen beteiligten Parteien auf, sofort, nicht später als zwölf Stunden nach Annahme dieses Beschlusses in den Positionen, die sie jetzt einnehmen, jedes Feuer einzustellen und alle militärischen Aktivitäten zu beenden;

2. fordert alle betreffenden Parteien auf, unmittelbar nach der Einstellung des Feuers mit der Verwirklichung der Resolution 242 (1967) des Sicherheitsrates in allen ihren Teilen zu beginnen;

3. beschließt, daß sofort und gleichzeitig mit der Einstellung des Feuers die betreffenden Parteien Verhandlungen unter geeigneter Schirmherrschaft mit dem Ziel aufnehmen, einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten herzustellen.

(Quelle: Völkerrecht. Dokumente, Teil 3, S. 885)

Resolution 3236 der UN-Vollversammlung vom 22. November 1974

Die Vollversammlung, nach Beratung der Palästinafrage, nach Anhören der Darlegungen der Palästinensischen Befreiungsorganisation, der Vertretung des palästinensischen Volkes, nach Anhören weiterer Darlegungen während der Debatte,

tief besorgt darüber, daß bisher keine gerechte Lösung des Palästinaproblems erreicht wurde, und in der Erkenntnis, daß das Palästina-Problem weiterhin den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit gefährdet, anerkennend, daß das palästinensische Volk in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen Anspruch auf Selbstbestimmung hat, ernste Besorgnis darüber ausdrückend, daß dem palästinensischen Volk der Genuß seiner unveräußerlichen Rechte, insbesondere sein Recht auf Selbstbestimmung, vorenthalten werden,

geleitet von den Zielen und Prinzipien der Charta, erinnernd an ihre einschlägigen Resolutionen, die das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung bestätigen,

1. bestätigt erneut die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes in Palästina, die einschließen:

a) das Recht auf Selbstbestimmung ohne ausländische Einmischung; b) das Recht auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität;

2. bestätigt ferner erneut das unveräußerliche Recht der Palästinenser auf Rückkehr zu ihren Wohnstätten und ihrem Grund und Boden, von dem sie vertrieben und entwurzelt wurden, und verlangt ihre Rückkehr;

3. unterstreicht, daß die volle Respektierung und Verwirklichung dieser unveräußerlichen Rechte unerlässlich für die Lösung der Palästinafrage sind;

4. anerkennt, daß das palästinensische Volk ein Hauptbeteiligter bei der Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten ist;

5. anerkennt ferner das Recht des palästinensischen Volkes, in Übereinstimmung mit den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten

Nationen, mit allen Mitteln seine Rechte wiederzuerlangen;

6. appelliert an alle Staaten und internationalen Organisationen, ihre Unterstützung für den Kampf des palästinensischen Volkes um die Wiederherstellung seiner Rechte in Übereinstimmung mit der Charta zu verstärken;

7. ersucht den Generalsekretär, in allen Angelegenheiten, die die Palästinafrage betreffen, mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation Kontakt aufzunehmen;

8. ersucht den Generalsekretär, der dreißigsten Tagung der Vollversammlung über die Durchführung der vorliegenden Resolution Bericht zu erstatten;

9. beschließt, den Punkt „Palästinafrage“ auf die vorläufige Tagesordnung ihrer dreißigsten Tagung zu setzen.

(Quelle: UNO-Bilanz 1974/75, Deutsche Außenpolitik, Berlin, Sonderheft 1975, S. 175-176)

Resolution 3375 der UN-Vollversammlung vom 10. November 1975

Die Vollversammlung, nach Erörterung des Tagesordnungspunktes „Die Palästinafrage“;

Ihre Entschließung 3236 (XXIX) vom 22. November 1974, in der sie die unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes anerkannte, bestätigend;

in Anerkennung der Notwendigkeit, einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu erreichen;

im Glauben, daß die Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes gemäß den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen eine Grundvoraussetzung für die Erreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens in dem Gebiet ist;

in der Überzeugung, daß die Teilnahme des palästinensischen Volkes für jegliche Bemühungen und Verhandlungen wesentlich ist, die einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten zum Ziel haben;

1. ersucht den Sicherheitsrat, die erforderlichen Entschlüsse und Maßnahmen zu erörtern und zu treffen, um das palästinensische Volk instandzusetzen, seine unveräußerlichen nationalen Rechte gemäß der Entschließung der Vollversammlung 3236 (XXIX) auszuüben;

2. fordert die Einladung der Palästinensischen Befreiungsorganisation, des Repräsentanten des palästinensischen Volkes, gleichberechtigt mit den anderen Parteien in Übereinstimmung mit der Entschließung 3236 an allen Bemühungen, Verhandlungen und Konferenzen zum Nahen Osten teilzunehmen, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen abgehalten werden;

3. ersucht den Generalsekretär, die Koprääsidenten der Nahost-Friedenskonferenz von der vorliegenden Entschließung zu unterrichten und alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die Einladung der Palästinensischen Befreiungsorganisation zur Teilnahme an den Arbeiten der Konferenz wie auch an allen anderen Friedensbemühungen sicherzustellen;

4. ersucht den Generalsekretär, der Vollversammlung über diese Angelegenheit so bald als möglich einen Bericht vorzulegen.

(Quelle: Materials of the World Peace Council, Paris, November 1977)

auch den demokratischen Spielregeln innerhalb der PLO Respekt, die sich wiederum im Staat Palästina als demokratisch-pluralistischer Republik mit einer anerkannten parlamentarischen Opposition widerspiegeln sollen.

Vorbehalte meldete der PFLP-Generalsekretär in Algier außerdem dagegen an, daß in der – von der Minderheit mit bejahten – Unabhängigkeitsproklamation Bezug auf die UN-Teilungsresolution 181 genommen wurde. So



PLO-Verteidiger verlassen Ende August 1982 Beirut, nachdem die israelischen Invasoren die Stadt wochenlang belagert hatten

beschränkte Habash in einem Interview am Rande des Nationalrats ein, daß die Resolution 181 „nicht die Basis unserer Unabhängigkeitserklärung ist. Deren Grundlage ist vielmehr das historische und natürliche Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat sowie die UNO-Resolutionen zur Palästinafrage in ihrer Gesamtheit.“⁸

Was sich hinter dieser Einschränkung eigentlich verbirgt, ist einesteils die fortwährende Gegnerschaft der Volksfront gegenüber der unaufhaltsam näher rückenden expliziten Anerkennung Israels durch die PLO. Andernteils steckt dahinter ihr Festhalten am von jeher unrealistischen strategischen Ziel der PLO, nämlich der Zerschlagung Israels und der Befreiung Gesamt-Palästinas, für welche sich die PFLP die Hintertüre offenhalten möchte.

Verglichen mit der vormals strikt ablehnenden Haltung der Volksfront gegenüber jedweder Zwischen(staats)lösung, die erstmals auf dem 12. Nationalrat vom Juni 1974 in Kairo entworfen und auf dem 13. PNC im Jahr 1977 weiter-



Delegierte des Nationalrats feierten am 15. 11. 1988 in Algier die Staatsgründung

entwickelt worden war⁹, signalisiert dennoch auch sie heute, unter dem Eindruck der Intifada, eine deutliche Annäherung an realistische Positionen.

„Wir müssen uns“, so Habash weiter, „jedoch im gegenwärtigen Stadium des Palästinakonflikts die politischen Ziele der Intifada klar vor Augen halten, nämlich die Gründung eines unabhängigen Staates in der Westbank und im Gaza-Streifen. Wir sind ja keine Narren und wissen, daß die Intifada nicht Gesamt-Palästina befreien kann, um dort einen demokratischen Staat zu errichten.“

Das palästinensische Volk, die PLO und auch wir von der Volksfront akzeptieren zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen Palästinastaat in der Westbank und im Gaza-Streifen. Ob das eine endgültige Lösung ist, muß man abwarten...

Wenn alle Menschen, die in Palästina leben, irgendwann zu der Erkenntnis gelangen, daß es im Interesse aller ist, als Brüder in einem gemeinsamen Staat zu leben, dann wird die Idee des demokratischen Staates vielleicht doch noch einmal Wirklichkeit. Wann das sein wird, weiß ich nicht. Die dafür notwendige ideologische Auseinandersetzung wird jedoch sehr lange dauern.“¹⁰

Demgegenüber hängen die dem Nationalrat ferngebliebenen prosyrischen Gruppierungen, Abu Musas Fatah-Rebellen, Ahmad Jibrils Volksfront-Generalkommando und Al-Saika, auf libanesischem bzw. syrischem Boden weiter ihren Träumen von der Rückeroberung ganz Palästinas nach. Sie verurteilten die in Algier beschlossene neue politische Linie der PLO als „Hochverrat“ und kündigten Gegenaktivitäten an.¹¹

Die Zeiten sind jedoch unwiederbringlich vorbei, da diese Gruppierungen im Verein mit Syriens Streitmacht die PLO-Führung in existenzielle Nöte bringen

konnte. Dies galt nur, solange die PLO den Libanon als ihre eigentliche Bastion bzw. Ausgangsbasis gegen Israel ansah, solange sie den bewaffneten Befreiungskampf verabsolutierte, solange sie im Land der Zedern in diversen Stellungskriegen (Beirut 1982, Tripoli 1983), Lagerkriegen u.a.¹² verschlissen werden konnte.

Mit dem Einsetzen der Volkserhebung in der Westbank und Gaza im Dezember 1987 hat sich jedoch urplötzlich das Kampfbüro palästinensischen Widerstands dorthin verlagert. Mit ihm vollzog sich eine Umgewichtung der von der PLO favorisierten Kampfformen von Verteidigungseinsätzen um Flüchtlingslager bzw. bewaffneten Guerillaaktionen, vom Libanon aus, zumeist ins israelische Kerngebiet, hin zum politischen Massenwiderstand (Streiks, Barrikadenkämpfe, Protestmärsche usw.) in den okkupierten palästinensischen Gebieten.

Folgerichtig gebührte nun der Nationalen Führung im Innern eine zusehends maßgeblichere Rolle bei der Entscheidungsfindung der äußeren PLO-Führungsorgane. Es verstärkte sich der

Palästinensische Jugendliche zeigen Flagge



Druck auf diese, sich entschiedener einer Zwei-Staaten-Lösung über den politischen Verhandlungsweg zuzuwenden. Seit August 1988 häuften sich die Stimmen von Aktivisten der Intifada, welche auf eine Initiative zur Erklärung der Unabhängigkeit drängten. Und diese sei vorzunehmen seitens der PLO-Spitze außerhalb.¹³

Dies verbaute auch jenen Kräften des rechten Fatah-Flügels, die etwa anlässlich des Treffens Arafats in Akaba am 22. Oktober 1988 mit König Hussein und Ägyptens Staatspräsident Mubarak eine jordanisch-palästinensische Konföderation neu aufzuwerfen suchten, den Weg. So stellte die Vereinigte Nationale Führung in ihrem Aufruf Nr. 28 vom 30. Oktober 1988 heraus, „daß es keinerlei Zugeständnis bezüglich der legitimen Rechte unseres Volkes auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung eines unabhängigen Staates geben darf. Diese Rechte sind nicht verhandelbar.“ Gleichzeitig wandte sich die Untergrundführung der Intifada an den 19. Nationalrat in Algier mit dem Wink, die Bevölkerung vor Ort vertraue darauf, „daß die Resolutionen des Nationalrats uns eine neue Waffe sein werden, mit der wir die Intifada vorantreiben und unsere Sehnsucht nach Freiheit und Unabhängigkeit zum Ausdruck bringen können“. Ihr Verlangen verband sie mit der Ankündigung verschiedener Aktivitäten zum Unabhängigkeitstag, dem 15. November 1988.¹⁴

Insofern konnte auch die Abwesenheit von 186 Delegierten aus der Westbank und Gaza beim 19. Nationalrat, da ihnen Israel die Ausreise versagt hatte, die Annahme ihrer authentischen Anliegen nicht aufhalten. Umgekehrt wurde durch die Intifada die Eigenständigkeit der PLO gegenüber den im Nahostkonflikt mitbeteiligten arabischen Regimes wieder auf solide Füße gestellt.

Ein Reflex hierauf war der Verzicht König Husseins am 31. Juli 1988 auf seine politische und administrative Zuständigkeit für die aufständische Westbank, die immerhin von 1950-67 durch

Jordanien annektiert worden war. Dieser Schritt bedeutete zugleich das „Aus“ für die von Washington, Amman und Israels Arbeiterpartei jahrelang gehätschelte „jordanische Option“.¹⁵ Die PLO sah sich damit auf auf neuartige Weise herausgefordert, die politische Verantwortung in einem Teil Palästinas selbst in die Hand zu nehmen.

Eben dies tat sie, in zielstrebigem Nutzung der günstigeren internationalen Rahmenbedingungen, die im Zuge des globalen Dialogs UdSSR-USA und des Vorankommens bei der Entschärfung von Regionalkonflikten herangereift waren. Folgerichtig beschloß der 19. Nationalrat neben der Unabhängigkeitserklärung die Bildung einer „provisorischen Regierung des Staates Palästina“, die vom PLO-Exekutivkomitee und -Zentralrat „ohne großen Verzug“ zu formieren sei.¹⁶



Von endlosen Lagerkriegen gezeichnet – palästinensische Flüchtlinge im Libanon

Indem der PNC zusätzlich zur Akzeptierung der Resolutionen 242 und 338 ausdrücklich auch „den Terrorismus in allen Formen“ verwarf, räumte er im übrigen die Standardvorwände Washingtons und Tel Avivs gegen die Aufnahme eines Dialogs mit der PLO beiseite.

„Der Ball liegt nun bei den Amerikanern“, hob Yassir Arafat zum Abschluß der Tagung von Algier hervor. „Unsere politische Stellungnahme ist geprägt von Mäßigung, Flexibilität und Realismus, die vorzuweisen der Westen von uns verlangt hat... Wir betteln nicht um Frieden. Wir suchen nach ihm auf einer mit allen anderen beteiligten Parteien gleichberechtigten Grundlage.“ Und in einem warnenden Ton setzte der PLO-Vorsitzende hinzu, er könne jederzeit wieder vor den Nationalrat treten und „erklären, daß sich die Mäßigung nicht auszahlt hat“.¹⁷

Manche westlichen Beobachter halten der PLO entgegen, sie habe die Grenzen

Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina

Zum Abschluß der 19. Tagung des palästinensischen Nationalrats, des palästinensischen Exilparlaments und höchsten Organs der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), wurde am 15. November 1988 ein unabhängiger Staat Palästina proklamiert. Den Text der Unabhängigkeitserklärung verlas Yassir Arafat, Vorsitzender der PLO.

Palästina, das Land der göttlichen Botschaften an die Menschheit, ist die Heimat des palästinensisch-arabischen Volkes. Es wuchs hier auf, entwickelte sich und schuf seine menschliche und nationale Existenz durch eine ununterbrochene und unabänderliche organische Verbindung zwischen dem Volk, seinem Land und seiner Geschichte.

Fortwährend in seinem Lebensraum verwurzelt, hat das palästinensisch-arabische Volk seine nationale Identität geformt und sie mit einer Entschlossenheit, die an ein Wunder grenzt, verteidigt. Trotz der Tatsache, daß der Zauber dieses alten Landes und seine entscheidende Position an den Schnittstellen der Zivilisationen und Mächte Ambitionen, Habsucht und Invasionen auslöste, die das palästinensisch-arabische Volk daran hinderten, seine politische Unabhängigkeit zu erlangen, hat jedoch die dauernde Verbundenheit dieses Volkes mit seinem Land, dem Land seine Identität und dem Volk seinen nationalen Charakter verliehen.

Inspiziert durch die Vielfalt der Zivilisationen und die Mannigfaltigkeit der Kulturen und durch deren geistige und zeitliche Traditionen, entwickelte sich das palästinensisch-arabische Volk in vollständiger Einheit zwischen dem Menschen und seinem Land. Auf den Spuren der Propheten, die einander auf diesem gesegneten Boden folgten, lobpreisten sie von jedem Minarett den Schöpfer und riefen durch die Glocken der Kirchen und die Psalmen in den Tempeln zu Barmherzigkeit und Frieden auf.

Das palästinensisch-arabische Volk hat nicht aufgehört, mutig sein Heimatland zu verteidigen. Von Generation zu Generation waren aufeinanderfolgende Aufstände ein heldenhafter Ausdruck seines Strebens nach Freiheit und nationaler Unabhängigkeit.

In der Zeit, als die moderne Welt ihr neues Wertesystem formulierte, schlossen das regionale und internationale Kräfteverhältnis die Palästinenser vom gemeinsamen Schicksal aus. Es wurde erneut deutlich, daß nicht die Gerechtigkeit allein das Rad der Geschichte antreibt. So wurde der Wunde im palästinensischen Körper eine schmerzhaft Ironie hinzugefügt: Das Volk, dem die Unabhängigkeit vor-enthalten wurde und dessen Heimat einer neuen Art von Besatzung unterworfen war, sah sich auch dem Versuch ausgesetzt, die Lüge zu verbreiten, Palästina sei „ein Land ohne Volk“.

Trotz dieser Geschichtsfälschung erkannte die internationale Gemeinschaft im Artikel 22 der Charta des Völkerbundes von 1919 sowie im Vertrag von Lausanne von 1923 implizit an, daß das palästinensisch-arabische Volk wie alle arabischen Völker, die sich vom Osmanischen Reich gelöst hatten, „ein freies und unabhängiges Volk“ sei. Trotz der historischen Ungerechtigkeit, die dem palästinensisch-arabischen Volk widerfuhr, indem es infolge der Resolution 181 (1947) der UN-Vollversamm-



Yassir Arafat verlas die Unabhängigkeitserklärung in Algier

lung, die Palästina in zwei Staaten, einen arabischen und einen jüdischen, teilte, zerstreut und seines Rechts auf Selbstbestimmung beraubt wurde, sichert diese Resolution noch immer die Bedingungen der internationalen Legitimität, die das Recht des palästinensisch-arabischen Volkes auf Souveränität und nationale Unabhängigkeit garantiert.

Die schrittweise Besetzung der palästinensischen Gebiete und anderer Teile arabischen Territoriums durch die israelischen Streitkräfte sowie die Entwurzelung der Mehrheit der Palästinenser, indem sie durch organisierten Terrorismus willentlich vertrieben wurden und die, die blieben, der Unterdrückung der Besatzung und der Zerstörung der Grundlagen ihres nationalen Lebens unterworfen wurden, stellen flagrante Verletzungen sowohl der internationalen Gesetzlichkeit als auch der Charta der Vereinten Nationen und ihrer Resolutionen dar, die die nationalen Rechte des palästinensisch-arabischen Volkes einschließlich seines Rechts auf Rückkehr, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Souveränität auf seinem nationalen Boden garantieren.

Im Herzen des arabischen Heimatlandes und in den nahen und fernen Orten des Exils hat das palästinensisch-arabische Volk nie seinen tiefen Glauben in das Recht auf Rückkehr und Unabhängigkeit aufgegeben. Weder Besatzung, Massaker noch Vertreibung konnten die Palästinenser ihres Bewußtseins und ihrer Identität entfremden. Sie setzten ihren entschlossenen Kampf fort und vertieften ihre nationale Persönlichkeit durch die Erfahrung eines unermüdbaren Ringens.

Dieser nationale Wille formte ihre politische Institution, die Palästinensische Befreiungsorganisation. Sie wird als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes von der internationalen Gemeinschaft, vertreten durch die Organisation der Vereinten Nationen und ihre Einrichtungen sowie andere regionale und internationale Instanzen, anerkannt.

Auf der Grundlage der unveräußerlichen Rechte des palästinensisch-arabischen Volkes, des arabischen nationalen Konsenses sowie der internationalen Legitimität führte die palästinensische Befreiungsorganisation die Kämpfe ihres großen Volkes, das in einer beispielhaften

nationalen Einheit und einem unnachgiebigen Widerstand gegen die Massaker und Blockaden innerhalb wie außerhalb der Heimat verschmolzen ist. Dieser heldenhafte palästinensische Widerstand prägte sich im arabischen und internationalen Bewußtsein als eine der herausragendsten nationalen Befreiungsbewegungen unserer Zeit ein.

Die große Völkerhebung, die Intifada, die in den besetzten Gebieten weiter anwächst, hat zusammen mit der legendären Standhaftigkeit der Flüchtlingslager innerhalb und außerhalb der Heimat in der Weltöffentlichkeit mehr Aufmerksamkeit und Verständnis für die Realität und die nationalen Rechte der Palästinenser geweckt. Durch die Intifada wurde eine ganze Epoche der Verfälschungen und des ruhigen Gewissens entschleiert und die offizielle israelische Mentalität in Frage gestellt, die in Mythen und Terror Zuflucht sucht, um die palästinensische nationale Existenz zu leugnen.

Mit der Intifada und der angesammelten revolutionären Erfahrung haben die Palästinenser einen Wendepunkt in ihrer Geschichte erreicht. Das palästinensische Volk bekräftigt heute seine unveräußerlichen Rechte und ihre Ausübung auf dem palästinensischen Boden. Entsprechend der natürlichen, historischen und legalen Rechte des palästinensisch-arabischen Volkes auf seine Heimat, Palästina, und gestützt auf die Opfer, die die aufeinanderfolgenden Generationen der Palästinenser für die Verteidigung der Freiheit und der Unabhängigkeit ihrer Heimat gebracht haben; auf der Grundlage der Entschlüsse der Arabischen Gipfel;

kraft der Vorherrschaft des internationalen Rechts und der internationalen Legalität wie sie in den Resolutionen der Organisation der Vereinten Nationen seit 1947 zum Ausdruck kommen;

in Ausübung des Rechts des palästinensisch-arabischen Volkes auf Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Souveränität über seinen Boden;

proklamiert der Palästinensische Nationalrat im Namen Gottes und des palästinensisch-arabischen Volkes die Gründung des Staates Palästina auf unserem palästinensischen Boden mit der Hauptstadt Jerusalem (Al Quds al-sharif).

Der Staat Palästina ist der Staat aller Palästinenser, wo immer sie auch seien. In diesem Rahmen werden sie ihre nationale und kulturelle Identität entwickeln, die volle Gleichheit der Rechte genießen, frei ihre Religionen ausüben und ohne Einschränkungen ihre politischen Überzeugungen ausdrücken können. Dort wird ihre menschliche Würde in einem demokratischen parlamentarischen System respektiert werden, das sich auf die freie Meinungsäußerung, die Freiheit, politische Parteien zu gründen, die Achtung der Rechte der Minderheit durch die Mehrheit und die Respektierung der Entscheidungen der Mehrheit durch die Minderheit, stützen wird. Dieses Regime wird auf sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und Abwesenheit jeglicher Diskriminierung aufgrund der Rasse, der Religion, der Hautfarbe und des Geschlechts gegründet sein, im Rahmen einer Verfassung, die den Vorrang der Gesetzlichkeit und die Unabhängigkeit der Justiz garantiert. Es wird den geistigen palästinensischen Traditionen der Toleranz und des friedlichen Zusammenlebens der verschiedenen religiösen Gemeinschaften über Jahrhunderte hinweg entsprechen.

Der Staat Palästina ist ein arabischer Staat. Er ist ein untrennbarer Bestandteil der arabischen Nation, ihres Erbes, ihrer Zivilisation und ihrer Bestrebungen nach Befreiung, Entwicklung, Demokratie und Einheit. Indem er sein Engagement für die Charta der arabischen Liga und

seine Entschlossenheit, das gemeinsame arabische Handeln zu fördern, unterstreicht, ruft der palästinensische Staat die Kinder der arabischen Nation auf, ihm dabei zu helfen, seine effektive Errichtung zu vollenden, indem sie ihre Kräfte mobilisieren und ihre Anstrengungen intensivieren, um der israelischen Besatzung ein Ende zu bereiten.

Der Staat Palästina erklärt seine Zustimmung zu den Prinzipien und Zielen der Vereinten Nationen, zur allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und zu den Prinzipien und der Politik der Nichtpaktgebundenheit. Der Staat Palästina versteht sich als friedliebender Staat und bekennt sich zu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Er wird mit allen Staaten und Völkern für die Erreichung eines dauerhaften Friedens arbeiten, der auf Gerechtigkeit und der Respektierung der Rechte beruht. Dies wird die Entwicklung der schöpferischen Potenzen der Menschheit ermöglichen und denen die Angst vor der Zukunft nehmen, die gerecht oder zur Gerechtigkeit zurückgekehrt sind.

Im Rahmen seines Kampfes für die Einkehr des Friedens auf dem Boden der Liebe und des Friedens ruft der Staat Palästina die Vereinten Nationen auf, eine besondere Verantwortung für das palästinensisch-arabische Volk und seine Heimat zu übernehmen. Er ruft auch die Frieden und Freiheit liebenden Völker und Staaten der Welt auf, ihm bei der Verwirklichung seiner Ziele zu helfen und der Tragödie seines Volkes ein Ende zu bereiten, indem sie ihm Sicherheit garantieren und darauf hinwirken, der israelischen Besatzung der palästinensischen Gebiete ein Ende zu bereiten. Der Staat Palästina erklärt in diesem Zusammenhang, daß er an die friedliche Beilegung internationaler und regionaler Konflikte entsprechend der Charta und der Resolutionen der Vereinten Nationen glaubt. Er verurteilt die Androhung und die Ausübung von Macht, Gewalt und Terrorismus gegen seine eigene territoriale Integrität oder die eines anderen Staates, ohne auf sein natürliches Recht zur Verteidigung seines Territoriums und seiner Unabhängigkeit zu verzichten.

An diesem einmaligen Tag, dem 15. November 1988, an der Schwelle einer neuen Ära, verneigen wir uns respektvoll und still für die Seelen unserer Märtyrer und der Märtyrer der arabischen Nation, die mit ihrem heiligen Blut die Fackel dieser mächtigen Morgendämmerung entzündet haben. Sie haben ihr Leben geopfert, damit unsere Heimat leben kann.

Unsere Herzen werden vom gleißenden Licht der gesegneten Intifada, von der legendären Standhaftigkeit jener in den Lagern, der Diaspora und dem Exil und von jenen erfüllt, die das Banner der Freiheit tragen: unsere Kinder, Alten und Jugendlichen, unsere Gefangenen, die auf unserem heiligen Boden in jedem Lager, jedem Dorf und jeder Stadt ausharren. Wir zollen der palästinensischen Frau, der heldenhaften Wächterin unserer Existenz, unseres Lebens und des Feuers, das uns antreibt, unsere Hochachtung. Wir versprechen den Seelen unserer Märtyrer, den Massen unseres palästinensisch-arabischen Volkes, unserer arabischen Nation und allen friedliebenden und aufrichtigen Menschen der Welt, unseren Kampf für die Beendigung der Besatzung und die Erlangung der Souveränität und Unabhängigkeit fortzusetzen.

Wir rufen unser großes Volk auf, sich um unsere palästinensische Fahne zu scharen, auf sie stolz zu sein und sie zu verteidigen, damit sie auf immer das Symbol unserer Freiheit und Würde in einem Heimatland bleibe, das stets ein freies Heimatland für ein freies Volk bleiben wird.

(Quelle: Libération, Paris, 16.11.1988)



Aus: Al-Hayyat, London, 15. 11. 1988

des ausgerufenen Staates Palästina aus unlauteren Motiven heraus nicht festgelegt. Dabei wird freilich übersehen, daß Israel bei seiner Staatsproklamation 1948 eben dies auch unterließ und später nie nachholte. Ferner versicherte die PLO ihre Bereitschaft, über die Grenzfrage bei künftigen Verhandlungen unbunden zu sprechen.

Mitte Dezember 1988 hatten den Palästinaastat bereits 75 Staaten anerkannt. Und die PLO ließ ihre Absicht verlauten, bei der laufenden UN-Vollversammlung für diesen einen eigenen Sitz zu beantragen.¹⁸ Die Einreiseverweigerung für Yasir Arafat durch die scheidende Regierung Reagan kontrastierte mit entgegenkommenden Äußerungen des Außenministeriums und des Vizepräsidenten Bush, welche die Nationalrats-Ergebnisse „als ermutigend“ bezeichneten. Aus israelischen Regierungskreisen verlautete erst einmal nur Unnachgiebiges.¹⁸

„Die politische Hauptverantwortung“, so der Ausblick von Arafats Stellvertreter Abu Iyad, „liegt nun auf den Schultern der USA, da wir die Ziele von

Mit dem Eintreten für eine Zwei-Staaten-Lösung bzw. eine gegenseitige Anerkennung von Israel und Palästina geraten Washington, Tel Aviv in Zugzwang

Schamir und den israelischen Extremisten nur allzu genau kennen... Es geht nicht darum, was Bush persönlich will oder nicht. Die veränderten Bedingungen im Nahen Osten werden die neue US-Regierung dazu zwingen, ihre Haltung gegenüber den Palästinensern zu überdenken.

Die allgemeine Ost-West-Entspannung, die Intifada und der Verzicht Husseins auf die Westbank machen eine neue Politik der USA unumgänglich. Die USA sollten ihre Chance nicht verpassen. Jetzt gibt es eine gute Chance, mit der PLO ins Gespräch zu kommen.“

Grundsätzlich sei, so Abu Iyad weiter,

die PLO-Führung zur wechselseitigen Anerkennung zwischen Israel und dem Staat Palästina bereit: „Sollte Israel unser Recht auf einen eigenen Staat akzeptieren, dann gibt es die Chance für eine gegenseitige Anerkennung. Die beste Möglichkeit, diese Frage zu lösen, besteht in der Einberufung einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz.“¹⁹

Ungeachtet des vorausgegangenen Rechtsrucks bei den israelischen Parlamentswahlen könnte im Jahr 1989 der Nahe Osten im Zeichen des Ölzeigs stehen.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Palästina Bulletin, Bonn, 18.12.1988
- 2) Libération, Paris, 16.11.1988. Vollständiger Wortlaut siehe Kasten
- 3) Vgl. Interview mit Karem Kanafani in: DRITTE WELT, Nr. 10/1988, S. 14-20
- 4) Voller Wortlaut des Sharif-Papiers in: ebenda, S. 16
- 5) Palästina Bulletin, 18.11.1988
- 6) Siehe: Einschätzung von Leila Burhani und Dokumente in: AIB, Nr. 6/1987, S. 5-12
- 7) Le Monde Diplomatique, Paris, Dezember 1988. Siehe auch: Al Fajr, Jerusalem, 21.11.1988
- 8) Wochenzeitung (WOZ), Zürich, 25.11.1988
- 9) Wortlaut beider politischen Programmdokumente der PLO von 1974 und 1977 in: W. Brönnner, Der Nahost-Konflikt und die Palästina-Frage, Frankfurt/M. 1979, S. 277-281
- 10) WOZ, 25.11.1988
- 11) Laut: An Nahar, Beirut, 21.11.1988 und Libération, 16.11.1988
- 12) Vgl. Libanon/Palästina-Beiträge in: AIB, Nr. 11-12/1982, 1 und 3/1984, 3 und 7/1985, 4, 6 und 11/1987
- 13) Siehe: International Herald Tribune (IHT), Paris, 16.8.1988
- 14) Al Hurriah, Nikosia/Damaskus, 6.11.1988, S. 11
- 15) Zu den diversen Lösungsvarianten der „jordanischen Option“ siehe: Beitrag von I. El-Masry in diesem Heft sowie AIB, Nr. 7/1985 und 7/1987
- 16) Gesonderte PNC-Resolution siehe in: Libération, 16.11.1988
- 17) IHT, 16.11.1988
- 18) Nach: Süddeutsche Zeitung, München, 25.11.1988; Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 26./27.11.1988; IHT, 2.12.1988 und Newsweek, New York, 12.12.1988
- 19) WOZ, 25.11.1988

Politische Erklärung

Auf dem Boden des heroischen Algerien und zu Gast bei seinem Volk und seinem Präsidenten, Chadli Ben Jedit, hat der Palästinensische Nationalrat (PNR) vom 12. bis 15.11.1988 seine 19. außerordentliche Sitzungsperiode einberufen, die Sitzung der „Intifada, der nationalen Unabhängigkeit und des Märtyrers Abu Jihad“, abgehalten. Diese Sitzung wurde mit der Proklamation der Gründung des palästinensischen Staates auf unserem palästinensischen Boden gekrönt — das natürliche Ergebnis des Kampfes eines tapferen und entschlossenen Volkes, der seit mehr als 70 Jahren andauert und große Opfer verlangt hat, die unser Volk auf dem Boden seiner Heimat und in deren Grenzen, in den Flüchtlingslagern und in der Diaspora erbracht hat...

Die Sitzungsperiode zeichnet sich dadurch aus, daß sie wegen der Intifada, dem nationalen palästinensischen Aufstand, einberufen wurde, der das herausragende Ereignis in der gegenwärtigen Geschichte der Revolution des palästinensischen Volkes ist, neben der legendären, heroischen Standhaftigkeit unseres Volkes in den Flüchtlingslagern und innerhalb und außerhalb unseres besetzten Landes. Seit den ersten Tagen der Intifada und im Laufe der letzten 12 Monate bis zum heutigen Tag wurde deutlich, daß das grundlegende Charakteristikum der Intifada unseres großen Volkes darin besteht, daß sie eine umfassende Volksrevolution ist, die alle Schichten erfaßt und den nationalen Konsens der Frauen, Männer, Greise und Kinder, der Flüchtlingslager, Dörfer und Städte in der Ablehnung der Besatzung und im Kampf für ihre Beendigung zum Ausdruck bringt.

In dieser glorreichen Intifada erreichte die feste nationale Einheit unseres Volkes und seine Verbundenheit mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation, der einzig legitimen Vertretung unseres gesamten Volkes, wo immer es sich befindet, sei es innerhalb oder außerhalb der Heimat, ihren Höhepunkt. Diese Verbundenheit wurde verkörpert durch die Teilnahme der palästinensischen Massen und ihrer nationalen Institutionen und Verbände, der Gewerkschaften, Handwerker, Studenten, Bauern, Arbeiter, Frauen, Kaufleute, Grundbesitzer und Akademiker an der Intifada und durch die Bildung der Vereinigten Führung der Intifada und der Volkskomitees, die in allen Stadtteilen, Dörfern und Flüchtlingslagern ins Leben gerufen wurden. (...)

Durch die von der Revolution und der Intifada unseres Volkes geschaffenen Ergebnisse und Einflüsse auf regionaler und internationaler Ebene wurden die Richtigkeit und der realistische Charakter des nationalen Programms der PLO, die Besatzung zu beenden und das Recht auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung eines unabhängigen Staates zu verwirklichen, bestätigt. Unterstrichen wurde auch, daß der Kampf unseres Volkes ein einschneidender Faktor ist, unsere nationalen Rechte den Krallen der Besatzung zu entreißen. Die Macht der Volksmassen wird durch ihre Komitees repräsentiert, die die Lage im Kampf gegen die Besatzungsmacht und deren zusammenbrechende Einrichtungen in der Hand hält.

Die internationale Gemeinschaft ist jetzt mehr als früher in der Lage, sich an einer politischen Lösung der Nahostfrage und ihrem Kern, der Palästinafrage, zu beteiligen. Die israelische Besatzungsmacht, unterstützt von der amerikanischen Administration, kann ihre Politik

der Mißachtung des internationalen Willens nicht fortsetzen, einem Willen, der sich heute in der Notwendigkeit, eine internationale Nahostfriedenskonferenz einzuberufen und dem palästinensischen Volk die Ausübung seiner nationalen Rechte zu ermöglichen, an erster Stelle sein Recht auf nationale Selbstbestimmung auf seinem Boden, einigt ist.

Im Lichte all dessen und um die Standhaftigkeit unseres Volkes und der Intifada zu unterstützen sowie dem Willen unserer Massen innerhalb und außerhalb der besetzten Heimat zu entsprechen und aus Treue zu den Gefallenen, Verletzten und Gefangenen beschließt der Palästinensische Nationalrat:

I. Auf der Ebene der Intensivierung und Fortsetzung der Intifada

- a) Bereitstellung der Mittel und Möglichkeiten, um die Intifada unseres Volkes auf allen Ebenen und mit allen Mitteln zu verstärken, um ihre Fortsetzung und Intensivierung zu garantieren;
- b) Unterstützung der Masseninstitutionen und -organisationen in den besetzten palästinensischen Gebieten;
- c) Verstärkung und Entwicklung der Volkskomitees, der zuständigen Massenorganisationen und gewerkschaftlichen Verbände, um ihre Wirkung und ihre Rolle zu verbessern, einschließlich der Kampfeinheiten und der Volksarmee;
- d) Festigung der nationalen Einheit, die während der Intifada erheblich verstärkt wurde;
- e) Verbesserung der Arbeit auf internationaler Ebene, um die Freilassung der Gefangenen und die Rückkehr der Deportierten zu erwirken sowie den Maßnahmen des offiziellen organisierten Terrors gegen unsere Frauen, Männer und Kinder Einhalt zu gebieten;
- f) Aufforderung der UNO, das besetzte palästinensische Land unter internationale Kontrolle zu stellen, um unsere Massen zu schützen und die israelische Besatzung zu beenden;
- g) Aufforderung an die palästinensischen Massen außerhalb der Heimat, ihre Arbeit zu intensivieren, zu erweitern und zu festigen und den palästinensischen Familien in der besetzten Heimat beizustehen;
- h) Aufforderung an die arabische Nation, ihre Massen, politischen Kräfte, Institutionen und Regierungen, ihre politische, wirtschaftliche und informationelle Unterstützung für die Intifada zu steigern;
- i) Aufforderung an die freiheitsliebenden und aufrichtigen Menschen in der ganzen Welt, unseren Massen, unserer Intifada und unserem Kampf beizustehen in der Begegnung der israelischen Besatzung und ihren offiziellen militärischen, faschistischen, terroristischen Willkürmethoden, die die Besatzungsarmee und die fanatischen, bewaffneten Siedler gegen unsere Massen, Universitäten, Schulen, Institutionen, nationale Wirtschaft und heiligen islamischen und christlichen Stätten verüben.

II. Auf politischer Ebene

Unter Berücksichtigung all dessen bekräftigt der Palästinensische Nationalrat aus seiner verantwortungsvollen Haltung gegenüber unserem palästinensischen Volk, seinen nationalen Rechten und seinem Willen zum Frieden heraus, gestützt auf die Proklamation der Unabhängigkeit vom 15.11.1988 und im Einvernehmen mit dem Willen der Menschheit nach internationaler Entspannung und atomarer Abrüstung sowie der Suche nach Beilegung der regionalen Konflikte mit friedlichen Mitteln,

die Entschlossenheit der PLO, eine umfassende politische Lösung für den arabisch-israelischen Konflikt und seinen Kern, die Palästinafrage, im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen und entsprechend den Prinzipien der internationalen Legitimität und des Völkerrechts und den Resolutionen der Vereinten Nationen sowie den jüngsten Beschlüssen des Weltsicherheitsrates 605, 607, 608 (Entscheidungen des Jahres 1988, in denen die palästinensischen Rechte bekräftigt und die Besatzerrepressalien verurteilt wurden; d. Red.) und den Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenzen anzustreben, die das Recht des palästinensisch-arabischen Volkes auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung seines nationalen unabhängigen Staates auf seinem nationalen Boden garantieren und die Bedingungen für Frieden und Sicherheit für alle Staaten in der Region schaffen.

Um dies zu verwirklichen, betont der Palästinensische Nationalrat folgendes:

1. Die Notwendigkeit, eine wirkungsvolle internationale Konferenz zum Nahostkonflikt und seinem Kern, der Palästinafrage, unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen sowie unter Teilnahme der ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates und aller in der Region am Konflikt beteiligten Parteien, einschließlich der PLO, der einzig legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes, auf gleichberechtigter Ebene einzuberufen, in Anbetracht dessen, daß die internationale Konferenz auf Grundlage der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 sowie der Garantie der legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes einberufen wird, an erster Stelle das Recht auf Selbstbestimmung der Völker und das Verbot, sich fremde Gebiete durch Gewalt oder militärische Invasion anzuzeignen, und in Übereinstimmung mit den Resolutionen der Vereinten Nationen zur Palästinafrage;

2. Rückzug Israels aus allen palästinensischen und arabischen Gebieten, die es im Jahre 1967 besetzt hat, einschließlich des arabischen Jerusalems;

3. Annullierung aller Annexionen und Einverleibungen sowie die Beseitigung aller Siedlungen, die Israel auf palästinensischem und arabischem Land seit 1967 errichtet hat;

4. Anstrengungen zu unternehmen, die besetzten arabischen Gebiete, einschließlich des besetzten Jerusalem, für eine begrenzte Zeit unter UN-Kontrolle zu stellen, um unser Volk zu schützen und eine günstige Atmosphäre zu schaffen, um der Arbeit der internationalen Konferenz zum Erfolg zu verhelfen, und um eine umfassende politische Lösung und die Verwirklichung von Sicherheit und Frieden für alle in gegenseitigem Einverständnis und zur beiderseitigen Zufriedenheit zu erreichen sowie dem palästinensischen Staat die Möglichkeit zu geben, auf diesen Gebieten tatsächlich seine Macht auszuüben;

5. Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems gemäß den diesbezüglichen UN-Resolutionen;

6. Garantie der Religionsfreiheit und des freien Zugangs aller Religionen zu den heiligen Stätten in Palästina;

7. Die Verantwortung des Weltsicherheitsrats, die Sicherheit und den Frieden für alle betroffenen Staaten in der Region, einschließlich des palästinensischen Staates, zu garantieren.

Der PNR bekräftigt seine früheren Beschlüsse bezüglich der besonderen Beziehungen zwischen dem palästinensischen und jordanischen Brudervolk und unterstreicht, daß die zukünftigen Beziehungen zwischen dem jordanischen und dem palästinensischen Staat auf konföderativen Grundlagen, auf Freiwilligkeit und auf freier Wahl der Brudervölker basieren, um die historischen Bande und gemeinsamen lebens-

wichtigen Interessen beider Völker zu fördern. Der PNR bekräftigt erneut seine Verpflichtung gegenüber den UN-Resolutionen, die das Recht der Völker auf Widerstand gegen fremde Besetzung, Kolonialismus, Apartheid und ihren Kampf um Unabhängigkeit festzuschreiben und erklärt von neuem seine Ablehnung des Terrorismus in all seinen Formen einschließlich des Staatsterrors und betont seine Verpflichtung gegenüber seinen früheren Beschlüssen zu diesem Punkt und gegenüber den Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenz von 1988 und den UN-Resolutionen 159/42 von 1967 und 40/61 von 1985 und dem Inhalt der Kairoer Erklärung vom 6.11.1985.

III. Auf internationaler Ebene

Der PNR bekräftigt die Notwendigkeit der Einheit Libanons, seines Volkes, seines Landes und seiner Institutionen und tritt allen Versuchen entgegen, sein Land zu zerstückeln und das brüderliche libanesische Volk zu spalten. Der PNR bekräftigt außerdem die Bedeutung gemeinsamer arabischer Bemühungen, sich an Lösungen des Libanon-Problems zu beteiligen, die die Einheit des Libanon garantieren. Der Rat bekräftigt die Wichtigkeit des Rechts der palästinensischen Bürger im Libanon, ihre politischen und informellen Aktivitäten auszuüben, Sicherheit und Schutz zu genießen und alle Formen der Konspiration und Aggression, die gegen sie und ihr Recht auf Arbeit und Leben gerichtet sind, zu bekämpfen sowie die Notwendigkeit, alle Bindungen zu schaffen, die ihr Recht auf Selbstverteidigung und Verwirklichung ihrer Sicherheit und ihres Schutzes garantiert.

Der PNR bekräftigt ferner seine Solidarität mit den libanesisch-islamischen nationalen Kräften in ihrem Kampf gegen die israelische Besetzung und deren Kollaborateure im Südlibanon. Er bringt seinen Stolz über die kämpferische Solidarität zwischen dem libanesischen und dem palästinensischen Volk im Widerstand gegen die Aggression und die israelische Besetzung in Teilen des Südlibanon zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang richtet der Rat seinen Gruß an die Standhaften in unseren Flüchtlingslagern im Libanon und in dessen Süden in ihrem Kampf gegen die Aggression und die Massaker, gegen Mord, Aushungerung, Zerstörung, Luftangriffe, Bombardierungen und Belagerung, die die israelischen Streitkräfte, die israelische Luftwaffe und die israelische Marine gegen die palästinensischen Flüchtlingslager und die libanesischen Dörfer verüben, die dabei von kollaborierenden Kräften in der Region unterstützt werden. Der Rat lehnt es ab, die Palästinenser im Libanon dauerhaft anzusiedeln; weil Palästina die Heimat der Palästinenser ist.

Der PNR bekräftigt die Bedeutung des Waffenstillstands zwischen Irak und Iran, um einen dauerhaften Frieden zwischen beiden Staaten und in der Golfregion zu erreichen und ruft zur Unterstützung der Bemühungen auf, die Friedensgespräche zum Erfolg zu führen und sie auf eine solide und stabile Grundlage zu stellen. In diesem Zusammenhang bekräftigt der Rat den Stolz des arabisch-palästinensischen Volkes und der gesamten arabischen Nation über die Standhaftigkeit des Bruderstaates Irak und seine Siege bei der Verteidigung der östlichen Flanke der arabischen Nation.

Der Nationalrat bringt seinen Stolz über den Beistand der Massen der arabischen Nation an der Seite des Kampfes des arabisch-palästinensischen Volkes und ihre Unterstützung für die PLO und die Intifada in der besetzten Heimat zum Ausdruck. Er betont die Bedeutung der kämpferischen Beziehungen zwischen den Kräften, Parteien und Organisationen der arabischen Befreiungsbewegung, um die Rechte der arabischen Nation und ihrer Massen auf Freiheit, Fortschritt, Demokratie und Einheit

zu verteidigen. Der Rat ruft dazu auf, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die patriotische Einheit zwischen allen Teilen der arabischen Befreiungsbewegung zu fördern. Der PNR richtet seinen Gruß und seinen Dank an die arabischen Staaten für ihre Unterstützung des Kampfes unseres Volkes und appelliert an sie, ihren Verpflichtungen aus den Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenz von Algier nachzukommen und die Intifada zu unterstützen. Wenn der Rat diese Bitte stellt, so drückt er damit sein großes Vertrauen in die Führer der arabischen Nation aus. Sie werden, wie wir es von ihnen gewohnt sind, eine Stütze und eine Hilfe für Palästina und sein Volk bleiben.

Der PNR bekräftigt das Bemühen der PLO um die arabische Solidarität im Rahmen der arabischen Nation und ihrer Staaten im Kampf gegen die israelische Aggression und die amerikanische Unterstützung für diese Aggression sowie um die Förderung der Stellung und der notwendigen arabischen Rolle, um Einfluß auf die internationale Politik zugunsten der arabischen Rechte und Fragen zu gewinnen. Der PNR spricht allen Staaten, Kräften, Organisationen und internationalen Organisationen, die die palästinensischen nationalen Rechte unterstützen seinen Dank aus und bekräftigt seine Bemühungen, die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der befreundeten Sowjetunion, mit der Volksrepublik China und den sozialistischen Staaten, den blockfreien, islamischen, afrikanischen, latein-amerikanischen und den übrigen Bruderstaaten zu intensivieren.

Der PNR betrachtet mit Genugtuung die positive Entwicklung der Haltung einiger westeuropäischer Staaten und Japans in eine neue Richtung der Unterstützung der Rechte des palästinensischen Volkes und begrüßt diese Entwicklung. (...)

Der PNR betrachtet mit großer Sorge das Erstarken der faschistischen und der extremistischen israelischen Kräfte und ihre lauten, öffentlichen Aufrufe zu einer Politik der Vernichtung und der individuellen und kollektiven Vertreibung. Der Rat ruft dazu auf, die Anstrengungen und Bemühungen auf allen Ebenen zu intensivieren, um dieser faschistischen Bedrohung und Gefahr entgegenzutreten, und bringt zugleich seinen Respekt für die tapfere Rolle der israelischen Friedenskräfte in ihrem Kampf zur Entlarvung der faschistischen und rassistischen Kräfte der Aggression zum Ausdruck sowie für ihre Unterstützung der heroischen Intifada und ihre Solidarität mit den Rechten unseres Volkes auf Selbstbestimmung und die Errichtung eines unabhängigen Staates. Der Rat bekräftigt seine früheren Beschlüsse bezüglich der Förderung und Entwicklung dieser demokratischen Kräfte.

Der PNR richtet sich an das amerikanische Volk und appelliert an seine verschiedenen Schichten, der Politik der amerikanischen Administration, die die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich seines heiligen Rechtes auf Selbstbestimmung, negiert, Einhalt zu gebieten. Der Rat appelliert an alle Schichten des amerikanischen Volkes, eine Politik zu fordern, die mit den Menschenrechten und den Prinzipien der internationalen Legitimität übereinstimmt und die den notwendigen Bemühungen um einen Frieden im Nahen Osten dient und die Sicherheit aller Völker der Region, einschließlich des palästinensischen Volkes, garantiert. (...)

Der Rat bekräftigt sein volles Vertrauen in den Sieg und die Rückkehr nach Jerusalem, der Hauptstadt unseres unabhängigen palästinensischen Staates.

(Quelle: Palästina Bulletin, Bonn, 18.11.1988, S. 2-9)



Barrikadenbau in Gaza

Ivesa Lübben-Pistofidis

Ein Jahr Intifada

Die Ausrufung des Staates Palästina war mehr als ein symbolischer Akt. Zwar gibt es bislang keine palästinensische Regierung, die die Hoheit über ein fest umrissenes Staatsgebiet innehat. Aber die am 8. Dezember 1987 in der Westbank und Gaza eröffnete Volkserhebung, die Intifada, hat sich Organe geschaffen, die die israelische Zivilverwaltung immer mehr in den Hintergrund drängen. Ivesa Lübben-Pistofidis, Bremen, freie Journalistin und Autorin der rororo-aktuell-Neuerscheinung „Kinder der Steine. Vom Aufstand der Palästinenser“, bilanziert 1 Jahr Intifada.

Das israelische Establishment kann heute seine Besatzung nur noch mit bloßer Militärgewalt aufrechterhalten: durch Massenverhaftungen, den Einsatz von Schußwaffen, durch Häusersprengungen, Deportationen und wochenlange Ausgangssperren. Die Kontrolle über das Alltagsleben der PalästinenserInnen hat sie längst an die „Vereinigte Nationale Führung des Aufstands“ und an ein ganzes Netz von Volkskomitees abgeben müssen.

Der Aufstand kam für alle überraschend, spontan, von niemandem geplant. Es gab weder eine politische Aktionsplattform noch irgendeine Perspektive. Die ersten Proteste waren Reaktionen auf einen schon fast „alltäglichen“ Vorfall am Grenzübergang Eretz, an der „Grünen Linie“, die Israel vom Gaza-Streifen trennt. Ein von einem Siedler gesteuerter Lastwagen rammte, aus dem Gaza-Streifen kommend, ein Sammeltaxi mit palästinensischen Arbeitern, das

darauf wartete, in den Gaza-Streifen gelassen zu werden.

Vier Arbeiter starben. Sie kamen aus Jabalia, dem größten Flüchtlingslager des Gaza-Streifens. Die Beerdigung am 9. Dezember 1987 wurde zu einer Protestdemonstration gegen die Besatzungspraktiken.

Es hatte viele Aufstände im Gaza-Streifen gegeben. „Aber der Aufstand 1982 blieb zum Beispiel beschränkt auf die Flüchtlingslager Jabalia, Bureij und Rafah. Und es waren vor allem die Jugendlichen, die demonstrierten“, sagt Abu Majhul, der in der Nationalen Führung im Gaza-Streifen für Informationsfragen verantwortlich ist.

„Die jetzige Intifada war von Anfang an ganz anders. Es gab keinen Ort im Gaza-Streifen, der von der Bewegung ausgeschlossen war. Die Demonstrationen

hörten einfach nicht mehr auf. Es dauerte nicht bloß einen oder zwei Tage. Und noch etwas war anders. Alle Bevölkerungsschichten beteiligten sich, nicht nur Jugendliche. Und alle waren bereit weiterzumachen. Es wurde uns klar, daß die üblichen Forderungen nach Verbesserung der Lebensbedingungen und nach Senkung der Besatzungssteuern der Kraft und der Breite der Bewegung nicht mehr angemessen waren. Die Opferbereitschaft der Menschen machte weitergehende Forderungen realistisch. Nachdem wir sorgsam geprüft hatten, was die Leute wollen und was sie zu geben bereit sind, entwickelten wir die folgenden Hauptparolen: 'Zerschlagung der Besatzung, die Forderung nach Abhaltung einer internationalen Nahostkonferenz und die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates.' Die Probe aufs Exempel fand zwei Wochen später statt: „Wir riefen im ganzen Gaza-Streifen unter eben diesen Forderungen zu Demonstrationen auf.“ Die Beteiligung übertraf alle Erwartungen. Kinder, Jugendliche, Frauen und alte Leute, Arbeiter und Studenten, Lehrer, Ingenieure, Rechtsanwälte und Ärzte gingen auf die Straße und warfen Steine auf vorbeifahrende israelische Militärpatrouillen. Überall wurde demonstriert, in den Städten, in den Dörfern, in den Flüchtlingslagern. Aber zunächst war die Bewegung unkoordiniert und ohne Organisationsstrukturen. Es gab keine Absprachen zwischen den politischen Organisationen.

„Zu Beginn waren die Volksmassen weiter als die politischen Organisationen. Es waren die Organisationen, die hinter den Massen hinterherliefen“, sagt Abu Majhul. „Es wurde notwendig den Aufstand zu organisieren. Er durfte nicht länger dem spontanen Gang der Dinge überlassen bleiben. Wir ergriffen überall die Initiative zur Bildung von Volkskomitees, in jedem Stadtteil, in jedem kleinen Dorf und in den Camps.“ Schon vorher begannen Kontakte zwischen den Führungen der verschiedenen politischen Organisationen im Gaza-Streifen, die dann die „Vereinigte Führung des Aufstandes“ bildeten. Als der Aufstand kurz darauf die Westbank erfaßte, konnten die dort arbeitenden politischen Kräfte von den Erfahrungen aus dem Gaza-Streifen profitieren. Vom ersten Tag an nahmen sie die Bildung von Volkskomitees in Angriff. Anfang Januar 1988 meldete sich erstmals eine „Vereinigte Nationale Führung des Aufstands“ mit einem Katalog von Sofortforderungen zu Wort. Dieser Nationalen Führung gehören Vertreter der in der Westbank und im Gaza-Streifen operierenden Organisationen Fatah, Demokratische Front (DFLP), Volks-

front (PFLP) und der Kommunistischen Partei (PCP) an. Im Gaza-Streifen gibt es auch eine Kooperation mit Jihad Islami, einer lokalen islamischen Organisation. Paradoxerweise waren es gerade die israelischen Maßnahmen zur Niederschlagung des Aufstandes, die die Komitees dazu zwangen, sich zunehmend um die Probleme des Alltagslebens zu kümmern. Nachdem klar war, daß die PalästinenserInnen durch den Einsatz von Schußwaffen nicht mehr einzuschüchtern waren, griff die Besatzungsmacht zu systematisch angewandten Kollektivstrafen.

Dazu gehörten Massenverhaftungen von Jugendlichen und die Verhängung von wochenlangen Ausgangssperren. Die Flüchtlingslager wurden von der Außenwelt abgeriegelt, die Strom-, Wasser- und Telefonleitungen gekappt, Lebensmittellieferungen verboten. Israelische Soldaten zogen durch die engen Gassen der Lager, zerstörten Wassertanks und warfen wahllos CS-Gaspatronen in die engen Häuser der Einkesselten.

Die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung in den Lagern wurde zu einer Kernfrage für das Überleben der Intifada. Die ersten Versorgungskomitees entstanden. In Gebieten, die nicht unter Ausgangssperre standen, machten sich Volks- und Frauenkomitees daran, Lebensmittel und Geld zu sammeln, von dem Grundnahrungsmittel wie Reis, Zucker, Mehl und Trockenmilch gekauft wurden. Die Versorgungskomitees schmuggelten die Lebensmittel in die Lager.

Verteilung eines Aufrufs der Nationalen Führung in Nablus (Westbank)



Andere Komitees entstanden. Die Komitees für die Verhafteten betreuen die Familien der Verhafteten. Sie setzen sich mit Menschenrechtsorganisationen in Verbindung und leisten Öffentlichkeitsarbeit über die Haftbedingungen.

Ärzte- und Gesundheitskomitees gab es schon vor dem Aufstand. Aber seit der Intifada stehen sie vor neuen Aufgaben (siehe nachstehendes Interview mit J. Odeh).

Die erste große Kraftprobe zwischen der Nationalen Führung und der Besatzungsmacht war der Kampf um die Ladenöffnungszeiten. Nachdem Aufrufe der Nationalen Führung an die Händler zu Solidaritätsstreiks mit DemonstrantInnen und streikenden ArbeiterInnen nach anfänglichem Zögern auf ein zunehmend größeres Echo gestoßen waren, rief die Nationale Führung die Händler dazu auf, nur noch drei Stunden am Tag zu öffnen. Die ersten Händlerkomitees entstanden. Entsprechend den örtlichen Gegebenheiten legten sie die Ladenöffnungszeiten fest — im Gaza-Streifen beispielsweise von 8 bis 11 Uhr morgens. Ab 11 Uhr sind die Straßen wie ausgestorben.

Manche Läden wurden auf Befehl des Militärgouverneurs verschweißt, anderen Händlern horrenden Bußgelder auferlegt. Es ging darum zu beweisen, wer die Macht hat.

Nachdem der Konsens über die politischen Ziele des Aufstands hergestellt war, wurde es notwendig, eine den Bedingungen der Westbank und des Gaza-Streifens angepaßte Strategie des Widerstands zu entwickeln.



Israelische Militärs beim Einsatz gegen streikende Händler in der Westbank: Geschlossene Geschäfte werden aufgebrochen

In einem Strategiepapier mit dem Titel „Eßt und trinkt nur noch nationale Erzeugnisse“, das im Juni 1988 in den besetzten Gebieten von Hand zu Hand gereicht wurde, beschreibt die „Vereinigte Nationale Führung“ des Aufstands ein Konzept des Nationalen Ungehorsams.¹ Streiks der in Israel arbeitenden palästinensischen Arbeiter und der Boykott israelischer Waren sollen die Besatzung für die Israelis zu einem kostspieligen Abenteuer machen.

Die Nationale Führung hat konkrete Listen von Konsumgütern erstellt, zu denen es eine palästinensische Alternative gibt. Fertigungsgüter z.B. soll nicht mehr aus Israel importiert werden. Es würden genug Stoffe in der Westbank produziert, die lokal verarbeitet werden könnten. Das würde zudem die heimische Wirtschaft stimulieren und alternative Arbeitsplätze für PalästinenserInnen schaffen, die ihre Arbeit in Israel aufgegeben hätten.

Nach 1967 führten die Israelis eine Mehrwertsteuer und andere Verbrauchssteuern ein, die von den Händlern an die Besatzungsmacht abgeführt werden müssen. Seit März 1988 organisieren die Händlerkomitees in der Westbank und im Gaza-Streifen einen Steuerboykott. Besitzer von Fabriken und Werkstätten sind in Absprache mit der Nationalen Führung und den lokalen Komitees vom Steuerboykott befreit. Die drohende Schließung ihrer Unternehmen würde Arbeitsplätze gefährden und die Entwicklung der nationalen Industrie behindern. Aber gerade das ist die Voraussetzung zur Erhöhung des Selbstversorgungsgrades und damit des Boykotts der israelischen Waren.

In den ersten Wochen der Intifada riefen die palästinensischen Organisationen noch zu einem Totalstreik aller in Israel arbeitenden Palästinenser auf. Diese Orientierung erwies sich jedoch als unrealistisch, da alternative Möglichkeiten zur Sicherung des Lebensunterhalts von zehntausenden Familien nicht vorhanden waren. Heute rufen die alle zwei Wochen erscheinenden Erklärungen der Nationalen Führung zu genau festgeleg-

ten Streiktagen auf, normalerweise ein bis zweimal in der Woche.

Nur diejenigen Palästinenser, die vor dem Aufstand in den jüdischen Siedlungen ihr Geld verdienten, haben ihr Arbeitsverhältnis gekündigt. Trotzdem arbeiten die meisten Arbeiter nur so viel, bis sie das allernotwendigste zum Leben kaufen können. Wenn sie etwas Geld verdient haben, setzen sie für ein bis zwei Wochen aus — solange das Geld reicht.

„Natürlich hasse ich es, mich abzusrackern, um ihr Land statt mein eigenes Land aufzubauen. Zu Beginn der Intifada blieb ich zwei Monate zu Hause. Heute bleibe ich dann zu Hause, wenn die Führung zu einem Generalstreik aufruft. Ich muß meine Familie durchbringen. Sonst verhungern sie.“

Die Führung wird uns sagen, wann die richtige Zeit gekommen ist, alle Verbindungen zur Besatzungsmacht abubrechen und nicht mehr in Israel zu arbeiten. Dann werde ich glücklich sein, dem zu folgen, auch wenn ich und meine Familie hungern müssen. Aber die Zeit ist noch nicht reif für so drastische Maßnahmen“, sagt ein Arbeiter aus Dheische.²

Ziviler Ungehorsam hat noch einen zweiten Aspekt. Er bedeutet das „vollständige Sich-Abnabeln von der Besatzungsmacht, die Weigerung, sich ihren Gesetzen zu beugen und mit ihren Organen zusammenzuarbeiten“, heißt es in dem oben erwähnten Papier.

Schon am 3. Februar 1988 hatte die Nationale Führung die von der Besatzungsmacht eingesetzten Dorfräte zum Rücktritt aufgerufen. Einen Monat später rief sie die bei der Besatzungsmacht beschäftigten Polizisten, Steuer- und Zollbeamten auf, dem Schritt zu folgen.

Am 27. Mai erging ein gleichlautender Aufruf an die Angestellten in den Zulassungsstellen für PKWs. Die Komitees sollen darüber wachen, daß die Leute Gebühren und Geldstrafen für Verkehrs- und andere Delikte nicht mehr zahlen. Befehle der Soldaten zum Beispiel, die Straße zu fegen, an Stromleitungen befestigte palästinensische Fähnchen abzumontieren, sollen verweigert werden.

Dieses „Sich-Abnabeln von der Besatzungsmacht“, die Demontage ihrer zivilen Institutionen geht einher mit der Ausweitung der Funktionen der Volkskomitees, der neuen Volksmacht. Die Strategie des zivilen Ungehorsams setzt einen möglichst hohen Grad an Selbstversorgung voraus. Der Entwicklung der palästinensischen Landwirtschaft kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Die Dörfer versorgen die Flüchtlingslager bei Ausgangssperren mit Lebensmitteln, Überschüsse werden an die Volkskomitees in die Städte geliefert, seit den mei-

sten Dörfern der Export nach Jordanien verboten wurde. Landwirtschaftskomitees stellen den Bauern Saatgut zur Verfügung.

Sie ermuntern auch die Städter, jeden Quadratmeter Boden zum Anbau von Gemüse und Küchenkräutern zu nutzen. Zur Förderung der Kleintierzucht geben die Landwirtschaftskomitees Zuchtkaninchen und Zuchthennen an Familien weiter. Der erste Nachwuchs geht als Entgelt an die Komitees zurück.

Die Komitees streben an, daß sich mehrere Familien in einer Straße oder einem Viertel gemeinsam eine Kuh zulegen, damit die Milchversorgung auch bei längeren Ausgangssperren gesichert bleibt. In Ramallah haben Volkskomitees auf ehemaligen Parkplätzen und leerstehenden Baugrundstücken kollektive Gemüsegärten angelegt, die von Freiwilligen bearbeitet werden. Die Ernte geht an die Volkskomitees, die sie an Bedürftige verteilen.

„Zurück zur Hausökonomie“, dies ist eine der Devisen der Nationalen Führung.

Mit dem Verbot der Volkskomitees wollte die israelische Regierung verhindern, daß die PLO mit ihrer Hilfe das durch die jordanische Abkoppelung entstandene Machtvakuum füllt

zung. Um Impulse zu geben, organisierte die Universität Bir Zeit im Sommer 1988 eine Ausstellung „Nationaler Produkte“: Eingelegte Weinblätter, Mixed Pickles, getrocknete Kräuter, Olivenseife und Silwani-Bonbons. Landfrauenkomitees organisieren Schnellkurse im Marmeladeeinkochen.

Die ersten Dörfer, die sich am Aufstand beteiligten, hatten besonders unter dem israelischen Gegenterror zu leiden. Sie wurden wiederholt zu geschlossenen Militärzonen erklärt. Dann kamen Soldaten, zerstörten die Wasser- und Stromleitungen, Außenwände von Häusern und Brunnen.

Die Besatzungsmacht glaubte, die Dörfer als schwächstes Glied aus der Solidarität des Aufstands herausbrechen zu können. Aber jedesmal, wenn sich die Soldaten wieder zurückzogen, hielten die Bauern die palästinensische Fahne und erklärten sich zum „Befreiten Gebiet“.

Heute haben Wachkomitees an den Eingängen der Dörfer rund um die Uhr Stellung bezogen. Nähert sich eine israelische Militärpatrouille, warnen sie die Dorfjugendlichen, die sich in die Berge zurückziehen oder sie mobilisieren die sog. Verteidigungskomitees, die es inzwischen in fast jedem Dorf gibt. Sie verteilen Nägel auf den Zufahrtsstraßen,

Menschenrechtsverletzungen der Besatzer

Mehr als 333 Tote, davon 242 Erschossene, 28 durch Schläge oder Elektroschocks Getötete, 23 Tränengasopfer, 33 bei Verhören Getötete sowie über 45.000 teils schwerverletzte PalästinenserInnen — dies ist nur ein Teil der Schreckensbilanz israelischer Besatzungspolitik in der Westbank und Gaza nach nahezu einem Jahr Intifada. (Database Project on Palestinian Human Rights, Chicago, Zahlenstand 9.10.1988) Zum ersten Jahrestag der Intifada, dem 8. Dezember waren es 340 Tote. Hektisch suchten die israelischen Militärs weltweit nach immer wirkungsvolleren Abwehrmitteln, um den „Aufstand der Kinder“ zu zerschlagen. Internationale Menschenrechtskodexe, die auch Israel unterzeichnet hat, spielten dabei keine Rolle mehr.

Es begann mit dem Einsatz automatischer M-16-Gewehre mit **Hochgeschwindigkeitsmunition**: „Bei dieser Munition tritt die Kugel in den Körper ein, nicht aber wieder aus, zerbricht beim Aufschlag in einzelne Stücke, zersplittert die Knochen und bewirkt extensive Verletzungen an Muskeln, dem Gewebe und den inneren Organen.“ (ai-Dokumentation, Nr. 8/1988)

Die Änderung der Richtlinien über den Schußwaffengebrauch vom 21. März 1988 erlaubte eine unmittelbare Feuereröffnung auf mit Brandsätzen „bewaffnete“ PalästinenserInnen. Die Zahl der Erschossenen stieg sprunghaft an, löste weltweite Empörung, auch unter amerikanischen Juden, aus.

Israels „schlagkräftiger“ Verteidigungsminister Rabin ordnete eine neue Strategie an: „Gewalt, Entschlossenheit und Prügel.“ Bilder der israelischen **Knochenbrecherstrategie** gingen um die Welt, lösten Entsetzen und Protest aus. Rabins zynischer Kommentar: „Wie sollen wir sie sonst überzeugen? Sollen wir ihnen Blumen zuwerfen?“

Schließlich eröffnete die israelische Regierung einen chemischen Krieg in den besetzten Gebieten — mit massivem **Einsatz von Tränen- und neuartigen CS-Gasen**. „Sie versuchen, die nächste Generation von palästinensischen Kindern schon umzubringen, bevor sie überhaupt geboren sind“, kommentiert Umm Hassan die über 300 Fehlgeburten allein in Gaza seit Beginn des flächendeckenden Einsatzes von CS-Gas (siehe: DRITTE WELT, Nr. 10/1988, S. 20-21). Es sind insbesondere Kleinkinder unter sechs Monaten, ältere Menschen, Schwangere und ohnehin von chronischen Krankheiten Betroffene, die dem israelischen Gaseinsatz zum Opfer fallen.

Die seit August 1988 eingesetzten, ebenfalls lebensgefährlichen **Hartplastikgeschosse** sind dagegen in israelischen Augen human. Selbst die Verletzung und Tötung unbeteiligter, unbewaffneter ZivilistInnen, die aktive Initiierung von gewalttätigen Auseinandersetzungen von seiten der israelischen Armee sind

inzwischen eine Selbstverständlichkeit geworden.

Ein Stück Normalität israelischer Besatzungspolitik sind auch zahlreiche Formen von **Kollektivstrafen** wie die Sprengung von über 100 Häusern, wochenlange Ausgangssperren, das Abschneiden ganzer Dörfer von der Wasser- und Stromversorgung, die Zerstörung agrarischer Lebensgrundlagen der palästinensischen Bevölkerung (z.B. Vernichtung von Emten, Entwurzelung von Olivenbäumen). Dies sind von der Weltöffentlichkeit weniger beachtete, eindeutige Verletzungen der 4. Genfer Konvention von 1947 über den „Schutz der Zivilbevölkerung“ im Kriegsfall, die auch Israel unterzeichnet hat. Eindeutige Menschenrechtsverletzungen stellen auch die Fälle der mehr als 4.000 in **Administrativhaft** genommenen PalästinenserInnen, die Zahl von bis September 1988 18.000 meist ohne Anklage oder Gerichtsprozeß Inhaftierten, die psychische und physische Folterung Festgenommener dar (vgl. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, u.a. Art. 10, 12, 17).

3.500 palästinensische Gefangene befinden sich derzeit allein im Lager Ansar III in der Negev-Wüste unter unmenschlichen Bedingungen (siehe: Bericht von Felicia Langer). Ohne irgendwelche juristischen Formalitäten verhaftet, sind sie neben Ratten, Skorpionen und Insekten in kleinen Zelten zusammengepfercht, Temperaturschwankungen von 45° täglich, Hunger, Durst, physischer und psychischer Folter ausgesetzt.

Aber auch Teile der palästinensischen Bevölkerung, die der Verhaftung, Tötung und Folter bisher entgehen konnten, sind tagtäglich mit Menschenrechtsverletzungen und Besatzerwillkür konfrontiert. Zivile medizinische und soziale **Einrichtungen**, Wohlfahrtsverbände, Forschungsinstitute und Schulen werden willkürlich oder bei geringsten Anlässen wie friedlichen Demonstrationen für Wochen, Monate oder unbestimmte Zeit **geschlossen**. Medien, Presseorgane und Druckereien werden massiv in ihrer Arbeit behindert, zensiert oder für Monate und Jahre geschlossen.

Schon bald nach Beginn der Intifada wurden die massiven israelischen Menschenrechtsverletzungen im besetzten Palästina ständiges Thema der UNO und ihrer Sonderkommissionen. Am 3.11.1988 nach die UN-Vollversammlung eine Resolution an, die „Israels ständige Politik und Praxis der Menschenrechtsverletzungen gegenüber dem palästinensischen Volk“ verurteilte. Immer wieder jedoch sind es die USA, die durch ihre permanente Veto-Politik im UN-Sicherheitsrat (so jüngst Anfang Februar 1988) wirksame Maßnahmen zum Schutz der palästinensischen Bevölkerung verhindern und dem israelischen Besatzerregime den Rücken stärken.

Ingrid El-Masry

Um eine unabhängige Wirtschaftsentwicklung und die Versorgungsgrundlage zu verhindern, hat die Besatzungsmacht einen regelrechten Wirtschaftskrieg gegen die palästinensischen Dörfer eröffnet.

In 14 Dörfern in der Gegend von Tulkarem, Hebron und Nablus wurde den Bauern die Olivenernte verboten. Oliven sind ein wichtiges Grundnahrungsmittel für die PalästinenserInnen. Brot in Olivenöl und Gewürze getunkt ist schon ein bescheidenes Frühstück oder Abendbrot. In Olivenöl werden Auberginen oder Bohnen für den Winter eingelegt. Der Olivenanbau ist zudem der wichtigste Wirtschaftszweig in der Westbank.

Mehrere Olivenpressen wurden geschlossen oder durch die Verdoppelung der Steuern von 12.500 auf 25.000 \$ in den Ruin getrieben. Lastwagen, die bei der Olivenernte eingesetzt werden sollten, wurden beschlagnahmt.

Schon im Sommer 1988 hatte die Besatzungsmacht in Hebron die Weintrauben- und in Nablus die Feigenernte verboten. Wochenlange Ausgangssperren über den Dörfern in der Gegend von Qalqilya und Tulkarem ließen die Früchte auf den Bäumen verderben. Schafe und Ziegen verdursteten, weil die Bauern sie nicht zur Tränke führen konnten.

In anderen Dörfern wurden Weizen- und Linsfelder verbrannt. Allein bis Juni 1988 vernichteten Besatzungssoldaten über 12.000 Obst-, Nuß- und Olivenbäume. Der israelische Landwirtschaftsminister Arie Nachmahain drohte, er werde all denjenigen den Export verbieten, die mit den Volkskomitees zusammenarbeiten. Es sei inzwischen offensichtlich, daß „feindliche Elemente“ die Agrarorganisationen beherrschen.

In Jerusalem wurde ein Seminar der „Gesellschaft für Entwicklung“ verboten. Begründung: Die Gesellschaft führe Untersuchungen über den Aufbau eines parallelen Marktes durch.³

Heute gibt es überall und für alles Komitees. Sie regeln den Verkehr und schlichten Streitigkeiten. Als Reaktion auf die ständigen Schulschließungen haben Lehrer- und Schülerkomitees ein System von „Volksbildung“ aufgebaut. Die Kinder werden in Gruppen zusammengefaßt und in Privathäusern von ihren Lehrern oder Freiwilligen unterrichtet. Auch Politik, palästinensische Geschichte und Geographie — bislang in den Schulen verboten — stehen auf dem Lehrplan. Die Volksbildung bietet auch für Erwachsene Alphabetisierungskurse und politische Bildung an.

Die Frauenkomitees sind heute fast so etwas wie Sozialämter. Schon vor dem Aufstand wurde die Sozialarbeit im wesentlichen von Frauenorganisationen getragen. Sie unterhalten Kindergärten,

betreuen bedürftige Familien und schufen in Stickereiprojekten und Schneiderkooperativen Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen.

Seit Beginn der Intifada kamen neue Aufgaben hinzu: Betreuung der Familien von Märtyrern und Verhafteten. In Ramallah führten Frauenkomitees eine Volkszählung durch. Sie haben genaue Aufstellungen über sozial benachteiligte und kinderreiche Familien. Sie wissen, wo Kranke und Alte zu betreuen sind. In Zusammenarbeit mit den Gesundheitskomitees registrierten sie die Blutgruppen der Einwohner, damit sofort mögliche Blutspender für Schwerverletzte ausgemacht werden können.

Auf die Frage, ob die Intifada nicht den Leuten ungeheure Opfer abverlangt, meinte ein Journalist aus Jerusalem: „Eigentlich geht es uns heute besser. Sicherlich können wir uns keine Luxusdinge wie Fernsehapparate oder neue Autos mehr erlauben. Aber es gibt jetzt so etwas wie ein Netz sozialer Sicherheit. Niemand braucht mehr zu hungern oder sich den Kopf zu zerbrechen, wo er morgen für seine Kinder etwas zu essen herbekommt.“

Die Gesetze der Nationalen Führung garantieren auch den Arbeitern in palästinensischen Unternehmen ein Mindestmaß an sozialen Rechten: Lohnfortzah-



Die Familie Abu-Samil Assas vor den Trümmern ihres Hauses in Obeidiyah, nahe Bethlehem. Israelische Bulldozer hatten es um Mitternacht niedergewalzt — als Kollektivstrafe gegen die Dorfbewohner

lungen an Streiktagen, Verbot von Lohnsenkung und Entlassungen und „freie gewerkschaftliche Betätigung“. Hausbesitzer sind aufgefordert, die Mieten um 25% zu senken.

Ziviler Ungehorsam ist keine Alternative zur Militanz. In den meisten Dörfern und Städten gibt es inzwischen so etwas wie sog. Kampfgruppen, die sich selbst als „Kern der Nationalen Volksarmee“ verstehen. In ihrem täglichen Trainingsprogramm üben sie, Besatzungssoldaten mit Messern, Äxten und Molotowcocktails anzugreifen.

Sie kontrollieren Fremde, die in den Ort



Von einer israelischen Militärpatrouille im Gaza-Streifen festgenommener „Verdächtiger“

wollen und zerstören Telefon- und Stromleitungen der Siedlungen. Sie öffnen mit Gewalt die von der Besatzungsmacht geschlossenen Schulen und verlesen die neuesten Nachrichten über die Lautsprecher der Moscheen.

Am 23. September marschierten 200 Mitglieder der Kampftruppen mit Äxten und Schlagstöcken bewaffnet, das Gesicht durch die traditionelle Kuffieh bedeckt im militärischen Stechschritt durch die Innenstadt von Nablus. Die Leute warfen vom Straßenrand zur Begrüßung Reis auf „ihre Soldaten“. Ähnliche Militärparaden wiederholten sich in anderen Städten.

Die Herausbildung staatsähnlicher Strukturen in den besetzten Gebieten stellt die Legitimität der Besatzung zunehmend in Frage. Aus diesem Grund sind die Komitees heute Hauptziel-scheibe der israelischen Counterinsurgency (Aufstandsbekämpfung).

Am 31. Juli 1988 hob König Hussein die jordanischen Bindungen zur Westbank auf. Die Souveränität über die besetzten Gebiete stünde allein dem palästinensischen Volk zu. Die Nationale Führung wertete den jordanischen Schritt trotz mancher negativer Begleiterscheinungen — die bislang von Jordanien bezahlten

Beamten wurden arbeitslos oder frühzeitig in Rente geschickt — als einen der größten Erfolge der Intifada und forderte die Volkskomitees auf, das entstandene Machtvakuum auszufüllen. Genossenschaften und soziale Institutionen, die bislang von Jordanien verwaltet wurden, unterstellten sich der Nationalen Führung bzw. den örtlichen Komitees. Am 18. August verbot der israelische Kriegsminister Rabin die Komitees: „Jeder, der in einem der Komitees arbeitet oder deren Arbeit unterstützt, wird vor Gericht gestellt. Wir sehen, daß es die Volkskomitees sind, die versuchen, die Ereignisse voranzutreiben und zu zementieren.“

Wir werden vor den Versuchen, die öffentliche Ordnung zu stören, nicht kapitulieren. Ohne die Volkskomitees könnte die PLO das Machtvakuum, das durch die jordanischen Maßnahmen entstanden ist, nicht füllen.“⁴

Am 7. September überfallen Soldaten die Stadt Qalqilya. Nach Ansicht der Besatzungsmacht sind hier die Volkskomitees besonders aktiv. Die Stadt wird für acht Tage abgeriegelt. Soldaten suchen systematisch nach Aktivisten der Komitees. 200 Männer werden verhaftet. Die israelische Armeeführung spricht von einem großen Erfolg.

Doch schon am nächsten Tag sieht man überall Parolen der örtlichen Komitees an den Häuserwänden. Selbst der Chef des israelischen militärischen Geheimdienstes, General Amran Scharok, räumte ein, daß es unmöglich sei, die Komitees zu zerschlagen: „Jedesmal, wenn wir einen Verantwortlichen verhaften, nimmt ein anderer seinen Platz ein.“⁵

Absurde neue Verwaltungsvorschriften sollen beweisen, daß die israelische Zivilverwaltung die Westbank und den Gaza-Streifen noch unter Kontrolle hat. Alle Bewohner des Gaza-Streifens müssen z.B. ihre Ausweise umtauschen. Wer dem nicht Folge leistet, muß 5.000 Schekel Strafe zahlen oder kommt für fünf Jahre hinter Schloß und Riegel.

Autobesitzer wurden gezwungen, ihre Nummernschilder auszutauschen. Die neuen Kennschilder kosten zwischen 200 und 260 \$. Damit soll ein Teil der Ausfälle durch den Steuerstreik ausgeglichen werden.

In der Westbank müssen Autofahrer seit neuestem immer Taschenlampen und Kreide im Auto haben. Sie könnten ja nachts in einen Unfall verwickelt werden und müßten dann die Unfallstelle ausleuchten und markieren. Wer ohne diese Utensilien in eine Militärkontrolle gerät, muß hohe Strafen zahlen.

Und selbst, wenn er sie hat, fragt der kontrollierende Soldat nach irgendetwas anderem, z.B. nach einem Besen. Es könnte ja Glas zu Bruch gehen und dann müßte er schließlich die Straße fegen.

Wer ins Ausland reisen will, wer etwas im- oder exportieren will oder wer einen neuen Job sucht, muß tagelang vor den Büros der Zivilverwaltung nach Bestätigungen Schlange stehen, daß er seine Strom- und Wasserrechnung bezahlt hat, daß er nicht vorbestraft ist und alle ausstehenden Steuerschulden beglichen hat. Am 19. Juni rief die Nationale Führung zum totalen Boykott der Militäradministration auf. Trotzdem warteten in den Dörfern um Ramallah lange Menschen-schlangen vor den Büros der Zivilverwaltung. Am Vortag hatten Soldaten bei Straßensperren Hunderte von Ausweisen und Nummernschildern beschlagnahmt und die betroffenen PalästinenserInnen ausgerechnet am 19. Juni bestellt, um sie wieder abzuholen. Aber heißt das, daß die Leute tatsächlich bereit sind, mit der israelischen Zivilverwaltung zu kooperieren, wie die Armeespitze aus dem Vorfall schlußfolgerte?

„Es gibt kein Zurück.“ – Dieser Satz ist überall in den besetzten Gebieten zu hören. Nie wieder wollen sich die Menschen mit Unterdrückung und Demütigung arrangieren wie vor dem 8. Dezember 1987. Die Intifada hat ihnen ihr Selbstbewußtsein, ihre Identität zurückgegeben. Und sie hat unter der Besatzung eine neue, demokratische Gesellschaft geschaffen.

Die Proklamation des palästinensischen Nationalstaates hat eine neue Phase des Kampfes eingeleitet und das politische Programm des 19. Nationalrats von Algier (siehe Beitrag von W. Brönnner) hat diesem Kampf die notwendige realistische und einlösbare Perspektive gegeben. Die Vereinigte Nationale Führung hat die Beschlüsse als „Ausdruck des verantwortungsvollen Handelns mit der Intifada begrüßt. Der PNC hätte die Früchte der Intifada positiv in der Unabhängigkeitserklärung und einem klaren politischen Programm umgesetzt.“

Er hätte „die durch die Intifada geschaffene historische Chance des palästinensischen Volkes ergriffen, das Recht auf Rückkehr, Selbstbestimmung und einen unabhängigen Staat zu einer Realität zu machen.

Die Beschlüsse sind kein billiges Zugeständnis, wie manche meinen. Sondern sie haben revolutionär und mit Realismus und Verantwortungsbewußtsein den Lügen unseres Feindes einen Riegel vorgeschoben und können dem Leiden unseres Volkes im 'Innern' wie auch im Exil ein Ende setzen.“⁶

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Al-Hurriah, Nikosia/Damaskus, 26.6.1988, S. 8ff.
- 2) Middle East Report, Washington, November-Dezember 1988, S. 40
- 3) Nach: Al-Hurriah, 4.9.1988
- 4) Zit. nach: ebenda, 21.8.1988
- 5) Zit. nach: ebenda, 17.7.1988
- 6) Ebenda, 4.12.1988

Janet Bruin

Samstag in Ramallah

Bericht einer jüdischen Augenzeugin



Im Sommer 1988 weilte Janet Bruin, eine in Genf lebende schweizerisch-nordamerikanische jüdische Journalistin, in der besetzten Westbank. Ihre Erlebnisse und Gespräche in Ramallah veranlaßten sie, den folgenden Bericht zu verfassen.

Ich erholte mich gerade mit Freunden in einer luftigen Wohnung im zweiten Stock als die glühendheiße Sommersonne über Ramallah unterging. Die Unterhaltung drehte sich um die israelische Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens und um den palästinensischen Aufstand für Selbstbestimmung und Gerechtigkeit.

Mohammed, ein 32 Jahre alter Lehrer, hatte mir gerade von dem zwei Tage langen Generalstreik erzählt, der den Beginn des achten Monats des Aufstands kennzeichnete. „Die Leute sind aus Solidarität mit dem Streik zu Hause geblieben. Und weil alles so ruhig ist, scheint es, als ob sich die israelischen Soldaten einen Feiertag genommen haben,“ scherzte er.

Er hatte die Worte kaum ausgesprochen, als wir einen israelischen Militärjeep die nächste Straße herauffahren sahen. Ein Kind hatte augenscheinlich einen Stein auf das Fahrzeug geworfen, und als der Jeep sich den Hügel hinaufarbeitete, begannen Leute zu rennen und zu schreien. Zu unserer großen Erleichterung fuhr der Jeep schnell weg. Er kam aber einige Minuten später wieder und hielt direkt vor dem Haus, in dem wir saßen. Die

Soldaten dachten wahrscheinlich, der Steinwerfer sei in unser Gebäude gerannt.

Innerhalb von Sekunden hallten die Treppen wider von lauten Stimmen und schweren Stiefeln. Wir hörten, wie eine Tür eingeschlagen wurde, und das Geräusch von zersplitterndem Glas. Das Trampeln von Stiefeln auf der Treppe kam näher, die Stimmen der Soldaten wurden lauter.

Eine weitere Tür wurde eingetreten und mehr Glas zerschlagen. Ich saß zwischen zwei Kindern, die vor Angst zitterten, hielt sie fest, um ihnen das wenige an Trost und Schutz zu geben, was ich konnte. Dies war das erste Mal, daß israelische Soldaten in ihr Haus kamen, und es war schrecklich.

Die Stiefel und Rufe wurden lauter als die Soldaten in die Wohnung im dritten Stock einbrachen und schließlich unsere Tür mit Gewalt öffneten. Mit Gewehren und Knüppeln bewaffnet stürmten drei junge Männer herein und befahlen Mohammed, mit ihnen zu kommen. Mit höflicher Stimme fragte er, warum. Sie schlugen ihn ins Gesicht und mit einem Knüppel in den Unterleib, wobei sie brüllten: „Frag uns nicht, warum. Wir sind Soldaten. Wir können Leute schlagen. Wir können Sachen zerstören.“

Es gab nichts, was irgendjemand von uns hätte tun können, um sie daran zu hindern, mit Gewalt in dieses private Heim einzudringen, oder um Mohammed, der keinerlei Verbrechen begangen hatte, vor der Gewalt zu schützen, die gegen ihn ausgeübt worden war. Der Versuch, Leute zurückzuhalten oder überzeugen zu wollen, die dermaßen aufgehetzt sind, hätte sie dazu provozieren können, die restlichen von uns zu schlagen oder auf sie zu schießen.

So saß ich also da und hielt die Kinder fest, deren Herzen so wild schlugen wie mein eigenes, und fühlte mich machtlos, verletzlich, wehrlos, ungeschützt und hatte große Angst.

Sie führten Mohammed aus dem Haus, aber er wurde nicht in Handschellen gelegt, und zu unserer großen Erleichterung gelang es ihm, zu entkommen. Ich war so aufgeregt wegen der möglichen Rückkehr der Soldaten, daß beschlossen wurde, mich zur Wohnung eines anderen Freundes in einem ruhigeren Teil der Stadt zu bringen.

Als ich dorthin kam, saß Mohammed



Was haben wir mit Fidel Castro am Hut?

Nun, die AKP berichtet laufend über alle wichtigen kommunalpolitischen Fachthemen wie Abwasser, Privatisierung, Haushalt, Kultur, Gesundheit, Abfallbeseitigung, Städtepartnerschaften, Verkehr usw.. In Heft 3/88 hatten wir auch einen Schwerpunkt zur kommunalen Dritte-Welt-Politik.

Ein Nachrichten- und Magazinteil, sowie die Rubriken Börse + Fundgrube, Kalender und Rezensionen runden die Zeitschrift ab und liefern vielfältigste Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

* * *

Die AKP erscheint 6-mal im Jahr à 68 Seiten. Das Einzelheft kostet 7,- DM (zzgl. 1,50 Versand), das Abo gibt es portofrei für 42,- DM.

Redaktion und Vertrieb:

AKP
Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1
(0521/177517)

Fachzeitschrift für grüne und
alternative Kommunalpolitik

unter den Gästen. Er sagte, daß diese Soldaten besonders bestialisch waren, und daß es sehr schwer gewesen sei, nicht wütend zu werden – sowohl wegen der ungerechten, unmenschlichen Behandlung ihm gegenüber als auch wegen seiner eigenen Unfähigkeit, sich selbst zu verteidigen. Die Erfahrung hat ihn jedoch gelehrt, daß sie jemanden, der zurückschlägt, schlimmer behandeln oder ins Gefängnis bringen. Und er hatte genug von Schlägen und Verschleppung.

„Gewöhnliche Vorfälle“, sagte er sachlich. „Das passiert Männern, Frauen und Kindern in den Flüchtlingslagern, in unseren Städten und Dörfern, und in privaten Wohnungen jeden Tag.“

Wir setzten uns zum Abendessen hin, und bevor wir fertig waren, bemerkten wir, daß auf der Straße israelische Soldaten erschienen waren. Wie sollte es anders sein, sie kamen zum Haus. Bewaffnet und uneingeladen, aber ohne sich gewaltsam aufzuführen, kamen sie in die Wohnung, um jemanden zu finden, der Steine wegräumen sollte, die draußen auf die Straße gelegt worden waren. Ihre Wahl fiel auf Mohammed, sie fragten ihn nach seinem Personalausweis und begannen, ihn mit zu ihrem Jeep zu nehmen. Das war wieder völlig willkürlich. Wir restlichen folgten und setzten uns für seine Freilassung ein.

Einer aus unserer Gruppe, ein amerikanischer jüdischer Arzt, sagte: „Ich habe diesen Mann eingeladen, mit mir zu Abend zu essen. Sie können ihn doch nicht einfach wegbringen. Er hat nichts getan.“ Ich warf ein, daß wir noch beim Essen wären, und nahm Mohammed bei der Hand, um ihn zum Haus zurückzubegleiten. Weil diese Soldaten zugänglich waren, und wegen unseres Dazwischentretens, wurde Mohammed für dieses Mal verschont.

Mit bemerkenswerter Gemütsruhe berichtete er über die Besatzung: „Einige der Soldaten sind fast unmenschlich. Ihre Ausbildung fördert kein freies Denken oder Diskussionen. Viele von ihnen hassen die Araber und rufen zum 'Transfer' der palästinensischen Bevölkerung auf. Aber wir wissen, daß Israel auch andere Gesichter hat.

Wir wissen, daß es Israelis gibt, die die Besetzung als Widerspruch zu den hohen sittlichen Werten des jüdischen Volkes betrachten, das entsetzliche Brutalität und Völkermord unter den Händen der Nazis erlitt.“

Die Menschen beginnen sich zu fragen, was falsch gelaufen ist. Während ich in Israel war, stellte Präsident Herzog in einer Rede über die Lage in israelischen Krankenhäusern fest, daß „die israelische Gesellschaft einen Prozeß der Brutalisierung, der Gleichgültigkeit gegenüber menschlichem Leiden durchmacht“.

Ein gerade vom Militärdienst in Gaza zurückgekehrter Reserveoffizier, erschüttert vom Ausmaß der Gewalt, die von der Armee gegen PalästinenserInnen angewandt wird, schätzte, daß die Israelis nur von 10-15% der Scheußlichkeiten wissen. Nur sehr wenige kennen das gewaltige Ausmaß, in dem das Völkerrecht und die grundlegendsten Menschenrechte verletzt werden.

Es gab in Israel eine ausgesprochene politische Polarisierung. Diejenigen, die die Politik der eisernen Faust unterstützen (wie z.B. die faschistische Kach-Partei unter Führung des Rabbi Kahane) gewinnen Zuwachs. Kürzlich wurde eine neue politische Partei gebildet, die sich für die Aussiedlung der gesamten arabischen Bevölkerung ausspricht.

Die Friedensbewegung gewinnt ebenfalls an Boden, da mehr und mehr Menschen zur Beendigung der Besatzung und zu Verhandlungen mit der PLO aufrufen. Sie sind verwirrt vom Tod, dem Leiden und den großen Ungerechtigkeiten, die ihre Regierung und ihr Militär dem palästinensischen Volk zufügen. Sie befürchten, daß diese sich steigende Brutalität die moralischen Grundlagen der israelischen Gesellschaft zerstört. Es wird auch befürchtet, daß die internationale Gemeinschaft, die einst so großen Anteil an den Leiden der Juden nahm, daß sie den Staat Israel als Versicherung gegen den Völkermord schuf, nun mit dem Zeigefinger droht.

Im Gegensatz zu dem, was einige uns glauben machen wollen, ist die Wende in der Meinung der Weltöffentlichkeit nicht auf Antisemitismus zurückzuführen. Wenn man/frau im Fernsehen sieht, wie israelische Soldaten palästinensischen Kindern die Knochen brechen, oder wenn man/frau von Bulldozern liest, die Menschen lebendig begraben, so ist das genug, sogar die ergebensten Anhänger Israels dazu zu bringen, den Sinn des israelischen Expansionismus in Frage zu stellen.

Wenn es auch Antisemitismus tatsächlich gibt, der aufgedeckt und ausgerottet werden muß, zusammen mit allen anderen Formen haßerfüllter rassistischer

Israelische Soldaten bei der Festnahme eines palästinensischen Jugendlichen in Ramallah



Ideologien, wird dieser Anklagepunkt dazu benutzt, jeden zum Schweigen zu bringen, der die israelische Politik kritisiert.

Ich kenne das. Weil ich mich gegen die Besatzung wandte, wurde ich einmal der Tötung von 6 Mio Menschen beschuldigt. Da ich Jüdin und Friedensaktivistin bin, fand ich das besonders erschreckend und unfair. Aber die Erfahrung machte mich für viele Jahre vorsichtig bei dem, was ich und wem ich es sagte. Das ist jetzt vorbei.

Der Ernst der heutigen Lage und ihre Folgen für den Weltfrieden machen Schweigen zu einem Verbrechen. Ich ergreife das Wort, wo immer ich kann. Und oft danken mir die Leute dafür, daß ich Gedanken zum Ausdruck bringe, die sie teilen, aber noch immer nicht auszusprechen wagen. Es verwundert mich, wie lange gute Menschen weiterhin sagen, sie hätten von nichts gewußt. Mohammed sprach wohlwollend von einem jungen jüdischen Lehrer, dessen Brief an Verteidigungsminister Rabin in der „Jerusalem Post“ abgedruckt wurde. Er schrieb, daß er sich der Praktiken der israelischen Armee schäme und kündigte seine Weigerung an, jenseits der „grünen Linie“ Militärdienst zu leisten.

„Das ist das 'andere Gesicht Israels'“, sagte Mohammed, „eines, von dem wir wissen, daß es vorhanden ist, das aber immer schwerer zu sehen ist, da die israelische Unterdrückung zunimmt. Die meisten PalästinenserInnen wollen einen unabhängigen Staat neben Israel. Deshalb müssen wir mit ihnen reden. Wenn wir das einmal können, werden wir in der Lage sein, alle Probleme in einer Weise zu lösen, die für unsere beiden Völker annehmbar ist. Wir wissen, daß es Palästinensern und Juden möglich ist, Nachbarn zu sein und in Frieden zu leben.“

Es gibt Alternativen zu fortdauernder Gewalt und Militarisierung, und sie müssen bald verwirklicht werden – bevor diese Politik zu Völkermord, Selbstmord und allgemeinem Mord und Totschlag führt. Die Besatzung muß aufhören. Israel muß sich auf seine Grenzen zurückziehen, die vor dem Junikrieg 1967 bestanden.

Das palästinensische Volk muß seinen eigenen Staat auf der Westbank und im Gaza-Streifen haben. Alle Beteiligten des Konfliktes, einschließlich der PLO, müssen zusammenkommen, um diese und andere offenstehenden Fragen zu besprechen, einschließlich des Status von Jerusalem.

Eine internationale Friedenskonferenz unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ist der einzige Weg, Frieden und Gerechtigkeit für beide Völker zu schaffen. Sie muß bald abgehalten werden, bevor es zu spät ist.

Karim El-Gawhary

Unabhängige Landwirtschaft im Werden

„Intifada“, das sind in der Vorstellung des Fernsehzuschauers die Bilder von brennenden Autoreifen und steinwerfenden Jugendlichen. Dazwischen die mittlerweile als alltägliche Routine angesehenen Meldungen von erschossenen PalästinenserInnen – rund 340 an der Zahl.

Doch neben diesen täglichen Ereignissen, die immer mehr von den vordersten in die letzten Seiten der Zeitungen rücken, vollziehen sich unbemerkt von unseren Medien tiefgreifende Veränderungen. Auch sie sind ein Teil der Intifada. Und sie zeugen von einer neuen Qualität des Aufstands.

Die Landwirtschaft ist immer noch ein wichtiger Sektor der Wirtschaft der besetzten Gebiete. 27% der Bevölkerung der Westbank arbeiten in der Landwirtschaft. 18% sind es im Gaza-Streifen.

Kollektivstrafen der israelischen Militärs, die auf die Schädigung der Landwirtschaft zielen, sind alltäglich: Diesem Bauern in Ramallah zersägen sie die Olivenbäume

Früher war die Landwirtschaft der Hauptarbeitgeber in den besetzten Gebieten.

Doch mit der Besetzung der Gebiete 1967 durch Israel wurden die Einwohner nach und nach gezwungen, die Landwirtschaft an den Nagel zu hängen und sich nach anderen Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, umzusehen. Meist pendeln sie heute als Lohnarbeiter zwischen den besetzten Gebieten und Israel hin und her. Für Israel bilden sie ein Reservoir an billigen Arbeitskräften.

Diese Entwicklung wurde seit 1967 konsequent von den israelischen Besatzern forciert, indem sie die Grundlagen für eine palästinensische Landwirtschaft zerstörten. Das Hauptinstrument ist hierbei die Beschlagnahme von Land. Doch auch andere Methoden wie Restriktionen beim Brunnenbau und das Ableiten des kostbaren Wassers in die israelischen Siedlungen taten das ihrige.

Die Exporte von landwirtschaftlichen Produkten unterliegen starken Einschränkungen. Gleichzeitig können israelische Produzenten ihre Überschüsse subventioniert auf den Märkten der besetzten Gebiete anbieten. Dieser Konkurrenz ist die palästinensische Landwirtschaft nicht gewachsen.

Eine landwirtschaftliche Entwicklungsstrategie für die besetzten Gebiete existiert nicht. Dafür wäre normalerweise die Regierung zuständig. Doch die zeigt daran keinerlei Interesse.

Während der Intifada ergriff die israelische Regierung zusätzliche Maßnahmen, die dem landwirtschaftlichen Sektor schaden. Nach dem Streik der palästinensischen Ladenbesitzer zwang die israelische Armee diese, ihre Läden geschlossen zu halten.

Betroffen sind davon nicht nur die Läden, die landwirtschaftliche Produkte verkaufen. Auch die Anbieter von Saatgut und landwirtschaftlichen Geräten unterstehen dieser Zwangsmaßnahme. Als Ergebnis ist die Versorgung zwischen dem Land und den Städten und Lagern gestört.

Ebenso wurde der Transport von Geräten und Saatgut behindert. Wiederholt hat Israel den Verkehr zwischen den besetzten Gebieten verboten. Ausgangssperren haben die Bauern daran gehindert, ihre Ernte einzubringen oder ihre Felder zu bestellen.

Als Kollektivstrafe wurde eine große Anzahl von Obst- und Olivenbäumen von israelischen Bulldozern niedergewalzt. Allein im Dorf Qatana wurden mehr als 2.000 Bäume entwurzelt. Der Bulldozer wurde zum Sinnbild der israelischen Besatzung.

Ebenso wurde die Einfuhr von für die Landwirtschaft wichtigem Kapital erheblich erschwert. Notwendige Investitionen können oft nicht mehr getätigt werden.

Als Antwort auf diese Maßnahmen bildeten sich überall in den Dörfern und Lagern lokale Komitees. Schon vor fünf Jahren gründete sich das Palästinensische Landwirtschaftliche Hilfskomitee (PARC). Mehr als 100 Landwirtschaftsingenieure haben es sich hier zur Aufgabe gemacht, freiwillig die palästinensische Landwirtschaft durch unterschiedliche Maßnahmen zu unterstützen. Das Komitee gibt technische Hilfe für kleine Bauern. Es erklärt ihnen wirksamere Anbaumethoden und hilft, die Produktionskosten zu senken und die

Erträge zu maximieren.

Mit Beginn der Intifada erlangte dieses Komitee eine erhöhte Bedeutung. Es koordiniert nun die lokalen Dorfkomitees. Öffentliche Vorlesungen, in denen neue Techniken erörtert werden, sind nur ein Teil der neuen Aktivitäten. Daneben werden Saatgut und landwirtschaftliche Geräte zum Selbstkostenpreis vermittelt.

Doch das wichtigste ist die Förderung der lokalen Komitees, die sich überall in Städten, Lagern und Dörfern neu gegründet haben. Sie halten die Versorgung innerhalb der Gemeinschaft aufrecht. Bauern haben sich organisiert, um ihre Produkte direkt in die Städte und Lager zu verkaufen.

Freiwillige Arbeitskomitees sprießen wie Pilze aus dem Boden. Oft bestehen diese Arbeitskomitees aus den Nachbarn einer Straße. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, möglichst viel Land neu zu kultivieren. Selbst mitten in den Städten und Lagern werden kleine, seit Jahren leerstehende Parzellen umgegraben und bepflanzt.

Familien stellen ihren Baugrund zur Verfügung. Jeder verfügbare Platz soll genutzt werden. Das Motto lautet: Möglichst viel lokale Produktion für den lokalen Markt, um so eine relative Unabhängigkeit von israelischen Importen zu erlangen. Und die machen immerhin 90% aller in den besetzten Gebieten importierten Waren aus.

Die PARC-Komitees vermitteln zwischen den Landkomitees, die ihre Produkte verkaufen wollen und den Komitees, die sich für die Verteilung in den Lagern und Städten verantwortlich erklärt haben.

Für diesen Bereich der Vermarktung wurde 1987 zusätzlich die Vereinigte

Landwirtschaftsgesellschaft (UAC) gegründet. Das ist ein gemeinnütziges Unternehmen, das keine Profite erwirtschaftet und nur die anfallenden Kosten in Rechnung stellt. Es konzentriert sich auf den lokalen Markt.

Momentan werden noch geringe Mengen, ein paar hundert Tonnen landwirtschaftlicher Produkte, auf diesem Weg auf den lokalen Markt gebracht. Doch der Erfolg überzeugte alle Beteiligten, diesen Bereich weiter auszubauen.

Noch gibt es große Probleme. Die Bauern können oft zu Beginn der Saison ihr Saatgut und ihre Geräte nicht finanzieren. Sie sind gezwungen, Kredite bei sog. Kommissionsagenten aufzunehmen und ihre Produkte über diese zu vermarkten, anstatt sie der UAC zu überlassen. Aus diesem Grund sollen zur nächsten Saison auch Kredite zur Verfügung gestellt werden.

Zur Zeit laufen Verhandlungen mit der EG, die auch eine Vermarktung und einen direkten Export der Produkte ohne israelische Firmen ermöglichen sollen. Die Gewinne sollen hier, anstelle der Mittelsfirmen, direkt den Bauern zukommen.

Mit diesen tiefgreifenden Umstrukturierungen der Landwirtschaft bekommt auch die Intifada eine neue Qualität, die sie braucht, um den längeren Atem zu behalten. Die neuen Komitees und Initiativen zielen darauf ab, die landwirtschaftliche Produktion und die Vermarktung der Produkte wieder in eigene, in palästinensische Hände zu nehmen.

Der landwirtschaftliche Sektor nimmt hiermit direkt an der Intifada teil. Damit ist eine Entwicklung eingeleitet, die selbst eine neue israelische Regierung nicht ohne weiteres rückgängig machen kann.

Spendenaktion für ein palästinensisches Kühlhaus in Gaza

Die Soziale Hilfsorganisation Najdeh e.V. führt in Zusammenarbeit mit den „Palestinian Women's Work Committees“ im Gaza-Streifen ein Kühlhausprojekt durch.

Eines der Hauptprobleme der palästinensischen Bauern im Gaza-Streifen sind die mangelnden Lagerkapazitäten für ihre Produkte. Daher sind sie oft gezwungen, ihre Waren zu Dumpingpreisen an Israel zu verkaufen. Hier setzt das neue Projekt in Abasan an. Mit Hilfe eines Kühlhauses für Obst und Gemüse sollen in erster Linie die Bewohner dieser Region mit landwirtschaftlichen Produkten das ganze Jahr über versorgt werden. Daneben wird die Infrastruktur zum Vertrieb der Waren durch dieses Projekt erheblich verbessert. Die Nahrungsmittel können zu günstigen Preisen angeboten werden, da das Projekt nicht gewinnorientiert ist. Mit diesem Projekt soll die lokale Vermarktung gefördert werden.

Die Zielgruppe dieses Projekts sind 12-15

Frauen aus der Region Abasan. Sie sollen in diesem Kühlhaus Arbeit finden. Das Projekt soll diese Frauen aus einkommensschwachen Schichten in den Arbeitsprozeß integrieren. Die Arbeitslosigkeit ist in dieser Region ein großes Problem. Besonders betroffen hiervon sind die Frauen, die aufgrund ihrer familiären Verpflichtungen nur einer Teilzeitarbeit nachgehen können.

Das Projekt hilft also, die Versorgung der Region unabhängig von Israel zu verbessern. Gleichzeitig verbessert es die soziale Lage der dort beschäftigten Frauen und ihrer Familien. Die „Women's Works Committees“ haben bereits andere Projekte dieser Art erfolgreich durchgeführt. Die Verwaltung des Projekts soll von den dort arbeitenden Frauen in eigener Regie übernommen werden.

Spenden an: SHO Najdeh e.V., Berliner Platz 1, 5300 Bonn 1, Post giro Köln, Kto.Nr.: 999 07-501, Stichwort: Kühlhausprojekt





Interview mit Jumanah Odeh

Die medizinischen Hilfskomitees sind lebenswichtig

Israels Politik der „eisernen Faust“ gegen den palästinensischen Volkswiderstand in der Westbank und Gaza hat seit Beginn der Intifada die Hilfsbedürftigkeit der Bevölkerung dramatisch erhöht. Die Anforderungen an medizinische Hilfskräfte sind damit kolossal gestiegen, wie die palästinensische Ärztin Jumanah Odeh über die Vereinigung Palästinensischer Medizinischer Hilfskomitees (UPMRC, gegründet 1979) zu berichten weiß. Das Gespräch für die DRITTE WELT führte Wolfram Bröner.

FRAGE: Kürzlich inhaftierten die Besatzungsbehörden in der Westbank fünf UPMRC-MitarbeiterInnen, drei Ärzte, einen Apotheker und eine Krankenschwester. Ist ein solches Vorgehen neu für Sie? Was wird den Verhafteten zur Last gelegt?

J. ODEH: Es war nicht das erste Mal, daß uns die israelischen Behörden unter Druck setzten. Dies geschah bereits im Juni 1986, als unser Team in Gaza, im Lager Jabalia, angehalten und acht unserer ÄrztInnen ins Gefängnis gebracht wurden.

Die Anklage lautete, daß sie in Gaza gesetzeswidrig ihre Arbeit getan hätten. Sie wollten sie aufgrund eines osmanischen Gesetzes von 1913 anklagen. Und dieses Gesetz besagt, daß nicht mehr als eine Person die gleiche Arbeit zur gleichen Zeit am gleichen Ort tun kann.

Aber sie wurden nach 24 Stunden gegen Kaution freigelassen.

FRAGE: Gibt es Ihres Erachtens einen Zusammenhang zwischen jenen Repressalien und Israels Verbotserlaß gegen die Volkskomitees in den besetzten Gebieten?

J. ODEH: Heutzutage, glaube ich, werden unsere ÄrztInnen nicht deshalb ins Gefängnis gesteckt, weil sie Mitglieder von UPMRC sind. Ich denke, die Be-

hörden glauben oder haben gehört, daß sie Mitglieder der Volkskomitees oder der Nachbarschaftskomitees sind. Und Sie haben natürlich gehört von der Ankündigung von Verteidigungsminister Rabin, daß jede Person, die dort Mitglied ist, verhaftet und inhaftiert wird.

Die Wahrheit ist, daß jeder ein Mitglied ist; jeder in den besetzten Gebieten, in der Westbank, in Gaza und Jerusalem, macht die gleiche Arbeit. Daher ist das, was hier vorgeht, in den Augen der Besatzungsmacht sehr gefährlich.

FRAGE: Zeigt diese Verbindung zwischen den Volkskomitees und den Hilfsorganisationen nicht auch, daß der Charakter dieser Organisationen sich mit der Volkserhebung geändert hat?

J. ODEH: Gewiß. Vor der Erhebung vom Dezember 1987 bestand unsere Arbeit hauptsächlich im Unterhalten von mobilen Kliniken an unseren Feiertagen, freitags und sonntags, und von ständigen Zentren. Heute haben wir 17 ständige Zentren über die gesamte Westbank und Gaza hinweg verteilt, hauptsächlich in den Dörfern und abgelegenen Gebieten, wo es keinerlei Gesundheitsvorsorge gab,

bevor wir unsere Kliniken einrichteten. Natürlich haben wir unsere Arbeit in mobilen und ständigen Zentren weitergeführt und uns hauptsächlich der elementaren Gesundheitsvorsorge auf Gemeindeebene zugewandt.

Aber jetzt werden die Anstrengungen ungleich größer und die Risiken höher. Unsere Kliniken sind sechs Tage in der Woche geöffnet, und Ärzte werden sechs Tage in der Woche da sein, und Gemeinde-Gesundheitsmitarbeiter oder eine Krankenschwester wird sieben Tage in der Woche da sein. Manchmal müssen sie sieben Tage in der Woche arbeiten.

Manchmal müssen sie Arbeiten leisten, die sie nie zuvor getan haben. Zum Beispiel: Vernähen von Verwundeten oder Behandeln von Leuten, die Tränengas eingeatmet haben, oder die Erstversorgung von Verwundeten. Es ist für sie das erste Mal, daß sie so etwas machen, aber sie machen es ausgezeichnet.

Die andere Aufgabe, an der unsere mobilen Kliniken arbeiten, ist weniger gewöhnlich. Viele Male konnten wir unseren Bestimmungsort, Dörfer oder Lager, nicht erreichen, während sie unter Ausgangs-

sperre standen oder unter Belagerungszustand.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, daß unsere Ausgaben immer mehr werden, da die Zahl der zu Untersuchenden und zu Behandelnden im vergangenen Jahr steil anstieg. Hatten wir 1967 47.000 Leute in der gesamten Westbank und Gaza innerhalb eines Jahres untersucht und behandelt, so waren es allein in den ersten drei Monaten des Aufstands 23.000 Leute.

Es gibt noch einen anderen Punkt, den wir bemerkt haben: Wir haben nicht genug Blutbanken in der Westbank, während es in Gaza eine gute Blutbank gibt. Deshalb haben wir uns entschlossen, mit unserem Volk wandernde Blutbanken zu schaffen, die bei Bedarf abrufbar sind. Davor hatten wir mit einem sehr wichtigen Schritt zu beginnen, nämlich die Leute zu untersuchen, um die Blutgruppe jeder Person herauszufinden. Wir haben das in Zusammenarbeit mit den Volkskomitees im gesamten Gebiet angefangen und hatten Erfolg.

Jede Person wird eine Karte haben mit ihrer Blutgruppe, und mit der Adresse und dem Datum, wann wir die Blutprobe gemacht haben. Und wir werden eine Liste haben mit Namen, Adressen und Telefonnummern und wie der Kontakt so schnell wie möglich hergestellt werden kann.

Wir benutzen dieses Blut bei vielen Gelegenheiten. Und unsere Menschen sind wie nie zuvor bereit zu spenden, mitzuhelfen.

FRAGE: Was ist mit den „Spezialwaffen“, welche die israelischen Besatzungstruppen in den letzten Monaten angewandt haben, z.B. mit dem CS-Gas-Einsatz? Waren Sie in der Lage, damit irgendwie zurechtzukommen?

J. ODEH: In der Tat ist das Tränengas ein großes Problem, da wir keinerlei Erfahrung damit hatten. So mußte also jeder darüber in den Büchern nachlesen.

Die Vorbeugung ist sehr schwierig, und wir haben dabei von den Menschen in den Lagern gelernt. Sie bringen einander bei, wie das Einatmen von Tränengas verhindert werden kann. Und das einzige, was wir tun konnten, waren Ausbildungshilfen.

Es ist eine große Hilfe, daß wir bis jetzt mehr als 730 Vorlesungen in der gesamten Westbank und in Gaza organisiert haben. Ärzte, Krankenschwestern und andere Mitarbeiter des Gesundheitswesens halten Kurse ab für die Menschen und lernen von ihnen und lehren, wie mit Tränengas umgegangen werden sollte.

FRAGE: Ist es tatsächlich vorgekommen, daß israelische Soldaten in Krankenhäuser eindringen, um Leute aufzuspüren, die bei CS-Gas-Einsätzen verletzt wurden oder Knochenbrüche erlitten,

um sie aufzugreifen?

J. ODEH: Ja, z.B. griffen sie Ende August 1988 drei junge Leute auf. Sie hatten Knochenbrüche und wurden in das Augusta-Victoria-Krankenhaus in Jerusalem eingeliefert. Drei Stunden nach der Einlieferung kamen die israelischen Soldaten und holten sie ab. Sie brachten sie in das Gefängnis der Militärverwaltung oder in Büros. Sie wurden unglücklicherweise dort festgehalten.

Es ist bei vielen, vielen Gelegenheiten passiert, in allen Krankenhäusern, daß sie sie mitgenommen haben.

FRAGE: Ist die Konsequenz in einer Menge solcher Fälle nicht die, daß die Leute ihre Knochenbrüche verheimlichen und sie es danach mit so manchen komplizierten Fällen zu tun haben?

J. ODEH: Ja, das ist passiert, nicht nur mit Knochenbrüchen und einigen entzündeten Wunden.

Um ein Beispiel zu nennen: Nahe von Ramallah passierten wir einmal zwei Dörfer, wo wir von ansässigen Leuten angehalten wurden. Wir wurden gebeten, einige Verletzungen zu behandeln, verletzte Jugendliche, die sich in den Bergen versteckt hielten und Angst hatten, zum Krankenhaus zu gehen, weil sie dort hätten verhaftet werden können. Sie hatten Angst, also mußten wir in ihre Häuser gehen und sie dort behandeln. Wegen der Vielzahl von Repressionsopfern konzentrieren wir uns heute umso mehr auf Gesundheitserziehung. Wir haben einige Kurzlehrgänge organisiert für GesundheitshelferInnen auf Gemeindeebene. Wir haben das an vielen Orten organisiert und können zusammenfassende Lehrgänge anbieten, wie provisorische Sofortmaßnahmen auszuüben haben und wie erste Hilfe erteilt wird.

FRAGE: Bekamen Sie keine Starthilfe oder Unterstützung von Jordanien oder von anderer — arabischer — Seite?

J. ODEH: Nein, nie. Leute, die von uns behandelt werden, müssen einen kleinen Geldbetrag bezahlen, sehr, sehr wenig, nur einen symbolischen Betrag. Dies, damit sie fühlen, daß wir nicht die Wohlfahrt sind.

Sie bezahlen es gerne, es ist sehr wenig, ein halber Dollar pro Besuch. Bei Medikamenten bezahlen sie nur die Kosten, ein Kostenpreis des Medikaments.

Natürlich zahlen sehr arme Leute gar nichts. Und wie können wir wissen, daß sie zu arm sind, um etwas zahlen zu können? Unsere Gemeinde-GesundheitshelferInnen stammen selbst aus dem Lager, aus dem Dorf. Sie wurden von der Gemeinde gewählt, bekamen einen 9-Monats-Kurs von uns, gehen in die Gemeinde zurück und beginnen wieder, dort zu arbeiten. „Und sie kennen die Leute besser als wir.“

Natürlich muß jede medizinische Arbeit subventioniert werden, sonst geht nichts. Unsere Zuwendungen kommen aus zwei Quellen: Die erste Quelle ist die örtliche Bevölkerung, ihre Spenden. Die zweite Quelle sind einige humanitäre und Entwicklungsorganisationen aus ganz Europa und den USA.

FRAGE: In welcher Größenordnung bewegte sich ihre Vereinigung 1979 und wie sieht es heute aus?

J. ODEH: Als wir anfangen, waren wir nur vier ÄrztInnen. Heutzutage kann ich mit Freude sagen, sind es etwa 800 Leute, Mitglieder der Vereinigung Palästinensischer Medizinischer Hilfskomitees (UPMRC), darunter 370 ÄrztInnen, die Mitglied sind.

Das bedeutet ein solides Drittel der Ärztereinigung des ganzen Landes oder des Bevölkerungsanteils der ÄrztInnen im ganzen Land.

Spendenaktion für die medizinischen Hilfskomitees



Eine Spendenaktion, die den zahlreichen Opfern der israelischen Unterdrückung in der Westbank und Gaza direkt zukommen soll, führt das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) durch. Die Gelder werden für die Arbeit der Vereinigung Palästinensischer Medizinischer Hilfskomitees (UPMRC), die längst zur größten und effektivsten derartigen Selbsthilfeorganisation geworden ist, weitergeleitet.

Mit der ASK-Spendenaktion sollen vor allem zwei Aufgaben der UPMRC unterstützt werden. Einmal ist dies ihr Rehabilitationsprogramm, mit dem sie versucht, Verknüpfungen der Jugendlichen zu verhindern, denen Arme und/oder Beine gebrochen wurden. Zum anderen betrifft dies ihre landesweite Kampagne „Blutspenden ist nationale Pflicht“, mit der sie einen großen Beitrag zur Rettung der von der Besatzungsarmee schwer verletzten PalästinenserInnen leistet. Jeder Blutgruppen-test kostet sie ca. 2 DM, jeder ausgegebene Erste-Hilfe-Satz ca. 25 DM.

Für diese und andere notwendige Ausgaben erbittet das ASK Spenden auf das Sonderkonto Prof. Erich Wulff, Konto-Nr. 527 055-602 beim Postgiroamt Frankfurt/M. (BLZ 500 100 60), Kennwort „Palästina“. Kontakte: ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069-709060

Mit Tränengaspatronen beschossene Palästinenserinnen





US-Marines in Beirut: Ihr Einsatz von 1982-84, im Anschluß an die israelische Invasion, zahlte sich nicht aus

Ingrid El-Masry

Die US-Nahostpolitik und die Haltung der EG

War es politische Ratlosigkeit, welche US-Außenminister Shultz am 26. November 1988 dazu verleitete, dem PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat das Einreisevisum zur Teilnahme an der UN-Vollversammlung zu verweigern? Oder handelte es sich um den Versuch der scheidenden Reagan-Administration, noch vor der Amtsübernahme des neuen Präsidenten George Bush dessen künftige Palästinapolitik in alten Gleisen festzuklopfen?

Freilich, eines zeigte sich rasch: Shultz steht mit seiner Entscheidung, die auch im Lande selbst wenig Beifall fand, in der Weltöffentlichkeit ziemlich isoliert da. Lediglich Israel, der engste Verbündete der USA im Nahen Osten, spendete Beifall. Von Seiten der arabischen Staaten, der Sowjetunion, Chinas und der EG erfolgten massive Proteste.

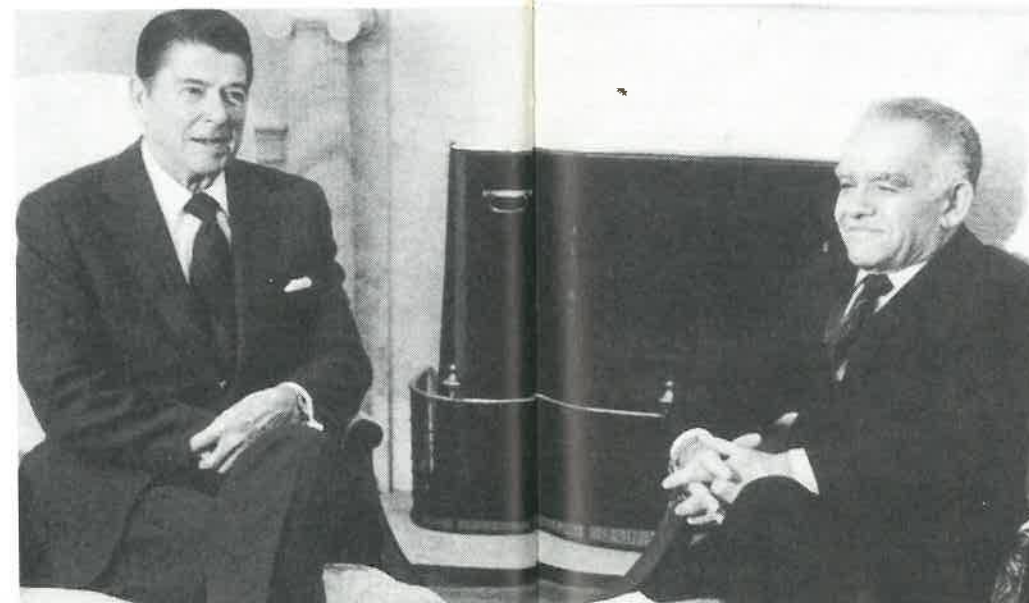
Ganz nebenbei wirft die Arroganz, mit der die Weltmacht USA sich hinwegsetzt über internationale Verträge wie das „Headquarters Agreement“ von 1947, in dem sie sich verpflichtete, die Teilnahme von Delegierten und UN-Funktionären an Sitzungen nicht zu behindern, die Frage auf, ob es nicht wirklich ratsam erscheint, den Sitz der UNO in ein anderes Land zu verlegen.¹

Der „Kniefall der USA vor Israel“ hat letztendlich nichts gebracht außer internationaler Isolierung und einer Verlegung der UN-Debatte von New York nach Genf. Das Rad der Geschichte in Palästina zurückzudrehen, vermag auch eine solche Vorgehensweise nicht. Sie setzt allenfalls dem Scheitern der Reagan'schen Palästinapolitik die Krone auf und steht beispielhaft für das US-Engagement der 80er Jahre im Nahen Osten. Da wurde die PLO als eine „Mörder- und Terroristenclique“ gehandelt, das palästinensische Selbstbestimmungsrecht unter Einschluß des Rechts auf einen unabhängigen Staat verneint. Von einem Engagement für eine umfassende und gerechte Lösung der Palästinafrage konnte keine Rede sein. Die USA betrieben, ebenso wie Israel, lediglich eine Hinhal-

tetaktik mit dem Ziel der Aufrechterhaltung des Status quo, zu dem die Sackgasse der Camp-David-Verträge zwischen Israel, Ägypten und den USA 1978/79 geführt hatten.

Diese Positionen stellten einen bedeutenden Rückschritt dar sowohl gegenüber der Behandlung der Palästinafrage

Strategische Verbündete Reagan und Schamir (r.) 1988 im Weißen Haus



in den Vereinten Nationen während der 70er Jahre als auch gegenüber der Haltung, welche bereits die Carter-Administration in den USA (1977-81) einnahm bzw. einzunehmen bereit war.

Auf der Ebene der Vereinten Nationen erzielte die PLO ihren diplomatischen Durchbruch bereits auf den UN-Vollversammlungen im Herbst 1974 und 1975.² Hiermit wurde die PLO als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt, und erhielt sie als erste Befreiungsbewegung einen Beobachterstatus mit ständigem Rederecht. Anerkannt wurde das Recht des palästinensischen Volkes auf freie Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit, die Legitimität des Widerstandskampfes mit allen Mitteln.

Diese neuen Realitäten anzuerkennen und sich ihnen zu stellen, konnte auch die im Januar 1977 angetretene Carter-Administration schon aus ureigenen US-amerikanischen Interessen nicht umhin. Andere Veränderungen kamen hinzu: Der nach dem Oktoberkrieg von 1973 unter Nixon/Kissinger eingeleitete Separatverhandlungsprozeß zwischen Israel und einzelnen arabischen Staaten, und zwar unter Ausschaltung der UNO sowie der Sowjetunion, steckte nach Anfangserfolgen (Gewaltverzichtserklärung Ägyptens gegenüber Israel im Sinai-Abkommen von 1975) in der Sackgasse. Gleichzeitig zeichnete sich bereits die Herausbildung einer arabischen Widerstandsfront gegen eine Kapitulationslösung seitens Ägyptens, Saudi-Arabiens im Nahostkonflikt ab.³

Diese widersprüchliche Situation kollidierte mit dem nach 1973, unter dem Eindruck des Einsatzes der Erdölwanne durch die arabischen Ölstaaten, erfolgten Übergang der USA wie der Europäischen Gemeinschaft (EG) von einer eindimensionalen, allein auf die Unterstützung Israels zugeschnittenen zu einer zweidimensionalen, auf Ausgleich mit den arabischen Staaten abzielenden Nah-

ostpolitik.

Das besondere strategisch Bündnis zwischen den USA und Israel blieb davon jedoch unberührt. Israel war auch weiterhin die Rolle des Wachhundes und wichtigsten Verteidigers der US-Interessen im Nahen Osten zugeordnet.

Dies blieb so, selbst als sich Mitte der 70er Jahre die Kritik der US-Öffentlichkeit sowie der „Brookings-Institution“ (wichtigste „Denkfabrik“ der Demokratischen Partei Carters) an der starren Haltung Israels als einem Hindernis für die Realisierung US-amerikanischer Wirtschafts- und Erdölinteressen in der Region mehrte. Und als im Mai 1977 das besonders inflexible, auf der Vision eines „Großisrael“ beharrnde Begin-Regime an die Macht kam, beeilte sich die Carter-Administration, die „feste politische und militärische Unterstützung der USA gegenüber Israel“ nachdrücklich zu betonen.⁴

Nur aufgrund dieser massiven Militär- und Wirtschaftshilfe ist Israel überlebensfähig, aber potentiell auch sehr verwundbar durch Sanktionen. Hierzu vermochte die Carter-Administration sich, um das strategische Bündnis mit Israel nicht zu gefährden, nicht durchzuringen. Ihre Nahostpolitik blieb widersprüchlich und inkonsequent.

Zwar wurde die Palästinafrage als Kernproblem des Nahostkonflikts erkannt und ihr entsprechende Aufmerksamkeit und diplomatische Aktivität gewidmet. Auch wurde den arabischen Völkern frühzeitig eine umfassende und gerechte Lösung des Palästinaproblems versprochen. Und solches schien sich mit der „Gemeinsamen Erklärung der UdSSR und der USA zur Lage im Nahen Osten“ vom 1. Oktober 1977 zu bestätigen. Denn diese Erklärung enthielt die bisher weitreichendsten Konzessionen Washingtons in der Palästinafrage (Wortlaut siehe Kasten).

Die Inkonsequenz von Carters Palästina-politik offenbarte sich jedoch bereits am 5. Oktober 1977, als Washington in einem israelisch-amerikanischen Arbeitspapier wesentliche Inhalte der sowjetisch-amerikanischen Erklärung als Grundlage für eine Wiederaufnahme der Genfer Konferenz zurückzog und erneut auf die unzureichenden Resolutionen 242 und 338 (1973) abstellte.⁵

Dieser Rückzug war wesentlich auf den massiven israelischen Protest gegen eine Wiedereinbeziehung der PLO und der Sowjetunion in eine damit garantierte umfassende Friedenslösung sowie auf den innenpolitischen Widerstand der zionistischen Lobby und der Entspannungsgegner in den USA selbst zurückzuführen.

Gerade das Klima der Entspannung zwischen den Weltmächten war es gewesen,

welches Carter zu relativ weitreichenden Zugeständnissen bei der Regelung regionaler Konflikte und internationaler Rüstungskontrollverhandlungen geführt hatte. Hier ist auch der Interpretationsrahmen für die sowjetisch-amerikanische Erklärung vom 1. Oktober 1977 zu suchen.

Carters letztendlicher Rückzieher in der Palästinafrage drückt hingegen das komplizierte israelisch-amerikanische Verhältnis von Übereinstimmung in Grundsatzfragen und teilweisen Interessenunterschieden hinsichtlich der regionalen und globalen Ziele beider Staaten in der Region aus.⁶

Angesichts jener grundsätzlichen Bereitschaft Washingtons zu einer umfassenden Regelung des Palästina-Konflikts hätte eine geschlossene arabische Orientierung auf die sowjetisch-amerikanische Erklärung sowie ein entsprechender arabischer Druck auf Washington u.U. zu der geplanten Wiedereinberufung der Genfer Konferenz führen können. Doch war seinerzeit die damit verbundene Anerkennung Israels zum damaligen Zeitpunkt offensichtlich weder in der PLO noch in der arabischen Welt mehrheitsfähig.

Endgültig wurden die Hoffnungen auf eine umfassende Friedenslösung schließlich durch das Ausscheiden des militärisch potentesten arabischen Landes,

Der Reagan-Plan war eine verkappte Neuauflage von Camp David und fiel hinter die Neuansätze des frühen Carter zurück

Ägyptens, aus der arabischen Front zu nichte gemacht. Präsident Sadats Israelreise im November 1977 bot neue Ansatzpunkte für die israelisch-amerikanische Separatfriedensstrategie, die mit der Unterzeichnung der Camp-David-Verträge im September 1978 schließlich von „Erfolg“ gekrönt war.

Dies geschah freilich auf Kosten der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und Syriens, deren besetzte Gebiete in Händen Israels blieben, während Sadat die Rückgabe des Sinai zugestanden wurde (siehe Kasten). Führten die Camp-David-Verträge einerseits zu einer oberflächlichen „Entschärfung“ des Nahostkonflikts und einer Aufspaltung der arabischen Welt, so waren sie andererseits Grundlage für eine neue Qualität US-amerikanisch-israelischer Hegemonie in der Region.

Ihre Hegemoniebestrebungen sowie die „Absicherung“ ihrer Wirtschafts- und Erdölinteressen in der Region hatte die Carter-Administration bei aller Entspan-

US-Lösungsvarianten zum Nahostkonflikt

Gemeinsame Erklärung der UdSSR und der USA zur Lage im Nahen Osten vom 1. Oktober 1977

Beide Seiten sind davon überzeugt, daß die Lebensinteressen der Völker dieses Gebietes, wie auch die Interessen der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit insgesamt, nachdrücklich die Notwendigkeit diktieren, schnellstens eine gerechte und dauerhafte Regelung des arabisch-israelischen Konflikts zu erreichen. Diese Regelung muß umfassend sein, muß alle interessierten Seiten und alle Fragen einschließen, ... darunter auch derartige Schlüsselfragen wie der Abzug der israelischen Truppen von den während des Konflikts von 1967 okkupierten Territorien, die Palästinafrage einschließlich der Garantieung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, die Beendigung des Kriegszustandes und die Herstellung normaler friedlicher Beziehungen auf der Basis der gegenseitigen Anerkennung der Prinzipien der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit... Die sowjetische und die amerikanische Seite sind der Meinung, daß Verhandlungen im Rahmen der speziell für diese Ziele einberufenen Genfer Friedenskonferenz unter Beteiligung der Vertreter aller vom Konflikt betroffenen Parteien, darunter des Palästinensischen Volkes, und eine vertragsrechtliche Verankerung der auf der Konferenz erzielten Beschlüsse der einzig richtige und effektive Weg zur Gewährleistung einer grundlegenden Lösung aller Aspekte des Nahostproblems im Zusammenhang sind.

Abkommen von Camp David vom 17. September 1978

Ägypten, Israel, Jordanien und die Vertreter des palästinensischen Volkes sollten an Verhandlungen zur Regelung des palästinensischen Problems in allen seinen Aspekten teilnehmen... Ägypten und Israel stimmen darin überein, daß ... Übergangsregelungen für das Westjordanland und Gaza für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren getroffen werden sollten. Um den Bewohnern die volle Autonomie zu gewähren, werden die israelische Militärregierung und ihre Zivilverwaltung abgezogen, sobald von den Bewohnern dieser Gebiete eine Selbstverwaltungskörperschaft frei gewählt worden ist... Um die Einzelheiten einer Übergangsregierung auszuhandeln, wird die Regierung von Jordanien eingeladen werden, an den Verhandlungen auf der Basis dieses Rahmens teilzunehmen. Diese neuen Regelungen sollen dem Prinzip der Selbstverwaltung durch die Bewohner dieser Gebiete und den legitimen Sicherheitserfordernissen der beteiligten Parteien gebührend Rechnung tragen.

Ägypten, Israel und Jordanien werden die Modalitäten für die Errichtung der gewählten Selbstverwaltungskörperschaft im Westjordanland und Gaza vereinbaren. Die Delegationen Ägyptens und Jordaniens können Palästinenser aus dem Westjordanland und Gaza und, im gegenseitigen Einvernehmen, auch andere Palästinenser einschließen. Die Parteien werden eine Vereinbarung aushandeln, in der die von der Selbstverwaltungskörperschaft im Westjordanland und Gaza wahrzunehmenden Befugnisse und Pflichten festgelegt werden.

nungsfreundlichkeit keineswegs aufgeben. Davon zeugt nicht zuletzt die bereits im August/September 1977 von Carter erteilte Präsidenten-Direktive Nr. 18, mit der die Aufstellung einer Schnel-



Vertragsunterzeichnung von Camp David 1978 (v. l. n. r.): Israels Premier Begin, US-Präsident Carter, Ägyptens Präsident Sadat und US-Außenminister Vance

...nicht später als im dritten Jahr nach Beginn der Übergangszeit werden Verhandlungen stattfinden, um den endgültigen Status des Westjordanlandes und Gazas und deren Verhältnis zu ihren Nachbarn festzulegen und zum Ende der Übergangszeit einen Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien abzuschließen. Diese Verhandlungen werden von Ägypten, Israel, Jordanien und gewählten Vertretern der Bewohner des Westjordanlandes und Gazas geführt. Auf diese Weise werden die Palästinenser an der Bestimmung ihrer Zukunft beteiligt durch: ...die Unterwerfung dieser Übereinkunft unter das Votum der gewählten Vertreter der Bewohner Westjordanlandes und Gazas...

Reagan-Plan vom 1. September 1982

Der Krieg im Libanon hat uns ... eine neue Chance für den Frieden im Nahen Osten gebracht. Wir müssen diese Chance jetzt ergreifen und dieser geplagten Region, die so entscheidend wichtig ist für die Stabilität in der Welt, Frieden bringen, solange noch Zeit ist... Die Camp-David-Vereinbarungen bleiben die Grundlage unserer Politik. Ihr Text bietet allen Parteien die Bewegungsfreiheit, die sie für erfolgreiche Verhandlungen brauchen... ...ist mir klar, daß es einen Frieden nicht durch die Bildung eines unabhängigen palästinensischen Staates geben kann... Es ist ... die feste Überzeugung der Vereinigten Staaten, daß Selbstverwaltung der Palästinenser im Westjordanland und im Gaza-Streifen in Assoziation mit Jordanien die beste Möglichkeit für einen dauerhaften, gerechten und beständigen Frieden bildet.

(Quelle: Der Nahostkonflikt – Gefahr für den Weltfrieden. Dokumente, Berlin (DDR) 1987, S. 150, 160-164 und 233-236)

len Eingreiftruppe (RDF) angeordnet wurde.⁷

Mit der Entscheidung für den Aufbau der RDF, deren Aufgabe darin bestehen sollte, rasch in regionale Konflikte eingreifen zu können, ohne dafür NATO-Truppen aus anderen Regionen abziehen zu müssen, deutete sich bereits eine Neuorientierung der US-Außenpolitik in Richtung auf einen neuen, globalen Interventionismus an, der erst mit der Amtsübernahme Reagans 1981 seine volle Ausprägung erfuhr.

Diese Neuorientierung bedeutete hinsichtlich der arabisch-iranischen Region auch eine Verlagerung des US-Engagements vom Nahen auf den Mittleren Osten. Die Region des Mittleren Ostens, von der Türkei im Norden, d.h. der Südflanke der NATO, über die Golfregion bis nach Pakistan im Osten, erhielt aufgrund ihres Erdölreichtums bzw. ihrer strategischen Lage (Nähe zur Sowjetunion) mit dem Übergang Washingtons zu einer globalen Konfrontationsstrategie eine zentrale Bedeutung in der US-Außenpolitik.⁸

Das US-Engagement in der Golfregion umfaßte dabei spätestens seit Oktober 1987 auch eine aktive Verwicklung in das irakisch-iranische Kriegsgeschehen, die zu einer zusätzlichen Eskalation des 1980 ausgebrochenen Golfkrieges führte. Daß auch die engsten Verbündeten Washingtons in Westeuropa und Japan längst in diese mittelöstliche Inter-

ventionsstrategie einbezogen sind, davon zeugte während der Golfkrise 1987/88 die umfangreiche Präsenz westeuropäischer Marineverbände in der Ölregion.⁹

Wenn die BRD eine direkte Truppenentsendung in „Krisengebiete“ außerhalb des NATO-Gebietes bisher offiziell zurückgewiesen hat, so ist dies mehr auf ihre Option der Rollenverteilung innerhalb der NATO, denn auf eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen Reagans globalstrategische Zielsetzungen zurückzuführen. Mit dem WHNS-Abkommen vom 15.4.1982 verpflichtete sich Bonn zur logistischen Unterstützung der US-Truppen in „Kriegs- und Krisenfällen“. Zur Anwendung gelangte das WHNS-Abkommen bereits während der US-Intervention im Libanon 1983/84.¹⁰

Gerade der Libanonkrieg – eingeleitet durch den mit den USA abgestimmten israelischen Einmarsch am 6. Juni 1982 – aber offenbarte, daß noch so umfangreiche, auf jegliche „Krisenfälle“ ausgegerichtete Militärstrategien wenig wiegen gegen einen erbitterten Volkswiderstand, wie ihn die libanesischen und palästinensischen Fortschrittskräfte im Libanon demonstrierten.



Palästinensische Protestaktion gegen die „Shultz-Mission“ anlässlich eines Besuchs des US-Außenministers in Israel im Frühjahr 1988

Zwar gelang es den USA und Israel, im Libanon Teilerfolge zu erzielen (Zerstörung der militärischen Präsenz der PLO, Eskalation des innerlibanesischen Bürgerkrieges mit dem Ergebnis einer faktischen Spaltung des Landes). Ihre Hauptziele, die Zerschlagung der PLO und die Verwandlung des Libanon in einen israelisch-amerikanischen Stützpunkt im Nahen Osten scheiterten jedoch.¹¹

Zum Scheitern verurteilt war auch der Versuch Washingtons, die aus dem Libanonkrieg erwachsene Schwächung der

PLO zu nutzen, um über den Reagan-Plan vom 1. September 1982 (vgl. Kasten) eine Neuauflage der Camp-David-Separatverhandlungen in Gang zu setzen. Hier wie in ihrer gesamten Nah- und Mittelostpolitik (bzw. Dritte-Welt-Politik) zeigte sich letztendlich, daß die Reagan-Administration über ihrer holzschnittartigen, nahezu irrational auf die Bekämpfung des Kommunismus ausgerichteten Außenpolitik nationale und patriotische Bewegungen in der Dritten Welt ebenso unterschätzte, wie sie die Eigendynamik religiöser, ethnischer und sozialökonomischer Konfliktursachen übersah bzw. fehldeutete.

Erst die Ausdauer des im Dezember 1987 einsetzenden palästinensischen Volksaufstandes in der Westbank und Gaza ließ bei der Reagan-Administration die Erkenntnis reifen, „daß der Status quo im Nahost-Friedensprozeß keine Option darstellt“.¹² Für die Option einer allenfalls begrenzten palästinensischen Autonomie in der Westbank und Gaza, unter Verzicht auf einen vollständigen Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten sowie auf eine Einbeziehung der PLO in einen Verhandlungsprozeß, wie sie auch die Shultz-Mission vom Februar/März 1988 beinhaltete (vgl. AIB, Nr. 4/1988) war die Zeit jedoch inzwischen abgelaufen.

Dies gilt ebenso für das Amman-Abkommen vom Februar 1985 zwischen Jordanien und Arafats Fatah, welches ähnlich den amerikanisch-israelischen Optionen auf die Errichtung eines unabhängigen Palästina Staates und einer Einbeziehung der PLO in Verhandlungen verzichtete, und zwar zugunsten einer jordanisch-palästinensischen Konföderation und einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Verhandlungsdelegation. Das Amman-Abkommen war Ausdruck der Bestrebungen Jordaniens, die Schwierigkeiten der PLO nach 1982 sowie die aufkommenden Spaltungen in deren Reihen zu nutzen, um die Westbank und Gaza dem eigenen Herrschaftsbereich einzuverleiben. Israel erhoffte sich andererseits von einer solchen Regelung, Teile der Westbank und Gazas endgültig annektieren zu können.¹³

Die Intifada jedoch führte zum „Aus“ für alle Formen von Autonomieregelungen, auf die sich seit Camp David die Palästinaoptionen Jordaniens, Ägyptens ebenso wie die Israels und der USA gestützt hatten. Folgerichtig befand sich die Reagan-Administration gegen Ende ihrer Amtszeit in einer so festgefahrenen Situation, daß sie sich als unfähig erwies, realistisch auf die aktuellen Entwicklungen, z.B. in Palästina, zu reagieren. Mehr Realismus legte da schon die EG an den Tag. In ihrer offiziellen Erklärung vom 21.11.1988 begrüßten die EG-Staaten ausdrücklich die Entscheidungen des

EG-Position zum Nahostkonflikt

Die Zwölf messen den Beschlüssen, die der PNR in Alger getroffen hat, eine besondere Bedeutung bei. Sie spiegeln den Willen des palästinensischen Volkes wider, seine nationale Identität zu behaupten und umfassen positive Schritte in Richtung auf eine friedliche Beilegung des israelisch-arabischen Konflikts.

Sie (die Zwölf) begrüßen in dieser Hinsicht die Anerkennung der Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 als Grundlage für eine internationale Konferenz durch den PNR, die die Anerkennung des Existenzrechts und des Rechts auf Sicherheit aller Staaten der Region – inklusive Israel – beinhalten.

Die Respektierung dieses Prinzips, das gleichberechtigt neben dem Prinzip der Gerechtigkeit für die Völker der Region steht, und ausgehend vom Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung mit allem, was dieses Recht beinhaltet, stellt für die Zwölf eine notwendige Bedingung für die Erlangung eines gerechten, dauerhaften und globalen Friedens im Nahen Osten dar, wie sie es immer wieder seit der Erklärung von Venedig bestätigt haben. Die Zwölf bringen außerdem ihre Befriedigung über die explizite Verurteilung des Terrorismus durch den PNR zum Ausdruck.

Die Zwölf appellieren an alle betroffenen Parteien, sich jeglicher Gewaltakte und jeder Aktion zu enthalten, die die gespannte Lage im Nahen Osten nach verschlechtern könnten, und diese Gelegenheit zu ergreifen, um einen positiven Beitrag zum Friedensprozeß im Nahen Osten im Hinblick auf eine gerechte, globale und dauerhafte Lösung des israelisch-arabischen Konflikts zu leisten. Diese Lösung kann nur über den Umweg einer internationalen Friedenskonferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen erreicht werden, die den geeigneten Rahmen für die notwendigen Verhandlungen zwischen den direkt interessierten Parteien darstellt.

Die Zwölf sind ernsthaft besorgt über die Verschlechterung der Situation in den besetzten Gebieten und über das Anwachsen eines Gefühls der Enttäuschung und der Hoffnungslosigkeit in der Bevölkerung dieser Gebiete, die sich – in Ermangelung von Aussichten auf eine Verhandlungslösung – immer weiter verschlechtern würde. Sie (die Zwölf) wiederholen ihr Versprechen, sich aktiv an jeder Initiative zu beteiligen, die eine Verhandlungslösung zum Ziel hat.

Brüssel, 21. November 1988

(Quelle: Palästina Bulletin, Bonn, 25.11.1988, S. 11)

19. Palästinensischen Nationalrats von Alger als neue Grundlage für die Einberufung einer internationalen Nahostfriedenskonferenz. Sie betonten außerdem das „Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, mit allem was dieses Recht beinhaltet“ als Bedingung für einen gerechten und umfassenden Frieden im Nahen Osten (vgl. Kasten). Bereits mit der Venedig-Erklärung vom 13. Juni 1980 hatte die EG u.a. das volle Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes anerkannt, eine Beteiligung der PLO an Friedensverhandlungen sowie den Rückzug Israels aus den 1967

besetzten Gebieten gefordert.¹⁴ Sie bewegte sich damit tendenziell im Gegensatz zur Camp-David-Separat-lösungsstrategie der USA. Eine Umsetzung der Venedig-Erklärung in eine eigenständige Nahostinitiative der EG kam jedoch nicht zustande, da die EG sich letztendlich dem Druck Washingtons beugte. Die Venedig-Beschlüsse, die bis heute offizielle EG-Position sind, behielten einen rein deklamatorischen Wert. Parallelen zur Gegenwart drängen sich auf. Die konstruktive Haltung der EG gegenüber den Ergebnissen des Nationalrats von Algier und der Einberufung einer internationalen Konferenz, ihr Protest gegen die US-Visumsverweigerung für Arafat stellen eine wichtige Stärkung der palästinensischen Verhandlungsposition dar. Sie bleibt jedoch politisch wirkungslos, wenn ihr keine konkreten Initiativen, die auch von der PLO gefordert werden, folgen.

Der EG-Gipfel auf Rhodos vom 2.-4. Dezember 1988 mußte in dieser Hinsicht enttäuschen, ging er doch über die Erklärung vom 21. November nicht hinaus.¹⁵ Es ist zudem insofern unverständlich, als es nicht zu einer offiziellen Anerkennung des palästinensischen Staates und der PLO kam, obwohl bereits die Venedig-Beschlüsse solches indirekt enthielten. Formaljuristische Einwände gegen die Anerkennung¹⁶ oder der Verweis auf eine „Machtlosigkeit“ der EG gegenüber den USA und Israel müssen als vorgeschoben bezeichnet werden.

Schon aufgrund ihrer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Israel verfügt die EG, und insbesondere die BRD, durchaus über das Potential, wirtschaftlichen und diplomatischen Druck auf die israelische Regierung auszuüben (vgl. Beitrag von K. Lewan), um sie von ihrer starren Gegnerschaft gegen eine internationale Nahostfriedenskonferenz abzubringen.

Dies demonstrierten nicht zuletzt die jüngsten Auseinandersetzungen um die Ratifizierung dreier Zusatzprotokolle zum Handelsvertrag zwischen der EG und Israel von 1975. Infolge konkreten europäischen Drucks auf Israel ist nunmehr ein Direktexport palästinensischer Agrarprodukte aus der Westbank und Gaza nach Europa möglich.¹⁷

Darüberhinausgehende jüngste Andeutungen führender Bonner Politiker (u.a. Helmut Schäfer, FDP) hinsichtlich möglicher Sanktionen gegen Israel sind zunächst nur propagandistischer Natur. Sie weisen jedoch darauf hin, daß auch die BRD sich tendenziell auf ihre Möglichkeiten zu einer aktiven Herbeiführung eines umfassenden und gerechten Nahostfriedens besinnt.

Der größere Realismus, welcher in den Positionen der EG — wenn auch zu-

nächst nur mehr oder weniger deklamatorisch — zum Ausdruck kommt, ist u.a. auf eine größere Betroffenheit Europas von einer Konflikteskalation im Nahen Osten im Vergleich zu den USA zurückzuführen. Eine realistischere Haltung gegenüber dem Palästinakonflikt wäre jedoch auch den USA anzuraten, wollen sie nicht Gefahr laufen, sich international vollständig zu isolieren.

Die Tatsache, daß der ab Januar d.J. amtierende US-Präsident Bush sich bisher jeglicher Stellungnahme zu den aktuellen Entwicklungen in Palästina sowie der US-Visumverweigerung für Arafat enthielt, läßt auf eine flexiblere Linie der künftigen US-Nahostpolitik hoffen. Erforderlich ist sie allemal, ebenso wie ein aktives und konsequentes politisches Engagement der EG, soll nicht eine historische Chance für eine politische Lösung des Nahostkonflikts vertan werden.


Anmerkungen:

- 1) Zu den Auseinandersetzungen um die Visumsverweigerung vgl. Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 29.11.1988; International Herald Tribune (IHT), Paris, 1.12.1988; Time, London, 5.12.1988
- 2) Die umfassende Definition der nationalen palästinensischen Rechte findet sich in den Resolutionen 3236 und 3375 der UN-Vollversammlung; siehe deren Wortlaut in: Beitrag von W. Brönnner in diesem Heft (Kasten)

- 3) Die „Front der Standhaftigkeit und Widerstandes“ gründete sich offiziell am 2.12.1977 in Tripolis unter Beteiligung der PLO, Syriens, Libyens, Algeriens und der DVRJemen
- 4) Le Monde, Paris, 13.5.1977
- 5) Vgl. W. Hacke, Amerikanische Nahostpolitik, München/Wien 1985, S. 67ff.
- 6) Vgl. ausführlicher: A. Timm, Aktuelle Aspekte der strategischen Kooperation USA-Israel, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin (DDR), Nr. 2/1984, S. 285ff.
- 7) Vgl. AIB, Nr. 7-8/1983; J. Peterke, Die Funktion der Rapid Deployment Force, Starnberg 1985
- 8) Vgl. das Leitlinien-Dokument des Pentagon vom Mai 1982, dokumentiert in: AIB, Nr. 1/1983, S. 37
- 9) Vgl. ausführlicher: Middle East Report, Washington, Nr. 155, November-Dezember 1988, S. 18ff; AIB, Nr. 12/1987, S. 3ff.
- 10) Vgl. W. Schwarz, Imperialistische Aktivitäten zur Ausweitung des NATO-Aktionsraumes, in: IPW-Forschungsheft, Berlin, Nr. 1/1985
- 11) Vgl. AIB, Nr. 1/1984
- 12) Frontline, Oakland, 15.2.1988
- 13) Zur jordanischen Option vgl. AIB, Nr. 7/1985 sowie 7/1987
- 14) Wortlaut in: Nahostkonflikt. Gefahr für den Weltfrieden, Dokumente, Berlin (DDR) 1987, S. 189f.
- 15) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 5.12.1988
- 16) FAZ, 22.11.1988; Vorwärts, Bonn, Nr. 48/26.11.1988, S. 26f.
- 17) Vgl. Das Parlament, Bonn, Nr. 44/28.10.1988; Palästina-Bulletin, Bonn, 4.11.1988, S. 4f.

THE PALESTINIAN UPRISING

IS NOT OVER
NEITHER IS OUR COVERAGE



Subscribe now to Middle East Report for the very low price of \$15.95 and get one issue FREE. Ask about our special offer on back issues about the Palestine-Israel conflict, too.

YES!

I want to subscribe to Middle East Report
Enclosed is \$15.95. (Add \$5 postage outside the US.)

Please send me FREE (check one) ☐ The Uprising ☐ The Next Phase

☐ I don't want to subscribe now, but send me a copy of

☐ The Uprising ☐ The Next Phase (\$5.50 each, postpaid.)

Name _____

Address _____

City _____ State _____ Zip _____

Send your check or money order in US dollars only to: MERIP,
P.O. Box 43445, Washington DC 20010.

Kenneth Lewan

Sonderverhältnis zu Israel

Die bundesdeutsche Nahostpolitik

Die bundesrepublikanische Nahostpolitik ist ein Paradebeispiel für das Auseinanderklaffen zwischen Aussage und Handeln.

Die BRD gibt immer wieder vor, als neutrale Vermittlerin auftreten zu wollen. Sie behauptet, Israel aus dem Gefühl einer Verpflichtung heraus zu unterstützen. Schließlich betont man die Machtlosigkeit, eine gerechte Lösung des Konflikts herbeiführen zu helfen.

Tatsache ist: Die BRD war in dieser Frage nie neutral, sie hat nie aus Gewissensgründen gehandelt und sie hat einige Möglichkeiten, auf eine Lösung des Konflikts, die beiden Seiten gerecht wird, Einfluß zu nehmen.

Seit Beginn der 50er Jahre hat die BRD den Gang der Dinge in Israel/Palästina durch die Lieferung von Waffen, Geld und propagandistische Schützenhilfe beeinflusst.¹ Es fing mit der Zahlung von „Wiedergutmachungsleistungen“ in Form von Waren und Dienstleistungen an, die insgesamt einen Wert von 3 Mrd DM ausmachten. Der Aufbau der Schwerindustrie, die Einrichtung des Eisenbahnnetzes, der Häfen und des Fernmeldesystems stärkte Israel nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch.

Es war in einer besseren Lage, die Forderung nach Rückführung der palästinensischen Flüchtlinge abzulehnen. Mehr Juden konnten aufgenommen werden, so daß der Anteil der arabischen Minderheit immer kleiner wurde. So war es für die Araber in Israel besonders schwer, ihre Rechte durchzusetzen.

Als die Israelis 1956 in die Sinai-Halbinsel einmarschiert waren, wurde ihnen durch die Zusage der BRD, unter keinen Umständen die Zahlungen an Israel aufzuschieben, der Rücken gestärkt. In den 60er Jahren wurde die Durchschlagskraft der israelischen Armee durch Waffenlieferungen und Ausbildungshilfen gestärkt, obwohl UNO-Generäle bestätigt hatten, daß Israel hauptsächlich für die Unruhen an den Grenzen verantwortlich war. Auch zur Zeit des israelischen Angriffs 1967 nahm die BRD Partei zugunsten der Israelis.

In den 70er Jahren begann die BRD im Windschatten der EG Israel aufzufordern, sich von allen besetzten Gebieten zurückzuziehen und 1980 anerkannte sie das Recht der Palästinenser auf Selbst-

bestimmung. Die EG hat jedoch nichts unternommen, um diese Forderungen durchzusetzen.

Nach Ablauf der Wiedergutmachungsleistungen hat die BRD jährlich mindestens 140 Mio DM als Entwicklungshilfe gezahlt. Für Investitionen in Israel bekamen deutsche Unternehmer finanzielle Vorteile von der BRD, als ob sie ihr Geld in einem Entwicklungsland angelegt hätten. Die BRD setzte sich für den Abbau der EG-Zölle gegenüber Israel ein. In allen Bereichen der Forschung, einschließlich der Kernforschung, arbeitet die BRD mit Israel zusammen. Immer wieder werden erhebliche Summen für Forschung, Seminare, Bibliotheken usw. gezahlt. Das Ministerium für Forschung und Entwicklung zahlte letztes Jahr 75 Mio DM für die Gründung einer Forschungstiftung in Israel. Das Wirtschaftsministerium weigert sich, Auskunft über Waffenlieferungen ins Ausland zu geben.

Hier und da erfährt man jedoch über Presseberichte, daß Lieferungen getätigt worden sind. So wurde durch Zufall bei einer Anhörung bekannt, daß 1973 eine deutsche Firma Tauchboote an Israel geliefert hatte.² Zwischen 1976 und 1978 erhielt Israel Waffen im Werte von 32,4 Mrd DM.³

Von der Bundeszentrale für politische Bildung werden alljährlich Studienreisen

Wiedergutmachungspartner Bundeskanzler Adenauer und Israels Präsident Ben-Gurion



nach Israel organisiert und finanziert, die den Zweck haben, die deutsche Öffentlichkeit zugunsten Israels zu beeinflussen. Dafür werden jährlich 150.000 DM ausgegeben. Seit 1963 wurden 4.000 Besucher nach Israel gebracht.

Darüber hinaus hat die BRD sich geweigert, die PLO als Vertreterin der Palästinenser anzuerkennen. Die BRD begrüßte das Camp-David-Abkommen (von 1978; d. Red.), obwohl die Schwächung des arabischen Lagers durch den Austritt

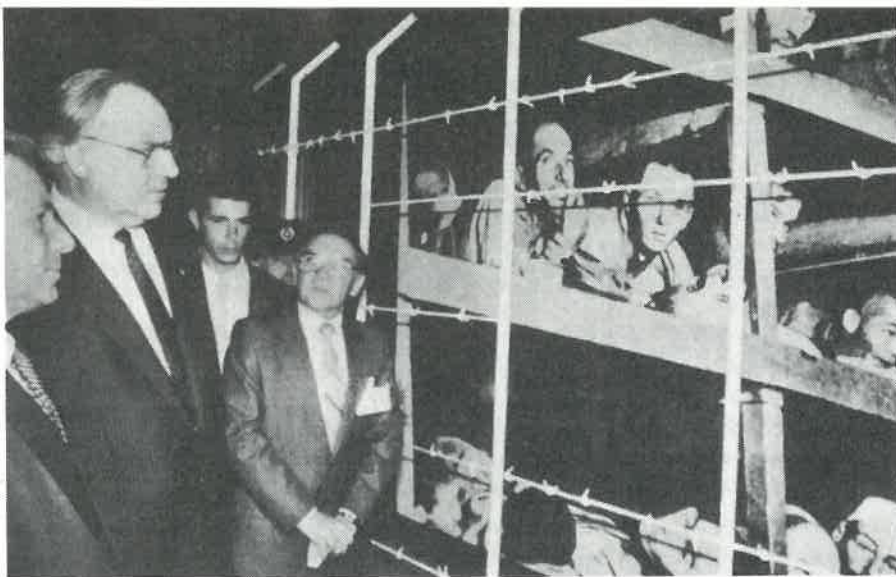
Die Nahostpolitik der BRD war nie neutral, sondern einseitig israelfreundlich und vom wirtschaftlich-strategischen Eigennutzen geprägt

Ägyptens den Überfall Israels in den Libanon wahrscheinlicher machte. Damals haben zahlreiche Nahostkenner diesen Angriff zur Zerschlagung des palästinensischen Widerstands vorausgesagt. Zwar beteiligte sich die BRD an dem EG-Protest gegen den israelischen Einmarsch in den Libanon (Juli/August 1982; d. Red.), Kanzler Helmut Schmidt behauptete jedoch, er sei „machtlos“, die Ereignisse im Libanon zu beeinflussen.

Der Besuch Präsident von Weizsäcker 1985 in Israel ist eines von vielen Beispielen für die propagandistische Schützenhilfe, die von der BRD aus geleistet wird. In seiner Rede lobte er Israel dafür, die Öde in ein fruchtbares Land verwandelt zu haben. Es habe sich erfolgreich gegen „Bedrohungen“ behauptet.

Einmal erwähnt er die Palästinenser, indem er ihnen ins Stammbuch schreibt, ihre Rechte auf Selbstbestimmung dürfen nicht zu Lasten Israels verwirklicht werden.⁴ Demnach muß der aus seinem Eigentum Verdrängte beweisen, daß die Rückgewinnung eines Teils des verlorenen Eigentums nicht zu Lasten des Eroberers geht!

Daß die BRD Israel aus dem Bewußtsein einer sittlichen Verpflichtung heraus unterstützt haben will, ist schon deshalb unglaubwürdig, weil sie die nichtjüdischen Opfer, was Wiedergutmachung und Erinnerungsarbeit angeht, sträflich vernachlässigt hat. Das gilt für die Zigeu-



Bundeskanzler Kohl (l.) besichtigte 1984 bei seinem Israel-Besuch auch die Gedenkstätte Yad Vashem, die an den faschistischen Massenmord an den Juden erinnert

ner, die Kommunisten, die slawischen Völker, russische Gefangene, Homosexuelle, Sterilisationsopfer, Zwangsarbeiter und andere Opfer der Konzentrationslager.⁵

Darüber hinaus ist die Unterstützung Israels, wo die Folgen für die Palästinenser abzusehen waren, vom moralischen Standpunkt aus eine fragwürdige Angelegenheit. Als Konrad Adenauer 1951 das Abkommen mit Israel abschloß, behauptete er, „die Bundesregierung hat weder das Recht noch die Möglichkeit, einen Standpunkt in der Frage der palästinensischen Flüchtlinge einzunehmen“.

In der vorherrschenden abendländischen Ethik (Vernunftethik) wird allerdings gefordert, daß die wahrscheinlichen Folgen, einschließlich die für Dritte, berücksichtigt werden müssen, wenn man eine moralische Entscheidung fällen will. Hätte Adenauer seine Entscheidung darauf aufgebaut, so hätte er auf den Kern der Auseinandersetzung zwischen Israel und den Palästinensern stoßen müssen. Zur Erläuterung ein Satz von dem britischen Philosophen Bertrand Russell: „Die Tragödie des palästinensischen Volkes ist, daß ein Land von einer fremden Macht an ein anderes Volk 'übergeben' wurde zwecks Schaffung eines neuen Staates. Das Ergebnis war, daß Hunderttausende von unschuldigen Menschen zu ständiger Heimatlosigkeit verurteilt wurden. Es ist absolut klar, daß den Flüchtlingen das Recht auf ihre Heimat, aus der sie vertrieben wurden, zusteht.“⁶ Nicht das Bewußtsein einer moralischen Verpflichtung, sondern ganz andere Gründe waren entscheidend für die Unterstützung Israels durch die Bundesrepublik.⁷

Erstens: Mit der Entscheidung der BRD gegen eine Neutralisierung Deutschlands und für die wirtschaftliche, kulturelle und sicherheitspolitische Einbindung in den Westen wurde ihre Abhängigkeit von den USA auf Jahre hinaus festgeschrieben. Keine Frage, die USA brauchten auch die BRD für ihre Auseinandersetzung mit der Sowjetunion wie auch für wirtschaftliche Zwecke. Natürlich saßen die USA am längeren Hebel. Daraus erwuchs auch eine besondere Empfindlichkeit der BRD in Bezug auf die amerikanische Israelpolitik. Schon vor den Verhandlungen, die zu dem „Wiedergutmachungsabkommen“ mit Israel führten, machten die USA, Frankreich und England deutlich, daß sie ein solches Abkommen wollten.

Die USA haben die BRD auch aufgefordert, Waffen an Israel zu liefern. Gleichfalls haben die USA sich wiederholt gegen eine Einmischung der EG in die amerikanische Nahostpolitik verwehrt. **Zweitens:** Auch unabhängig von den amerikanischen Wünschen hat die BRD Israel als wichtigen Baustein für westliche Interessen im Nahen Osten angesehen, dazu gehörte der Versuch, die Sowjetunion von einer Einflußnahme im Nahen Osten fernzuhalten.

Drittens: Die EG bemüht sich seit langem, den Vorderen und Mittleren Osten wirtschaftlich zu durchdringen. Dies geschieht in zunehmendem Maße im Wettbewerb mit den USA. Da die westeuropäischen Belange außer in der kurzen Ölkrise 1973 nie ernsthaft gefährdet waren, sah sich die EG nie genötigt, einen tatkräftigen Einsatz gegen die amerikanisch/israelische Nahostpolitik zu machen.

Darüber hinaus ist Israel für die Wirtschaft der BRD von nicht unerheblicher Bedeutung. Es ist ein guter Abnehmer für Waffen und andere Waren. Dazu können deutsche Unternehmer, die gemeinschaftliche Unternehmen mit Israel begründen, ihre Waren zollfrei in die USA verkaufen.

Allerdings scheint die EG neuerdings ernsthaft zu überlegen, ob ihre bisherige laue Nahostpolitik ihre eigenen Wirtschaftsinteressen zu sehr gefährdet. Zum einen hat die EG Israel dazu bringen können, seine Einmischung in den Handel zwischen Europa und den Palästinensern in den besetzten Gebieten aufzugeben.

Bezeichnenderweise hat Hans Sterken, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags und Vorstandsmitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft bei der Nahostdebatte vom März 1988 im Bundestag nicht nur seine gewöhnlichen Schuldzuweisungen an die Adresse der Araber geäußert, sondern auch zugegeben, „daß es im Augenblick keine ernsthafte Bedrohung für die Existenz des Staates Israel gibt“.⁸ Schließlich hat die Frankfurter Allgemeine schon lange den Standpunkt vertreten, daß die Räumung der besetzten Gebiete unerlässlich sei, um zu verhindern, daß noch radikalere Kräfte die Oberhand im Nahen Osten gewinnen.

Viertens: Es gibt in der BRD – übrigens auch in den USA – eine große Anzahl von eifrigen Verfechtern der israelischen Sache, die einflußreiche Stellen besetzen. Offensichtlich gehen ihre Beweggründe über die oben angeführten wirtschafts- und sicherheitspolitischen Gründe hinaus.

Ob sie reine Idealisten sind oder ob sie damit eigene Vorteile sichern, bleibe dahingestellt. Zu diesen Kreisen gehören Parlamentarier, Beamte, Geistliche, Journalisten u.a., wobei die Bundeszentrale und einige Landeszentralen für politische Bildung für sie einen Schwerpunkt in der Öffentlichkeitsarbeit darstellen. Die Geschichte der Judenverfolgung wird offensichtlich eingesetzt, um die zionistischen Belange zu fördern. Die nichtjüdischen Opfer werden in der Vergangenheitsarbeit kaum berücksichtigt. So hat z.B. die Christlich-Jüdische Gesellschaft die Zigeuner nie zu den Wochen der Brüderlichkeit eingeladen. Darüber hinaus benutzen manche der Israel-

**Bonn muß
die PLO und den Palästina-
staat anerkennen sowie die Hilfe
für Israel einstellen, bis dieses
sich aus den besetzten
Gebieten zurückzieht**

freunde ihre einflußreichen Stellen dazu, die schlimmsten Verleumdungen über die Palästinenser zu verbreiten. Bei der Nahostdebatte des Bundestages behauptete Frau Hamm-Brücher, daß sie auf einem palästinensischen Flugblatt, das in den besetzten Gebieten verteilt worden sei, folgende israelfeindlichen Äußerungen gelesen hätte: „Das sind die Juden, die Brüder der Affen, die Profitmörder, die Blutsauger und Kriegshetzer. Laßt das Blut unserer Toten nicht umsonst vergossen worden sein, sondern verwandelt jeden Blutstropfen in eine Feuerbombe und in einen Sprengsatz, der die Juden in Fetzen reißt wird!“ Statt kritischer Fragen zur Echtheit die-

ses Zitats erhielt die Sprecherin noch Beifall von Abgeordneten aus allen Parteien. Auf schriftliche Anfrage einer Bürgerin wurde mitgeteilt, daß Frau Hamm-Brücher diese Auskunft von der israelischen Botschaft bezogen hatte! Bei erneuter Nachforschung über eine genauere Quellenangabe redete man sich damit heraus, daß sie nicht autorisiert sei, die damals geliehenen Unterlagen (von der israelischen Botschaft) weiterzuleiten.⁹

Zweifellos haben diese Israelverfechter viel getan, um Israels Sache zu unterstützen und die Palästinenser zu benachteiligen. Aber ihre Bedeutung und die Bedeutung der „Holocaustwaffe“ sollen nicht überbewertet werden. Sie waren sicher keine notwendige Voraussetzung für die israelfreundliche Nahostpolitik der BRD.

Wie wir schon gesehen haben, entsprach diese Politik lange Zeit den Interessen der BRD, wie sie von den herrschenden Kreisen gesehen wurden. Das Verhalten der BRD zu anderen Auseinandersetzungen in der Dritten Welt bestätigt diese These.

Die BRD hat nirgends in der Dritten Welt ernsthafte Versuche gemacht, Befreiungsbestrebungen zu fördern. Sie redet hie und da den Unterdrückten ins Gewissen und bemüht sich gleichzeitig und vordringlich ums Geschäft, was letztendes wieder die Stellung der Unterdrückten bestärkt. Zur Absicherung ihrer wirtschaftlichen und strategischen Ziele in der Dritten Welt arbeitet die BRD eng mit den USA und anderen NATO-Mitgliedern zusammen.¹⁰

Entgegen der landläufigen Meinung, die BRD könne in Sachen Nahost nichts tun, möchte ich einige Möglichkeiten aufzeigen:

Man könnte damit aufhören, die Untaten der Israelis zu beschönigen und ihnen deutlich sagen, daß ihre „Sicherheitsgründe“ hier nicht länger als Entschuldigung verkauft werden können. Die angebliche Verpflichtung der Deutschen gegenüber dem Staat Israel muß offen in Frage gestellt werden. Man müßte die echte Opposition in Israel hier mehr zu Wort kommen lassen und Kolonisten wie Teddy Kollek ein Einreiseverbot erteilen.

Man muß endlich die PLO als Vertreterin der Palästinenser anerkennen wie auch den neugegründeten Staat. Bis Israel sich von den besetzten Gebieten zurückzieht, müßte die BRD Entwicklungshilfe und die Lieferung von Waffen und Hochtechnologie einstellen.

Es steht außer Frage, daß die USA dies als Eingriff in ihre Führungsrolle verstehen würden. Es dürfte allerdings langsam an der Zeit sein, daß sich die BRD stärker von dieser unglücklichen Bevormundung abnabelt.

Dr. Kenneth M. Lewan, US-amerikanischer Jurist und Professor für Politische Wissenschaften in Hagen, ist Autor mehrerer Bücher zur bundesdeutschen Israel- und Nahostpolitik und Mitglied der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft. Zur Zeit arbeitet K. Lewan an einem Buch zum Vergleich Israel-Südafrika und hat soeben ein erstes Theaterstück abgeschlossen, das über die Situation in Palästina vor der Intifada handelt.

Anmerkungen:

- 1) Näheres über die Geschichte der Unterstützung Israels durch die BRD in: Kenneth Lewan, Sühne oder neue Schuld: Deutsche Nahostpolitik im Kielwasser der USA, Das arabische Buch, Berlin (West-) 1984, S. 66-76
- 2) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.1.1987
- 3) Vgl. Rainer Falk, Die heimliche Kolonialmacht, Pahl-Rugenstein, Köln 1985, S. 182
- 4) Die Rede ist abgedruckt in: Süddeutsche Zeitung, München, 10.10.1985
- 5) So unterstützt die Bundeszentrale für politische Bildung z.B. Israelreisen, um

„Vorurteile zu überwinden“, aber sie unterstützt keine solchen Reisen zu den Zigeunern oder anderen Opfern des Nazi-regimes. Erst vor kurzem hat der Bundestag Gelder für „notbedürftige“ Nichtjuden zur Verfügung gestellt. Nur die Namen der jüdischen Opfer sind von der BRD gesammelt und veröffentlicht worden. Vgl. Süddeutsche Zeitung, 21.1.1987. Bezeichnend ist auch, daß deutsche Unternehmen nur an jüdische Zwangsarbeiter Entschädigung gezahlt haben.

- 6) Näheres über die Frage der deutschen Verpflichtung an Israel/die Palästinenser in: K. Lewan, Sühne oder neue Schuld..., a.a.O., S. 77-106
- 7) Zu den Gründen für die Nahostpolitik der BRD siehe: ebenda, S. 66-77
- 8) Die Debatte vom 11. März ist abgedruckt in: Das Parlament, Bonn, 25.3.1988
- 9) Siehe die Briefe aus dem Büro von Frau Hamm-Brücher vom 18. April und 18. Mai 1988 an Hannelore Lewan. Weiteres über die „Mitschreiter im heimischen Lager“ in: Kenneth Lewan, Sechs Tage und zwanzig Jahre, Edition Neue Wege, Berlin (West-) 1988, Teil IV
- 10) Vgl. R. Falk, Die heimliche Kolonialmacht, a.a.O.

Die Welt richtet ihren Blick auf die Palästinenser.



Georg Stein
DIE PALÄSTINENSER
Unterdrückung und Widerstand eines entrechteten Volkes.
Mit einem Vorwort von Erich Fried
Ein Bildband mit 140 Farbfotos
Begleittexte in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch.
Format 23 x 26 cm
160 Seiten, DM 48,-

Georg Stein richtet seinen Blick und seine Kamera auf die Palästinenser. Wie sehen die Menschen aus, ihre Gesichter, ihr Lächeln und ihre Verzweiflung? Wie leben sie? Womit spielen ihre Kinder? Wo begegnet ihnen die Gewalt, und wie wehren sie

sich? Der Widerstand lebt in Gesten, in Zeichen an der Wand, in den Spuren der Geschichte und in der politischen Arbeit der PLO. Mit 140 Bildern in einem kostbar gedruckten Buch, in ruhigen, sehr genauen Bildern, nähern wir uns Menschen, die ein Unrecht abwehren, das nicht zu verdrängen ist, wenn das Bewußtsein sich nicht trüben und die Moral nicht verkommen soll. Darauf allerdings legt dieses klare und schöne Buch Wert – und damit überzeugt es.

Unsere Bücher sind Lebens-Mittel.

PAHL-RUGENSTEIN

Edward Cody

Ibrahim Souss

Eine spitze Feder für die PLO



Ibrahim Souss, palästinensischer Poet, Schriftsteller und Musiker in einem, lebt als Repräsentant der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO) in Paris. Dort sorgte er mit einem offenen „Brief an einen jüdischen Freund“ kürzlich für Aufsehen. Die deutsche Übersetzung ist soeben im Greno Verlag, Nördlingen (93 S., 15 DM) erschienen.

Statt mit einer palästinensischen Kafiyah kommt Ibrahim Souss mit einer französischen Krawatte daher. Und es ist nutzlos, nach einer Kalaschnikow zu suchen. Er läßt seinen Füllfederhalter. Der Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Paris wirbt für seine Sache mit ebensolcher Hingabe wie sein Chef Yassir Arafat. Wie es jedoch von einem Konzertpianisten erwartet werden darf, der in Westdeutschland, Großbritannien und Frankreich ausgebildet wurde, hat der 42jährige gebürtige Jerusalemer eine Art und Weise des Kampfes gegen Israel, die sich von Arafats militärischen und diplomatischen Schlachten unterscheidet. Der letzte Schuß im Kampf auf Souss'sche Art hat die Gestalt eines Buches „Briefe an einen jüdischen Freund“. Als ein dichter, gefühlsbetonter Aufruf zur Aufmerksamkeit für die Anliegen der PalästinenserInnen, verkauft sich das französischsprachige Werk gut in Paris, und spanische und italienische Ausgaben sind gerade erschienen. Eine japanische und eine englische Fassung sind in Planung. Die Veröffentlichung des Buches vor drei Monaten hat in den Medien viel Staub aufgewirbelt, um in Frankreich die Diskussion über die israelischen Maßnahmen zur Unterdrückung des palästinensischen Aufstands in der Westbank und in Gaza voranzutreiben. „Unser Kampf mit Israel ist ein Krieg von Kulturen, und wir müssen alle Waffen nutzen, die uns zur Verfügung stehen“, sagte er. „Und außerdem schreibe ich gerne Bücher.“ Getreu der französischen Kultur, die Souss in sich aufgenommen hat, ist in dem dünnen Band nichts Unbedachtes, noch nicht einmal der Titel. Der französische Existenzialist Albert Camus

schrrieb „Briefe an einen deutschen Freund“ als die Nazis gerade dabei waren, Knobelbecher in Europa berühmt zu machen. Beim erneuten Lesen eines Abschnittes im Werk von Camus, so schreibt Souss, kam ihm der Gedanke, westliche Juden an „einem Wendepunkt in der Geschichte unserer unterbrochenen Freundschaft“ anzusprechen. Souss, dessen französische Prosa anmutig und eindringlich ist, schreibt in einem Ton, der wie die ausgestreckte Hand der Freundschaft wirkt. Gleichzeitig stellt er einige der scharfen Fragen, denen sich Anhänger Israels rund um die Welt hinsichtlich der PalästinenserInnen stellen müssen. Über die israelische Besetzung der Westbank und Gazas seit 1967: „Mein Freund, ich bin nicht dumm. Du hast mir über Sicherheit erzählt, aber warum es tatsächlich ging, war die Verwirklichung eines biblischen Traumes. Ihr wolltet, daß Israel sich einen 'Lebensraum' schafft, unabhängig für sein wirtschaftliches Gedeihen. Siehst Du das ein?“ Über Israels Ruf unter westlichen Juden, die Wüste zum Blühen gebracht zu haben: „Die Küste von Ras al-Naqla bis Gaza, übersät von Orangenhainen, gepflanzt und über Generationen hinweg gepflegt von Palästinensern und Palästinenserinnen, wird in Eurer Erinnerung seltsamerweise voller Sand. Die Berge Galiläas, auf denen in jedem Frühling Apfel-, Birnen- und Aprikosenbäume blühten, werden trocken und steinig. Die Olivenhaine rund um unsere Städte und Dörfer erscheinen in Eurer trunkenen Propaganda wie so manches Fleckchen Erde, das zionistische Siedler urbar gemacht haben.“ Souss brachte das Buch im Dezember heraus, als der palästinensische Aufstand begann. Es ist sein drittes Werk, das in Frankreich veröffentlicht wurde. Nach einem Gedichtband brachte Souss letztes Jahr seinen ersten Roman „Weit weg von Jerusalem“ heraus. Die gefühlsreiche Geschichte einer zum Scheitern verurteilten Liebe zwischen einem jüdischen Mädchen und einem palästinensischen Jungen im vorisraelischen Jerusalem wurde 12.000 mal verkauft, was bemerkenswert für einen Erstlingsroman auf dem kleinen französischen Markt ist.

In seinem PLO-Büro im gutsituierten 16. Arrondissement von Paris sagte Souss, er habe sich entschieden, das Buch zu schreiben, weil er den Eindruck gewonnen habe, daß viele im Westen nur eine verschwommene Vorstellung davon haben, warum es einen Konflikt im Nahen Osten gibt. Dazu kam, so sagte er, daß er bekümmert gewesen sei über die allgemeine Zustimmung unter westlichen Juden über das, was er als israelische Brutalität gegenüber steinewerfenden palästinensischen Jugendlichen betrachtet. „Warum macht ein Mann wie Elie Wiesel, zum Beispiel, warum macht er an den Grenzen Palästinas halt, wenn es darum geht, Mitleid mit den Leiden der Menschen zu haben?“ fragt Souss. „Er zeigt Mitgefühl für Nicaragua, für Vietnam, für die Juden in Rußland, und dann, wenn israelische Soldaten palästinensische Kinder erschießen, kann er nicht sprechen.“ Wiesel, der Geschichtsschreiber des Holocaust und Friedensnobelpreisträger zog sich hier während einer Konferenz im Januar 1988 wegen seines Widerstrebens, israelische Roheiten bei der Niederschlagung der Revolte zu verurteilen, einige herbe Kritiken zu. Seit damals haben einige französische jüdische Intellektuelle ihre Besorgnis über die israelische Vorgehensweise zum Ausdruck gebracht. Aber der Vertreter der Französischer jüdischer Einrichtungen gab im Februar ein Communiqué heraus, in dem eine „tiefe Bindung an und brüderliche Solidarität“ mit Israel während des Aufstandes angeboten wurde und „Vertrauen darin“ ausgedrückt wurde, „daß der Staat Israel die Erfüllung seiner Aufgaben im Geiste der Menschenrechte und der persönlichen Würde sicherstellen wird“. Gérard Israel von der Israelitischen Vereinigung sagte, das Souss-Buch sei von

Der letzte Schuß im Kampf auf Souss'sche Art hat die Gestalt des Buches „Brief an einen jüdischen Freund“

einigen französischen jüdischen Intellektuellen gelesen und diskutiert worden. Wenn man auch die humanistische Herangehensweise von Souss und seine oft gemäßigten Aussagen würdige, sagte Israel, werde das Buch nicht als politisch bedeutsam angesehen. „Der beste Brief an einen französischen jüdischen Freund wäre, von Arafat bestätigt zu bekommen, daß die PLO ein bißchen weniger rückeroberungsfreudig wird“, sagte er. Das Schicksal der PalästinenserInnen der

Westbank ist aus mehreren Gründen Gegenstand von Souss' Besorgnis. Als hiesiger PLO-Vertreter ist die Förderung des Ansehens der PalästinenserInnen Teil seiner Aufgabe. Das Pariser Büro, das seit 1975 arbeitet, hat auch einen offiziell bekannten Verbindungsauftrag zur französischen Regierung, einschließlich einiger diplomatischer Vorrechte und Polizeischutz. Was die persönliche Ebene betrifft, so ist Souss' Frau Diana die Tochter von Raymond Tawil, einem langjährigen Aktivist der Westbank, der großen Anteil am Aufbau des Palästinensischen Presse Dienstes hat. Die in Jerusalem ansässige Agentur stellte israelischen Journalisten und Auslandskorrespondenten in Israel Nachrichten aus palästinensischer Sicht zur Verfügung, bis die Regierung sie Ende März 1988 schloß. Souss wurde 1945 in einer wohlhabenden Jerusalemer Familie geboren. Als drei Jahre später Israelis in ihrer Nachbarschaft Einzug hielten, flohen seine Eltern mit ihm nach Beirut. Nach einigen Jahren im Libanon jedoch brachte sein Vater die Familie nach Jerusalem zurück, wobei sie sich dieses Mal im Ostteil der Stadt niederließ, der bis 1967 unter jordanischer Kontrolle stand. Dieser Umzug prägte einen großen Teil von Souss' späterem Leben. In einer ehemaligen Einrichtung der britischen Armee, in der die Familie Souss eine Zeitlang wohnte, hatte jemand ein Klavier zurückgelassen. Der junge Souss versuchte sich daran. Sein Vater, der in protestantischen Gottesdiensten Orgel spielte, brachte ihm einige Noten bei, und eine Leidenschaft war geboren. „Als ich 12 Jahre alt war, sagte ich meinem Vater, daß ich Konzertpianist werden wollte“, erinnert sich Souss. „Er sagte, na gut, versuche dein Glück. Sehr seltsam für einen arabischen Mann.“ Nach dem Abschluß des St. George Gymnasiums in Jerusalem studierte Souss zwei Jahre lang Klavier an der Hochschule für Musik in München. Später studierte er am Royal College of Music in London und an der Ecole Normale in Paris. Obwohl er seine Fähigkeiten am Klavier genügend entwickelte, um eine Anzahl von Konzerten zu geben, lenkte Souss seine Aufmerksamkeit auf die Politik, als die Palästinafrage nach dem Nahostkrieg 1967 in den Vordergrund rückte. Damals schon gut in Frankreich eingelebt, besuchte er das hochangesehene Institut für Politikwissenschaften und wurde bald zum PLO-Vertreter bei der UNESCO ernannt. Souss leitet das hiesige PLO-Büro seit sein Vorgänger, Essedin Qalqa, vor 10 Jahren ermordet wurde. (Quelle: International Herald Tribune, Paris, 31.8.1988)

Aktions- und Materialspiegel

Bücher und Broschüren

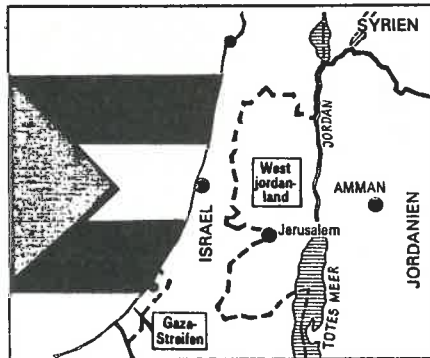


Aktuelle Hintergründe zur Intifada, dem Aufstand im besetzten Palästina, liefern Ivesa Lübben/Käthe Jans, **Kinder der Steine. Vom Aufstand der Palästinenser, rororo-Aktuell, Reinbek bei Hamburg 1988, 190 S., 9,80 DM**, und Alexander Flores, **Intifada. Aufstand der Palästinenser, Rotbuch Verlag, West-Berlin 1988, 144 S., 15 DM**. Lübben/Jans, freie Journalistinnen aus Bremen, vermitteln in Form einer umfangreichen Reportage über einen Aufenthalt in Gaza einen lebendigen Eindruck vom Alltagsleben der palästinensischen Bevölkerung unter der israelischen Besatzungswillkür. Ergänzt durch Hintergrundfakten aus der Geschichte der besetzten Gebiete und des palästinensischen Volkes kommen Emotionen, Ängste und Probleme ebenso einfühlsam zum Ausdruck wie der unbedingte Wille der PalästinenserInnen zum Durchhalten. A. Flores, Orientwissenschaftler aus Erlangen, untersucht in knapper Form die Auswirkungen der israelischen Besatzung u.a. auf Ökonomie, Sozial- und Infrastruktur der besetzten Gebiete ebenso wie deren Folgen für das politische Bewußtsein und die Politik der PalästinenserInnen unter israelischer Fremdherrschaft. Teil II beschäftigt sich mit der Entwicklung, Kampfformen und Zielen der Intifada selbst. Hilfreich ist auch die einleitende Auseinandersetzung mit der seit der Intifada wieder auflebenden Diskussion um den Charakter des Staates Israel innerhalb der westdeutschen Linken und der Palästina-Solidaritätsbewegung. Zur Vertiefung der wirtschaftlich-sozialen Hintergründe empfehlen sich an neueren Titel besonders: Viktoria Waltz/Joachim Zschiesche, **Die Erde habt ihr uns genommen. 100 Jahre zionistische Siedlungspolitik in Palästina. Das Arabische Buch, West-Berlin 1986, 436 S., 18 DM**. Waltz/Zschiesche, Dortmund, verbinden raumplanerisches Fachwissen mit sozialwissenschaftlichen Hintergründen zu einer ausgezeichneten, detaillierten Analyse zionistischer Ideologie und Kolonisierung Palästinas von den Anfängen um die Jahrhundertwende bis in die Gegenwart.

Ausgangspunkt der Dokumentation von Jan Metzger (Hg.), **Auf dem Weg zur Annexion. Die Zukunft von Westbank und Gaza-Streifen nach zwei Jahrzehnten israelischer Besatzung, West-Berlin 1986, 244 S., 12 DM** sind die Forschungsergebnisse des Westbank Data Base Project von 1984 unter Leitung von Dr. Meron Benvenisti. Diese bislang umfangreichste Analyse der demographischen, ökonomischen und landwirtschaftlichen Verhältnisse in den besetzten Gebieten wird ergänzt durch diverse Diskussionsbeiträge zur politischen Zukunft der besetzten Gebiete. Frauenspezifischen Anliegen im besetzten Palästina gewidmet sind: Barbara Debus, **Unter Besatzern und Patriarchen. Palästinensische Frauen in der Westbank. Sozialgeschichte und Widerstand, Reihe Internationalismus – Informationen Nr. 14, Gießen 1986, 208 S., 19,80 DM**, und Autonome Nahostgruppe Nahost (Hg.), **Ich hoffe meine Tochter geht den gleichen Weg wie ich. Eine Palästinenserin berichtet vom Befreiungskampf im Ghaza-Streifen, Libertäre Assoziation, Hamburg 1987, 61 S., 11,40 DM**. Letzteres erzählt die Lebensgeschichte der Widad Al-Awad aus Gaza vor dem Hintergrund des Widerstandskampfes in Gaza, bei dem insbesondere die Rolle der Frauen berücksichtigt wird. Barbara Debus' Buch untersucht die sozialökonomische und politische Situation palästinensischer Frauen in der Westbank, die Herausbildung einer palästinensischen Frauenbewegung und deren Rolle im gesamt nationalen Widerstand.

Aharon und Amalia Barnea, **Freunde trotz Terror und Tod. Der Israeli und der Palästinenser, rororo-Aktuell, Reinbek bei Hamburg 1988, 254 S., 12,80 DM** erzählt die ungewöhnliche, vom israelischen Gesetz verbotene Freundschaft zwischen der israelischen Familie Barnea und dem führenden Fatah-Mitglied Salah Ta'mari, die in den Wirren des Libanonkrieges von 1982 begann. Die Erzählung ist ein Plädoyer der israelisch-palästinensischen Verständigung. Das gleiche gilt für das Buch von David Grossman, **Der gelbe Wind. Die israelisch-palästinensische Tragödie, München 1988, 224 S., 28 DM**. Grossman, der bedeutendste israelische Erzähler der Gegenwart, Träger mehrerer Literaturpreise, erzählt einfühlsam seine Beobachtungen und Erlebnisse in den besetzten Gebieten, von Flüchtlingselend, Unterdrückung und Knechtung der PalästinenserInnen, von der Unbegreiflichkeit der israelischen Eroberungs- und Besatzungspolitik. Einen plastischen Eindruck von palästinensischer Identität, Kultur, Alltagsleben und Widerstand vermittelt der Photoband von Georg Stein, **Die Palästinenser. Unterdrückung und Widerstand eines entrechteten Volkes, Pahl-Rugenstein, Köln 1988, 154 S., 48 DM**. Die insgesamt 140 Fotos schildern die Unterdrückung und Zerstörung, zeigen junge und alte Menschen, wie sie leben, feiern und kämpfen, in Palästina und im Libanon. Die äußerst rege Zusammenarbeit Israels mit

reaktionären bzw. faschistischen Regimes wie Südafrika, Chile oder Paraguay und die Einbettung Israels in die Nahoststrategie der USA sind einige Themen, die bei Benjamin Beit-Hallahmi, **Schmutzige Allianzen. Die geheime Geschichte Israels**, Kindler Verlag, München 1988, 322 S., 29,80 DM behandelt werden. Großen Raum nimmt die Darstellung der Zusammenarbeit mit Südafrika, von gemeinsamen militärisch-strategi-



Kenneth M. Lewan
Sechs Tage und zwanzig Jahre

Edition Neue Wege

schen Planungen bis hin zur militärisch-nuklearen Zusammenarbeit, ein. Der israelische Wissenschaftler Beit-Hallahmi besticht durch seinen Detail- und Faktenreichtum. Neuere Einschätzungen zur westlichen Nahostpolitik, voran zur dominanten USA und zur BRD, sind Mangelware. So ist es unumgänglich, die Studie des Bonner Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik heranzuziehen: Christian Hacke, **Amerikanische Nahost-Politik. Kontinuität und Wandel von Nixon bis Reagan**, Ouldenbourg Verlag, München/Wien 1985, 299 S., 98 DM.

Zwar ist Hackes einleitende Skizzierung der Grundlagen der US-Nahostpolitik vor 1967 viel zu knapp geraten und bleibt die Studie insgesamt zu sehr an der politisch-diplomatischen Oberfläche. Dennoch bietet sie einen informativen Überblick über die bestimmenden Konzepte und Aktivitäten der Vormacht USA unter den Präsidenten Nixon, Ford, Carter und Reagan (erste Amtsperiode). Hackes Ausblick krankt daran, daß er die von der UNO, der PLO bzw. der UdSSR vorgeschlagene Alternative für eine politische Verhandlungslösung außen vorläßt.

Nach wie vor konkurrenzlos ist die hervorragende Studie zur Geschichte und dem aktuellen Stand der bundesdeutschen Nahostpolitik

Kenneth M. Lewan, **Sühne oder Schuld? Deutsche Nahostpolitik im Kielwasser der USA, Jerusalem International (Vertrieb Arabisches Buch)**, Ottawa 1984, 152 S., 9,80 DM. Im ersten Teil des Buches umreißt Prof. Lewan die Bausteine des Staates Israel: Araber im Judenstaat, zionistisches Siedlungskonzept, Vorgehen gegen die PLO, Besatzungspolitik,

zionistische Ideologie und Parteien, Bündnis mit den USA.

Im zweiten Teil des Buches legt Lewan detailliert die Grundlagen und Besonderheiten der Bonner Nahost- und Israelpolitik dar, darunter die vielstrapazierte Schuldfrage und die Wiedergutmachungszahlungen an Tel Aviv. Abschließend entwirft der Autor ein Alternativbild für eine neue BRD-Nahostpolitik.

Ergänzende Aufsätze zu beiden Themenbereichen finden sich in

Kenneth M. Lewan, **Sechs Tage und zwanzig Jahre**, Edition Neue Wege, West-Berlin 1988, 168 S., 12,80 DM.

Reizvoll ist wieder einmal Lewans Auseinandersetzung mit der einseitigen Nahost-Berichterstattung und der großen Scheu bundesdeutscher Institutionen vor einem kritischen Israel-Bild.

Materialien

Die ersten Monate der Intifada, den Widerstand der „Kinder der Steine“ gegen die israelische Militärmacht, hat die ehemals Jerusalemer, jetzt internationale Musik- und Theatergruppe „In A'd Rifaki“ verfilmt: „Intifada – Road of Freedom“ Produktion „In A'd Rifaki“, Videofilm, 20 Minuten, VHS, Kaufpreis 100 DM. Anschrift: In A'd Rifaki, Naunynstr. 57, 1000 Berlin 36.



Ein Dokumentarfilm über den dritten Lagerkrieg gegen die palästinensischen Flüchtlingslager in Beirut, Sabra und Schatila, hat das bittere Schicksal der Belagerten, die vom Oktober 1986 bis Januar 1988 in einem Trümmerfeld standhielten, festgehalten: „Schatila. Auf dem Weg nach Palästina“ 45 Minuten, 16 mm, Farbe, Lichtton, 1988, Verleihpreis 150 DM, Vertrieb: Zentral Film, Friedensallee 14-16, 2000 Hamburg 50, Tel. 040-391676.

Derselbe Streifen ist auch als Videofilm zu beziehen bei: Medico International, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt/M. 1 Tel. 069-4990041.

„Why?“ BRD/Libanon 1982, Produktion: Monika Maurer/Palästinensischer Roter Halbmond, Dokumentarfilm, 26 Minuten, UNIDOC-Filmverleih, Braunschweigerstr. 20, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231-8380147. Dieser Dokumentarfilm über die monatelange Belagerung von Beirut im Sommer 1982 zeigt



2500 Menschen demonstrierten am 10. 12. 1988 in Hamburg für die Anerkennung des Staates Palästina und der PLO (Foto: M. Meyborg)

sehr eindringlich das brutale Vorgehen der israelischen Armee vor allem gegen soziale Einrichtungen und die Zivilbevölkerung sowie den Einsatz international geächteter Waffen.

Verschiedene Materialien zur Palästina-Solidarität bzw. zum Verschenken vertreibt der Solidaritätsshop 3. Welt:

Postkartenmappe 6 Postkarten mit Motiven des palästinensischen Künstlers Burhan Karkutli, s/w, 6,— DM
Postkarte mit Motiv des palästinensischen Künstlers Burhan Karkutli: „Geburt eines palästinensischen Kindes“, schwarz-weiß, 0,30 DM
Palästinensisches Tuch „Kufi“ rot-weiß oder schwarz-weiß, 15,— DM
Adresse: Solidaritätsshop Dritte Welt, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069-778863.

Kampagnen, Projekte

Gefangenenhilfe

Konkrete Unterstützungsarbeit für politische Gefangene in Israel/Palästina sowie Öffentlichkeitsarbeit gegen Besatzungspolitik und Menschenrechtsverletzungen in der Westbank und Gaza leistet die „Womens Organization for Political Prisoners“ (WOFPP), gegründet im Mai 1988. Sie ist ein Zusammenschluß palästinensischer und israelischer Frauen. Kontaktadresse: WOFPP, P.O. Box 31811, Tel Aviv 61318, Israel.

Hilfe für Frauenkomitees

Der Verein „Freundinnen des palästinensischen Volkes“, gegründet im September 1987 in Hamburg, betreut neben der Öffentlichkeitsarbeit Projekte in den besetzten Gebieten, darunter einen Kindergarten und ein Frauenzentrum in Yarmouk, Frauen- und medizinische Hilfskomitees. Anschrift: Freundinnen des palästinensischen Volkes, Postfach 304145, 2000 Hamburg 4.

Medizinische Spendenaktionen

Das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) unterstützt mit einer Geldsammlung die Vereinigung Palästinensischer Medizinischer Hilfskomitees (UPMRC) in der Westbank und Gaza. Sie sollen vor allem für Rehabilitationsprogramme zugunsten mißhandelter PalästinenserInnen und für Blutspenden eingesetzt werden.

Poster „Solidarität mit den palästinensischen Gefangenen“, vielfarbiges Gemälde von Suliman Mansour, Hochglanzpapier, DIN A 1, 10,— DM

Für diese und andere notwendige Ausgaben erbittet das ASK Spenden auf das **Sonderkonto Prof. Erich Wulff, Konto-Nr. 527 055-602 beim Postgiroamt Frankfurt/M. (BLZ 500 100 60), Kennwort „Palästina“**. Kontakte: ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069-709060

Verschiedene medizinische Soforthilfevorhaben führt auch **medico international**, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1, Tel. 069-4990041 durch.

Kühlhausprojekt in Gaza

Die Soziale Hilfsorganisation Najdeh e.V. führt in Zusammenarbeit mit den „Palestinian Women's Work Committees“ im Gaza-Streifen ein Kühlhausprojekt durch.

Das Projekt will helfen, die Versorgung der Region unabhängig von Israel zu verbessern. Gleichzeitig verbessert es die soziale Lage der dort beschäftigten Frauen und ihrer Familien. Die Verwaltung des Projekts soll von dort arbeitenden Frauen in eigener Regie übernommen werden.

Spenden an: SHO Najdeh e.V., Berliner Platz 1, 5300 Bonn 1, Postgiro Köln, Kto.Nr. 999 07-501, Stichwort: Kühlhausprojekt

Unterschriftenkampagne

Das Palästina-Forum, gegründet 1987 anlässlich des Lagerkrieges im Libanon, setzt nach der Proklamation des Staates Palästina seine Unterschriften-Kampagne unter den symbolischen Friedensvertrag zwischen Israel und Palästina fort. Mit der Propagierung dieser von jüdischen und arabischen Intellektuellen im Juni 1988 vereinbarten Friedensplattform (siehe Kasten) möchte das Forum hierzulande für eine gerechte, friedliche Nahostlösung werben und den Dialog zwischen Israelis und PalästinenserInnen fördern helfen.



Komitee jüdischer und arabischer Schriftsteller, Künstler und Akademiker

Symbolischer Friedensvertrag zwischen Israel und Palästina

Wir, die unterzeichnenden jüdischen und arabischen Schriftsteller, Künstler und Akademiker im Staat Israel und Palästinenser in den besetzten Gebieten nehmen hiermit den folgenden Friedensvertrag zwischen dem Staat Israel und dem Staat Palästina an und machen ihn uns zu eigen. Seine Prinzipien sind die folgenden:

1. Auf dem gesamten von Israel seit dem Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967 in der Westbank und dem Gazastreifen besetzten Gebiet soll ein souveräner und unabhängiger palästinensischer Staat geschaffen werden.
2. Der souveräne palästinensische Staat erkennt das Recht des Staates Israel an, in Frieden und Sicherheit innerhalb der Grenzen zu existieren, die vor dem 5. Juni 1967 bestanden haben. Gleichzeitig erkennt der Staat Israel das Recht des palästinensischen Staates Palästina an, in Frieden und Sicherheit in seinen eigenen Grenzen zu existieren.
3. Beide souveräne Staaten, Israel und Palästina, werden wechselseitig einen Friedensvertrag und einen Nichtangriffspakt unterzeichnen. Angemessene internationale Sicherheitsgarantien sind notwendig, um die Souveränität

und den Frieden beider Staaten in ihren anerkannten Grenzen zu gewährleisten.

4. Ein entmilitarisiertes Jerusalem mit offenen Grenzen, in dem Bewohner beider Staaten Seite an Seite friedlich miteinander leben, ist die Hauptstadt des Staates Israel wie auch die Hauptstadt des souveränen palästinensischen Staates Palästina.

5. Im Rahmen des Friedensvertrages wird eine gerechte Lösung für das Flüchtlingsproblem gefunden werden.

6. Alle Schritte, Vorgänge und Verfahren, die zur Gründung des palästinensischen Staates Palästina führen, werden unter internationaler Überwachung erfolgen.

Wir rufen hiermit die israelische Regierung auf, sofort in Verhandlungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation einzutreten mit dem Ziel, den oben ausgeführten Friedensvertrag im Rahmen einer internationalen Konferenz oder in jedem anderen Rahmen zu verwirklichen, der für die beiden beteiligten Parteien akzeptabel ist. Alle beteiligten Parteien verpflichten sich zur Einstellung aller Gewaltakte gegeneinander unmittelbar mit dem Beginn der Friedensverhandlungen. Israel, 13. Juni 1988

In alphabetischer Reihenfolge unterzeichnet von:
Dr. Samir Abdalla (Dozent an der El-Najah-Universität)/ Chava Alberstein (Sängerin)/ Nabil Annani (Maler)/ Shim'on Bais (Schriftsteller)/ Tullu Bauman (Maler)/ Mohamed Bakry (Schauspieler)/ Ory Bernstein (Dichter)/ Gedalya Besser (Schauspieler und Regisseur)/ Ya'akov Besser (Dichter und Redakteur)/ Siham Daoud (Dichterin)/ Karim Dabach (Maler)/ As'ad El-As'ad (Dichter und Vorsitzender der palästinensischen Schriftstellervereinigung in der Westbank und dem Gazastreifen)/ Dr. Wasfi El-Kafrie (Dozent an der Bir-Zeit-Universität)/ Adnan El-Kashfi (Schriftsteller)/ Simkha El Kassam (Dichter und Vorsitzender der arabischen Schriftstellervereinigung in Israel)/ Gamil El-Salkhut (Schriftsteller)/ Ya'ar Garbuz (Künstler)/ Emil Habibi (Schriftsteller und Redakteur)/ Dani Horvitz (Dramatiker)/ Dr. Thamer Issawi (Dozent an der Bir-Zeit-Universität)/ Ibrahim Joohar (Schriftsteller)/ Dr. Nissim Kaldoron (Dozent an der Universität Tel Aviv)/ Yoram Kanyuk (Schriftsteller)/ Dan Kedar (Maler)/ Amos Keynan (Schriftsteller)/ Gerhson Knuspiel (Künstler)/ Yael Lotan (Schriftstellerin und Redakteurin)/ Sulaiman Mansour (Maler und Vorsitzender des Verbandes palästinensischer Maler in der Westbank und dem Gazastreifen)/ Salman Nator (Schriftsteller)/ Mohamed Chamza-R'anayem (Dichter)/ Jamil Salia (Dichter)/ Yehoshua Sobol (Dramatiker)/ Yossef Shiloah (Schauspieler und Regisseur)/ Ilan Toron (Schauspieler und Regisseur)/ Yoshika Wallerstein (Maler)/ Natan Zach (Dichter)

UNTERSTÜTZUNGSERKLÄRUNG

Ich unterstütze den symbolischen Friedensvertrag zwischen Israel und Palästina. (Mit einer eventuellen Veröffentlichung meines Namens bin ich einverstanden — ja/nein).

Name Beruf
Wohnsitz Unterschrift

Bitte einsenden an: Palästina-Forum, Jan Müntinga, c/o SHO Najdeh, Berliner Platz 1, 5300 Bonn 1

Das ganz besondere Angebot

Sie bekommen von uns als Geschenk



Cordelia Dilg
NICARAGUA
Bilder aus der Revolution. Fotoband mit etwa 150 Schwarzweißfotos, Format 23 x 26 cm, 128 S., broschiert mit Glanzkarton.



DIE LÄNDER DER ERDE

Politisch-ökonomisches Handbuch. Zum besseren Verständnis der täglichen Nachrichtenfülle dient dieses lexikalische Nachschlagewerk. Das Wesentliche über Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft, Parteien u. v. a. 752 S. mit zahlreichen Tabellen, Abb. und 168 Karten. Leinen mit Schutzumschlag.



ALLTAG DER APARTHEID



ALLTAG DER APARTHEID
Bilder aus Südafrika. 144 S. mit über 200 Fotos, kart. Großformat. In 7 Bild- und Textkapiteln zeigt dieser ANC-Bildband die Lebensbedingungen der Schwarzen und die ihrer weißen Herren; Zwangsumsiedlungen in die Bantustans; Kindheit und Jugend der Afrikaner, die Arbeit der Frauen und den Widerstand der Gewerkschaften.

, wenn Sie

● ein Jahresabonnement der **DRITTE WELT** -Zeitschrift verschenken

oder

● der **DRITTE WELT** -Zeitschrift ein Jahresabonnement vermitteln.

Dieses einmalige Angebot gilt nur bis zum **15. Januar 1989**

Deshalb am besten gleich Abo-Karte in der Mitte des Heftes ausfüllen, Prämienwunsch eintragen und abschicken. Ca. 14 Tage später erhalten Sie von uns Ihr Wunschbuch.

Türkei
C. Pauli, Eine „Prise Demokratie“ 1-2/61
G. Diederichs, Verhaftung von Kutlu und Sargin 1-2/62
D. Falk, „Todesfasten“ gegen Kurdenverfolgung 5/39
Hearing „Menschenrechte in der Türkei“ 8-9/61
G. Diederichs, Prozeß gegen Kutlu, Sargin und andere 8-9/62
Kurdische Linksfront TEVGER 8-9/63
F. Azad, Die Kurden als Mittel zum Zweck 11/38
U. Dufner, Richtung Demokratie? 12/38
Kurzinformation 4/58

Uganda
Kurzinformation 3/50

Vietnam
N. Binh, Bewegung in der Kamputschea-Frage 7/21
R. Bärtoldus, Film „Good Morning, Vietnam“ 12/47
Infos zur Solidarität 4/56

Westsahara
L.A. Heinrich, Durchbruch in der Westsahara-Frage 11/27
Interview mit M.A. Brahim (POLISARIO) 11/28
Kurzinformationen 1-2/77, 7/50, 10/50

Zaire
C. Braeckmann, Der IWF drückt beide Augen zu 8-9/15

Zypern
Kurzinformationen 4/58, 10/50

Regionen

Afrika/Südliches Afrika
Zu den Beziehungen Südafrikas mit Angola, Namibia, Simbabwe und Mosambik siehe: Länder-Register
OAU-Schuldenkonferenz (KI) 1-2/77
J. Becker, Bonner Afrika-Politik auf neuem Kurs (K) 1-2/79
B. Schulte, Strauß im Südlichen Afrika (K) 3/ 3
Diplomatie und Kriegeskalation (KI) 3/51
J. Kühnert, Bonner Schwenk hin zu Sanktionen 5/22
Europäische Sicherheitspolitik im Sahel (IS) 5/54
C. Sodemann, Die moderne Geißel 6/24
J. Becker, Eine Verhandlungslösung scheint nahe 7/17
Reisediplomatie Bothas (KI) 11/55

Lateinamerika
P. Imbusch, Die Verschuldungskrise nach Acapulco 3/33
Buchtip: „Peacemaker“ (IS) 4/56
H. Czapek, Das verlorene Jahrzehnt 6/20
H. Dieterich, 500 Jahre Eroberung 11/49
Lateinamerika-Gipfel (KI) 12/55

Mittelamerika/Karibik
SONDERHEFT 1/1988: Mittelamerika.
Endlich Frieden? 1-2/23
N. Biver, Der Friedensprozeß schlägt Wurzeln 1-2/24
Friedensabkommen von Esquipulas 1-2/28
P. Imbusch, Mittelamerikas Wirtschaft 1-2/30
R. Meyer, Die Sandinisten wollen keinen Frieden der Unterwerfung 1-2/33
Rede Daniel Ortigas 1-2/34
Erklärung der FSLN 1-2/38
H. Czapek, Duarte laviert 1-2/43
Interview mit N. Diaz (FMLN/FDR) 1-2/47
F. Bushin, Dialog in Guatemala? 1-2/48

Erklärung der URNG 1-2/49
R. Radke, Friedensstifter Costa Rica? 1-2/51
H. Kückelhaus, Hinhaltetaktik der Regierung Azcona 1-2/53
R. Theune/R. Rischmüller, „Nicaragua muß überleben“ 1-2/56
N. Biver, 4. San-José-Konferenz der EG 4/48
N. Biver, Washington in der Zwickmühle (K) 10/ 3

Naher und Mittlerer Osten
Zum Golfkrieg siehe: Iran
I. Lübben-Pistofidis, Arabischer Gipfel von Amman 1-2/19
Diskussionsforum Palästina/Nahostkonflikt 1-2/20
W. Brönnner, Die Shultz-Mission K.D. Fischer, Der Nahe Osten ist uns näher gekommen 5/44
Arabischer Gipfel zum Palästina-Aufstand (KI) 8-9/79

Süd- und Ostasien, Pazifik
F. Braßel, EG-ASEAN 7/41

Stichworte

Ausländerpolitik
G. Diederichs, Asylrechtsverschärfung 3/43
Asylrechtsverschärfung (IS) 5/53
Neues Ausländergesetz (IS) 7/48
C. Stellmach, Zimmermanns Ausländergesetzentwurf 8-9/70
C. Yilmaz, Nur ein deutscher Ausländer ist ein guter Ausländer (K) 12/ 3

BRD und Dritte Welt
Jusos zur Entwicklungspolitik (IS) 1-2/76
Klein gegen IWF-Kampagne (IS) 1-2/76
J. Becker, Bonner Afrika-Politik auf neuem Kurs? (K) 1-2/79
B. Schulte, Strauß im Südlichen Afrika (K) 3/ 3
U-Boot-Affäre (IS) 3/48
Gefälligkeiten für Chile (IS) 3/49
W. Brönnner, Der Atomskandal zieht Kreise (K) 4/ 3
B. Sulzer, Atomexportpolitik der BRD (Teil I) 4/ 5
Konferenz „Atombomben – Made in Germany?“ 4/ 8
Forschung für die Apartheid (KI) 4/58
J. Kühnert, Bonner Schwenk hin zu Sanktionen? 5/22
D. Falk, „Todesfasten“ gegen Kurdenverfolgung 5/39
K.D. Fischer, Der Nahe Osten ist uns näher gekommen 5/44
B. Sulzer, Atomexportpolitik der BRD (Teil II) 5/46
B. Rust (GRÜNE), Atomexporte Nord-Süd-Kampagne gegen BMZ-Zensur (IS) 5/53
E. Fried, Von Opfern zu Tätern 6/53
N. Paech, Dresdner Bank und Uran-geschäfte mit Namibia 7/36
I. El-Masry, Entwicklungspolitik und Schuldenkrise 8-9/ 7
U-Boot-Affäre (IS) 8-9/77
Daimlers Apartheidgeschäfte (IS) 8-9/77
Buchtip: Contra Freunde (IS) 10/49
U-Boot-Affäre (IS) 11/54
Bayer prozessiert gegen Kritiker (IS) 11/54
Tornado-Geschäft mit Jordanien (IS) 12/53

Ernährung
J. Ostrowsky, Wiederkehr der Hungerkrise 1-2/ 5
Washington setzt auf Wirtschafts-sanktionen gegen Äthiopien 1-2/ 8
E.M. Hinterwirth, Die Entwaldung Äthiopiens aufhalten 1-2/ 9

Internationale Organisationen und Konferenzen
OAU-Schuldenkonferenz (KI) 1-2/77
UNO für Sanktionen gegen Iran (KI) 3/50
W. Brönnner, Die Auflösung des afghanischen Knotens (K) 6/ 3
U. Kampmann, Die Rolle von IWF und Weltbank 6/30
WHO zur AIDS (KI) 8-9/78
Interview mit Javier Pérez de Cuellar 10/12
Friedensnobelpreis an UN-Truppen (KI) 11/54
Nichtpaktgebundene Jugoslawien übernimmt Vorsitz (KI) 11/55

Krieg/Frieden und Dritte Welt
W. Brönnner, Der Abrüstungsgipfel: ein Durchbruch? (K) 1-2/ 3
I. Lübben-Pistofidis, Israels Atombomben „im Keller“ 3/14
6-Staaten-Initiative für Abrüstung (KI) 3/51
W. Brönnner, Der Atomskandal zieht Kreise (K) 4/ 3
B. Sulzer, Atomexportpolitik der BRD (Teil I) 4/ 5
Konferenz „Atombomben – Made in Germany?“ 4/ 8
B. Sulzer, Atomexportpolitik der BRD (Teil II) 5/46
B. Rust (GRÜNE), Atomexporte Ostermarsch (IS) 5/54
Europäische Sicherheitspolitik im Sahel (IS) 5/54
W. Brönnner, Endzeit für Regional-konflikte? (Teil I) 7/ 5
Erklärungen zum Gipfel von Moskau 7/ 7
W. Brönnner/G. Witt, US-Langzeitstudie „Abgestufte Abschreckung“ 7/10
Konferenz der Friedensbewegung (IS) 7/49
W. Brönnner, Endzeit für Regional-konflikte? (Teil II) 8-9/22
Diskussionsforum „Endzeit für Regionalkonflikte?“ 8-9/26, 10/42, 11/21
12/47

P. Schütt, Peace Bird gegen Golfkrieg 8-9/54
GRÜNE zu „Low Intensity Conflict“ 8-9/69
Proteste gegen Rüstungsexporte (IS) 8-9/77
Internationale Konferenzen (KI) 8-9/78
Interview mit Javier Pérez de Cuellar 10/12
M. Waller, Verhandlungen über C-Waffen-Verbot 10/39
Aufruf: Demonstration gegen Rüstungsexporte 10/41
J. Primakow, Regionalkonflikte aus sowjetischer Sicht 11/16
D. Deiseröth, USA-Basen in der BRD 11/44
Die NATO in den 90er Jahren 11/46
Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz (IS) 11/54
Friedensnobelpreis an UN-Truppen (KI) 11/54
Rüstungsexporte nach Iran/Irak (IS) 12/53
Tornado-Geschäft mit Jordanien (IS) 12/53

Japan und Dritte Welt
M. Schuck, Dreierallianz im Nordwestpazifik 4/35

Kultur
P. Schütt, Westöstlicher Diwan in Prosa 3/44
J. Berelsen, „Schrei nach Freiheit“ 4/54
Buchtip: „Peacemaker“ (IS) 4/56
G. Diederichs, Der libysche Kari-katurist M. az-Zwazi 5/50
H. Denk, Garcia Marquez' Lust am Abenteuer 6/60
Kinohandbuch „Dritte Welt“ (IS) 6/65
L. Goffe, Diego Rivera 7/46
I. Janssen, Miriam Makebas Homeland Blues 8-9/73
Interview mit Harry Belafonte 8-9/74
M. Parks, Der südafrikanische Poet Mzwakhe Mbali 10/45
H. Dieterich, 500 Jahre Eroberung Amerikas 11/49
N. Castor, Manlio Argueta's Alpträume 11/51

R. Bartoldus, „God Morning, Vietnam“	12/47
Gespräch mit dem angolanischen Schriftsteller Pepetela	12/48
Ökologie	
T. Hax/G. Hannecke, Amazonas-Regenwaldvernichtung	3/46
W. Brönnner, Der Atomskandal zieht Kreise (K)	4/ 3
B. Sulzer, Atomexportpolitik der BRD (Teil I)	4/ 5
Konferenz „Atombomben – Made in Germany?“	4/ 8
B. Sulzer, Atomexportpolitik der BRD (Teil II)	5/46
Energiekredit an Brasilien (IS)	5/53
Demonstration gegen Atompolitik (IS)	5/53
Regenwaldzerstörung (IS)	7/49
Giftmüll (KI)	7/51
Konferenz gegen Uran- und Atom-mülllexporte (KI)	8–9/78
Zerstörung der Ozon-Schicht (KI)	10/51
Kongreß „Umweltzerstörung und Weltbank“	11/10
Buchtip (IS)	11/54
Ökologie-Broschüren (IS)	12/53
Religion/Kirche	
R. Brückner, Weltkirchenverbände gegen Apartheid	4/13
R. Brückner, Südafrikas Kirchen gegen Apartheid	5/19
A. Krims, Sozialenzyklika des Papstes	6/58
Appell südafrikanischer Kirchenführer	7/34
W. Kessler, Kirche und Verschuldungskrise	8–9/12
Erklärungen der Kirchen zur Verschuldungskrise	8–9/13
Christliche Gruppen fordern Entschuldung (IS)	10/49
R. Brückner, Die BRD-Kirchen meiden den Kampf	12/10
Ressourcen	
H. Bömer, Das weltweite Energieproblem (Teil IV)	1–2/70
W. Brönnner, Der Atomskandal zieht Kreise (K)	4/ 3
B. Sulzer, Atomexportpolitik der BRD (Teil I)	4/ 5
Konferenz „Atombomben – Made in Germany?“	4/ 8
B. Sulzer, Atomexportpolitik der BRD (Teil II)	5/46
Konferenz gegen Uran- und Atom-mülllexporte (KI)	8–9/78
Rezensionen	
L.A. Heinrich, Neue Bücher zum Iran	1–2/74
P. Imbusch, Schuldenkrise	6/48
L.A. Heinrich, Reislamisierung	6/63
U. Rupp, Energieverschwendung	7/47
F. Braßel, Die Philippinen nach Marcos	12/50
Solidaritätsbewegung	
R. Theune/R. Rischmüller, „Nicaragua muß überleben“	1–2/56
Bankenaktionen in Aachen (IS)	1–2/75
3. UNIMOG-Umrüstung (IS)	1–2/76
Jusos zur Entwicklungspolitik (IS)	1–2/76
Klein gegen IWF-Kampagne (IS)	1–2/76
Südafrikas Aggressionen gegen Mosambik (IS)	3/48
Weihnachtskonvoi nach El Salvador (IS)	3/48
R. Falk, Die Schulden sind unbezahlbar	4/11
Korea Olympia Kampagne '88	4/42
Nord-Süd-Kampagne des Europarats (IS)	4/56
Bankenaktionstag (IS)	4/56
Bundestreffen der Chile-Gruppen (IS)	4/57
Preis für Winnie und Nelson Mandela (IS)	4/57
Aktionsprogramm von Arusha	5/24
Erklärung der westeuropäischen AABs zu Sanktionen	5/26

J. Becker, Hearing der GRÜNEN	5/31
K.D. Fischer, Der Nahe Osten ist uns näher gekommen	5/44
Nord-Süd-Kampagne gegen BMZ-Zensur (IS)	5/53
Aktionen gegen Energiekredit an Brasilien (IS)	5/53
Demonstration gegen IGfM (IS)	5/54
P. Wahl, Die Verschuldung ist kein Modethema	6/18
Plattform der IWF/Weltbank-Kampagne	6/50
E. Fried, Von Opfern zu Tätern	6/53
AAB zieht Bilanz (IS)	6/65
Westeuropäische AABs fordern Sanktionen (IS)	6/65
N. Biver, „Heißer Terror-Herbst in Berlin“? (K)	7/ 3
AAB: Freiheit für Nelson Mandela!	7/ 4
M. Schuck, Südafrika-Kongreß der IG Metall	7/33
N. Völlmecke, Bankenaktionstag '88	7/35
Selbstdarstellung der IWF/Weltbank-Kampagne	7/44
Aufruf zum Internationalen Gegenkongreß	7/45
Sharpeville 6 (IS)	7/48
Erklärung DGB-COSATU	8–9/50
Chile-Informationsbüro gegründet (IS)	8–9/77
Sportboykott gegen Apartheid (IS)	10/49
R. Falk, Bilanz der IWF/Weltbank-Kampagne	11/ 5
S. Flaig, Nicaragua-Städtepartner-schaftstreffen	12/21
Aufruf „Waffen für El Salvador“	12/25
M. Steinberger, 2. Treffen gewerkschaftlicher Solidaritätsgruppen	12/46
Sport	
R. Werning, Seouls Rechnung geht auf	4/18
G. Diederichs, Die XXIV. Sommerolympiade	4/39
G. Diederichs, Ruud Gullit: Mandela nicht vergessen!	8–9/72
Sportboykott gegen Apartheid (IS)	10/49
R. Werning, Die Rückseiten gemalter Reiskuchen (K)	11/ 3
G. Diederichs, Seouler Superlative	11/42
UdSSR und Dritte Welt	
W. Brönnner, Der Abrüstungsgipfel: ein Durchbruch? (K)	1–2/ 3
W. Helms, Durchbruch in der Afghanistanfrage	5/33
Erklärung M. Gorbatschows zu Afghanistan	5/35
Sowjetisch-afghanische Erklärung	5/36
W. Brönnner, Die Auflösung des afghanischen Knotens (K)	6/ 3
Das Genfer Afghanistan-Abkommen	6/ 6
W. Brönnner, Endzeit für Regionalkonflikte? (Teil I)	7/ 5
Erklärungen zum Gipfel von Moskau	7/ 7
W. Brönnner, Endzeit für Regionalkonflikte? (Teil II)	8–9/22
G. Schucher, Wandel in Chinas UdSSR-Politik	10/24
Truppenabzug aus Afghanistan gestoppt (KI)	11/54
R. Falk, UdSSR-Politik zu Dritte Welt und Schuldenkrise	12/41
USA und Dritte Welt	
W. Brönnner, Der Abrüstungsgipfel: ein Durchbruch? (K)	1–2/ 3
Washington setzt auf Wirtschafts-sanktionen gegen Äthiopien	1–2/ 8
N. Biver, Der Friedensprozeß in Mittelamerika schlägt Wurzeln	1–2/24
N. Biver, Dämpfer für Reagan	3/35
M. Schuck, Dreierallianz im Nordwestpazifik	4/35
Noriegas Sturz mißlungen (KI)	4/57
N. Biver, Sisyphus in Mittelamerika (K)	5/ 3
W. Helms, Durchbruch in der	

Afghanistanfrage	5/33
W. Brönnner, Die Auflösung des afghanischen Knotens (K)	6/ 3
Das Genfer Afghanistan-Abkommen	6/ 6
Iran muß zurückstecken (KI)	6/66
W. Brönnner, Endzeit für Regionalkonflikte? (Teil I)	7/ 5
Erklärungen zum Gipfel von Moskau	7/ 7
W. Brönnner/G. Witt, US-Langzeitstudie „Abgestufte Abschreckung“	7/10
Richtlinien für eine „abgestufte Abschreckung“	7/13
J. Becker, Eine Verhandlungslösung scheint nahe	7/17
N. Biver, Contra läßt Verhandlungen platzen	7/24
W. Brönnner, Ende des Golfkriegs? (K)	8–9/ 3
W. Brönnner, Endzeit für Regionalkonflikte? (Teil II)	8–9/22
J. Becker, Verhandlungen und Krieg	8–9/40
Wirtschaft, Entwicklung, Verschuldung	
Klein gegen IWF-Kampagne (IS)	1–2/76
OAU-Schuldenkonferenz (KI)	1–2/77
P. Imbusch, Die Verschuldungskrise nach Acapulco	3/33
R. Falk, Die Schulden sind unbezahlbar	4/11
Nord-Süd-Kampagne des Europarats (IS)	4/56
Nord-Süd-Kampagne gegen BMZ-Zensur (IS)	5/53
Aktionen gegen Energiekredit an Brasilien (IS)	5/53
SONDERHEFT 3/1988: Schuldenkrise	6/17
P. Wahl, Die Verschuldung ist kein Modethema	6/18
H. Czapek, Das verlorene Jahrzehnt Lateinamerikas	6/20
Ch. Sodemann, Die moderne Geißel Afrikas	6/24
R. Falk, Die Schulden der Dritten Welt als Problem der Ersten	6/27
U. Kampmann, Die Rolle von IWF und Weltbank	6/30
C. Pauli, Neue Gläubigerstrategien	6/31
P. Imbusch, Wege aus der Krise	6/39
Dokumentation: Alternativen zur Schuldenkrise	6/43
Rezension	6/48
Plattform der IWF/Weltbank-Kampagne	6/50
Aktions- und Materialspegel	6/51
N. Biver, „Heißer Terror-Herbst in Berlin“? (K)	7/ 3
Selbstdarstellung der IWF/Weltbank-Kampagne	7/44
Aufruf: Internationaler Gegenkongreß	7/45
M. Voregger, Wirtschaftsgipfel von Toronto	8–9/ 5
I. El-Masry, Entwicklungspolitik und Schuldenkrise	8–9/ 7
Bundestagsdebatte zur Schuldenkrise	8–9/10
W. Kessler, Kirche und Verschuldungskrise	8–9/12
Erklärungen der Kirchen zur Verschuldungskrise	8–9/13
C. Braeckmann, Zaire: Der IWF drückt beide Augen zu	8–9/15
J.V. Sarmiento, Philippinisches Bündnis fordert Schuldenfreiheit	8–9/21
Christliche Gruppen fordern Entschuldung (IS)	10/49
R. Falk, Bilanz der IWF/Weltbank-Kampagne	11/ 5
Grußbotschaft Fidel Castros	11/ 6
Urteil gegen IWF und Weltbank	11/ 7
W. Hättig, Eröffnungsrede zum Gegenkongreß	11/ 8
Kongreß „Umweltzerstörung und Weltbank“	11/10
Rede von J. Randriamasivelo (AAPSO)	11/11
West-Berliner Erklärung des Gegenkongresses	11/12
M. Voregger, Die IWF/Weltbank-Tagung	11/14
R. Falk, UdSSR-Politik zu Dritte Welt und Schuldenkrise	12/41

Kuba

Horst-Eckart Gross

30 Jahre revolutionäres Kuba Das veränderte Lateinamerika

Am 1. Januar 1989 jährt sich der Sieg der kubanischen Revolution, d.h. der Einzug der von Fidel Castro angeführten Rebellen in Havanna, zum 30. Mal. Das Jubiläum fordert zur Rückschau und zur aktuellen Standortbestimmung heraus. Die Besonderheiten und Beispielwirkung der kubanischen Volksrevolution begutachtet Horst-Eckart Gross, Vorstandsmitglied der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba und Herausgeber der Werke Che Guevaras. Den gegenwärtigen Standort und die Problemlage des sozialistischen Kuba untersucht Peter Garcia, indem er sich streitbar mit Fidel Castros Distanzierungen gegenüber der sowjetischen „Pestroika“ auseinandersetzt. Er knüpft damit – in noch zugespitzterer Form – an seinen zweiseitigen Beitrag zur kubanischen „Rectificación (Fehler-Berichtigung)“ in AIB 3 und 4/1988 an und fordert damit zur Diskussion heraus. Der Autor ist Mitglied des Redaktionskollektivs von „Cuba libre“ und ständiger Mitarbeiter von DRITTE WELT.

30 Jahre nach ihrem Sieg ist offensichtlich denn je, daß die kubanische Revolution das politische Panorama Lateinamerikas grundlegend verändert hat. Von den zerklüfteten Bergen der Sierra Maestra aus wurde der politische und bewaffnete Kampf geführt, der zum Sturz der Batista-Diktatur und danach zu einem tiefgreifenden Transformationsprozeß der kubanischen Gesellschaft führte. Welche Auswirkungen hatte diese bisher einmalige Entwicklung in Lateinamerika?

Auf den ersten Blick wenig, denn zu einem zweiten Kuba kam es nicht. Neun Jahre nach dem Sieg über die Somoza-Diktatur gibt es zwar einen revolutionären Prozeß in Nicaragua, aber kein sozialistisches Nicaragua.

Ist Kuba also eine historische Ausnahme, ein Betriebsunfall der Geschichte? Nein, damit ist lediglich bewiesen, daß jedes Land seinen eigenen Entwicklungsweg geht und daß sich revolutionäre Prozesse nicht kopieren lassen – auch wenn dies manchmal versucht wurde und wird.

Zwei Faktoren bestimmen die Ausstrahlungskraft der kubanischen Revolution: Die Lösung der grundlegenden Probleme eines unterentwickelten Landes sowie das Verhältnis zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten. Von sekundärer, aber keineswegs geringer Bedeutung war und ist die ungebrochene charismatische Ausstrahlungskraft sowie die moralische Integrität und Glaubwürdigkeit Fidel Castros und Che Guevaras.

In Kuba sind heute die grundlegenden Probleme eines unterentwickelten Landes gelöst, da die gesamte Bevölkerung – und nicht nur wohlhabende Schichten –

keinen Hunger kennt, über Zugang zu einem hochentwickelten Gesundheits- und Bildungswesen verfügt und eine eigenständige kulturelle Identität entwickeln konnte. Auch wenn es heute in Kuba zahlreiche ernste Probleme gibt, so sind doch die Errungenschaften von 30 Jahren Revolution für die Lateinamerikaner durchaus beeindruckend. Das sozialistische Kuba bewies, daß Hunger und Elend in einem unterentwickelten Land überwindbar sind, was der kubanischen Revolution in Lateinamerika eine moralische Autorität verlieh, die ein Tourist aus der BRD kaum einzuschätzen vermag, der oft nur baufällige Häuser und fehlende Konsumartikel wahrnimmt.

Bis zum Sieg der kubanischen Revolution bestimmte der scheinbar allmächtige Nachbar im Norden die Geschichte Lateinamerikas. US-Unternehmen prägten die Wirtschaft des Kontinents

und politisch gehörte der US-Botschafter zu den mächtigsten Männern in den Ländern Lateinamerikas. Völlig selbstverständlich betrachteten die USA Lateinamerika als ihren Hinterhof, über den sie selbstverständlich zu verfügen haben. Der US-Imperialismus konnte sich bis 1959 durchsetzen, sei es durch Bestechung, Druck und Drohungen oder, wenn diese Mittel erschöpft waren, durch Gewalt – vom Mord bis hin zur militärischen Intervention.

Die Geschichte aller lateinamerikanischen Länder weiß von Palastrevolten und Demagogen zu berichten, aber auch von zahlreichen und sehr unterschiedlichen Ansätzen, die drängendsten Probleme der Unterentwicklung zu lösen. Wenn auch die geringste Reform den Interessen der USA zuwiderlief, respektierten sie weder demokratische Legitimation noch nationale Souveränität. Vier Beispiele: Die Aneignung des Panama-Kanals 1903, die Putsch in Guatemala 1954 und 1973 in Chile, die Besetzung Grenadas 1983.

Nun zeigte das kleine Kuba, gerade 90 Meilen von den USA entfernt, daß auch gegen den Willen der Machthaber in Washington eine selbständige Innen- und Außenpolitik machbar ist. Und vielleicht noch wichtiger: Es ist möglich, sich gegen die USA zu behaupten. Dabei ließen die USA fast keinen Versuch aus, den revolutionären Prozeß in Kuba zu vernichten, lediglich auf den Einmarsch von US-Truppen verzichteten sie bisher. In den ersten Jahren fanden sie breite Un-

Isolierung durchbrochen: Castro mit den Staatschefs Argentiniens und Kolumbiens, R. Alfonsín und V. Barco (v.l.n.r.), bei der Amtseinführung des ecuadorianischen Präsidenten R. Borja





Rebellen beim Einzug in Havanna im Januar 1959

terstützung bei den anderen Regierungen Lateinamerikas, denn alle Staaten bis auf Mexiko brachen die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab.

Die Erfolglosigkeit dieser Politik war nicht nur ein Sieg der Kubaner, sondern auch eine Niederlage der USA, da in Lateinamerika ein Bewußtseinswandel eintrat, der allmählich selbst konservativste Kreise erfaßte: Die Erkenntnis verbreitete sich, daß die USA nicht allmächtig sind. So wirkte sich die kubanische Revolution nicht unmittelbar aus, sondern sie bewirkte indirekt einen Bewußtseinswandel und trug so zur Herausbildung einer neuen und lateinamerikanischen Identität bei.

Sichtbarer Ausdruck dieses neuen Selbstbewußtseins sind die guten Beziehungen zahlreicher lateinamerikanischer Regierungen zu Kuba bis hin zur Contadora-Initiative mit den Vereinbarungen von Esquipulas zur Verhinderung einer Intervention der USA in Mittelamerika, aber auch der bisher erfolgreiche Widerstand Panamas gegen den Druck aus Washington — vor 20 Jahren unvorstellbare Erscheinungen.

In den Augen der in präpotenten Vorstellungen befangenen USA konnte dies nur als Demütigung verstanden werden. Denn anders ist es nicht zu erklären, daß zwischen den USA und der UdSSR intensiv eine Verständigung gesucht und dabei stets neue Erfolge erzielt werden, während die Bekämpfung Kubas nicht nachläßt, sondern intensiviert wird. Wie anders ist es zu erklären, daß die USA ihre Beziehungen zur UdSSR normalisieren, Kuba jedoch immer noch mit irrationaler Vehemenz bekämpfen?

Kurzfristig wirkte sich der Sieg der kubanischen Revolution in Form der Intensivierung des Befreiungskampfes in allen Ländern Lateinamerikas aus. Fast überall wurde der bewaffnete Kampf geführt.

Mitte der 60er Jahre verließ der damals bereits legendäre Che Guevara Kuba, nicht um allein in Bolivien, sondern in ganz Lateinamerika die Revolution mit dem ihm eigenen Optimismus voranzutreiben: „Die Anden werden die Sierra Maestra Lateinamerikas werden.“ Der Erfolg stellte sich jedoch nicht ein, Che fiel im Kampf. Gab dies jenen Recht, die von Voluntarismus und Abenteuerum sprachen? Nein, denn auch wenn Che und mit ihm die Führung der kubanischen Revolution die Gemeinsamkeiten der lateinamerikanischen Völker über- und ihre spezifischen Unterschiede und Eigenheiten unterschätzten, war und ist der subjektive Faktor, also der entschiedene persönliche Einsatz, nach wie vor von zentraler Bedeutung für jeden revolutionären Prozeß.

Eine weitere Auswirkung der kubanischen Revolution ist die sozialistische Zielsetzung der revolutionären Bewegungen Lateinamerikas. Durch die Flexibilität und Offenheit der KP Kuba kam es, daß Beziehungen mit sämtlichen revolutionären Bewegungen Lateinamerikas, ausgenommen der Leuchtende Pfad in Peru, bestehen.

Die Bekämpfung der fast überall aktiven Guerilla-Gruppen wurde nach 1959 von den USA äußerst sorgfältig geplant und durchgeführt. Zuerst wurde mit der „Allianz für den Fortschritt“ versucht, die krassen Erscheinungen sozialer Ungerechtigkeit zu beseitigen, um damit der Guerilla die soziale Basis zu entziehen — das Ergebnis war ein Fiasko. Danach wurden neue Strategien der Aufstands-bekämpfung entwickelt.

Schon vor diesem Zeitpunkt gab es in Lateinamerika Diktaturen und politi-

Das Beispiel Kuba bewirkte indirekt einen Bewußtseinswandel und die Herausbildung einer neuen lateinamerikanischen Identität

sche Morde, aber seit den 60er Jahren wurden Mord, Folter und „Verschwindenlassen“ systematisch gegen die linken Kräfte eingesetzt. Die Diktaturen u.a. in Brasilien, Argentinien, Chile zeigten in ihrer systematischen Brutalität die Zuspitzung des Klassenkampfes auf dem Kontinent auf.

In vielen Ländern Lateinamerikas scheiterten Befreiungsbewegungen. Der Sieg der Sandinisten in Nicaragua aber belegte die Bedeutung des bewaffneten Kampfes für die Befreiungsbewegungen Lateinamerikas ebenso wie der jetzt bereits acht Jahre anhaltende Befreiungskrieg in El Salvador.

Aber nicht nur die revolutionären Bewegungen wurden von der kubanischen Revolution beeinflusst. Selbst in den Streit-

kräften, traditionell Garanten der Herrschaft der Oligarchie und eng mit den USA verbunden, entstanden fortschrittliche Bewegungen, so in Peru und in Panama. Und die Streitkräfte in Guatemala, die seit 30 Jahren einen blutigen Bürgerkrieg gegen das eigene Land führen, sind mehr als reserviert gegenüber den USA — Erscheinungen, die vor 20 Jahren ebenfalls unvorstellbar waren.

Doch Kuba will den Prozeß der Veränderung Lateinamerikas weiter vorantreiben. Angesichts der teilweise enormen Belastung der meisten lateinamerikanischen Länder durch die Außenverschuldung hat Quer- und Vordenker Fidel Castro Analysen vorgelegt, die zwar nicht unmittelbar wirksam wurden, wohl aber das Denken von Regierungen bis hin zu Bankern beeinflusst haben.

So ist es bisher noch nicht zu der gemeinsamen Front der Schuldner gekommen, da jedes Land versucht, seine eigenen Vereinbarungen mit den Gläubigern zu treffen — was von letzteren auch strikt gefordert wird. Es mehren sich jedoch die Hinweise, daß mit dem Anwachsen der Schuldenlast sich auch Tendenzen zum einheitlichen Handeln abzeichnen. Die Lösung der Verschuldungsproblematik liegt jedoch nicht in der Streichung der Schulden, eine neue Weltwirtschaftsordnung muß die Ursachen der Verschuldung beseitigen. Hier hat Kuba bereits einige grundlegende Konzeptionen zur Diskussion gestellt, weitere Impulse sind zu erwarten.

Eine weitere Komponente der Ausstrahlungskraft Kubas ist der ausgeprägte und uneigennützig praktizierte Internationalismus. Über 20.000 Schüler und Studenten aus 37 Ländern erhalten in Kuba kostenlose Ausbildung. Kubanische Ärzte arbeiten ebenfalls unentgeltlich in 22 Staaten und in anderen sind kubanische Lehrer, Techniker, Bauarbeiter tätig.

Kubanische Soldaten kämpften in Äthiopien und Angola nicht in internen Auseinandersetzungen, sondern gegen Aggressoren aus einem anderen Land. Die Frontstaaten im Süden Afrikas wissen, daß nur durch den Kampf kubanischer Soldaten eine noch größere Destabilisierung ihrer Länder verhindert wurde — ein Vergleich mit Afghanistan wurde daher nur von den imperialistischen Staaten angestellt.

Weder Stellungnahmen der Bewegung der Blockfreien, in der das Mitglied Kuba hoch geachtet wird, noch ein Abstimmungsergebnis in der UNO deuten darauf hin, daß dieser Vergleich von den unterentwickelten Staaten akzeptiert wurde.

Das revolutionäre Kuba veränderte Lateinamerika und wurde zu einem Faktor der Weltpolitik — Ergebnis einer konsequenten und prinzipienfesten Politik.

Abgrenzung von der „Perestroika“

Peter García

Der Demokratisierungsprozeß in der Sowjetunion löst weltweit nicht nur positive Reaktionen aus. Das gilt auch für die sozialistischen Länder, wie das Beispiel Kuba zeigt.

In seiner letztjährigen Moncada-Rede¹ kritisierte Kubas Staatsoberhaupt Fidel Castro — wenn auch indirekt — die Politik seines sowjetischen Amtskollegen Michail Gorbatschow. Dem äußeren Anschein nach richtete Fidel sein rhetorisches Feuer zwar nur auf „Instrumentarien, die nach Kapitalismus riechen“, auf „Methoden des Kapitalismus“. Und er entschärfte seine Kritik noch zusätzlich, indem er in den Raum stellte: „(Unser) Prozeß der Fehlerberichtigung nahm auf dem 3. Kongreß unserer Partei seinen Anfang; mehr oder weniger zur gleichen Zeit geschah dasselbe (lo mismo) auch in der Sowjetunion...“

Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, daß Fidel nicht genauestens über die grundsätzlichen Unterschiede zwischen der kubanischen „rectificación“² (Fehler-Berichtigung), die sich in moralischen Appellen erschöpft, und der sowjetischen „Perestroika“ (Umgestaltung der Gesellschaft) informiert ist. Das Ziel ist zwar in beiden Fällen das gleiche: die Menschen zur selbständigen und eigenverantwortlichen Mitarbeit beim Aufbau des Sozialismus zu gewinnen.

Was aber heute in Kuba und in der Sowjetunion geschieht, sind zwei Prozesse, die von ihrer Auswirkung her wenig miteinander gemein haben und schon gar nicht „dasselbe“ sind. Der Gegensatz zwischen der Reparatur einer alten, von Hand betriebenen Maschine und deren Ersatz durch eine moderne, numerisch

gesteuerte könnte nicht größer sein.

In seiner Moncada-Rede hebt Fidel selbst einige der prinzipiellen Unterschiede zwischen beiden Prozessen hervor. So sagt er zur Frage der Demokratie in Kuba: „...Wir haben hier absolut nichts zu verbessern, wir haben ein demokratisches System... Wir haben nichts dazuzulernen...“ Dagegen Gorbatschow in seiner Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution: „Die Demokratisierung der Gesellschaft ist das Herzstück der Umgestaltung, und davon, wie die Demokratisierung vor sich gehen wird, hängen sowohl der Erfolg der Umgestaltung als auch ... die Zukunft des Sozialismus als Ganzes ab...“ Es gehe u.a. darum, „die Menschenrechte zu erweitern und zu festigen...“³ Während Gorbatschow von einer Wirtschaftsreform spricht, die „den Über-

Das Absinken des Lebensstandards und Versorgungsmängel sind Warnsignale, die auf die Überfälligkeit wirtschaftlicher Umgestaltungen verweisen

gang vom übermäßig zentralisierten und weisungsgebundenen Leitungssystem zu einem demokratischen System sichern (soll)...“, das „eine bedeutende Erweiterung der Selbständigkeit von (Betriebs-) Vereinigungen und Betrieben (voraussetzt)“, kündigt Fidel in seiner Moncada-Rede auch hier genau das Gegenteil an: „Wir werden die Rolle des Plansystems nicht schwächen...“

Die beiden vorgenannten Beispiele beweisen eindeutig, daß es hier nicht um Instrumentarien des Kapitalismus, sondern um die Politik der Perestroika geht, die Fidel kritisiert und zumindest für sein Land ablehnt. Natürlich verlangt von Kuba niemand, daß es einfach kopiert, was in der Sowjetunion oder sonstwo geschieht. Fidel hat ganz recht, wenn er betont: „Es gibt keine zwei identischen Geschichtsabläufe, keine zwei identischen Mentalitäten...“

Die Vergleichbarkeit zwischen den beiden Ländern wird allein durch den unterschiedlichen Grad der wirtschaftlichen Entwicklung eingeschränkt. 1983 (neuere Zahlen nicht verfügbar) lag das Pro-Kopf-Einkommen des Industrielandes Sowjetunion um fast das Siebenfache über dem Kubas. Die Karibikinsel weist darüber hinaus in ihrer Wirtschaftsstruktur alle Wesensmerkmale eines Entwicklungslandes auf: schwach entwickelter Investitionsgütersektor (10% der gesamten Industrieproduktion), Abhängigkeit der Wirtschaft und des Exports (zu 80%) von einem Agrarprodukt wie Zucker, Importabhängigkeit bei Maschinen, Fahrzeugen, Chemieprodukten und Lebensmitteln und hohe Auslandsverschuldung (sozialistische Länder mindestens 10 Mrd und Hartwährungsländer 6 Mrd US-Dollar).

Allerdings ist Kuba gleichzeitig auch ein sozialistisches Land. Im Gegensatz zu den meisten anderen Entwicklungsländern garantiert die Karibikinsel ihren Bürgern das Recht auf Arbeit, die Versorgung mit billigen Grundnahrungsmitteln, kostenlose Schulbildung, vorbildliche Gesundheitsfürsorge sowie soziale

In seiner Rede zum 35. Jahrestag der Erstürmung der Moncada machte Castro (r.) deutlich, daß Kuba den Weg Gorbatschows (l.) nicht gehen will



Sicherheit im Alter, bei Erwerbsunfähigkeit und Krankheit.

Auch außenpolitisch spielt Kuba eine beispielhafte Rolle. Das kleine Land mit nur 10 Mio Einwohnern hat in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts das Gesicht der Welt deutlich sichtbar mitgeprägt. Kuba ist an entscheidender Stelle in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen tätig und leistet konstruktive Beiträge zur Abrüstung, zur Lösung der Schuldenkrise, zur Entkolonialisierung und zur Verteidigung der Rechte der Völker der Dritten Welt.

Es spielt eine Schlüsselrolle bei der Lösung des Konflikts im Südlichen Afrika, der vom Rassistenregime in Pretoria angezettelt wurde. Mittlerweile setzten in Angola über 50.000 Kubaner ihr Leben für die Verteidigung des angolanischen Volkes aufs Spiel. Weitere 20.000 kubanische Ärzte, Lehrer, Techniker und sonstige Fachkräfte sind in 35 anderen Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im Einsatz. Die ungleich reichere Bundesrepublik bringt dagegen weltweit ganze 4.600 Entwicklungshelfer auf die Beine. Die Sozialleistungen Kubas für seine Bevölkerung — und bis zu einem gewissen Grad auch seine internationalistischen Hilfsmaßnahmen — sind jedoch nur deshalb möglich, weil Kuba von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern massive finanzielle Unterstützung erhält. Diese Hilfe erfolgt sowohl direkt in Form von Milliarden-Krediten zu äußerst günstigen Bedingungen (z.B. 2% Zinsen pro Jahr) als auch indirekt über die Erlaubnis zum teureren Reexport des billig gelieferten sowjetischen Erdöls und über Preissubventionen. Jedes Jahr kaufen die sozialistischen Länder über 5 Mio Tonnen (t) kubanischen Zucker (allein die UdSSR 4 Mio). Der dafür gezahlte Preis liegt um das Sechsfache über dem Weltmarktpreis. Bei jährlichen Einnahmen von 4,8 Mrd Pesos aus dem Zuckerexport in die RGW-Länder heißt das, daß Kuba pro Jahr Subventionen von mehr als 4,2 Mrd Pesos alleine aus diesem Bereich erhält. Die Bedeutung dieser Unterstützung wird durch folgende Passage aus Fidels Moncada-Rede unterstrichen: „...Die Trockenheit kostete uns mehr als 1 Mio t (Zucker) und wir mußten (1987 und 1988) nicht nur unsere Zuckerexporte in die Hartwährungsländer verringern, sie fast einstellen, sondern wir mußten jährlich auch noch 1 Mio t Zucker importieren, um unsere Verpflichtungen gegenüber den sozialistischen Ländern zu erfüllen...“ Was Fidel hier nicht erwähnt hat, ist die Tatsache, daß Kuba an der Preisdifferenz zwischen Einkauf zu niedrigen Weltmarktpreisen und Verkauf zu hohen sozialistischen Garantiepreisen trotz der aufgewandten West-



Die Monokultur Zucker bleibt weiterhin das wichtigste Exportprodukt

Devisen gut verdient hat.

Kuba wird 1988 49% des Staatshaushaltes von fast 12 Mrd Pesos für Bildung, Gesundheitswesen und Sozialfürsorge ausgeben. Stellt man diesen Kosten die Hilfeleistungen der sozialistischen Länder gegenüber, wird deutlich, daß derzeit der größte Teil der respektablen Sozialleistungen der Karibikinsel nicht aus eigener Tasche finanziert wird. Dazu kommt, daß trotz dieser massiven Unterstützung der materielle Lebensstandard der Bevölkerung weiter abgesunken ist. Bereits im Dezember 1986 waren eine Reihe von Preisen für öffentliche Dienstleistungen angehoben worden — bei gleichzeitigem Schrumpfen der Real-löhne um 4,2%. Trotz des staatlich garantierten Bezugssystems sind inzwischen Unterwäsche, Zahnpasta, Fleisch, Zwiebeln und andere Güter wieder Mangelwaren.

Verantwortlich für die Versorgungsmängel sind sowohl externe als auch interne Faktoren. Zu den externen gehören neben dem andauernden US-Wirtschaftsboykott der chronische Verfall der Zuckerpreise am Weltmarkt und die schädlichen Einflüsse von Dürreperioden, Regenfluten und Orkanen auf die Zuckerproduktion. Die wichtigsten internen Faktoren sind das rigide Plansystem und die einseitige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf ein Agrarprodukt wie Zucker, dessen Nutzen für die kubanische Volkswirtschaft von vielen unberechenbaren Faktoren abhängt. Die spürbare Verschlechterung des materiellen Lebensstandards nach 30 Jahren Revolution und die Tatsache, daß Kuba seine sozialen Errungenschaften z.Zt. kaum noch selbst finanzieren kann, sind unübersehbare Warnsignale. Die Karibikinsel kommt an einer grundsätzlichen Umgestaltung der Wirtschaft nicht vorbei — und auch nicht an einer

kritischen Diskussion der internen Ursachen für die jetzige Situation, einschließlich der Wirtschaftspolitik der Kommunistischen Partei Kubas.

Einer solchen Diskussion hält Fidel jedoch das Argument entgegen: „Die Imperialisten versuchen jetzt auf der Basis der Selbstkritik der sozialistischen Länder und der Sowjetunion, alles das in den Dreck zu ziehen, was der Sozialismus je geleistet hat; sie versuchen, alles in Verruf zu bringen, was der Sozialismus geschaffen hat, seine geschichtlichen Verdienste zu schmälern und den Sozialismus zu demoralisieren...“ Das ist sicher richtig. Nur — darum geht es nicht. Denn was die Menschen nicht nur in Kuba und der Sowjetunion, sondern in der ganzen Welt interessiert, das sind Fragen, die mit dem Wesen und der Zukunft des Sozialismus zu tun haben, das ist die Frage seines Stellenwertes in der Geschichte der Menschheit. Es ist kaum hilfreich, die offene Diskussion dieser Fragen damit unterbinden zu wollen, daß die „Imperialisten“ dadurch eine Bestätigung für ihre Ansichten er-

Einzug in von Mikrobrigaden erbaute Häuser



halten.

Abgesehen davon, daß viele dieser „Imperialisten“ gar keine sind, sondern Menschen, die gelernt haben, in ihren eigenen Ländern nicht alles unbesehen hinzunehmen und deshalb auch dem Sozialismus gegenüber die Augen offenhalten. Wenn Fidel sagt: „Die Autorität der Partei wird nie geschwächt werden!“, stellt sich die Frage: Was aber, wenn die Partei sich irrt? Wer kontrolliert die Partei? Hat nicht die Geschichte der Sowjetunion, Chinas und Rumaniens — um nur einige hervorstechende Beispiele zu nennen — jahrzehntlang demonstriert, welch gravierende Folgen die Irrtümer und Schwächen einzelner Personen an der Spitze der Partei für ganze Völker haben können?

Natürlich sind diese Beispiele nicht auf Kuba übertragbar. Der roten Insel in der Karibik sind bisher ein Stalin und die systematische Verletzung der Menschenrechte erspart geblieben. Aber die gleichen Strukturen bergen auch die gleichen Gefahren in sich.

Kommen wir noch einmal auf eine andere Aussage Fidels zurück, nämlich darauf, daß an der Rolle des Plansystems ebenfalls nicht gerüttelt werden soll. Auch hier ist wieder die Frage: Wer beurteilt die von der Partei aufgestellten Pläne und wer kontrolliert die Partei bei der Erfüllung der Pläne? Diese Probleme sind für Länder, in denen die Partei die einzige Autorität darstellt, von grundlegender Bedeutung. Nicht nur, daß sich die Planung oft als eine Programmierung von Versorgungsmängeln darstellt. Es gibt auch endlose Beispiele dafür, wie die Planerfüllung zum Instrument des persönlichen Fortkommens auf Kosten anderer Menschen — ja, der ganzen Bevölkerung — wird.

Eines dieser Beispiele ist Tschernobyl, als zur Erfüllung des Forschungsplans einfach alle Sicherheitsvorkehrungen abgeschaltet wurden. Die Folgen sind all-

gemein bekannt. Ein zweites Beispiel ist die Baumwollernte in Usbekistan, deren jährliche Steigerung nur durch hochgiftige Chemikalien und durch den siebentägigen Einsatz von Schulkindern erreicht werden kann. In welchem Maße die jahrelange Verwendung hochgiftiger Pestizide in Usbekistan die Häufigkeit von Mißgeburten in die Höhe trieb, wurde erstmalig in diesem Jahr in der sowjetischen Presse veröffentlicht.⁴ Inzwischen hat die zuständige Behörde die Zahl der höchst gefährlichen Chemikalien von 10 auf sechs gesenkt und die Planvorgaben das erste Mal — wenn auch nur geringfügig — vermindert. Die Journalisten müssen also weiterkämpfen...

Es geht jedoch bei dieser Frage bei weitem nicht nur um Verbrechen an der Gesundheit und am Leben der Menschen. Hunderte von Branchen- und Produktplänen werden an den Interessen der Bevölkerung vorbei aufgestellt und ohne Rücksicht auf Qualität und Aussehen der produzierten Artikel oder auf das Niveau der angebotenen Dienstleistungen erfüllt. Dazu gehören kubanische Schuhe, die nach einem Regenguß im wahrsten Sinne des Wortes untragbar werden, Elektrogeräte, die bald ihren Geist aufgeben, Kleidungsstücke ohne Schick und phantasielose Wohnsilos. Die tausend kleinen Ärgernisse des täglichen Lebens lassen oft vergessen, daß kostenloser Schul- und Arztbesuch nicht überall auf der Welt selbstverständlich sind. Die Ursachen für die massive „Vorbeiplanung“ an den Menschen liegen im hierarchischen Aufbau der Gesellschaftsstrukturen des heutigen „realen“ Sozialismus, der Machtmißbrauch begünstigt. Aus den sozialistischen Ländern sind genug Beispiele bekannt, die beweisen, daß für manche Wirtschaftsfunktionäre die aus der Planerfüllung resultierenden Prämien und Beförderungen die gleiche Funktion haben, wie das Profitstreben für Unternehmer in den kapitalistischen Ländern.

Der Aufbau des Sozialismus in Kuba wird sicher durch die geographische Nähe zur stärksten imperialistischen Macht der Welt zusätzlich erschwert. Aber dieses Argument muß bei Fidel dazu herhalten, Kuba gegen eine Änderung rigider und ineffizienter Strukturen abzuschirmen. Die notwendige Kontrolle der politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten der Parteifunktionäre durch ein Organ, das parteiunabhängig ist, wird durch einen Appell an das Gewissen der Parteifunktionäre ersetzt. Dazu Fidel: „(Wir) müssen ... die ideologische Reinheit der Revolution wahren, die ideologische Festigkeit der Revolution...“

Wenn Fidel sagt, daß in der Sowjetunion derselbe Prozeß der Berichtigung von Fehlern wie in Kuba stattfindet, läßt er

Edgar Einemann/Matthias Kollatz (Hg.)

TECHNOLOGIE-ENTWICKLUNG UND REFORMPOLITIK

Ein ökologisches Ein-Lesebuch

1988, 240 S., DM 19,80
ISBN 3-924800-93-6

Texte zum Zusammenhang von Technologieentwicklung und Reformpolitik. Stichworte aus dem Inhalt: Demokratisierung des technologischen Wandels, Computer-Weltmodelle, Neue Technologien und „Dritte Welt“, Rüstungskonversion, Bio- und Gentechnologie, Kommunikationstechnologien, Verdichtung und Datenschutz, Mikroelektronik und Freizeit, Der Silicon-Valley-Mythos, Umweltvergiftung und Politik, Dezentrale Energiepolitik, Ökologische Abfallwirtschaft, Auto und Politik u.v.a.m.



Hans-Jürgen Lange

BONN AM DRAHT

Politische Herrschaft in der technisierten Demokratie
April 1988, 180 Seiten, br., 16,80 DM
ISBN 3-924800-92-8

Veränderte Kommunikationsstrukturen führen auch zu veränderten Entscheidungsstrukturen, so daß der Einsatz neuer Techniken eine politische Dimension erhält, die im vorliegenden Band untersucht wird.

Hans-Joachim Schabedoth/
Ruth Weckenmann

STRATEGIEN FÜR DIE ZUKUNFT

Neue Technologien zwischen Fortschrittserwartung und Gestaltungsauftrag
1988, 136 Seiten, br., 16,80 DM
ISBN 3-924800-91-X

Die Autoren beleuchten und bewerten die Diskussion um eine veränderte Nutzungslogik beim Einsatz neuer Technologien in der Arbeitswelt in Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Modernisierungsstrategien (Späth, Glotz u. a.).

Bestellungen:
Direkt beim
Verlag oder
in jeder guten
Buchhandlung



In den Zeitungen, die der Vorleser den Beschäftigten der Zigarrenfabrik „José Martí“ vorliest, finden Debatten über wichtige Probleme des Landes nicht statt

überhaupt einen der wesentlichsten Unterschiede außer acht: In der UdSSR existiert eine starke und unabhängige Kontrollinstitution außerhalb der Partei, in Kuba dagegen nicht. Diese – bald auch gesetzlich verankerte – Funktion wird seit etwa zwei Jahren von einem Teil der sowjetischen Presse wahrgenommen. Auch das staatliche Fernsehen der UdSSR zeigt Ansätze in dieser Richtung. Das Schlagwort dafür, „Glasnost“ (Offenheit), ist inzwischen in der ganzen Welt ein Begriff geworden. Vielleicht auch deshalb, weil Glasnost außer der Wahrheit keine Grenzen kennt.

Die kubanische Presse liegt dagegen immer noch an einer Kette aus vielen Tabus. Kein Wort der Kritik z.B. an der Entscheidung der kubanischen Regierung, nicht an den Olympischen Spielen in Seoul teilzunehmen. Mancher kubanische Athlet mag sich nach dem Sinn dieser Entscheidung fragen, als seine

Sportler-Kollegen aus den anderen sozialistischen Ländern einen Erfolg nach dem anderen errangen.

Aber es gibt noch eine Reihe viel schwerwiegenderer Themen, bei deren Behandlung in den Medien entweder klare Richtlinien von oben oder die Scheren in den Köpfen der Autoren zu erkennen sind. Dazu gehören: Perestroika und Glasnost, Atomkraft, Westtourismus, Schwarztausch, Prostitution, Aids, Intur-Läden und Tiendas Maisi⁵, die internen Ursachen für die derzeitige akute Versorgungskrise, die Wirtschaftspolitik und das „Festkleben“ an der Monokultur Zucker. Hat Kuba hier „absolut nichts zu verbessern“, wie Fidel meint? Glasnost beschränkt sich allerdings nicht auf die Freiheit der Presse. Die Journalisten können ihre öffentliche Kritik- und Kontrollfunktion nur erfüllen, wenn sie Zugang zu allen Informationen haben und wenn gleichzeitig jeder Parteifunktionär und jeder Staatsbedienstete in Wirtschaft und Verwaltung das Recht hat, offen und öffentlich über alle Schwächen, Mängel und Probleme zu diskutieren (einige wenige Sicherheitsfragen ausgenommen).

Nur diese offene Diskussion kann der Geheimniskrämerei ein Ende setzen, die in den sozialistischen Ländern seit Jahrzehnten der Nährboden für den Mißbrauch der politischen und wirtschaftlichen Macht durch Parteifunktionäre ist. Eine solche Demokratisierung stärkt den Sozialismus deshalb, weil sie es den Menschen überhaupt erst ermöglicht, mitzudenken und mitzuentscheiden. Über die Notwendigkeit dieser oder jener wirtschaftspolitischen Maßnahme kann man/frau sich auch bei der Pere-

stroika streiten – nicht aber darüber, daß es ohne Glasnost keine Demokratie und damit auch keinen zukunftssträchtigen Sozialismus geben kann. Glasnost – das ist das Ende des Manipulierens der Wahrheit im Namen des Klassenkampfes.

Gegner der Glasnost führen ins Feld, daß in den sozialistischen Ländern einige Kräfte die neu gewonnenen demokratischen Rechte für Ziele einsetzen, die nicht im Interesse des Sozialismus liegen. Ein krasses Beispiel sind gewisse nationalistische und chauvinistische Bestrebungen in der Sowjetunion, die weit über so legitime Rechte, wie das auf die Muttersprache als offizielle Sprache in der eigenen Republik hinausgehen und Haß zwischen den Völkern säen.

Vielleicht denkt Fidel an Probleme dieser Art, wenn er in seiner Moncada-Rede sagt: „...Ich hoffe, daß die sozialistischen Länder in diesem Prozeß, wenn sie Fehler begehen, in der Lage sind, diese Fehler zu berichtigen. Denn sie werden bei diesem Prozeß ohne Zweifel Fehler machen. Aber ich vertraue darauf, daß sie versuchen werden, die Fehler zu berichtigen, die sie eventuell begehen...“

Wie bereits vorher dargelegt, geschieht in der Sowjetunion gewaltig viel mehr, als nur eine Berichtigung von Fehlern – auch wenn diese Tatsache bei Fidel immer wieder untergeht. Bei aller möglichen Kritik an gewissen Seiten des Demokratisierungsprozesses in der Sowjetunion muß im Auge behalten werden, daß die Menschen dort erst lernen müssen, mit der neuen Offenheit umzugehen. Über Generationen hinweg wurde ihnen von oben vorgeschrieben, was sie zu bestimmten Themen zu denken und zu reden hatten, wurden ihnen wesentliche Fakten vorenthalten und sie wie unmündige Kinder behandelt. Heute sind sie dagegen als selbständig denkende und eigenverantwortlich handelnde Partner beim Aufbau des Sozialismus gefordert.

Alles das gilt im wesentlichen auch für Kuba. Nur: Die „rectificación“ bietet dort keine vergleichbare Perspektive für die Zukunft des Landes, weil sie nicht bis an die Wurzeln der Probleme vordringt. Auf der roten Karibikinsel sind stattdessen viel tiefgreifendere Umwälzungen angesagt – etwa von der Art, wie Fidels radikale Kurskorrektur im Jahre 1971.

Anmerkungen:

- 1) Granma, Havanna, 7.8.1988
- 2) Siehe zweiteiligen Beitrag „Rectificación“. Berichtigung von Fehlern in Kuba, in: AIB, Nr. 3 und 4/1988
- 3) Sowjetunion heute, Bonn, Sondernummer November 1987
- 4) Siehe: OGONOK, Moskau, Nr. 33
- 5) Tiendas Maisi sind staatliche Läden für den Ankauf von echtem Familienschmuck, Gold usw. gegen Devisenbons, die für den Kauf von Import-Gebrauchsartikel eingesetzt werden können.

Pakistan

Jörg Zimmermann

Pakistan setzt auf Benazir Bhutto

Die PakistanerInnen haben nach 11 Jahren Militärherrschaft die Chance der Wahlen vom 16. November 1988 genutzt und den Anhängern des im August verstorbenen Diktators Zia ul Haq eine deutliche Abfuhr erteilt. Pakistans neuer Premierministerin Benazir Bhutto und ihrer Pakistanischen Volkspartei (PPP) verwehrten sie zwar die absolute Mehrheit, machten sie aber zur deutlich stärksten Partei.

Daß die politischen Parteien überhaupt zu den Wahlen zugelassen wurden und ihren Kandidaten Wahlsymbole (für die 74% Analphabeten in Pakistan) zuteilen durften, hatte erst sechs Wochen vor dem Wahltermin das Oberste Gericht in Islamabad beschlossen.

Diese Entscheidung – die ohne den Tod Zia ul Haqs niemand in Pakistan für möglich gehalten hatte – war wohl das endgültige Zeichen, daß sich die Elite und das Militär in Pakistan einig geworden waren: Die Regierung sollte auf eine breitere Vertrauensbasis in der Bevölkerung gestellt werden. Ohne offene Zulassung der Oppositionsparteien war dieses Ziel nicht zu erreichen.

Das Regierungslager der Zia-Anhänger hatte sich auf diese Situation offensichtlich gut vorbereitet. Nach dem Tod von Zia ul Haq und der Spaltung der Pakistanischen Muslim-Liga (PML, siehe: DRITTE WELT, Nr. 10/1988) fühlte es sich allein zu schwach, um der Herausforderung durch Benazir Bhutto und ihrer PPP zu begegnen.

Nur vier Tage nach der Gerichtsentscheidung zugunsten der Parteien gab Nawaz Sharif als neuer führender Kopf der PML (Zia-Fraktion) die Gründung der Islamischen Demokratischen Allianz (IJI) bekannt. Die IJI vereint die PML mit der Nationalen Volkspartei (NPP) Ghulam Mustafa Jatoi, einem ehemaligen PPP-Führungsmitglied der islamisch-fundamentalistischen Jamiat-i-Islami (JI) und vier kleinen religiösen Rechtsparteien.

Schließlich vergaß auch Ex-Premierminister Moh Khan Junejo seine Forderung nach Rücktritt von Nawaz Sharif und der übrigen Zia-Anhänger aus ihren Ämtern und war für eine Wiedervereinigung der beiden PML-Fraktionen zu gewinnen. Damit hatten es die Zia-Anhänger unter



Vereidigung Bhuttos durch den inzwischen in seinem Amt bestätigten Interimspräsidenten Ishaq Khan

Führung von Nawaz Sharif geschafft, alle Vertreter des Status quo in der pakistanischen Politik zu vereinen.

Demgegenüber war die PPP zur Hoffnungsträgerin all jener geworden, die eine Veränderung wollten. Nur die PPP erschien populär genug, eine Ablösung der Gefolgte von Zia zu erreichen. Anders als die PML entschied sich die PPP für den Alleingang und gegen eine Umwandlung der Bewegung zur Wiederherstellung der Demokratie (MRD) in ein Wahlbündnis.

Die Ziele der MRD, die neben der Absetzung von Zia und der Durchführung von Wahlen auch die Wiedereinführung der Verfassung von 1973 und die Gewährleistung von mehr Autonomierechten für die Provinzen umfaßten, wurden kurzerhand für erreicht und eine spätere Zusammenarbeit im Parlament für wünschenswert erklärt. Dieser Schritt ist in erster Linie als eine Absage an die verschiedenen (kleinen) linken Parteien in der MRD anzusehen.

Daher verwundert es nicht, daß die PPP als Kandidaten bevorzugt wichtige Landlords, Pirs und Khans mit großem Einfluß in ihrer Region aufstellte, unabhängig davon, ob sie mit dem Zia-Regime kooperiert hatten oder nicht. Dadurch blieben nicht wenige langjährige PPP-Mitglieder, die z.T. wegen ihres Kampfes gegen die Zia-Herrschaft in Gefängnissen gesessen hatten, unberücksichtigt. Obgleich dieses Verhalten nicht nur innerhalb der PPP auf Unverständnis stieß,

blieb die Partei für viele die einzige Hoffnung, die eine wirkliche Rückkehr zur Demokratie, eine Landreform, soziale Verbesserungen, mehr Rechte für Frauen, mehr kulturelle Freiheiten und weniger Einfluß der Mullahs auf die Politik anstreben.

Benazir Bhutto entsprach diesen Hoffnungen, indem sie sich direkt an die unteren Schichten und die rechtlosen Menschen der pakistanischen Gesellschaft wandte und versprach, daß sie ihr Schicksal verbessern wolle. Sie vermied es andererseits, sich auf konkrete Reformschritte festzulegen.

Trotz 11 Jahren Re-Islamisierung unter Zia ul Haq waren die PakistanerInnen zu weniger als einem Drittel bereit, der autoritär-islamischen IJI-Koalition ihre Stimme zu geben. Sie erhielt nur 26,6% der Sitze in der Nationalversammlung und 31,5% in den vier Provinzversammlungen.

Damit trat erneut offen zu Tage, was die Opposition in den langen Jahren der Zia-Herrschaft immer wieder betont hatte. Zia mißbrauchte den Islam für seine politischen Ziele. Die PakistanerInnen aber bekennen sich zum Islam und wollen trotzdem keine theokratische Regierung. Sie sehen die Mullahs lieber in der Moschee als in ihrem Parlament.

Die PPP wurde mit 44% der Sitze deutlich die stärkste Partei, konnte aber ihren überwältigenden Wahlsieg von 1970 (mit 58% in Westpakistan, nach 12 Jahren Militärregierung) nicht wiederholen.

EL SALVADOR LIBRE SPENDENAKTION

Waffen für El Salvador

Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
288 59-107
Bankleitzahl 10010010
Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65



Kontostand 01. 12. 1988:
4.134.347,34 DM

Auch wenn sie bei den Provinzwahlen mit 40% der Sitze etwas schlechter abschnitt, verfügt sie als einzige Partei über eine Basis in allen vier Provinzen. Demgegenüber war es der IJI nicht gelungen, im Sind, wo u.a. die IJI-Premierministerkandidaten Junejo und Jatoh zur Wahl antraten, einen einzigen Sitz für die Nationalversammlung zu erobern.

Als drittstärkste Partei (mit 6,3% der Sitze) etablierte sich die Mohajir Nationalbewegung (MQM). Die MQM versteht sich als Interessensvertreterin der ehemaligen Flüchtlinge (Mohajir), die nach der Teilung des Subkontinents 1947 aus Indien nach Pakistan kamen, und deren Nachkommen.

Da die Mohajir aus verschiedenen Provinzen (vor allem Bihar, Uttar Pradesh und Gujarat) stammen, stellen sie keine ethnische Gruppe dar. Die Mohajir bilden in Karachi und Hyderabad die Mehrheit der Bevölkerung. In diesen beiden Städten bekam die MQM all ihre Sitze und stellt bereits seit 1987 die Bürgermeister.

Auch nach 40 Jahren verbindet die Angehörigen der Mohajir, daß für sie Urdu zur Muttersprache geworden ist. Dies unterscheidet sie von den Sindis, Pathanen, Belutschen und Punjabis, die jeweils ihre eigene Muttersprache haben und Urdu meist nur in der Schule lernen (wenn überhaupt).

Wegen der starken Polarisierung des Wahlkampfs zwischen PPP und IJI konnten nur drei weitere Parteien der MRD mit insgesamt 5,4% (bzw. 6,5% bei den Provinzwahlen) Sitze in der Nationalversammlung erhalten. Davon entfielen auf die Nationale Awami-Partei (ANP) von Abdul Wali Khan 1,5% der Sitze.

Insgesamt konnten die linken Parteien aufgrund ihrer Zersplitterung und ihrer regional begrenzten Einflüßbereiche (und oft auch Programme) wenig Einfluß auf die Wahlen nehmen. Die restlichen 22% der Sitze gingen an Unabhängige oder Einzelkandidaten.

Zwei Wochen hat es gedauert, bis der amtierende (Interims-)Präsident Ishaq Khan am 1. Dezember 1988 Benazir Bhutto zur ersten Premierministerin eines islamischen Landes ernannt hatte. In dieser Zeit ist endgültig klar geworden, daß alle Versuche von Nawaz Sharif, trotz seiner Wahlniederlage für die IJI noch eine Mehrheit zu organisieren und selbst Premierminister zu werden, gescheitert waren.

Als Konsequenz gab er sein Mandat in der Nationalversammlung zurück und reorganisierte seine Machtbasis im Punjab. Von der Position des Ministerpräsidenten der mit 56% der Bevölkerung größten Provinz aus möchte er auch in Zukunft die Auseinandersetzung mit Bhutto fortsetzen und ihr die Schranken ihrer Macht – zumindest im Punjab – deutlich machen.

Bhutto konnte die MQM und eine Reihe von Einzelkandidaten zu einer Unterstützung ihrer Regierung gewinnen, so daß sie über eine solide Mehrheit im Parlament verfügt. Die PPP wird dafür trotz ihrer 2/3-Mehrheit im Sind auch hier eine Koalitionsregierung mit der MQM bilden. Dabei wird ein Interessenausgleich zwischen den städtischen Mohajir und den Sindis aus den vorwiegend ländlichen Regionen der Provinz, die der PPP zu ihren 67% im Sind verfallen, sicher noch einige Schwierigkeiten mit sich bringen.

Die Militärs mußten in dieser Zeit (an-)erkennen, daß der Vorschlag einer großen Koalition von PPP und IJI, der von Armeechef Aslam Beg bereits kurz nach der Wahl formuliert wurde, sich so nicht durchsetzen ließ.

Jedoch war Benazir Bhutto bereit, einige Zugeständnisse zu machen, die auch die Militärs befriedigten. Vor der Benennung ihrer Kabinettsmitglieder führte sie

Während sich eine Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik abzeichnet, wurden im Innern erste Demokratisierungsmaßnahmen durchgeführt

eine Reihe von Unterredungen mit dem Präsidenten Ishaq Khan, dem Generalstabschef Aslam Beg und einer hochrangigen US-Delegation unter Richard Armitage (stellvertretender Staatssekretär für Verteidigung) und Richard Murphy (stellvertretender Staatssekretär des Außenministeriums), bis in wichtigen Grundsatzfragen Übereinstimmung erzielt wurde.¹ Dies umfaßt u.a.:

- Mit der Wiederernennung von Sahabzada Yaqub Khan zum Außenminister, der dieses Amt bereits mehrere Jahre unter Zia ul Haq und Junejo ausübte, wurde die gewünschte außenpolitische Stabilität gewährleistet. Dies schließt für Frau Bhutto – entsprechend der US-amerikanischen Sicht – sowohl die Einhaltung des Genfer Abkommens mit Afghanistan (April 1988) als auch die politische Unterstützung der afghanischen Widerstandsgruppen in Pakistan und deren weitere Bewaffnung durch die USA ein.²

- Außerdem wurde mit Sahabzada Yaqub Khan ein Mitglied der IJI in die PPP-Regierung aufgenommen. Frau Bhutto erklärte dazu, ihre Regierung sei offen für alle, die ihr Programm unterstützen.³

- Eine Kürzung der Rüstungsausgaben, die 35% des Bundeshaushalts ausmachen, wird trotz eines Staatshaushaltsdefizits von insgesamt 33,6% (1987-88)⁴ in absehbarer Zukunft eingestandener-

maßen nicht möglich sein.⁵

- Bhutto hat die Wahl des bisherigen Interimspräsidenten Ishaq Khan für eine volle Amtszeit von fünf Jahren Mitte Dezember 1988 unterstützt. Khan war unter Zia Präsident der Staatsbank und zählte zu seinem engeren Beraterkreis. Khan war von der IJI zur Wahl aufgestellt worden.

Auf der anderen Seite verkündete Frau Bhutto auf ihrer ersten Pressekonferenz erste Maßnahmen zur Liberalisierung der Gesellschaft: Amnestie für die rund 700 durch Militärgerichte unter Zia verurteilten politischen Gefangenen; Umwandlung von Todesurteilen in lebenslange Haftstrafen; Wiederzulassung der unter Zia verbotenen Gewerkschaften und Studentenorganisationen und Wiederherstellung der Pressefreiheit.

Darüber hinaus kündigte sie als weitere Schritte die Abschaffung von Gesetzen an, die Frauen benachteiligen. Frauen sollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen. Die Wirtschaft soll verstärkt auf eigene Füße gestellt, die Mindestlöhne sollen überprüft werden.⁶

Welchen Weg die Regierung von Frau Bhutto gehen kann, wird wesentlich von der politischen Bewegungsfreiheit abhängen, die sie sich verschaffen kann. Eingeschränkt wird ihre Handlungsmöglichkeit durch die Zia-Anhänger, die mit ihrer 3/4-Mehrheit im Senat (Oberhaus), mit Nawaz Sharif im Punjab und (eingeschränkt) auch mit dem Präsidenten Ishaq Khan weiterhin über wichtige Machtinstrumente verfügen. Andererseits werden ihre Maßnahmen sowohl von den Militärs als auch von den USA im Hintergrund genau kontrolliert.

Stützen kann sie ihre Bewegungsfreiheit nur auf die Hoffnungen der Bevölkerung. Ob sie allerdings gewillt ist, die Menschen zu aktivieren und die „Macht der Straße“ als politisches Mittel einzusetzen, bleibt abzuwarten. Zudem besteht die Gefahr, daß die „zu großen Hoffnungen“ auch schnell enttäuscht werden können.

Die nächsten Aufgaben werden zeigen, wo die neue Regierung Bhutto ihren Weg sieht. Bis Ende Dezember muß sie dem Parlament einen Entwurf des Staatshaushalts vorgelegt haben und zugleich stehen Verhandlungen über einen Kredit von 1,3 Mrd \$ und seine Bedingungen mit dem IWF an.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Financial Times (FT), London, 5.12.1988
- 2) Vgl. Guardian (G), London, 5.12.1988 und FT, 2.12.1988
- 3) Vgl. FT, 2.12.1988
- 4) Berechnet nach Pakistan Economic Survey 1987-88
- 5) Vgl. FT, 2.12.1988
- 6) Vgl. Süddeutsche Zeitung, München, 5.12.1988; G, 3.12.1988 und FT, 5.12.1988

NATO – BRD

Kongreß „Alternativen zur Politik der NATO“ Der schrittweise Erwerb von Weltmachtattributen

Auf dem Kongreß „Alternativen zur Politik der NATO“, der am 12./13. November 1988 in Hamburg tagte, wurde deutlich, daß in der Friedensbewegung die Erkenntnis wächst, daß es nicht genügt, ihre politischen Ansätze auf Mitteleuropa zu begrenzen. Neben der zunehmenden Bedeutung der globalen Probleme und dem überraschend erfolgreichen Wirken der IWF/Weltbank-Kampagne spielen dabei auch die wachsenden Großmachtambitionen der Bundesrepublik eine Rolle.

Auf dem Kongreß wies der GRÜNE Jürgen Reents darauf hin, daß es kein Militärbündnis gibt, „dessen Mitgliedsstaaten sich so beständig an Kriegen beteiligt haben, und dabei keineswegs zuvor angegriffen wurden, sondern sie zumeist selbst ausgelöst und zu verantworten haben.“ Er nannte: die USA in Korea, Vietnam, Libanon, Libyen und im Golf; Großbritannien in Südjemen, Nordirland, Falkland-Inseln; Frankreich in Madagaskar, Algerien, Tschad; Belgien in Kongo/Zaire; die Niederlande in Indonesien; Portugal in Angola, Guinea-Bissau, Mosambik; Griechenland und die Türkei in Zypern.

Was hat das mit der Bundesrepublik zu tun? Vordergründig nichts. Aber: Die Zusammenarbeit in der NATO findet auch bei diesen „Out-of-area“-Kriegen außerhalb des NATO-Bereiches statt (siehe zum Stand, den Mechanismen und der Rechtslage dieser Ausweitung: DRITTE WELT, Nr. 10/1988, S. 5-9 und 11/1988, S. 44-48; d. Red.). Die US-Bombenangriffe auf Libyen (im April 1986; d. Red.) beispielsweise wurden von der Kommandozentrale in Stuttgart dirigiert. Immerhin kam es damals zu bemerkenswert großen und zahlreichen Spontandemonstrationen der Friedens- und Solidaritätsgruppen in der ganzen BRD.

Durch diese Auseinandersetzung geriet ein Abkommen wieder stärker ins Blickfeld, das bereits 1982 von der sozialliberalen Bundesregierung mit den USA geschlossen wurde: das „Wartime Host Nation Support“-Abkommen (WHNS, Wortlaut in: AIB, Nr. 4/1984; d. Red.). Es beinhaltet die Unterstützung durch die Aufnahmestation (BRD) in „Krise oder Krieg“ und schreibt die direkte militärische Zusammenarbeit der Vertragspartner, quasi am NATO-Bündnis vorbei, fest. Wann „Krise oder Krieg“ (Begrifflichkeiten, die sich von den Grundgesetzkategorien „Spannungsfall“ und „Verteidigungsfall“ nicht zufällig unterscheiden) herrschen, haben die Regierungen in Bonn und Washington gemeinsam festzustellen.

Unter dem Eindruck des US-Überfalls auf Libyen forderte der Nürnberger Parteitag der SPD 1986 den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion auf, „alles zu veranlassen“, um das WHNS-Abkommen wieder zu kündigen. Es könne heute schon indirekt für Interventionen in Anspruch genommen werden und beginstige das Ansinnen der US-Administration, den

NATO-Geltungsbereich auszuweiten, um damit die Hilfe der Bündnispartner auch für Konflikte außerhalb der NATO-Region in Anspruch zu nehmen.

Daß das WHNS-Abkommen nur der Anfang einer solchen Entwicklung war, zeigt die aktuelle Debatte der NATO über die „Lastenverteilung“. Die USA, die bisher mehr als das Doppelte für die Rüstung verschwendet haben wie die Bundesrepublik und sechsmal so viel wie Japan (gemessen am Bruttosozialprodukt), haben gemerkt, was dabei rauskommt: ein verheerendes Leistungsbilanzdefizit und ein katastrophaler Rückgang eigener ökonomischer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Wollen die USA dennoch ihre globalen Interessen militärisch absichern, müssen die NATO-Verbündeten stärker zur Sache und zur Kasse gebeten werden.

Wie das funktionieren kann, erklärte beim Hamburger Kongreß der sozialdemokratische Völkerrechtler Norman Paech noch einmal anhand des WHNS-Abkommens: „Eine direkte Beteiligung der Bundesrepublik durch Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bereiches im Rahmen einer Out-of-area-Konzeption wäre nur durch eine Grundgesetzänderung möglich und z.Z. auf keinen Fall durchsetzbar. Das schließt nicht aus, daß die Bundeswehr in Zukunft verstärkt Inner-NATO-Aufgaben übernehmen wird, um die weltweiten Aktivitäten ihrer Verbündeten zu entlasten.“

Merkwürdig muten die Vorgänge im Parlament in den letzten Monaten um dieses WHNS-Abkommen an. In außerordentlich freizügiger Interpretation ihres Parteitagebeschlusses brachte die SPD-Fraktion im Juni 1988 einen Antrag zur „Auslegung des WHNS-Abkommens“ ein, in dem sie sich vor allem darum sorgt, daß der Bundestag gefragt wird, bevor die Regierungen den Krisen- oder Kriegsfall feststellen. Nur falls die Bundesregierung nicht bereit sei, das verbindlich zuzusichern, solle das Abkommen gekündigt werden.

Zwar weigert sich die Bundesregierung, eine solche Erklärung abzugeben, weil sie den Ärger mit dem großen Verbündeten scheut. Ebenso scheut die SPD-Bundestagsfraktion in Person ihres außenpolitischen Sprechers Ehmke einen offenen Konflikt mit der Bundesregierung, wobei sie offensichtlich einen Teil der Regie-

rung in Gestalt der FDP und ihres Außenministers im Auge hat.

Weder die „Bündnistreue“ der Bundesrepublik noch etwaige außen- und militärpolitische Optionen sollen für die mittelfristige Zukunft ausgeschlossen werden. Augenfällig wurde das auch Ende November 1988 beim Kongreß „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz“.

SPD-Sprecher Karsten Voigt vertrat dort nämlich nicht nur die Ablehnung dieser Forderung der Friedensbewegung, sondern erklärte darüber hinaus auch die Zustimmung der SPD zur deutsch-französischen Militär-Zusammenarbeit. Seine Begründung: Für den Atomwaffenverzicht genüge eine Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages (dessen Verlängerung über 1995 hinaus allerdings noch in den Sternen steht); und das Zusatzprotokoll zum deutsch-französischen Elysée-Vertrag enthalte keine Strategiefestlegung für die Zukunft. Letzteres Häppchen hatte sich Horst Ehmke als „Verbalnote“ bei Genscher erkungelt.

Diese Entwicklungen zeigen: Es gibt derzeit eine supergrobe Koalition für eine Weltmacht BRD – im Rahmen einer Supermacht Westeuropa. Diese Macht ist keineswegs „ökonomisch ein Riese und militärisch ein Zwerg“, wie Strauß immer zu jammern beliebte, sondern kann auch militärisch ein ernstzunehmendes Hindernis für einen weltweiten Abrüstungsprozeß werden, von einer stärkeren Unabhängigkeitstendenz Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ganz zu schweigen.

Diesen Großmachtoptionen steht in der BRD und Westeuropa die öffentliche Meinung entgegen. Nach einer Emnid-Umfrage im Auftrag des Verteidigungsministeriums steht die Notwendigkeit des „Schutzes vor äußerer Bedrohung“ als Aufgabe unter 17 Möglichkeiten mit 10% auf dem letzten Platz. Spitzenreiter mit 70%: „Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen“ vor dem „Schutz der Umwelt“ mit 64%.

Die Eingriffsmöglichkeiten für die Friedens- und Solidaritätsbewegung in diese politische Auseinandersetzung sind also so gut wie noch nie in der Geschichte dieser unserer Republik.

Martin Böttger ist Mitglied im Bundeshauptausschuß der Jungdemokraten und Mitarbeiter des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit.

15 000 demonstrierten am 17. 11. 1988 gegen das NATO-Parlamentartreffen in Hamburg



Lothar A. Heinrich

Wider die pazifistische Friedenseuphorie

Betreffend: A. Duttiné, Druck von unten machen, DRITTE WELT 12/88, S. 47

Ohne systematisch auf das gesamte Konzept eingehen zu wollen, möchte ich zu dem Leserbrief von A.D., der die seit geraumer Zeit alienthalben ausgebrochene pazifistische Euphorie in besonders krasser Form deutlich macht, einige Anmerkungen machen. Wie üblich werden hier eine Reihe Selbstverständlichkeiten als Ausfluß neuen Denkens angeboten, während sie in Wirklichkeit nichts weiter als Plattituden sind. Dazu gehört im o.a. Leserbrief die Feststellung, daß zum Kriegführen immer wenigstens zwei gehören und daß Regionalkonflikte derzeit militärisch nicht lösbar sind.

Die erste Aussage impliziert, daß der Krieg aufhört, wenn einer der Kriegsführenden nach Hause geht. Sie läßt völlig außer acht: a) die unterschiedlichen Gründe für Kriege und damit zusammenhängend b) die Tatsache, daß es eine Reihe Völker oder soziale Gruppen gibt, für die die reine physische Existenz nicht der einzige Wert und gegebenenfalls nicht einmal der Höchste ist. Konkret: Sie ignoriert die Tatsache, daß z.B. in sozialen Revolutionen oder nationalen Befreiungskämpfen Menschen freiwillig ihr Leben geben, weil Freiheit von nationaler, religiöser oder sozialer Unterdrückung für sie primäre Werte sind. Wer seine politische Strategie auf der Ignorierung dieser Tatsache aufbaut, hat keine.

Die zweite Aussage ist eine Selbstverständlichkeit. Es gibt praktisch kein Beispiel dafür, daß eine nationale Befreiungsbewegung auf rein militärischer Ebene erfolgreich gewesen wäre. Es gibt aber praktisch auch keine nationale Befreiungsbewegung, die ohne einen relativ intensiven bewaffneten Kampf erfolgreich gewesen wäre. Das gilt noch deutlicher für den militärischen Konflikt zwischen zwei Ländern, die einzige Auseinandersetzung, für die der Begriff „Regionalkonflikt“ halbwegs taugt. Das beste Beispiel ist der Iran-Irak-Krieg. Entgegen den gutgemeinten Träumen der Autorin waren es nämlich keineswegs die UNO oder die Resolutionen der „Internationalen Staatengemeinschaft“, deren mächtigste Mitglieder bis zuletzt durch Waffenlieferungen und Wirtschaftshilfe die Fortdauer des Krieges garantierten haben, die diesen Krieg – zumindest vorläufig – beendet haben, sondern die relative militärische und politische Niederlage des Iran. Die seit Jahren wiederholten internationalen Aufrufe fanden erst Gehör, als die Möglichkeit, den Krieg ohne Gefahr für den Fortbestand des Regimes weiterzuführen, nicht mehr gegeben war.

Auch im Angola/Namibia-Fall sind es die militärischen Niederlagen der südafrikanischen Truppen, die Verhandlungslösungen erst ermöglichten. Es kann daher überhaupt keine Rede davon sein, daß es im Mittelpunkt der Arbeit der Solidaritätsbewegung in Europa stehen müßte, gegenüber den Interessen der ausgebeuteten Klassen und Völker neutrale „Lösungen“ seitens der internationalen Gemeinschaft zu propagieren und auf diese Weise „entschlösse am Einläuten der Endzeit für Regionalkonflikte“ mitzuarbeiten.

Diese internationale Gemeinschaft genießt erstens zu Recht wenig Ansehen, ist sie – z.B. in Form von UNO, OAU, OAS etc. – doch nicht die Gemeinschaft freier Völker, sondern überwiegend korrupter, unfähiger und repressiver Regierungen – kurz: die der Weltbourgeoisie. Zweitens sind diese Institutionen nur in der Lage, technische Hilfe bei Verhandlungen zu bieten, die erst dann eine Chance haben, wenn die Machtfrage nicht eindeutig zu klären ist.

Die Aufgabe der Solidaritätsbewegung muß es vielmehr sein, dabei mitzuwirken, die Kräfte des Fortschritts und der Humanität moralisch und materiell so zu stärken, daß sie auf dem Feld die Voraussetzungen dafür schaffen können, daß ihr Grundanliegen in schließlich anstehenden Verhandlungen durchgesetzt und

Jürgen Reusch

Die imperialistische Aggressivität kann gezügelt werden

Charles Pauli hat (in: DRITTE WELT 11/1988) einen klassischen „sechziger-Jahre-Beitrag“ im schlechtesten Sinne geschrieben. Dafür ist ihm zu danken, denn nun fördert die Diskussion klarer zutage, wie jener sterile Traditionalismus des alten Denkens konkret aussieht, der überwunden werden muß, wenn die Annäherung an die Realitäten von heute gelingen soll. Und in diesem Sinne halte ich Wolfram Brönners Vorgabe für eine tragfähige Grundlage.

Paulis Agitation für Antimperialismus liegt das Bild einer Welt zugrunde, die so gar nicht mehr existiert. Auch Pauli lebt nämlich im Nuklearzeitalter – ohne es offenbar zu sehen. Die menschliche Zivilisation befindet sich – systemübergreifend – in einer existenziellen Krise, nicht nur durch die Gefahr einer nuklearen Katastrophe, auch durch die Möglichkeit der irreversiblen Schädigung der Biosphäre, die ungelösten Ressourcen- und Energieprobleme, die katastrophale Verelendung der Dritten Welt usw., alles Probleme, die sich unter Bedingungen wachsender Internationalisierung und Interdependenz entwickeln. Es sind hier und heute reale Überlebensinteressen der Menschheit entstanden, die allen klassen- und national bedingten Interessen unbedingt übergeordnet sind.

Diese Tatsache kann auf jegliche Klassenkämpfe, auch auf nationale Befreiungskämpfe nicht ohne Einfluß bleiben. Die Sicherung des Überlebens der Gattung v.a. durch die Verhinderung eines Atomkriegs ist die condition sine qua non für jeden Fortschritt. D.h. auch, daß antimperialistische Kämpfe ein Element der Schaffung internationaler, globaler Sicherheit sein müssen. Damit stellen sich schwierige neue Probleme für alle potentiell Beteiligten. Die strategische Hauptaufgabe der Gegenwart

die Option auf die völlige Liquidierung der Kräfte der Reaktion und des Imperialismus offengehalten werden kann. Ein positives Beispiel dafür ist der in diesem Sinn bestens begründete Aufruf „Waffen für die FMLN“ in der gleichen Ausgabe der DRITTE WELT-Zeitschrift.

Wo die Volksbewegung nicht die Kraft hat, durch bewaffneten Kampf und/oder andere Formen materiellen Drucks die Herrschenden in die Defensive zu drängen, gibt es auch keine Verhandlungen. Wer den Frieden weltweit verabsolutiert und – parallel dazu – nur noch Menschheitsfragen sieht, hat dafür sicher seine persönlichen Gründe, so den, daß er in einem Teil der Welt lebt, wo seine Grundbedürfnisse recht gut gedeckt sind und Krieg aus bekannten Gründen zur Lösung irgendeiner Frage ausscheidet. Er sollte aber nicht so tun, als habe er irgendetwas mit einer humane Mildtätigkeit überschreitenden Solidaritätsbewegung mit den Befreiungsbewegungen und damit den ausgebeuteten Volksmassen der drei Kontinente und letztlich auch in den Metropolen zu tun. Dr. Lothar A. Heinrich, Bonn, ist freier Journalist und ständiger Mitarbeiter von DRITTE WELT

ist aus diesen Gründen – so meine These – nicht mit dem Begriff Antimperialismus adäquat zu erfassen. Es geht vielmehr darum, der reaktionärsten, aggressivsten, am meisten neokolonialistischen und umweltzerstörerischen Imperialismusvariante eine wirksame demokratische Alternative entgegenzustellen und sie weltweit durchzusetzen. Das ist die reale Entscheidungssituation.

Es geht zunächst also nicht gegen den Imperialismus als ganzes, um seinen Sturz, sondern um die Verdrängung einer bestimmten imperialistischen Politik. Es geht um eine Demokratisierung der internationalen Beziehungen, um die Durchsetzung politischer, militärischer und ökonomischer Beziehungen friedlicher Koexistenz.

Das führt zu zwei wichtigen Problemen, die ich bei Pauli schief und verzerrt dargestellt finde. Das ist erstens die Frage nach der Friedensfähigkeit des Imperialismus. Karl-Heinz Hansens Skepsis kann ich gut nachempfinden, irgendwelche Illusionen wären tatsächlich gefährlich. Pauli will die Frage aber noch nicht einmal illusionslos gelten lassen. Er behauptet: „Der Frieden muß gegen die Imperialisten durchgesetzt werden und ist letztlich nur sicher durch deren Sturz.“ Dies sei der Standpunkt der marxistischen Linken und müsse es auch bleiben!

Das bestreite ich ganz entschieden. Die große Mehrheit der Marxisten/Kommunisten hat das Verhältnis von Imperialismus und Frieden nie als unverrückbares Dogma betrachtet. Unumgänglich ist vielmehr, sich von der vereinfachten Vorstellung zu lösen, es gehe nur darum, „die Imperialisten“ gegen ihren Willen und ihre Interessen durch Klassenkampf zum Waffenstillstand zu zwingen, bis der Frieden „letztlich“ (in diesem Wörtchen steckt ein

ganzer Bandwurm von Fragen) durch ihren Sturz gesichert sei. Das ist eine für das Nuklearzeitalter geradezu abenteuerliche Position. Wie ist heute die reale Interessenlage des Imperialismus zu dieser Frage? Auch er wird von der von ihm selbst angezettelten atomaren Rüstung existenziell bedroht. Das ist die entscheidende Zäsur in seinen Handlungsspielräumen. Auch konventionelle Kriege sind aus Selbsterhaltungsgründen für entwickelte kapitalistische Länder gegenüber dem Sozialismus und untereinander kein Mittel der Politik mehr. Die Kosten der Rüstung werden tendenziell zu einer Belastung für die kapitalistische Gesamtwirtschaft. Die politische Legitimation für Rüstung und militärische Stärke bröckelt. Gegenüber der Dritten Welt ist die imperialistische Kriegsbereitschaft noch am größten und wird auch tagtäglich praktiziert. Aber auch hier ist die Tatsache zu registrieren, daß in den letzten Jahren immer weniger solcher Konflikte militärisch entschieden werden konnten.

Das veranlaßt dazu, sich zu erinnern, daß die Lenin'sche Imperialismustheorie Aggressivität zwar als eine aus den ökonomischen Strukturen entstehende „Grundeigenschaft“ des Imperialismus kennzeichnet, die sich allerdings nur unter konkreten Bedingungen als militärische Aggressivität äußert. D.h., daß nicht jede imperialistische Politik jederzeit und an jedem Ort mit schicksalhafter Unausweichlichkeit auf Konfrontation und militärische Stärke ausgerichtet sein muß.

Insofern kann auch die Systemeigenschaft „Friedensfähigkeit“ unter bestimmten Bedingungen auf mehr oder weniger entwickelte Weise zum Tragen kommen. Dies gilt umso mehr, als der im heutigen Kapitalismus sich durchsetzende Produktivkrafttyp (umfassend intensiv erweiterte Reproduktion usw.) zu seiner Entfaltung auch nichtkriegerischer usw. Proportionen bedarf.

Aus marxistischer Sicht gibt es m.E. ernsthaften Anlaß, angesichts der skizzierten Umbruchsituation nach jenen, relativ neuen, vom Primat der Selbsterhaltung diktierten Interessen des Kapitalismus an Frieden, Rüstungsbegrenzung, Abrüstung, internationaler Kooperation und Entschärfung globaler Probleme zu forschen, die nicht nur durch äußeren Druck aufgezwungen sind, sondern sich aus seinen eigenen v.a. ökonomischen Strukturen entwickeln und politisch vermittelt werden.

Das zweite Problem: Der Imperialismus ist heute weniger denn je ein monolithischer Block (wie Pauli es mit Formulierungen wie „die Imperialisten“ wohl zu meinen scheint). Seine sich verändernde, reale Interessenlage führt zu differierenden strategischen und politischen Optionen, die sich – auch in bezug auf

die Friedensfrage oder das Verhältnis zur Dritten Welt – beträchtlich unterscheiden. So stimmt es zwar, daß der Weltfrieden letztendlich erst durch den Sieg des Sozialismus sicher ist (was einen Sozialismus erfordert, der sich ständig weiter entwickelt, reformiert und demokratisiert). Aber es gibt hier und heute auch reale Ansatzpunkte, eine umfassende Friedensordnung (die ein konstruktives Herangehen an die globalen Probleme einschließt) in Kooperation von Sozialismus und Kapitalismus durchzusetzen, und dafür die in beiden Systemen (auf unterschiedlicher historischer Ebene) vorhandenen realistischen Lösungskapazitäten zu mobilisieren.

Ich verstehe Karl-Heinz Hansens Vorschlag, sich darauf zu konzentrieren, „was zu tun ist, um in den Metropolen positive Tendenzen zu verstärken“, in diesem Sinne. Er und Horst-Eckart Gross (beide Beiträge siehe in: DRITTE WELT 11/1988) haben in gewissem Sinne schon recht mit ihren Hinweisen, daß bislang das Monopolkapital keineswegs von Realismus und Neuem Denken angehaucht ist. Die neokonservative Offensive läuft noch, ist stark, hat noch Reserven. Höchste Wachsamkeit ist geboten. Aber auf was sollen wir uns konkret orientieren? Was soll/kann getan werden?

Verbalradikalismus à la Pauli ist unergiebig. Und andererseits wird kein vernünftiger Mensch auf die sich vielleicht irgendwann einstellende höhere Einsicht des Monopolkapitals vertrauen wollen. Das schlägt meines Wissens ja auch niemand ernsthaft vor. Deshalb ist Paulis Vorwurf, Wolfram Brönners lande bei „Klassenzusammenarbeit statt Antimperialismus“ nicht gerechtfertigt.

Mir scheint die Tatsache entscheidend, daß die jetzt noch vorherrschende reaktionäre Variante imperialistischer Politik nicht unabwendbar und unveränderbar ist, daß sie auch Schwächen zeigt, daß es auch für andere Varianten reale Ansatzpunkte gibt. Auf der Tagesordnung der Gegenwart stehen Reformkämpfe, die breite Bündnisse unter Einschluß realistischer Kräfte des Monopolkapitals erfordern. Ihr Zustandekommen ist um so wahrscheinlicher, je stärker der Einfluß der antimperialistischen Kräfte, des Sozialismus und auch der Arbeiterbewegung der Metropolen ist. Nur wenn auf diese Weise die knappe Zeit zur Sicherung der Zivilisation genutzt wird, kann Geschichte (auch für den Sozialismus) nach vorne offen bleiben.

Jürgen Reusch, Frankfurt, ist stellvertretender Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Leiter des Zentrums für Marxistische Friedensforschung und Autor des Buches „Neue Sicherheitspolitik im Nuklearzeitalter“ (Pahl Rugenstein, Köln 1988, 348 S.)

Konrad Lübbert

Alte Denkmuster verbauen den Blick für neue Chancen

Mit Überraschung las ich, wie vehement sich die in „DRITTE WELT“ veröffentlichten Äußerungen bisher meist gegen den Diskussionsbeitrag von Wolfram Brönners wenden. Erst einmal, so heißt es in dem einen Beitrag, müsse der Sturz des Imperialismus vollzogen werden, und nur dann ist der Frieden sicher. Auch wenn diese verbalradikale Erklärung natürlich sehr einleuchtend sein mag, so muß man doch fragen, was sie denn zur Wirklichkeitsveränderung beiträgt. Ich frage mich bei

einigen der kritischen Äußerungen, ob wir mit solchen Erklärungen nicht möglicherweise selbst noch zu sehr in einem „alten Denken“ befangen sind, das allzu abstrakten Vorstellungsmustern anhängt, oder ob sich darin nicht eine besondere Variante der Resignation niederschlägt, die nur die mangelnde Umsetzungsmöglichkeit bisheriger Theorie-Vorgaben in wirksame Schritte gegen die Katastrophenentwicklung konstatiert. Kurz: Verbauen wir uns durch überkommene und allzu block-

geschnitzte Denkmuster eventuell selbst den Blick für die Chancen, die die gegenwärtige Entwicklung bietet?

Selbstredend: Der Titel „Endzeit für regionale Konflikte?“ ist provozierend (im besten Sinne des Wortes). Niemand behauptet, daß die regionalen Konflikte plötzlich aus der Welt geräumt sein werden. Sie werden sich aufgrund der zunehmenden sozialen Schwierigkeiten mancherorts eher verschärfen. Doch die Chance besteht darin, daß sie nicht noch zusätzlich durch den Ost-West-Konflikt geschürt, verschärft und damit von dem wirklichen Inhalt des Konfliktes abgelenkt werden. Die Chance besteht außerdem darin, die Konfliktaustragung zu entmilitarisieren und damit dem Volk, sprich: der Basis effektivere Handlungsmöglichkeit zu geben.

Natürlich, darin sind wir uns einig, hat die INF-Vereinbarung noch nicht zu einem Stopp der westlichen Aufrüstung geführt. Indem wir aber das Wort „noch“ unterstreichen, zeigen wir unsere Handlungsorientierung an und verfallen nicht dem resignativen Stoßseufzer, daß es ja doch alles nichts bringt. Natürlich verschärft sich auch gegenwärtig die Krise in der Dritten Welt zunehmend, und die Politik des IWF, der Weltbank und anderer westlich dominierter Wirtschaftsinstitutionen tut das Ihre dazu. Darüber sind wir uns einig und auch darüber, daß der bisherige Einsatz dagegen nicht nachlassen darf.

Bei allem aber ist es nötig, die bestehenden regionalen Konfliktsituationen differenziert zu sehen. Wolfram Brönners unternimmt dies. Der Golf-Konflikt steht unter völlig anderem Vorzeichen als der Kampf in Nicaragua, die Situation im Südlichen Afrika unterscheidet sich grundsätzlich von der in Afghanistan. In der Legislaturperiode von Präsident Reagan wollten die USA die Regierung der Sandinisten in Nicaragua stürzen, und die Vertreibung Noriegas aus Panama kündigten sie als ein Geschäft von nur wenigen Monaten an. Sie haben ihre Absicht nicht verwirklichen können. Sie sind hier und auch andernorts an die Grenzen ihrer Handlungsmöglichkeit gestoßen.

Wir sollten also nicht in Auseinandersetzung mit der US-Militär- und Wirtschaftspolitik uns selbst auf den Leim gehen und dem Gegner unendliche dämonische Machtfülle unterstellen. Die Reagan-Administration konnte ihre Pläne nicht mehr ohne weiteres gegenüber der bestehenden politischen Macht im eigenen Land durchsetzen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in den USA legen ihr weitere Grenzen auf. Die ökonomischen Rückstände gegenüber Japan und der EG sind erheblich angewachsen. Die vorgesehenen Rüstungsausgaben lassen sich wirtschaftlich nicht mehr verkraften, und die Rüstungsexporte stoßen sowohl aufgrund zweifelhafter Effektivität für die US-Politik als auch aufgrund der eingeschränkten Zahlungsfähigkeit von Dritte-Welt-Ländern auf ihre Grenzen.

Vorhandene wirtschaftliche und soziale Mißstände werden von Regierungen generell mit dem Notstand des Krieges gerechtfertigt. Auch der kalte Krieg konnte bis zu einem gewissen Grad die bisherige Politik, sozusagen als eine Politik im Ausnahmezustand, gegenüber der eigenen Bevölkerung legitimieren. Diese Legitimation entfällt zunehmend für die US-Politik – und daß auch in unserem Land die Mehrheit nicht mehr an das Gespenst der sowjetischen Bedrohung glaubt, wird auf die Dauer nachhaltige Konsequenzen in der Politik haben. Die Veränderung im Bewußtsein der Bevölkerung, die schon in Ansätzen ihre Auswirkungen hat und sich etwa in den überraschenden Erfolgen für Jessie Jackson widerspiegelte, wird zunehmend. Die Politik des Feindbildes wird ihre Effektivität einbüßen.

Der UNO und ihren Organen kommen derzeit,

auch dies sicherlich in Auswirkung des offeneren Dialoges zwischen Ost und West, ein stärkeres Gewicht zu. Selbst in einer der langfristig gesehen sicher schwierigsten regionalen Konfliktsituationen kann jetzt nach der Zusammenkunft der PLO in Alger die UNO-Resolution 242 als Grundlage für eine künftige politische Regelung des Nahost-Konfliktes Geltung bekommen.

Die sowjetisch-amerikanischen Gipfelerklärungen deklarieren außerdem expressis verbis die Absicht, zur Beilegung der regionalen Konflikte beizutragen und den an den Konflikten Beteiligten bei der Suche nach friedlichen Lösungen zu helfen.

Die Regionalkonflikte also werden von den USA und damit nicht mehr ausschließlich „sowjetischem Expansionismus“ angelastet, sondern die USA erklären neuerlich ihre Bereitschaft, gemeinsam mit der UdSSR politische Lösungsprozesse in den Regionalkonflikten zu finden.

Die Möglichkeit, alle Regionalkonflikte über die Latte des Ost-West-Konflikts zu schlagen und so die eigene militärische Intervention zu rechtfertigen, entfällt für die USA, und damit verringert sich auch die Gefahr des militärischen Eingriffes von außen.

Die Herauslösung der Regionalkonflikte aus dem militärisch aufgeheizten Ost-West-Konflikt wird die Blockanbindung lockern und zu einem größeren Pluralismus in der Ausbildung unterschiedlicher Gesellschaftsformen in Ländern der Dritten Welt führen. Auch darin liegt eine Chance. Denn auch die sozialistischen Modelle in der Dritten Welt haben, abgesehen von Kuba, keine große Attraktivität entwickelt. Die militärischen Interventionen von außen und die low intensity wars von seiten der USA spielen sicher dabei eine Rolle. Doch die Durchsetzung von Emanzipation und sozialer Gerechtigkeit kann letztlich nicht, wie die Erfahrung gezeigt hat, mit militärischen Mitteln erreicht und gesichert werden. Sie kann nur mit politischen, nicht-militärischen Mitteln zum Ziel kommen.

Der größere Freiraum zur Lösung regionaler Konflikte, der der durch eine Ost-West-Demilitarisierung in der Region selbst entsteht, muß keine eine Entsolidarisierung zur Folge haben und die nationalen Befreiungsbewegungen zwangsläufig ihren Gegnern ausliefern. Er nötigt jedoch dazu — und dies wird der künfti-

gen Gesellschaft zugute kommen —, nicht-militärische Formen der Konfliktaustragung zu entwickeln. Eine Reduzierung der Rüstung ermöglicht gleichzeitig den sozialistischen Ländern und auch der Sowjetunion die Entwicklung einer stärkeren Wirtschaftskraft, und diese kann langfristig erheblich mehr Bedeutung für die Solidarität haben als alle kurzfristigen und militärischen Maßnahmen.

Die realen Inhalte der Konflikte, Emanzipation, Befreiung, soziale Gerechtigkeit, kommen klarer zutage und geben nicht nur den Völkern selbst vor Ort des Konfliktes eine größere Chance, ihre Interessen mit „zivilistischen“ Methoden durchzusetzen, sondern können auch die weltweite Solidarität eher stärken als schwächen.

Während viele der Regionalkonflikte bisher oft unter dem Aspekt der Ost-West-Besitzstandwahrung gesehen wurden, wird gegenwärtig deutlich, daß die derzeitige globale Fehlentwicklung sowohl Ost und West als auch Süd in immer schwerere Krisen führt und daß nur das Miteinander und nicht mehr das Gegeneinander zur Abwendung der gemeinsamen Bedrohung führen kann. In der Sowjetunion hat sich das Bewußtsein dieser globalen Bedrohung sehr viel klarer entwickelt als bei uns oder in den USA und hat zu den zahlreichen politischen Initiativen geführt, die ein gemeinsames Handeln fordern.

Anstelle der bisherigen Besitzstandwahrung des status quo treten dabei Entwürfe für ein künftig globales Zusammenleben unter gemeinsamer Verantwortung, die nicht mehr von einem Gegen-, sondern von einem Miteinander ausgehen. Solche Entwürfe werden nicht nur durch eine neue ökonomische Weltordnung neue Lebensmöglichkeiten für die Dritte Welt als ganze, sondern auch praktikable Lösungsmöglichkeiten für die konkreten Regionalkonflikte enthalten müssen, und dies wird sich, von kurzfristigen Effekten abgesehen, langfristig als zum Nutzen aller erweisen. Diese langfristigen Perspektiven, die auch für die westlichen Metropolen auf die Dauer überlebensnotwendig sind, müssen auch von uns zu Bewußtsein und zur Geltung gebracht werden.

Konrad Lübbert, Pastor in Wedel, ist Vorsitzender des Versöhnungsbundes und Mitglied des Büros des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit

Zeitschriftenschau

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 6/Okttober 1988

Schwerpunkt: Zimbabwe ● Zimbabwe und Südafrika: Dauerkonflikt ● Rückschläge für südafrikanische Suversion ● Arbeitslosigkeit ● „Bildung für alle“ ● Südafrika: ANC-Verfassungsentwurf ● Kommunalwahlen ● Wohnrecht ● Wehrdienstverweigerung ● Die Sechs von Sharpeville ● Botha in Mosambik und Zaire ● Namibia: Hearing der GRÜNEN ● Namibia-Projekt und Namibia-Tag in Bremen ● SADCC-Brief Nr. 6/1988: Zimbabwe Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 132-133/November 1988

Sonderheft zur IWF/Weltbank-Kampagne ● Trommelfeuer gegen IWF und Weltbank ● Internationaler Gegenkongress: Berichte zu den Foren, Abschlußrede V. Rosenkes; Westberliner Erklärung; Bevölkerungspolitische Strategien der Weltbank ● 80.000 auf Demo ● Aktionstage ● Tribunal der Lelio-Basso-Stiftung; Urteil ● Öko-Kongress: Erklärung von Berlin ● Berichte aus der Provinz ● Aktivitäten in der DDR ● Repression ● Der offizielle Kongress ● Stellungnahmen von IDES, W. Treiber, K. Milke, Außerdem: BUKO-Frauen-AG zu Feminisierung der Arbeit ● Ein Konvoi für Flüchtlinge in El Salvador ● Aktionstag Agraropposition und von „Bürger gegen Bürger“ Einzelpreis 3 DM; Abo 36 DM
Bezug: FORUM, Lingener Str. 9, 4400 Münster

ila, Nr. 120/November 1988

Schwerpunkt: Peru ● Scheitern des Modells Garcia ● Interview mit Javier Diez Canseco (PUM) ● StraßenhandwerkerInnen in Lima ● Video als Chance nutzen ● Ein Massaker in Ayacucho ● Interview mit Rolando Ames (IU) ● Interview mit Hugo Blanco ● Theater für das Leben ● Puerto Rico: Widerstand gegen Militarisierung ● El Salvador: Interview mit Miguel Saenz (FMLN/FDR) ● Krise des lateinamerikanischen Films ● Ländernachrichten ● Chile-Solidarität: Duve sieht rot ● Bewegung in der Kuba-Solidarität ● Jurg-Weis-Konvoi für El Salvador ● „Joana“ in Nicaragua ● Notizen aus der Bewegung Einzelpreis 3,50 DM; Abo 35 DM
Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Als am 10. Dezember 1988 die Nobelpreise verliehen wurden, fehlte in Stockholm einer der würdigsten Träger. Die Nobelpreisakademie hatte mit erheblicher Verspätung das Talent von Nagib Mahfuz, des derzeit wohl populärsten arabischen Schriftstellers, entdeckt. Der heute 77jährige konnte aus Krankheitsgründen den Preis nicht selbst in Empfang nehmen. Über seinen Werdegang und sein literarisches Werk berichtet Said H. Abdel-Rahim, Lektor für arabische Sprache und Literatur in Marburg und Gießen.

Als sich am Abend des 13. Oktober 1988 die Nachricht verbreitete, daß der Nobelpreis für Literatur diesmal an einen Araber, den Ägypter Nagib Mahfuz, ging, herrschte Ratlosigkeit bei bundesdeutschen Feuilletonisten.

In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 14. Oktober 1988 schloß Frank Schirrmacher seinen Artikel über Mahfuz mit den Worten: „Jeder weiß es: seit ihrem Bestehen hat sich die Nobelpreisakademie gerne getäuscht. Seit einiger Zeit aber täuscht sie sich vorsätzlich und unverzeihlich ... und sie muß sehr aufpassen, daß sie eines Tages die, die sie zu ehren meint, nicht in Wahrheit beleidigt.“

Diese Worte wären noch zu verzeihen, wenn Schirrmacher einigermaßen über das Werk des größten arabischen Schriftstellers zu berichten wüßte. Jedoch ist dem nicht so. Wer hat jemals gehört, daß der Roman „Midaqq — Gasse“ Teil der großangelegten Trilogie ist und daß der 1959 veröffentlichte Roman den Titel „Al-Ahram“ trug.

Richtig: „Midaqq-Gasse“ erschien 1947 und nicht als Teil der 1956/57 veröffentlichten Trilogie. Der Roman „Kinder unseres Viertels“ erschien 1959 in der Tageszeitung „Al-Ahram“ in mehreren Folgen. Die „tageszeitung“ vom 17.10.1988 antwortet Schirrmacher mit der Überschrift: „Was der FAZ-Bauer nicht kennt, das frißt der Abonnent.“

Der 76jährige Nagib Mahfuz gilt mit seinem umfangreichen literarischen Schaffen von 33 Romanen und 13 Kurzgeschichtensammlungen heute als der bedeutendste und produktivste Schriftsteller in der arabischen Welt. Dennoch

ist kaum etwas über ihn bekannt; eine Autobiographie existiert bis heute nicht.

Einigen Autoren zufolge wurde er am 11. Dezember 1911 als Sohn eines kleinen Beamten geboren, nach anderen am 15. Dezember 1912. Sein Geburtsort ist al-Gamaliya, ein Stadtviertel in Alt-Kairo, in der Nähe der Azhar-Moschee und des Basars, die als Schauplatz seiner bekanntesten Romane dienen (Trilogie, Midaqq-Gasse, Khan Al-Khalili, Der Dieb und die Hunde usw.).

In einem Haus dieses Stadtviertels mit seinen engen Gassen, zahlreichen Minaretten und alten Schlössern verbrachte Mahfuz die ersten Jahre seiner Kindheit. Trotz der finanziellen Schwierigkeiten seiner Familie konnte er 1934 das Studium der Philosophie an der Universität Kairo absolvieren. Seit langer Zeit ist er Mitglied des Redaktionsstabs der Zeitung „Al-Ahram“, in der er bis jetzt seine Artikel veröffentlicht. Im Jahre 1957 erhielt er den Staatspreis für Literatur.

Seine ersten literarischen Versuche unternahm Mahfuz im Oktober 1930, als Salama Musa, ein linksorientierter Chefredakteur, ihn ermutigte, in seiner Zeitschrift „Al-Magalla Al-Gadida“ einige Artikel über den Sozialismus als zeitgemäße Doktrin zu schreiben.

Den festen Entschluß, Schriftsteller zu werden, faßte Mahfuz jedoch erst 1936, als er nach Vorbildern wie Taha Husain, Al-Aqqad, Taymur, Al-Hakim, Haqqi usw. suchte. Durch die Lektüre des Werkes „The Outline of Literature“ von Drinkwater wurde Mahfuz aufmerksam auf europäische und amerikanische Autoren wie Joyce, Proust, Tolstoi, Dostojewsky, Melville, Hemingway, Strindberg, Thomas Mann, Goethe usw. Mahfuz' bisher 50jähriges literarisches Schaffen läßt sich in drei Phasen einteilen. Die erste dauerte bis 1945 und umfaßt seine drei historischen Romane über Alt-Ägypten: „Das Spiel des Schicksals“, „Der Kampf um Theben“ und „Radubis“. Bemerkenswert ist, daß der Kampf gegen England als Kolonialmacht in Ägypten und die in diesen Jahren weit verbreitete Welle des Patriotismus Mahfuz und andere junge ägyptische Schriftsteller veranlaßte, aus der pharaonischen Zeit Themen für ihre Romane zu suchen, um den Ruhm der Geschichte wieder ins Bewußtsein zu rufen.

Said H. Abdel-Rahim

Nagib Mahfuz

Erster arabischer Nobelpreisträger für Literatur



Obwohl der zweite Roman 1941 mit dem Preis der Akademie für arabische Sprache gekrönt wurde, zeigen die Produkte dieser Phase, daß Mahfuz von der Romankunst im europäischen Sinne noch weit entfernt war. Es ist nicht bekannt, warum Mahfuz diese literarische Richtung nicht fortsetzte und sich dem Realismus zuwandte.

Diese zweite Phase dauerte ca. 22 Jahre (1945-67) und umfaßt seine Hauptwerke. Als Vorleistung auf dem Weg zum kritischen Realismus gelten die ersten vier Romane dieser Periode: „Khan al-Khalili“ (1945), „Das neue Kairo“ (1946), „Midaqq-Gasse“ (1947), „Anfang und Ende“ (1951).

Der Gipfel seines literarischen Schaffens ist zweifellos die Trilogie, die er vor 1952 geschrieben hat und erst 1956/57 veröffentlichte. In englischer Übersetzung las Mahfuz „Die Buddenbrooks“ von Thomas Mann und wurde davon inspiriert, einen Generationsroman zu schreiben.

Die drei Teile (zusammen ca. 1.500 Seiten) sind nach drei Straßen in Kairo benannt („Zwischen den beiden Schlössern“, „Das Schloß der Sehnsucht“, „Die Zuckerdose“), in denen Mahfuz seine Kindheit verbrachte. Die Trilogie erzählt die Geschichte einer bürgerlichen Familie in Alt-Kairo während dreier Generationen von 1917-44 vor dem Hintergrund des politischen, sozialen und religiösen Wandels im Ägypten der damaligen Zeit.

Im Mittelpunkt des ersten Teils steht die

Hauptfigur Ahmed Abd-al-Gawwad, ein Kaufmann von 40 Jahren, als Prototyp des Kleinbürgertums. An ihm werden die unüberbrückbaren Widersprüche im alltäglichen Leben der bürgerlichen Gesellschaft illustriert und angeprangert.

Als Geschäftsmann ist er erfolgreich, hat einen guten Ruf und zeigt sich den Bedürftigen gegenüber gütig und wohlwärtig. Als Privatmann jedoch führt er ein Doppelleben: Bei seiner Familie, die aus seiner Frau, drei Söhnen und zwei Töchtern besteht, verkörpert er den patriarchalischen „pater familias“. Er ist in Erziehungsangelegenheiten konservativ und läßt nur die Söhne in die Schule gehen. Mutter und Töchter dürfen das Haus nicht verlassen.

Nach Feierabend jedoch verbringt er die Nacht mit seinem Freundeskreis bei einer Sängerin mit Wein und Vergnügen und kehrt erst gegen Morgen nach Hause zurück. Am Morgen verrichtet er das Gebet regelmäßig in Demut und Reue und hofft auf die göttliche Gnade.

Seine Frau Amina ist eine liebevolle, traditionell erzogene Frau. Sie hat als Tochter eines Theologen gelernt, ihrem Mann zu dienen und zu gehorchen. Ihre Äußerungen über religiöse Themen zeigen die sonderbare Vermischung von Vernunft und Aberglauben und verraten somit das beschränkte Bildungsniveau der Frauen im damaligen Ägypten. Diese beiden gegensätzlichen Romanfiguren sind als Produkt ihrer Zeit anzusehen.

Die Rolle des zweitältesten Sohnes Fahmi ist doppeldeutig. Er ist aufgrund

seines Jurastudiums — damals ein Privileg — die Hoffnung und der Stolz seiner Familie, der seine künftige Laufbahn Ansehen und Ehre verschafft. Zum anderen versinnbildlicht Fahmis Teilnahme an der Revolution von 1919 den aktiven Widerstand der Intellektuellen gegen die Kolonialmacht England.

Der Versuch des Vaters, Fahmi von diesem Weg abzubringen, scheitert. Er bitet seinen Vater um Vergebung, aber er gehorcht ihm nicht. Auch an diesen unterschiedlichen Positionen von Vater und Sohn wird die Bewußtseinsstufe der zwei Generationen verdeutlicht.

Fahmi wird auf einer friedlichen Demonstration von den Engländern erschossen. Damit endet der erste Teil der Trilogie. Einige Fragen bleiben offen: Warum mußte Fahmi sterben? Mußte dieser Funke des Patriotismus erlöschen? Ist der aktive Widerstand politisch sinnlos? Diese Haltung am Ende seiner Romane viele Fragen offen zu lassen, ist charakteristisch für Mahfuz.

Im Mittelpunkt des zweiten und dritten Teils der Trilogie steht Kamal, der jüngste Sohn der Familie. Er ist jetzt 17 Jahre und macht gegen den Wunsch seines Vaters eine Lehrerausbildung. Er schreibt Artikel für eine Zeitung in der Hoffnung, Schriftsteller zu werden.

Als der Vater eines Tages erfährt, daß sein Sohn einen Artikel über Darwins Evolutionstheorie geschrieben hat, kommt es zu einer harten Auseinandersetzung zwischen beiden. Das Ergebnis ist eindeutig: Kamals Glaube an die Schöpfungsgeschichte der Heiligen Schriften ist durch die moderne Wissenschaft völlig erschüttert.

Die Parallelen zwischen Kamal und dem Schriftsteller Mahfuz sind nicht von der Hand zu weisen. Es wird auch versucht, Kamals unglückliche Liebe zu dem aristokratischen Mädchen Aida Schaddad, die von vorneherein wegen der Klassenunterschiede zum Scheitern verurteilt war, und seinen Verzicht auf eine Heirat mit der späten Ehe von Mahfuz im Alter von 42 Jahren in Verbindung zu bringen. Während Kamal im dritten Teil Resignation, Skepsis und Pessimismus zeigt, werden die Kinder der Dritten Generation aktiv. Die beiden Söhne seiner älteren Schwester Khadiga, die jetzt an der Universität studieren, vertreten entgegengesetzte Ideologien. Abdel Munim gehört zu den Muslim-Brüdern, d.h. den islamischen Fundamentalisten und erstrebt einen Staat nach islamischem Vorbild. Ahmad arbeitet mit den Kommunisten für soziale Gerechtigkeit. Die beiden Brüder werden am Ende der Trilogie verhaftet.

Kamal bleibt ein passiver Außenseiter, der an die moderne Wissenschaft glaubt. Dieses Thema nahm Mahfuz 1959 — nach siebenjähriger Pause seit der Revo-

lution 1952 — in seinem Roman „Kinder unseres Viertels“ wieder auf: Die drei monotheistischen Religionen und ihre Stifter haben für die Menschheit zwar Gutes geleistet, aber sie konnten den Frieden in der Welt (im Roman symbolisiert durch das „Hara-Viertel“) nicht erhalten. In diesem philosophischen Roman von Mahfuz geht es im Kern wiederum um den Konflikt zwischen Religion und Wissenschaft, wobei auch die Gefahren der Ergebnisse moderner Forschung (Massenvernichtungswaffen) problematisiert werden.

Der Pessimismus und die Resignation, die Kamal am Ende der Trilogie verkörpert, tauchen bei Mahfuz 1965 in seinem Roman „Geschwätz auf dem Nil“ und 1967 im Roman „Miramer“ wieder auf. In beiden Fällen versucht eine Gruppe Intellektueller, sich den Problemen ihres Landes zu entziehen und sich von der Politik fernzuhalten — entweder in einem „Bootshaus am Nil“ oder in einer Pension in Alexandria („Miramar“), und sich durch Trinken oder Haschisch abzulenken.

Hier endet die größte Schaffensperiode von Nagib Mahfuz im Rahmen seines „kritischen Realismus“, der die Realität beschreibt, ohne Partei zu ergreifen. Die letzte Phase in Mahfuz' literarischem Schaffen ist deutlich durch eine „Rückkehr zur ägyptischen Mythologie“ gekennzeichnet. Die Themen aus der alt-ägyptischen Geschichte bilden den äußeren Rahmen, um die Gegenwart zu beleuchten. Zum ersten Mal bezieht Mahfuz hier eine ziemlich klare Position

zu den Ereignissen nach 1952.

Im Roman „Al-Karnak“ von 1974 bilden die Verhaftungen und Folterungen während der Nasser-Zeit das zentrale Thema. Treue Revolutionsanhänger („Wir haben eine zeitlang fest daran geglaubt, daß Ägyptens Geschichte mit dem 23. Juli 1952 beginnt; aber jetzt nach der Niederlage (1967) ist es schon vorbei. Wir hatten keinen richtigen Sozialismus“, (S. 46)), werden unter dem Verdacht verhaftet, Kommunisten oder Fundamentalisten zu sein.

Indem Mahfuz in diesem Roman die Protagonisten eine „Gegenrevolution“ fordern läßt, zielt er darauf ab, den politischen Gegenkurs von Sadat zu rechtfertigen. Diese Absicht wird noch deutlicher im Roman „Vor dem Thron“ von 1983. Als Nasser und Sadat sich vor dem Totengott Osiris für ihre Taten verantworten müssen, wird Sadat als „Ehrenretter“ Ägyptens im Oktoberkrieg 1973 gefeiert, während bei Nasser die negativen Erscheinungen in den Vordergrund gerückt werden.

Hierin spiegeln sich Mahfuz' eigene politische Meinungen wider. Sein Ziel einer demokratischen, säkularisierten Gesellschaft schien ihm unter Sadat eher realisierbar zu sein als unter Nasser.

Sein Traum von einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts ließ ihn das Camp-David-Abkommen (1978) unterstützen. Dies führte zum Verbot seiner Bücher in den arabischen Ländern, brachte ihm jedoch ein Glückwunschtelegramm von Shimon Peres anlässlich der Nobelpreisverleihung ein.

SPENDENAUF RUF FÜR GIFTGASOPFER IN IRAKISCH-KURDISTAN

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Die verzweifelte Situation der aus dem Irak geflüchteten Kurden ist Ihnen durch die Medien bekannt geworden. Über hunderttausend Menschen flohen vor den Giftgasangriffen der irakischen Armee, die einen tendenziellen Völkermord an der kurdischen Population verübte.

Wie wir ausserdem längst wissen, wurde das "know how" für die Herstellung des Giftgases samt der dazugehörigen Technologie zum grossen Teil aus der BRD geliefert.

Dagegen hat medico international seit langem schon protestiert. - Jetzt kommt es zusätzlich darauf an, den Geflüchteten, Verfolgten und Vertriebenen zu helfen, wo immer sie sich schutzsuchend hingewendet haben.

Medico ruft daher die Bevölkerung der BRD zu sofortigen, grosszügigen Geldspenden auf. Dies vor allem, weil in Anbetracht des bevorstehenden harten kurdischen Winters ausreichende Massnahmen zur infrastrukturellen Versorgung getroffen werden müssen.

Für Medikamentenspenden gilt eine von medico herausgegebene Liste der westlichen Medikamente für Kurdistan. Es sollte unbedingt darauf geachtet werden, dass nur diese Präparate gesammelt und gespendet werden.

Jeder Spender erhält automatisch eine steuerlich abzugsfähige Spendenquittung und regelmässig kostenlos Berichte und Informationen über die medico Arbeit in Kurdistan.

HELFEN SIE BITTE! SPENDEN SIE REICHLICH! GEBEN SIE DIESEN AUFRUF AUCH AN IHRE FREUNDE UND BEKANNTEN WEITER!

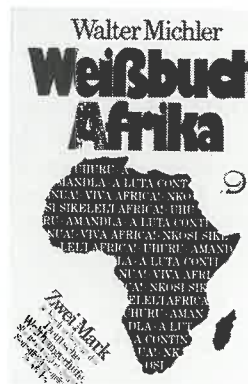
Spendenkonto: 1800 Stadtparkasse Frankfurt oder Postgiro Köln 6999-508. (BLZ 50050102)

medico international e.V. Stichwort: "Kurdistan"

Dieser Aufruf wird unterstützt von:

* Jürgen Maier (Bundesvorstand der Grünen) * Michael Müller, MdB-SPD, * Ellen Olms, MdB-Die Grünen
* Erika Trenz, MdB-Die Grünen * Caritas Hensel, MdB-Die Grünen * Jannis Sakellariou, MdEP-SPD
* Dr. Rolf Linkohr, MdEP-SPD * Paul Tiefenbach, Bürgerschaftsabgeordneter Bremen * Die Grünen-Bremen
* Sabine Herholz, SPD * Heinz Lang (Partei-Vorstand der DKP) * SHB * SJD - Die Falken * MSB * BAGIV * OEK
* Kölner Appell - Komitee gegen menschenfeindliche Ausländerpolitik und Rassismus * KDP-Irak
* Sozialistische Partei Türkisch-Kurdistan * Hüseyin Erdem (Kurd.-P.E.N.) * KOMJIN * Dr. med. K. Holzapfel
* Jürgen Crummenerl, RA * Ulrich Fuhrmann, RA u. Notar * Mathias Heese, RA * Walter Mann, IGM-Sek.
* Paul Löhlin, IGM * Werner Rins, IGM-Sek. * Ingo Appelt, Dichter * Karl Lortz, IGM-Betr.-Rat * KOMKAR

Rezension



„Ein Kontinent verhungert“ oder „Afrika versinkt in Anarchie und Chaos“ verkündeten die Schlagzeilen auf dem Höhepunkt der Dürrekatastrophe 1985.

Walter Michler, **Weißbuch Afrika**, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., (West-)Berlin/Bonn 1988, 496 S., 29,80 DM

sträubt sich gegen diese Sensationsberichterstattung, die nur noch in Superlativen schwelgt. Michlers Ausgangspunkt ist der „Afrika-Tag“ vom Januar 1985, als Hilfswerke und Medien mit einem noch nie dagewesenen Spektakel eine Spendenkampagne zugunsten der „Dürre-Opfer“ inszenierten.

Afrikas „Jahrhundertkatastrophe“ ist für den Journalisten Michler eine „Katastrophe des Journalismus“. Die außergewöhnliche Dürre habe nie das beschworene Ausmaß erreicht. Tatsächlich seien etwa 10-12 Mio Menschen vom Hungertod bedroht gewesen. Für die westlichen Medien zu wenig. Statt zu recherchieren, wurde über den Daumen gepeilt: Begrenzte Dürregebiete gab es in 24 Staaten. Deren Einwohnerzahl addiert macht unterm Strich: 150 Mio am Rande des Hungertods.

Im übrigen seien wir hörig gegenüber den angeblich objektiven Statistiken der UNO. Dabei sei z.B. die Welternährungsorganisation FAO gehalten, Angaben der Mitgliedsländer über Getreidebedarf zu veröffentlichen, auch wenn diese Daten aus einem durchaus verständlichen nationalen Interesse verfälscht sind. Die „einseitige Ursachenanalyse“ („todbringende Dürre“) habe den Blick dafür verstellt, daß oft „der Krieg der eigentliche Katastrophenfaktor gewesen ist“, daß „Hunger und Unterentwicklung in Afrika vielfache ökologische, wirtschaftliche und politische Gründe“ haben. (S. 20)

Die Ursachen der afrikanischen Krise arbeitet Michler in vier Komplexen gründlich auf, beginnend bei dem „unbewältigten Erbe des Kolonialismus“ (I) und endend bei der „von außen gemachten Not“ (IV), d.h. den durch ein ungerechtes Weltwirtschaftssystem, transnationale Konzerne und die Schuldenbürde gesetzten Entwicklungsblockaden.

Im Ursachenkomplex II widmet Michler sich dem Fallbeispiel Äthiopien, wo ökologische Katastrophen und Kriege sich auf tragische Weise verwickelten und eine falsche Politik die Krise noch verschärft habe. Die nach der Revolution von 1974 eingeleitete Agrarreform bewertet Michler als „notwendigen Schritt in die richtige Richtung“ (S. 157). Die eigentlichen Bestimmungsfaktoren der äthiopischen Regierungspolitik seien aber „überzogener Ehrgeiz-

Ein realistisches Afrika-Bild

ger Nationalismus“ und „Machterhalt um jeden Preis“, der „autoritär, notfalls gewaltsam“ durchgesetzt werde. (S. 176)

Eine weitere Regionalstudie: Das „Südliche Afrika: Hunger und Unterentwicklung als Folge weißer Machtpolitik“. In diesem Kapitel liegen Stärken und auch einige Schwächen des „Weißbuchs“ dicht beieinander. Michlers Darstellung erlaubt dem Leser einen schnellen Zugriff auf ein Thema: Er veranschaulicht mit Schaubildern und Karten, faßt seine Analysen immer wieder thesenartig zusammen, dokumentiert mit lebendigen Reportagen, spricht Forderungen und Handlungsempfehlungen aus.

Und gerade hier zelebriert Michler sich selbst gerne als maßgebende Institution schlechthin: „Drastische Sanktionen, also totaler Boykott — und dafür plädiere ich persönlich — würden die Buren an den Verhandlungstisch zwingen.“ (S. 266) Michlers Engagement in Ehren; daß außer Michler aber die Mehrheit der Schwarzen, daß ANC und COSATU, Sanktionen fordern, erfährt der Leser nicht.

Wo Konflikte unlösbar verhärtet scheinen, sucht Michler meist nach neuen, unkonventionellen Wegen. Das ist herzerfrischend! Doch auf der Suche nach Lösungsstrategien für das Südliche Afrika hat Michler offensichtlich zu lange in der rechten Schublade gewühlt: „Am ehesten wäre noch der Angola-Krieg zu lösen, nämlich durch eine Regierungsbeteiligung der UNITA.“ (S. 263) Und für Südafrika empfiehlt Michler das Lieblingskind der systemimmanenten weißen Parlamentsopposition, ein „Konkordanz-demokratisches Modell“ (S. 267) — mit eingebautem weißen Minderheitenschutz.

Trotzdem: Das materialreiche und überaus informative „Weißbuch“ sollte ein Standardwerk für Afrika-Interessierte werden.

Auch der britische Journalist Paul Harrison (Hunger und Armut, 1982) widersetzt sich der Endzeitstimmung und dem Katastrophen-Journalismus. Der — deutsche — Titel seines neuesten Buches

Paul Harrison, **Afrika stirbt nicht. Hoffnung für einen bedrohten Kontinent**, Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek 1988, 313 S., 16,80 DM

ist Programm. Zunächst resümiert Harrison die durchaus besorgniserregende Ausgangslage: Afrika und seine rund 600 Mio Bewohner leiden an Armut, Unterernährung und Schuldenkrise. „Die grundlegendste aller Krisentendenzen jedoch ist die alles überschattende Umweltkrise“ (S. 20). Jährlich verschwinden etwa 3,7 Mio ha Waldland. Die dann dem Wind und dem Regen schutzlos ausgelieferten Böden verlieren jährlich im Durchschnitt bis zu 50 t nährstoffreicher Bodenkrueme; eine Bodenmenge, für deren Entstehung teilweise ein ganzes Jahrhundert notwendig war. Ein Viertel des gesamten Kontinents droht mehr oder weniger zu veröden. (S. 26f.)

Und doch gibt es Hoffnungsschimmer. Harrison hat sich auf den Weg gemacht zu Projekten, die sich erfolgreich gegen das allgemeine Scheitern stemmen, die Grundbedürfnisse befriedigen und großen Rückhalt in der Bevölkerung finden. „Ich war auf der Suche nach Projekten, die langfristig bestehen konnten. Sie sollten sich so weit selber tragen, daß sie in einer Atmosphäre von Haushaltskürzungen

und Importbeschränkungen würden überleben können. Und es müßten Projekte sein, die die natürlichen Ressourcen schützten oder verbesserten.“ (S. 71)

„Afrika stirbt nicht“ ist ein spannendes Buch. Ob Harrison von dem Guesseibodi-Experiment in Niger berichtet, das beweist, „daß ein nahezu zerstörter Wald schnell, billig und gewinnbringend wiederhergestellt werden kann“ (S. 146) oder von „Simbabwes Mais-Wunder“, wo die Erträge der ehemaligen Subsistenzbauern inzwischen teilweise die der weißen Großbauern übertreffen, Afrikas Erfolgsgeschichten haben immer eines gemeinsam: Sie stützen sich auf die natürlichen Ressourcen, traditionelle Techniken sowie den Einfallsreichtum und die Energie der afrikanischen „Meister-Bauern“.

„Für die ehemaligen Kolonialherren war der afrikanische Bauer nichts weiter als ein hoffnungsloser Nichtsnutz, der weder fähig noch bereit war, seine jahrhundertalten traditionellen Methoden aufzugeben. Kaum ein anderes Vorurteil könnte die Wahrheit konsequenter ignorieren als dieses.“ (S. 73)

Mit „Anstrengungen ungeheuren Ausmaßes“ von Regierungen, großen Entwicklungsorganisationen und Kleinbauern gemeinsam könnte Afrika gerettet werden“. Vor gar nicht langer Zeit waren die meisten Menschen davon überzeugt, daß Indien auf eine ungeheure Hungerkatastrophe zusteuere. Statt dessen kann das Land heute den eigenen Nahrungsmittelbedarf wieder selber decken. Für eine ähnliche Überraschung könnte auch Afrika sorgen.“ (S. 305) Erstmals 1988 legte das Institut für Afrika-Kunde (Hamburg) mit

Rolf Hofmeier (Hg.), **Afrika Jahrbuch 1987. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara**, Leske + Budrich Verlag, Opladen 1988, 356 S., 39 DM

einen Almanach vor, der künftig regelmäßig erscheinen soll. Nach einheitlichem Schema gibt das Buch einen Überblick über Innen- und Außenpolitik sowie sozialökonomische Entwicklungen von 48 Ländern, ergänzt durch die wichtigsten Grunddaten und eine komprimierte Chronologie. Hinzu kommen Einzelanalysen zu Themen wie AIDS, Schuldenkrise oder dem Sturz von Thomas Sankara in Burkina Faso.

Die hektische Bonner Reisediplomatie habe 1987 den „allerdings weitgehend mißverständlichen Eindruck der bewußten Aktivierung einer koordinierten deutschen Afrikapolitik“ (S. 28) erweckt, schreibt Institutsdirektor und Herausgeber Rolf Hofmeier über die deutsch-afrikanischen Beziehungen. Zu einer prononcierteren Bewertung mag er sich in seinem zu staatsmännisch-diplomatisch geratenen Essay freilich nicht durchringen.

Das „Jahrbuch“ schließt eine Marktlücke in der Afrika-Literatur. Es sollte künftig aber noch benutzerfreundlicher gestaltet werden.

Christoph Sodemann

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

DRITTE WELT-LeserInnenservice, Postfach
510 868, 5000 Köln 51



AG SPAK BÜCHER

AG SPAK
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2
Tel.: 089/774078

Heinz Schulze
SOZIALARBEIT IN LATEINAMERIKA
2. neu überarbeitete und aktualisierte Auflage
M 53, 272 S., brosch., mit zahlreichen Abbild.
ISBN 3-923126-11-5 DM 18.-



VORANKÜNDIGUNG

Hrsg.: Heinz Schulze
Zukunftswerkstatt Kontinent
Volkserziehung in Lateinamerika
ISBN 3-923 126-57-3
ersch. Herbst 1988
ca. 250 Seiten
M 91 – ca. DM 25,-

In Lateinamerika hat sich – ausgehend von der Pädagogik Paulo Freires – eine Bildungsbewegung entwickelt, deren theoretischer Rahmen und damit verknüpften praktischen Erfahrungen in aller Ausführlichkeit in diesem Buch dokumentiert werden.

Der Herausgeber ist mit der Basisbildungsarbeit in Lateinamerika vertraut und steht in ständigem Kontakt zu vielen Gruppen und Institutionen der "educacion popular". In diesem Buch läßt er – wie schon in früheren Veröffentlichungen – lateinamerikanische Volkserzieher und die Basisbewegung selbst zu Wort kommen.

IWF-Paket DM 8,- + Porto

M. Große-Oetringhaus
JEDER EIN LEHRER
– JEDER EIN SCHÜLER
Emanzipatorisches Lernen
in Afrika

Heinz Kapp
KLASSENKAMPF ALS
VOLKSERZIEHUNG
Geschichte der Kultur-
revolution in China

Hejo Heussen
WELTMARKT
UND SOZIALE NOT
Über die Unsicherheit
sozialer Sicherheit
in der Dritten Welt

arbeitsgemeinschaft
sozialpolitischer arbeitsskreise
**ag
spak**
publikationen

Erich Wulff

Nachruf auf Erich Fried

Seit seinen entlarvenden Gedichten gegen den US-Vietnamkrieg begleitete der Poet Erich Fried die hiesige Solidaritätsbewegung als Vorbild und kritisches Gewissen. Immer wieder brach er von seinem Wohnsitz London auf, um in der Bundesrepublik in Vortragsreihen oder anderen Veranstaltungen das Unrecht anzuklagen, für die Unterdrückten und Befreier in der Dritten Welt einzutreten, von „Höre Israel!“ bis „Nicaragua ist überall“. Ganz besonders engagierte sich der antizionistische Jude Fried auf seiten der PalästinenserInnen, deren Leiden und Befreiungskampf er unzählige Verse widmete. Knapp eine Woche nach der Proklamation des Staates Palästina verstarb der unbequeme Kritiker des „freien Westens“ und Israels, im Jahr 1987 Träger des Büchnerpreises, der zuletzt neue Zuversicht aus der sowjetischen „Perestroika“ schöpfte. Prof. Erich Wulff, Hannover, Sprecher des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) und Mitherausgeber von DRITTE WELT, verfaßte diesen Nachruf.



Erich Fried ist am 22.11.1988 nach einer langen Krankheit gestorben. Er hat die Arbeit des ASK vom ersten Tag an begleitet und war Mitglied seines Beirates. Bei der ersten öffentlichen Veranstaltung des ASK, im Frühjahr 1973 in Bonn-Bad Godesberg, es ging damals – wie es auch heute darum geht – um Frieden in Nahost, war er eine der tragenden Säulen. Wie er die Argumente der Menschlichkeit und der Vernunft israelischen und palästinensischen Teilnehmern gegenüber zur Geltung brachte – nicht belehrend von oben herab, sondern sokratisch, durch Konfrontation mit unabwiesbaren Fragen, wird für mich beispielhaft bleiben für eine Didaktik der Solidaritätsarbeit, die wir uns immer noch erst aneignen müssen.

Erich Fried, war – neben Paul Celan – der bedeutendste deutschsprachige lyrische Dichter dieser zweiten Jahrhunderthälfte. Seine Gedichte sind, wie die Brechts, durch ihre formale Vollendung, durch ihre Einfachheit, Klarheit, Schönheit und Harmonie, aber auch durch ihre kunstvollen Brüche, Wegmarken gewesen, an die man sich halten

und wonach man sich richten könnte. Sie brachten oft noch konfuse Empfindungen und argumentative Bruchstücke im eigenen Kopf auf den Punkt – man konnte die Sache und sich selber mit ihrer Hilfe besser verstehen.

Wir sollten Erich Fried aber nicht durch Gedenkminuten oder Trauerreden ehren – für solche Rituale hatte er selbst nicht viel übrig gehabt –, sondern dadurch, daß wir seiner kritischen Offenheit, seiner weiterführenden Skepsis, seiner solidarischen Hoffnung Einlaß in unsere Arbeit verschaffen – auch dadurch, daß wir unsere Probleme, Widersprüche, Gegensätzlichkeiten nicht unter Teppiche kehren, sondern sie offenlegen und dadurch erst doppelt produktiv machen, indem wir uns die Anstrengung ersparen, sie dort unten halten zu müssen und indem wir von ihrer mobilisierenden Kraft profitieren, ganz im Sinne eines seiner letzten Gedichte:

Nach siebzig Jahren
„Völker hört die Signale“
und dann war das Signal
und die Salve vom Kreuzer Aurora
und der Sturm auf das Winterpalais

Dann später war es gut, doch noch Antifaschist sein zu können
und Trost zu finden im Kampf gegen Imperialisten
Aber besser ist es jetzt, auch wieder am Sozialismus zu bauen
und mithelfen zu können gegen alles,
was ihn verzerrt hat

„Denk dir den Sozialismus von allem befreit,
was dich stört“
schrieb ich vor Jahren, um nicht nur den Kopf zu schütteln
„Frage dich, wen er dann erst recht stören würde
– niemand als der ist und bleibt wirklich dein Feind“

Jetzt schüttelt der Sozialismus sich frei, mühsam und mächtig
da nur zustimmend zu nicken
das wäre nicht genug

Südafrika

Städte gegen Apartheid

Durch einen Beschluß des Stadtrates vom 14. November 1988 ist Remscheid die erste Stadt des Bundesgebietes, die keine Kredite mehr bei Banken aufnimmt, die Geschäftsbeziehungen zu Südafrika unterhalten. Damit wies der Rat mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN die Beanstandung eines entsprechenden Beschlusses vom 9. Oktober, durch den der Verwaltungschef der Kommune, Oberstadtdirektor Hans Günter Krug, zurück. Dieser hatte Widerspruch gegen den Beschluß eingelegt, da der Stadt die „Einflußnahme auf die inneren Verhältnisse eines anderen Landes“ untersagt sei. Die Entscheidung über die Gültigkeit des Beschlusses liegt jetzt beim Düsseldorfener Regierungspräsidenten Fritz Behrens, der der Sache positiv gegenüber eingestellt sein soll. Ähnliche Anträge der GRÜNEN in den Räten von Wuppertal und Solingen wurden von der SPD unter Hinweis auf das Verhalten des Remscheider Oberstadtdirektors allerdings von der Tagesordnung abgesetzt.

Ein umfangreicheres Boykottprogramm hat sich die Initiative „Bremen – Anti-Apartheid-Stadt“ vorgenommen. In einem Aufruf, der von über 50 Persönlichkeiten, darunter Bürgerchaftsabgeordnete der SPD und der GRÜNEN, zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre, Pfarrer und Hochschullehrer, unterzeichnet wurde, heißt es: „Wir wollen, daß auch auf örtlicher Ebene eine breite Bewegung entsteht, die die Forderungen nach einem umfassenden Boykott Südafrikas durchsetzt.“ Die UnterzeichnerInnen fordern, daß alle öffentlichen Institutionen nicht mehr mit Banken zusammenarbeiten, die Geschäfte mit Südafrika tätigen, daß die Bremische Landesbank ihre Beziehungen zum Apartheidstaat abbricht und in städtischen Kantinen keine südafrikanischen Früchte mehr verarbeitet werden. Über den Bremer Hafen sollen keine Uran-, Atom- und Rüstungsgeschäfte mehr mit Südafrika abgewickelt werden.

Zu weiteren Forderungen zählen eine verstärkte Unterstützung für ANC und SWAPO, die Frontstaaten sowie für Flüchtlinge aus Namibia und Südafrika, eine Kooperation zwischen Radio Bremen und dem Freiheitssender des ANC sowie eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema.

Der Aufruf soll nach der Sammlung von 15.000 Unterschriften als Antrag ins Parlament eingebracht werden.

Buchtip

Angola, Simbabwe, Mosambik Mexikanische Entwicklung

Joachim Becker, Angola, Mosambik und Simbabwe. Im Visier Südafrikas, Pahl Rugenstein Verlag, Köln 1988, 329 S., 19,80 DM.

Der Verfasser, verantwortlicher Redakteur der Anti-Apartheid-Nachrichten und ständiger Mitarbeiter von DRITTE WELT, gibt in einem Einleitungskapitel einen Überblick über die Gesamtkonstellation und die Hauptakteure im Südlichen Afrika der 80er Jahre. So untersucht er den Zusammenhang zwischen der tiefen inneren Krise des Apartheidsystems und seiner Aggressivität nach außen. Er bilanziert die Destabilisierungspolitik Pretorias gegenüber den Frontstaaten. Und er schätzt die Rol-



le der Westmächte, besonders der USA und BRD, im Südlichen Afrika ein.

Ausführlich werden sodann die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen der drei revolutionär regierten Frontstaaten Angola, Mosambik und Simbabwe dargelegt. Aktuell von größtem Interesse sind natürlich die im 2. Kapitel (S. 75-170) dargelegten Hintergründe der laufenden Verhandlungen zu Angola/Namibia.

Antworten auf die Frage, wie es zur gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Krise in Mexiko gekommen ist, und wie ein Ausweg gefunden werden könnte, gibt Peter Imbusch, Mexiko. Entwicklungsstrategische Alternativen, Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg 1988, 208 S., 28 DM.

P. Imbusch, DRITTE WELT-Redaktionsmitglied, untersucht, warum in den 70er Jahren nicht eine andere entwicklungsstrategische Richtung eingeschlagen wurde, die zumindest die internen Faktoren der nachfolgenden Krise hätte beseitigen können. Diese Politik hätte eine stärkere Kontrolle der transnationalen Konzerne (TNK), eine Verwendung des Erdöls im nationalen Interesse und Strukturreformen beinhaltet.

Er stellt fest, daß mit der an den kurzfristigen Profitinteressen einiger Sektoren der Bourgeoisie orientierten Politik und mit der Verschuldungskrise ein Machtzuwachs des Finanzkapitals, der TNKs und der von ihnen abhängigen nationalen Großbourgeoisie ebenso einherging wie eine verstärkte Abhängigkeit vom Ausland. Dadurch wurden die Handlungsspielräume des Staates weiter eingeengt. Damit sei die „Entwicklung in eine Sackgasse geraten, aus der es nur noch radikalere Auswege gibt“.

Rüstungsexporte

Bundesweite Demonstration in Eschborn

„Rüstungsgüter der Bundesrepublik werden seit Jahrzehnten in Länder exportiert, wo Diktatoren nur mit Waffengewalt ihre Machtstellung halten können.“ Mit derart deutlichen Worten an die Adresse der Bundesregierung leitete Elke Dümchen von der „Kampagne gegen Rüstungsexporte“ am 12. November 1988 in Eschborn/Taunus die Auftaktkundgebung der bundesweiten Demonstration gegen Rüstungsexporte und restriktive Asylpolitik ein. Über 2.000 Menschen verschiedener Nationalitäten und politischer Couleur hatten sich vor dem Bundesamt für Wirtschaft (BAW) unter dem Motto „Stopp aller Rüstungsexporte – Asyl für alle Flüchtlinge aus Kriegsgebieten – Umstellung der Rüstungs- auf sozial nützliche Produktionen“ versammelt. Die Demonstration war Teil der Herbstkampagne der Friedensbewegung und von den 10 christlichen

Infos zur Solidarität

Gruppen der Kampagne „Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen“ organisiert worden.

Das BAW wurde bewußt als Treffpunkt gewählt, da es u.a. bei Rüstungsexporten die Einhaltung des Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetzes zu überwachen hat. Diese Kontrollpraxis ist allerdings sehr umstritten. „Sind Rüstungsexporte oder Rüstungsproduktionen prinzipiell auch zivil nutzbar, werden sie als Zivilgüter deklariert und gelten daher nicht als genehmigungsbedürftig“, charakterisierte Elke Dümchen denn auch die äußerst zweifelhafte Praxis der Kontrollbehörde.

Bahman Nirumand, exilierter Schriftsteller aus dem Iran, prangerte in seiner Rede u.a. das Doppelgeschäft der Rüstungsexporteure an: Hunderttausende Kinder und Jugendliche seien im Golfkrieg mit bundesdeutschen G3-Sturmgewehren an die Front und in den Tod geschickt worden. Nach dem Waffenstillstand vom 20. August 1988 „wittern ausländische Unternehmen das große Geschäft. Sie wollen Iran und Irak beim Wiederaufbau ihrer Länder unter die Arme greifen“.

Die anschließende Demonstration führte zum „Asyl für Flüchtlinge“ im nahegelegenen Schwalbach. Auf der Zwischenkundgebung vor dem Flüchtlingslager kritisierte Karl-Georg Gutberlet, Flughafenseelsorger in Frankfurt, die Asylpolitik der Bundesregierung. Er fordert, „die Minderheiten zu schützen und die Menschenrechtsverletzungen zu beenden“. Dazu seien nicht nur menschenwürdige Asylverfahren und Unterbringungen notwendig. Vielmehr sollten sich die Politiker für Frieden in Spannungs- und Kriegsgebieten einsetzen, um so „jegliche Lieferungen von kriegstauglichem Gerät und Waffen zu unterbinden“.

Auch 1989 ist wieder eine bundesweite Demonstration gegen Rüstungsexporte geplant. Laut Auskunft der Organisatoren „vielleicht bei Daimler-Benz, dem größten Rüstungsexporteur der BRD, der mit 60% den Markt beherrscht“.

Termine

13.-15. Januar

Seminar „Wie Hunger entsteht – und was wir dagegen tun können“ in Freudenberg (bei Siegen). Veranstalter ist das Food First Informations- & Aktionsnetzwerk (FIAN). Anmeldung: FIAN-Versand, Overwegstr. 31, 4690 Herne

10.-12. Februar

Seminar „Europäischer Binnenmarkt und seine Auswirkungen für die Dritte Welt im Odenwald. Anmeldung: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040-393156

10.-12. Februar

Frauenseminar „Geschäfte mit der Fruchtbarkeit“ in Bonn-Bad Godesberg. Anmeldung: BUKO Pharma-Kampagne, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521-60550

17.-19. Februar

Seminar „Entwicklungsprojektfinanzierung durch Aktionsgruppen – zwischen Caritas und Beitrag zur Weltrevolution“ in Teutoburg/Bielefeld. Anmeldung: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040-393156

Sieg der Linksparteien bei den Kommunalwahlen

Bei den Kommunalwahlen am 15.11.1988 errangen die Linksparteien einen unerwartet klaren Sieg. Die radikale Arbeiterpartei (PT) des Gewerkschaftsführers Luis Inacio „lula“ da Silva und Leonel Brizolas linkspopulistische Demokratische Arbeiter-Partei (PDT) triumphierten vor allem in den Städten des industrialisierten Südens. Sao Paulo, die größte Stadt des Landes ging an die PT und Rio de Janeiro an die PDT.

Verluste erlitt dagegen die Partei des amtierenden Präsidenten José Sarney, die Partei der Demokratischen Brasilianischen Bewegung (PMDB). Sie konnte sich nur in zwei der zehn Millionenstädte und im ohnehin konservativen Nordosten behaupten.

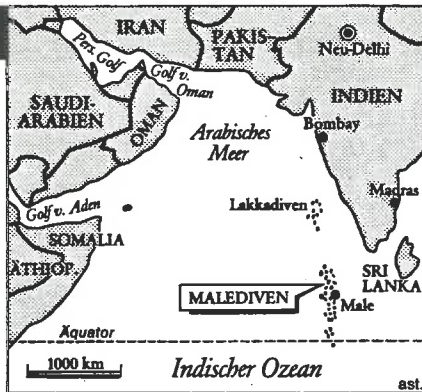
Mit ihrem Votum für die linke Opposition erteilten die ca. 76 Mio Wahlberechtigten der desolaten, vom IWF diktierten Wirtschaftspolitik Sarneys, — die Inflationsrate erreicht nahezu 1.000% —, eine deutliche Absage. Im Wahlmonat streikten über 1 Mio Angestellte und Arbeiter für einen Preisstopp und eine angemessene Lohnanpassung, darunter die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, der Banken, der Universität, der Metallindustrie und der Ölraffinerien.

Zu den Stimmenverlusten der PMDB trug u.a. ein brutaler Armeeinsatz gegen streikende Arbeiter des größten staatlichen Stahlwerkes Volta Redonda bei, wobei drei Menschen getötet und 100 verletzt wurden. Der Erfolg von PT und PDT und die engere Zusammenarbeit auch mit anderen Linksparteien erhöhte die Chancen eines progressiven Präsidentschaftsanwärters bei den im November d.J. vorgesehenen ersten direkten Präsidentschaftswahlen. Brizola, der Kandidat der PDT deutete bereits an, daß seine Partei im Falle eines besseren Abschneidens des Bewerbers der PT diesen bei einer Stichwahl unterstützen würde.

Putschversuch gescheitert

Indische Elitesoldaten haben Anfang November 1988 einen Putschversuch im südwestlich Sri Lankas gelegenen Inselstaat Malediven niedergeschlagen. Die von Ministerpräsident Rajiv Gandhi angeordnete Entsendung von 1.600 Fallschirmjägern und drei Kriegsschiffen geschah auf Ersuchen des 54jährigen maledivischen Präsidenten Maumoon Abdul Gayoom, der um militärischen Beistand gebeten hatte. Am 3. November waren etwa 200 mit Schnellfeuerwaffen und Granatwerfen bewaffnete Söldner auf Malé, dem Hauptatoll der Malediven, gelandet und hatten sich dort mit weiteren 200 Mann vereinigt, die schon vorher eingeschickt waren. Die Söldner, bei denen es sich überwiegend um Mitglieder der Befreiungsbewegung von Tamil Eelam handelte, die auf Sri Lanka für einen eigenen Staat kämpfen, griffen den Präsidentenpalast an und besetzten den lokalen Radiosender. Bei den anschließenden Kämpfen wurden 30 Menschen getötet und ca. 100 verletzt.

Als Drahtzieher des gegen den Präsidenten Gayoom gerichteten Putschversuchs wurden drei maledivische Geschäftsleute enttarnt, die die tamilischen Söldner auf Sri Lanka ange-



worben hatten. Gayoom, der seit 1978 im Amt ist und erst wenige Wochen vor dem Putschversuch für eine weitere fünfjährige Regierungszeit wiedergewählt worden war, hatte zuvor schon zwei Umsturzversuche überstanden, die vermutlich von seinem in Singapur lebenden Amtsvorgänger Ibrahim Nasir inszeniert worden waren.

Angesichts des erneuten Putschversuchs auf den Malediven forderte der Generalsekretär des britischen Commonwealth, Sir Sridath Ramphal, die Vereinten Nationen auf, kleine Staaten besser vor militärischen Zugriffen, Söldnern und Terroristen zu schützen. „Es kann nicht erwartet werden, daß sich Länder mit 250.000 Einwohnern selbst verteidigen können“, sagte er. Die UNO müsse deshalb eine Art Notruf einrichten, über den die Regierungschefs solcher Staaten wie der Malediven um internationale Hilfe bitten können. Präsident Gayoom hatte neben Indien auch die USA und Großbritannien um Beistand zur Abwehr der Söldnerinvasion gebeten.

Massenhinrichtungen von politischen Gefangenen

Im Iran sind nach Angaben der oppositionellen Widerstandsbewegung Volksmudjaheddin seit Juli 1988 etwa 12.000 politische Gefangene hingerichtet worden. Sie seien jeweils in Gruppen zu Hunderten an aufeinanderfolgenden Tagen exekutiert worden, teilte Marjam Radjawi, eine der Vorsitzenden der Oppositionsbewegung, Anfang Dezember 1988 im irakischen Exil mit. Bereits im November hatte der Sonderbeauftragte der UN-Menschenrechtskommission, Reynald o Galindo Pohl, in einem der UN-Vollversammlung in New York vorgelegten Bericht darauf hingewiesen, daß die Hinrichtungen inhaftierter Regimegegner im Iran drastisch zugenommen haben.

Die derzeitige Hinrichtungswelle richtet sich hauptsächlich gegen die Widerstandsorganisationen der Volksmudjaheddin, der kommunistischen Tudeh-Partei und der Volksfedajin, macht aber auch vor dem islamischen Klerus nicht halt. So starben allein im November 1988 18 Geistliche im Kugelhael der Exekutionskommandos.

Davon waren mindestens acht Unterstützer und enge Vertraute des designierten Khomeini-Nachfolgers Ayatollah Montazeri. Mit der Hinrichtungswelle soll offensichtlich eine Atmosphäre der Angst geschaffen werden, um Aktionen gegen das Regime, das Hunderttausende Menschen in einem sinnlosen Krieg in den Tod trieb, zu verhindern.

Ungeachtet der fortdauernden Massenhinrichtungen besuchte Bundesaußenminister Genscher als erster westlicher Außenminister seit dem Waffenstillstand im Golfkrieg Ende November 1988 den Iran. Er sondierte zusam-

men mit den über 30 Unternehmensvertretern in seinem Gefolge Möglichkeiten der Ausweitung der ohnehin blühenden Wirtschaftsbeziehungen und unterzeichnete ein Kulturabkommen in Teheran. Menschenrechtsfragen wurden von ihm nur am Rande angesprochen. Den von Genscher dabei angeschlagenen „Flüsterern“ bezeichnete der Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN, Otto Schily, auf einer Pressekonferenz am 7. Dezember in Bonn denn auch als „vollständig unangemessen“. Angesichts der größten Hinrichtungswelle im Iran seit 1981 wandte sich der iranische Schriftsteller Bahman Nirumand auf derselben Pressekonferenz nachdrücklich an die Öffentlichkeit: „Das Morden muß aufhören. Wir brauchen eure Hilfe!“

Referendum über neues Kolonialstatut

80% der WählerInnen Frankreichs und der abhängigen Gebiete stimmten am 6. November 1988 für ein neues Statut der Kolonie Neukaledonien. Mit Ausnahme der rechtsradikalen Nationalen Front, die zum „Nein“ aufrief, und der Gaullisten, die für Enthaltung plädierten, hatten alle Parteien sich für das „Ja“ ausgesprochen.

Das 97 Artikel umfassende Gesetz war zwischen Vertretern der Sozialistischen Kanakischen Nationalen Befreiungsfront (FLNKS), die die UreinwohnerInnen Neukaledoniens vertritt, und der Partei der weißen SiedlerInnen, der Sammlung für ein Kaledonien in der Republik (RPCR), ausgehandelt worden (siehe: DRITTE WELT, Nr. 10/1988, S. 50f.). Das Statut sieht eine Umstrukturierung der Verwaltung, eine größere Autonomie für die Kanaken und eine stärkere finanzielle Förderung im Wirtschafts-, Sozial- und Kulturbereich vor.

Das Abstimmungsergebnis in Neukaledonien selbst zeigte, daß die FLNKS und die RPCR einen Großteil ihrer AnhängerInnen nicht vom Nutzen des Abkommens überzeugen konnten. Zwar stimmten 57% der WählerInnen für das Gesetz, doch erreichte die Enthaltung 37%. Die SiedlerInnen lehnten das Abkommen mit über 60% ab.

1998 sollen die BewohnerInnen der Kolonie erneut über ihre Unabhängigkeit abstimmen. Da dann nur diejenigen abstimmungsberechtigt sind, die seit dem 6.11.1988 dort ununterbrochen wohnhaft waren, besteht die Möglichkeit, daß dann im Gegensatz zu heute die Kanaken die Mehrheit der Wählerschaft stellen. Entsprechend dem angenommenen Gesetz wurden zwei Wochen nach dem Referendum 51 Kanaken amnestiert, die wegen Widerstandsaktionen eingekerkert worden waren.

Hungerstreik der politischen Gefangenen

Nach z.T. sechswöchiger Dauer beendeten Ende November 1988 etwa 2.000 politische Gefangene in der Türkei einen Hungerstreik. Mit dieser Aktion protestierten die Inhaftierten gegen die Menschenunwürdigen Haftbedingungen.

Anlaß war die Rücknahme von erkämpften Rechten und Haft erleichterungen für politische Gefangene durch das Justizministerium am 1.8.1988, das nach der Umverteilung von Kompetenzen für alle Gefängnisse zuständig ist. U.a. wurden die Verwendung der kurdischen Sprache wieder verboten, Besuchszeiten eingeschränkt sowie harte Disziplinarstrafen für das Singen von als politisch deklarierten Liedern angeordnet.

Die Inhaftierten forderten u.a. das Verbot der Folter und anderer körperlicher und seelischer Mißhandlungen, das Recht, ihre Muttersprache zu benutzen und eine bessere Gesundheitsvorsorge. Nach mehr als 40 Tagen beendete die überwiegende Zahl der Gefangenen den Hungerstreik, nachdem in vielen Gefängnissen einem Teil der Forderungen entsprochen worden war.

In neun Städten der BRD und mehreren westeuropäischen Städten beteiligten sich viele dort lebende DemokratInnen aus der Türkei aus Solidarität am Hungerstreik.

Im November 1988 verurteilte amnesty international (AI) erneut die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in der Türkei. So seien in den letzten acht Jahren fast eine 1/4 Mio Oppositionelle inhaftiert und die meisten von ihnen gefoltert worden. Allein 1987 seien 17 Gefangene an den Folgen der Folter gestorben. Die Situation in der Türkei sei zudem „durch Gesinnungsjustiz, unfaire Verfahren, Verfolgung von Journalisten, Gewerkschaftern, Oppositionellen, Folter und Todesstrafe“ gekennzeichnet.

ai forderte u.a. von der türkischen Regierung die Entkriminalisierung gewaltlosen Protestes, die Angleichung der Gerichtsverhandlungen an international x geltende Normen, wirksame Schritte gegen die Folter sowie die Abschaffung der Todesstrafe.

Ergebnislose Verhandlungen

Am 7.11.1988 trafen der kamputscheanische Ministerpräsident Hun Sen sowie die beiden Repräsentanten der Koalitionsregierung des Demokratischen Kamputschea, Norodom Sihanouk und Son Sann, zu zweitägigen Friedensgesprächen in Fere-en-Tardenois bei Paris zusammen. Kurz vor diesem Treffen wurden Vertreter der Roten Khmer, der militärisch stärksten Oppositionsgruppe, von den Gesprächen ausgeschlossen.

Zwar konnte keine Annäherung der Stand-

punkte unter den am Konflikt beteiligten Parteien erzielt werden, doch wurden bedeutende organisatorische Schritte unternommen. So wurde die Gründung einer dreiseitigen Arbeitsgruppe zur Lösung der politischen Probleme Kamputscheas mit Sitz in Paris gegründet. Zudem wurde ein Gipfeltreffen für 1989 vereinbart. Die Roten Khmer sollen zu den Arbeitsgruppentreffen sowie zu der für den Januar 1989 geplanten Kamputscheakonferenz eingeladen werden.

Zentraler Streitpunkt in den Gesprächen war die zukünftige Rolle der Roten Khmer. So forderte Hun Sen die Einstellung der ausländischen Unterstützung für die Roten Khmer sowie die Auflösung ihrer militärischen Organisation. Zudem solle die jetzige Regierung Kamputscheas bis nach der Durchführung von Parlamentswahlen im Amt bleiben.

Sihanouk strebt dagegen eine Übergangsregierung unter Beteiligung der Roten Khmer an. Einigkeit besteht dagegen unter den Konfliktparteien darüber, den Roten Khmer keine Ge-

Das Comeback von Carlos Andres Perez

Bei den Präsidentschaftswahlen vom 4. Dezember 1988 konnte Carlos Andres Perez, der Kandidat der rechtssozialdemokratischen Demokratischen Aktion (AD), den Sieg erringen. Perez, der bereits von 1974-79 Staatschef war, erzielte 54,5% der Stimmen. Er ist damit Amtsnachfolger seines Parteikollegen Jaime Lusinchi, der 1983 2% mehr erzielt hatte.

Eduardo Fernandez vom christdemokratischen Unabhängigen Organisationskomitee für Politik und Wahlen (COPEI) erzielte 41,7%. Der gemeinsame Kandidat der linkssozialdemokratischen Parteien, der Bewegung zum Sozialismus (MAS) und der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), Theodore Petkoff, mußte sich mit 2,7% begnügen.

Heute beläuft sich die Verschuldung des Landes auf 34 Mrd \$, die Inflation erreicht 65%, Die Arbeitslosigkeit 10% und die Unterbeschäftigung 40%. Die Popularität des neuen Präsidenten dürfte schnell schwinden, zumal sein mit ihm verfeindeter Amtsvorgänger sich weigerte, ihm den Gefallen zu tun, die als notwendig erachteten Sparmaßnahmen noch vor den Wahlen zu ergreifen.

Tiefgreifende Wirtschaftsreformen stehen nicht auf dem Programm von Perez. Er kündigte an, er werde härter mit den Gläubigern verhandeln und dabei eine Koordination mit den anderen lateinamerikanischen Schuldnern anstreben. Außerdem sollen Regierung, Unternehmer und Gewerkschaften bei der Eindämmung der Inflation zusammenarbeiten.

legenheit zur Machtübernahme zu geben sowie an der Notwendigkeit eines vietnamesischen Truppenabzuges.

Vietnam kündigte Anfang Dezember an, bis Ende 1988 weitere 18.000 Soldaten abzuziehen. Damit beläuft sich die Gesamtzahl der abgezogenen Truppen im Jahr 1988, wie im Mai angekündigt, auf 50.000. Im Fall einer politischen Lösung will Vietnam seine Truppen bis Ende 1989 abziehen, andernfalls bis Ende 1990.

Der Kamputschea-Konflikt war auch Thema der Gespräche zwischen dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse und seinem chinesischen Amtskollegen Qian Qichen vom 1.-3. Dezember 1988 in Moskau. Die Gesprächspartner hätten dabei Verhandlungsfortschritte erzielt. Laut TASS sei zur Lösung des Konflikts eine sowjetisch-chinesische Arbeitsgruppe eingesetzt worden. Anscheinend ist die Kamputschea-Frage für China auch kein Hindernis mehr für einen sowjetisch-chinesischen Gipfel in der ersten Hälfte d.J.

erwartet ausgefallen ist, dürfte er vor allem auf die Erinnerung an die mit seiner Präsidentschaft verbunden Boomjahre zurückzuführen sein. Damals hatte die Wirtschaft aufgrund der Preisexplosion beim Erdöl, dem wichtigsten Exportprodukt des Landes, floriert. Perez war jedoch selbst mitschuld am späteren Niedergang der Wirtschaft, da die Petrodollars nicht in den Aufbau der Binnenwirtschaft und eine Diversifizierung der Exporte investiert worden, sondern vor allem in den Import von Konsumgütern gegangen waren.

Heute beläuft sich die Verschuldung des Landes auf 34 Mrd \$, die Inflation erreicht 65%, Die Arbeitslosigkeit 10% und die Unterbeschäftigung 40%. Die Popularität des neuen Präsidenten dürfte schnell schwinden, zumal sein mit ihm verfeindeter Amtsvorgänger sich weigerte, ihm den Gefallen zu tun, die als notwendig erachteten Sparmaßnahmen noch vor den Wahlen zu ergreifen.

Tiefgreifende Wirtschaftsreformen stehen nicht auf dem Programm von Perez. Er kündigte an, er werde härter mit den Gläubigern verhandeln und dabei eine Koordination mit den anderen lateinamerikanischen Schuldnern anstreben. Außerdem sollen Regierung, Unternehmer und Gewerkschaften bei der Eindämmung der Inflation zusammenarbeiten.

Erklärung des Arbeitsausschusses der IWF/Weltbank-Kampagne

Der Arbeitsausschuß der IWF/Weltbank-Kampagne trat vom 11.-13. November 1988 zusammen, um die Westberliner Ereignisse und ihre Vorlaufphase zu bewerten und weitere Perspektiven zu erörtern.

Nach Auffassung des Arbeitsausschusses bedeuten die Gegenveranstaltungen mit ihren intensiven inhaltlichen Diskussionen über Alternativen zur herrschenden weltwirtschaftlichen Ausbeutungsstruktur und die vielfältigen phantasiereichen Aufklärungs-, Protest- und Widerstandsaktionen einen außerordentlichen Erfolg und eine gute Grundlage für eine intensive Weiterarbeit der beteiligten Organisationen und Initiativen.

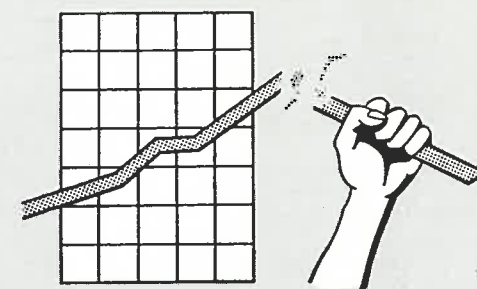
Die Gruppen des Arbeitsausschusses sind sich einig, ein enges Geflecht von Kontakten und Konsultationen aufrechtzuerhalten und einen

intensiven Informationsaustausch zu organisieren, um zu bestimmten Anlässen wieder gemeinsam auftreten zu können. Gleichzeitig streben sie an, auch solche Organisationen und Gruppen in den Austausch einzubeziehen, die den Trägerkreisen der Kampagne nicht angehören. Ein Kristallisationspunkt gemeinsamer Aktivitäten könnte der Kirchentag im Juni 1989 werden.

Die Westberliner Ereignisse waren der Einstieg in eine neue internationalistische Bewegung, die die Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt und den Kampf um die eigene bedrohte Lebensperspektive miteinander verbinden will.

Die neu entstehenden Diskussionen um die Gefahren des EG-Binnenmarktes 1992 zeigen, daß das Schicksal der Länder der sogenannten

Dritten Welt und die Bildung von Peripherien in Europa zusammengedacht werden müssen. Der Arbeitsausschuß hat ferner beschlossen, eine Dokumentation des „Gegenkongresses“ in Buchform herauszugeben.



Brosche



Einen wertvollen Bildband mit Texten in vier Sprachen: "Die Palästinenser", gestaltet von Georg Stein, Vorwort Erich Fried, 154 Seiten, fest gebunden, DM 48,-
Bestell-Nr.: 1207

Eine Brosche mit dem Symbol der südafrikanischen Befreiungsbewegung African National Congress (ANC)
in Silber Preis DM 29,-
Bestell-Nr.: A 1702
in Gold DM 125,-
Bestell-Nr.: A 1722



Bildband

**SOLI-
DARI-
TÄTS-
SHOP**
DRITTE WELT

Hamburger Allee 52
6000 Frankfurt 90
Tel. 0 69 / 77 88 63



Ein Buch über die bundesdeutschen Helfer der Contras:
"Die Contra Connection"
304 Seiten, DM 20,-
Bestell-Nr.: B 3213

Ein palästinensisches Tuch "Kufia"
Preis DM 15,-
rot-weiß Best.-Nr.: D 1801
schwarz-weiß Bestell-Nr.: D 1802



Kufia

ZUM VERSCHENKEN:

Buch

Wir werten den Cordoba auf!



Cordoba

Aus 5000 wertlosen nicaraguanischen 1-Cordoba-Münzen machen wir 10.000 DM Unterstützung für das Land (im Preis sind 2,- DM Spende enthalten!). Die Münzen zeigen ein Bild Sandinos, sind von uns versilbert und mit einem Anhänger versehen.
DM 8,-
Bestell-Nr.: B 3701

Gleich schnippeln & abschicken zum:

Solidaritätsshop
Dritte Welt
Hamburger Allee 52
6000 Frankfurt 90
Tel.: 069 / 77 88 63

Anz.	Bestell-Nr.	Preis

Alles inkl. MwSt plus 3,- DM Versand

- ☐ Ich füge 1 Scheck bei
☐ Erbitte Rechnung

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Unterschrift

Ich möchte den kostenlosen Gesamtkatalog: ☐ ja ☐ nein



*Eine starke
Sache, die
gut schmeckt!*

... jeweils gemahlen oder in Bohnen.
Bei 500 g Packungen auf Wunsch auch in unterschiedlichen Mahlstärken für Kaffeeautomaten, z. B. WMF-Mahlung.

250 g Packung
(+ Porto/Verpackung)

5,70 DM

500 g Packung
(+ Porto/Verpackung)

11,00 DM

ab 30 Pfd.
250 g Packung
500 g Packung

5,15 DM
9,90 DM

ab 100 Pfd.
250 g Packung
500 g Packung

5,00 DM
9,60 DM

(ab 10 Pfund verschicken wir versandkostenfrei!)